



Maximilian Hellriegel, Sara Schmitt Pacífico

Kompass für ein solidarisches Quartier

Reale Utopien für eine andere Stadtentwicklung



Maximilian Hellriegel, Sara Schmitt Pacífico

Kompass für ein solidarisches Quartier

Reale Utopien für eine andere Stadtentwicklung

**Kompass für ein solidarisches Quartier –
Reale Utopien für eine andere Stadtentwicklung**

Maximilian Hellriegel, Sara Schmitt Pacífico
Frankfurt am Main, 2019

© Maximilian Hellriegel, Sara Schmitt Pacífico

Forum Humangeographie Nr.16, herausgegeben von den
Professor*innen des Instituts für Humangeographie
Selbstverlag des Instituts für Humangeographie der
Goethe-Universität Frankfurt am Main

ISBN

978-3-935918-24-4

Kontakt

Goethe-Universität, Institut für Humangeographie,
Stefanie Schwerdtfeger, Julian Stenmanns
(Schriftleitung Forum Humangeographie)
Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60323 Frankfurt am Main

www.humangeographie.de/forum

Danksagung

An dieser Stelle möchten wir all den Menschen danken, die uns durch ihre Unterstützung beim Gelingen unserer Abschlussarbeit geholfen haben. Der Beistand eines solidarisches Umfeldes hat uns geholfen, nicht den Mut zu verlieren und mit Geduld die vorliegende Arbeit zu Ende zu bringen.

Besonders bedanken möchten wir uns bei:

Unseren Freund*innen, Familien und Kommiliton*innen für ihren Zuspruch, den Input in hitzigen Diskussionen und die Hilfe beim Lektorat in den letzten Monaten.

Den von uns interviewten Gruppen und Einzelpersonen für die Kooperationsbereitschaft, die Zeit und die vielen Anregungen.

Allen Initiativen und Gruppen, die sich die Mühe gemacht haben, ihre Erfahrungen in eigenen Berichte, Blogs und Publikation mit einer interessierten Öffentlichkeit zu teilen.

Der Gruppe *Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?* und dem *Arbeitskreis Kritische Geographie* für einen kontinuierlichen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Dem Minikolloquium der AG Belina für ihre kritischen Nachfragen und den Zuspruch.

Unseren beiden Gutachtern, Prof. Dr. Bernd Belina und Dr. Sebastian Schipper, für ihre sorgfältige, motivierende und weiterführende Betreuung.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis	7
1 Einleitung	9
2 Theoretischer Rahmen	15
2.1 Die Denkfigur der Utopie – eine Einführung	15
2.2 Quartier – ein space of hope Realer Utopien	23
3 Methoden jenseits von Korsett und Denkblockaden	29
3.1 Raus aus dem Elfenbeinturm – angewandte kritische Geographie und aktivistische Forschung	29
3.2 Von bestehenden Beispielen lernen – Wissensproduktion Realer Utopien	30
4 Theorie und Empirie – eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen und der Blick auf utopische Alternativen	35
4.1 Planung	35
4.2 Wohnen	54
4.3 (Frei-)Räume und urbanes Grün	82
4.4 Infrastrukturen	104
4.5 Fazit der Analysen	123
5 Kompass für ein solidarisches Quartier – Leseanleitung	129
6 Reflexion und Ausblick	133
Anhang	137
Literaturverzeichnis	141

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Schematische Darstellung der Ziele der Arbeit (eigene Grafik)	11
Abb. 2	Funktionsweise der Stiftung trias (2018: 9).....	76
Abb. 3	Organigramm der Initiative ps wedding (2016: 20f.).....	81

Abkürzungsverzeichnis

BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CLT	Community Land Trust
Fab Lab	Fabrication Lab
MHS	Mietshäuser Syndikat
MVZ	Medizinische Versorgungszentren
NKZ	Neue Kreuzberger Zentrum
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

1 Einleitung

» Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt drauf an, sie zu verändern. (MEW 3: 535) «

Die »Einladung und Orientierungshilfe, eigene Erfahrungen mit der Aktionsforschung zu sammeln« (Halder 2017: 9), möchten wir annehmen und den Versuch wagen, eine Abschlussarbeit im Bereich der angewandten kritischen Geographie zu schreiben und uns dabei dem Ansatz der aktivistischen Forschung zu nähern. Motiviert durch die Erkenntnis, dass es nicht immer ausreicht, »die Schwere der Missstände zu benennen, die die Welt in ihrem jetzigen Zustand hervorbringt« (Wright 2017b: 68), möchten wir unsere Abschlussarbeit zum Anlass nehmen, »neue Formen gesellschaftlicher Ermächtigung in den Nischen, Freiräumen und an den Rändern der kapitalistischen Gesellschaft« (Wright 2017a: 415) aufzuspüren und sichtbarzumachen, um damit einen Beitrag zu deren Ausweitung zu leisten. Mit der Entscheidung, eine Arbeit in der angewandten kritischen Geographie zu zweit zu schreiben, entschlossen wir uns für ein Projekt, das uns einerseits vor viele neue Fragen stellte, uns andererseits aber die Möglichkeit gab, von klassischen Hausarbeitsstrukturen und universitären Vorgaben ein Stück weit Abstand nehmen zu können und etwas Neues zu wagen. Dabei sehen wir uns nicht als wertneutrale Forscher*innen, sondern wollen im Sinne der aktivistischen Stadtforschung »Veränderungen in der Funktionsweise einer kapitalistischen Stadtpolitik« aufspüren und »aus den Ergebnissen Handlungsoptionen für die Untersuchenden und Untersuchten« aufzeigen (Füllner 2014: 87, Schipper 2018: 15). Im Fokus steht dabei nicht nur ein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse, sondern auch der Anspruch, etwas zu erarbeiten, dass auch für den außeruniversitären Rahmen zugänglich ist. Wir möchten uns mit unserer Arbeit in (stadt-)politische Diskussionen einmischen und das entstandene Faltblatt, den Kompass für ein solidarisches Quartier, als Instrument zur Verfügung stellen, diese Diskussionen weiterzuführen und gemeinsam an bereits bestehenden und neuen Ideen zu arbeiten. Damit wollen wir Wege zu einer *Stadt für Alle*¹ aufzeigen, hegemoniale Denkblöcke zum Tanzen bringen und andere zum Mittanzen einladen (AG links-Netz 2013a: 74).

¹ Dabei beziehen wir uns auf das Selbstverständnis von Solidarity City, in dem eine Stadt für Alle wie folgt beschrieben wird: «Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. [...] In einer solchen Stadt der Solidarität sollen alle Menschen das Recht haben zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Alle Menschen soll der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährt werden. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion,... » (Solidarity City).

Utopien wahr werden lassen – Ziele der Arbeit

Mit unserer Abschlussarbeit setzen wir den vorherrschenden Paradigmen in der Stadtentwicklung ein optimistisches Gegenbild, die *Realen Utopien* einer *Stadt für Alle* entgegen. Dass die Vision einer anderen Gesellschaft (nicht zwangsläufig besseren) real werden kann, lässt sich belegen: Die Utopie »eines liberalen Marktes«, der alle Lebensbereiche wettbewerbsförmig organisiert, materialisiert sich spätestens seit Ende der 1970er Jahre gesellschaftlich sowie räumlich (Harvey 2000: 195). Individualismus sowie der Rückzug ins Private prägen gegenwärtig vorherrschende Zukunftsbilder. Die Gesellschaft als Konfliktfeld kollektiver Interessen tritt dabei in den Hintergrund. Zum Mantra der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus gesellen sich in jüngster Zeit zunehmend rechtspopulistische Perspektiven – darin enthalten sind unterschiedliche Ausschlussmechanismen, Diskriminierungsformen und Rassismen. Woran es fehlt, ist eine gemeinsame, zukunftsfähige linke Erzählung, die die Kraft hat, gesellschaftliche Transformation in Gang zu setzen (Klein 2018: 4f.). Deshalb möchten wir mit unserer Arbeit einen Teil dieser Erzählung schreiben. Wir möchten zeigen, dass es eine Vielzahl an Projekten und Initiativen gibt, die die »Alternativ- und Kreativlosigkeit«, zu der uns der Neoliberalismus erzogen hat, durchbrechen (Vollmer & Kadi 2018: 262) und an konkreten Ideen und deren praktischen Umsetzung – *Realen Utopien* – arbeiten.

Das städtische Quartier sehen wir dabei als einen Möglichkeitsraum, in dem Alternativen jenseits kapitalistischer Verwertungsinteressen praktiziert und gelebt werden können. Indem wir das Konzept Harveys des *spaces of hope* auf ein Quartier übertragen, wird dieses zum Möglichkeitsraum, in dem Wunsch und Bewusstsein besteht, den kapitalistischen Diskurs umzuschreiben und sich eine andere Gesellschaft vorzustellen (Helbrecht & Weber-Newth 2017: 63). Diesen Möglichkeitsraum gilt es vielfältig zu gestalten und gegenwärtigen, neoliberalen Stadtentwicklungspolitiken ein Konzept eines ökologischen, demokratischen und sozial organisierten Quartiers entgegenzustellen. Dabei haben wir uns bewusst dafür entschieden, viele einzelne Beispiele aus unterschiedlichen Stadtentwicklungsfeldern aufzuzeigen, anstatt uns auf einen Bereich zu fokussieren. Dieser Entschluss hat uns im Verlauf der Arbeit immer wieder vor Grenzen und Herausforderungen gestellt, gleichzeitig hat er uns die Möglichkeit gegeben, die Praktiken in ihrer Pluralität und soziale Fragen in ihrer Unterschiedlichkeit aufzuzeigen und sie miteinander in Verbindung zu setzen (Vollmer 2017: 152). Dabei sollen die *Realen Utopien*, das heißt die Beispiele selbst, für sich sprechen (ebd.) um damit Perspektiven zu verschieben und Orte sichtbarzumachen, an denen alternative Ansätze funktionieren. »Die Kraft dieser Orte besteht darin, infrage zu stellen, was uns beständig als alternativlos präsentiert wird. Sobald die Menschen erfahren, dass es auch anders geht, ändert sich ihr Blick auf das Mögliche« (Calderon Lüning et al. 2018: 91).

Indem wir die Bandbreite alternativer Ansätze und Instrumente aufzeigen, analysieren und Zusammenhänge und Schnittstellen zwischen ihnen herstellen, schaffen wir einen

motivierenden Moment. Durch die wissenschaftliche Herleitung einer Erzählung, wie ein Quartier organisiert sein könnte, soll dieser in die Gesellschaft, und hin zu einer solidarischen Praxis wirken. Der motivierende Moment und die positive linke Erzählung sind das zentrale Ziel dieser Arbeit. Darüber hinaus möchten wir zu den folgenden Aspekten einen Beitrag leisten:

- Die inspirierende Wirkung *Realen Utopien* nutzen, um zum Mitmachen anzuregen.
- Städtischen Regierungen aufzeigen, welche Möglichkeiten der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Stadt möglich sind und damit zu einem weiterführenden Dialog aufrufen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist*innen ermutigen, selbstbewusst mit städtischen Akteuren*, in Form von Stadtpolitik und -verwaltung, zu kooperieren und dabei ermächtigende Strukturen einzufordern und auszuweiten.
- Zu einer fortschreitenden Politisierung wichtiger Themen städtischen Zusammenlebens beitragen und die Kämpfe für ein solidarisches Zusammenleben zu einem zentralen Punkt gesellschaftlicher Emanzipation machen.
- Die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Mobilisierung aufzeigen.
- Bestehende Risse im kapitalistischen System ausweiten, verknüpfen und für die Entstehung neuer Kämpfe.

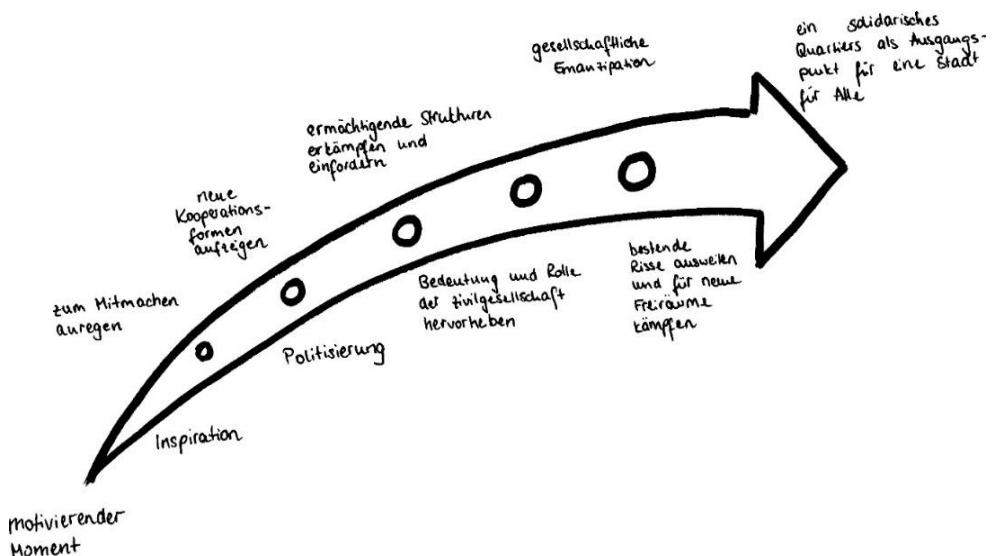


Abb. 1 Schematische Darstellung der Ziele der Arbeit (eigene Grafik)

Diese Ziele tragen dazu bei, eine wissenschaftlich erarbeitete, positive Geschichte gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu erzählen, die zum Erkämpfen weiterer Räume ermutigt und einen bewussten Schritt in Richtung eines solidarischen Zusammenlebens geht.

Neben diesen Zielen, die wir mit der Erarbeitung unseres Kompasses für ein solidarisches Quartier erreichen möchten, nutzen wir unsere Abschlussarbeit, um auf die folgenden Aspekte aufmerksam zu machen und sie im Laufe der Arbeit umzusetzen:

- Den Ansatz der Aktionsforschung ausprobieren und einen Beitrag leisten, dass diese Methode in der kritischen Lehre Platz findet.
- Die zum Ende des Studiums gestellte Aufgabe der Erarbeitung einer Abschlussarbeit dafür zu nutzen, eine kritische Wissensproduktion voranzutreiben und diese mit Aktivismus zu verbinden.
- Möglichkeiten und Grenzen einer in kollektiver Zusammenarbeit geschriebenen Abschlussarbeit aufzeigen und damit andere dazu ermutigen, mit viel Geduld und Energie, das Gleiche zu tun.

Das ist doch utopisch! Oder auch nicht? – Forschungsfrage(n) und Struktur der Arbeit

Das Ziel, etwas aktivistisch Nutzbares zu entwickeln, hat unser Konzept und Vorgehen geleitet. Der Kompass, der als Ergebnis dieser Arbeit entsteht, ist das, was unseren Arbeitsprozess begleitet und der unsere theoretische wie auch empirische Arbeit strukturiert. Die leitende Forschungsfrage, die uns hilft, dieses Ergebnis erreichen zu können, lautet wie folgt:

Welche Gegenentwürfe zu aktuell herrschenden Paradigmen in der Stadtentwicklung zeigen uns Wege hin zu einer solidarischen Praxis auf Quartiersebene?

Zur Beantwortung dieser zentralen Frage haben wir die Arbeit in folgende Kapitel aufgeteilt, in denen sich thematische Unterfragen wiederfinden.

1. Einleitung
2. Theoretischer Einstieg: Utopien, *Reale Utopien* und das Quartier als Möglichkeitsraum

Wir beginnen mit einer Annäherung an den Begriff der Utopie und den dazugehörigen historisch theoretischen Zugängen. Da wir keine »naiv utopische Entwürfe« (Eichstädt 1988: 44, zit. nach Schipper 2018:6), fernab gesellschaftlicher Realitäten aufzeigen möchten, beziehen wir uns auf David Harveys Konzept der *spaces of hope* und den transformativen Ansatz der *Realen Utopien* von Erik Olin Wright. Um diese Ansätze auf Stadtentwicklungsfragen zu übertragen, wählen wir das städtische Quartier. Das Quartier clustern wir in vier Felder, die für die Erarbeitung eines sozial und funktional durchmischten Quartiers zu berücksichtigen sind.

3. Methodisches Vorgehen: Aktivismus und Stadtforschung

Unser methodisches Vorgehen basiert auf Ansätzen theoretischer und angewandter kritischer Geographie im Rahmen aktivistischer Stadtforschung. Die Methodik der Aktionsforschung ist dabei der Ausgangspunkt unserer Arbeit, beschreibt unseren Forschungsstil und stellt den Orientierungsrahmen dar, um eine »Balance zwischen Praxis und Theorie« zu finden (Halder 2017: 91). Dabei setzen wir uns, basierend auf unterschiedlichen Methoden der empirischen Sozialforschung, mit bestehenden Alternativen auf städtischer Ebene auseinander.

4. Empirische Untersuchung: Felder der Stadtentwicklung: Planen, Wohnen, freie Räume & urbanes Grün und Infrastrukturen

Basierend auf diesem Zugang widmen wir uns den vier Feldern der Stadtentwicklung, die als Ganzes ein möglichst umfassendes Bild eines solidarischen Quartiers beschreiben. Dafür werden wir die identifizierten Bereiche nacheinander in einer Negativ- und Positivanalyse analysieren. Für diese Analysen haben wir die folgenden Unterfragen formuliert:

- a. Planung: Wer plant ein neues Quartier, für wen? Wie kann eine Planung von unten organisiert werden? Wie können sich organisierte Zivilgesellschaft Gehör in einem Planungsprozess verschaffen?
- b. Wohnen: Wie kann das Wohnen, als Hauptnutzung von städtischen Räumen, gemeinwohlorientiert realisiert werden? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, das zu realisieren?
- c. Freie Räume und urbanes Grün: Welche Bedeutung haben Frei- und Grünflächen im Quartier? Was wird für die Entstehung von selbstverwalteten Räumen benötigt und wie können diese organisiert werden?
- d. (Soziale) Infrastrukturen: Wie können städtische und soziale Infrastrukturen (Energie, Mobilität, Ernährung, Bildung, Gesundheit) neu gedacht und demokratisch organisiert werden? Wie kann der Zugang zu diesen für alle sichergestellt werden?
- e. Nach der empirischen Arbeit in den einzelnen Bereichen, fassen wir alle wichtigen Aspekte aus den Positivanalysen im Rahmen eines Fazits zusammen.

5. Aufarbeitung der Ergebnisse: Kompass für ein solidarisches Quartier

Unsere Forschungsergebnisse sollen abschließend in Form eines Faltblattes inhaltlich und graphisch aufgearbeitet werden. In diesem Kompass für ein solidarisches Quartier sollen wichtige Aspekte, die zur Realisierung von gesellschaftlich-räumlichen Utopien beachtet werden müssen, dargestellt werden. Die Erarbeitung des Kompasses ist Teil der Beantwortung unserer zentralen Forschungsfrage und letztlich das Produkt der vorliegenden Arbeit. Im Sinne aktivistischer Stadtforschung wird der Kompass so ausgearbeitet, dass unsere Analyse für bestehende und zukünftige Aktivist*innen, soziale Bewegungen und Initiativen nutzbar ist.

6. Ausblick und Reflexion

Hier möchten wir abschließend unseren Forschungsprozess reflektieren und offen gebliebene Aspekte unsere Arbeit aufzeigen.

Mit unserer Arbeit möchten wir den Leser*innen zeigen, dass Gegenvorschläge zum Status quo existieren, sie bereits gelebt werden und sich der Kampf um deren Ausweitung lohnt. Das Gefühl, nichts ändern zu können und die Erzählung der Alternativlosigkeit, lähmt die politische Mobilisierung (Vollmer 2017: 154f.). Im Gegenteil dazu delegitimiert die »Sichtbarmachung von möglichen Alternativen« den Ist-Zustand von selbst (ebd.: 155).

2 Theoretischer Rahmen

» Wir brauchen keinen Stadtplan von Utopia, aber doch Grundrisse. «
(Neupert-Doppler 2017: 13f.)

Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch jeglicher (real-)sozialistischer Alternativen (wenn auch in ihrer Umsetzung nicht erstrebenswert), scheint der Weg der Geschichte festgeschrieben zu sein – die zwei antagonistischen Vorstellungen über Gesellschaft existieren nicht mehr, der Kapitalismus als einzige Gesellschaftsform scheint unbestritten. Wo liegen aber Auswege aus dieser vermeintlichen Alternativlosigkeit bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse?

In Zeiten eines Neoliberalismus, der zu extremen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten führt und einem aufkeimenden Nationalismus, sei es in Europa, den Vereinigten Staaten oder Lateinamerika, scheint es an Antworten einer politischen Linken, »die zwar gelernt hat, diese Strömungen zu kritisieren, nicht aber ihnen etwas entgegenzusetzen«, zu fehlen (Neupert-Doppler 2017: 30). Mit einem Fokus auf genau diese Antworten als Auswege aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen, möchten wir uns zuerst mit dem Begriff der Utopien und den darin enthaltenen Wegen in Richtung gesellschaftlicher Transformation auseinandersetzen. Nach einer allgemeinen Einführung in die Denkfigur der Utopie werden wir den Fokus auf konkrete bzw. reale Utopien legen. Hierbei beziehen wir uns auf das Konzept der *spaces of hope* von Harvey (2000) und dem der *Realen Utopien* von Wright (2017a). Diese Konzepte helfen uns, utopisches Denken auf einer räumlichen Ebene nutzbar zu machen. Die städtische Ebene, die wir dafür heranziehen, ist das Quartier. Als kleinste räumliche Ebene der Stadt, in der alle städtischen Infrastrukturen vorhanden sein sollten, lässt sich hier exemplarisch ableiten, welche Bereiche für eine solidarische Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung sind. Die *scale* des Quartiers sehen wir vor allem als einen Möglichkeitsraum zur Umsetzung *Realer Utopien* in einem begrenzten räumlichen Maßstab.

2.1 Die Denkfigur der Utopie – eine Einführung

Die Denkfigur der Utopie ist von je her umstritten und Ausgangspunkt verschiedener philosophischer Debatten, die an dieser Stelle schlaglichtartig aufgegriffen werden, um den für diese Arbeit zu Grunde liegenden Utopiebegriff herauszuarbeiten.

Utopien lassen sich in literarisch, (früh-)sozialistische und in politische Utopien einteilen, wobei erstere, wie der Name sagt, eher fiktive Ideen einer besseren Welt erzählerisch, und modellhaft ausformulieren. Politische Utopien hingegen betonen die

Wirkmächtigkeit »utopischen Denkens« für eine politische Praxis (Neupert-Doppler 2015: 9). In literarischen Werken wie dem Roman »Utopia« von Tomas Morus aus dem Jahr 1516 (ebd.: 21f.) und in den Siedlungsmodellen der Frühsozialisten wie beispielsweise die genossenschaftliche Siedlung »Phalanstère« von Charles Fourier (ebd.: 32f.) zeichnen die Autoren ein klares Bild ihrer Vorstellungen einer gerechteren Gesellschaft, die zum Teil bis ins Detail vorgegeben waren. Die Vertreter dieser frühen sozialistischen Entwürfe bezeichneten Friedrich Engels und Karl Marx abschätzig als »utopische Sozialisten«, deren abstrakte Utopien, »je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr [...] in reine Phantasterei verlaufen« (MEW 19: 194). Sie warfen den Utopisten vor, rein aus ideellen Vorstellungen zu argumentieren und plädierten dafür, den Sozialismus auf den »realen Boden« der Wissenschaft zu stellen (ebd.: 201). In der Tradition eines wissenschaftlichen Sozialismus trennten sich Marx und Engels vom »utopischen Sozialismus« (Adamczak 2018: 45), waren es nach orthodoxer Lesart doch die objektiven Gesetze der Produktivkraftentwicklung und des historischen Materialismus, die gesellschaftlichen Fortschritt hin zum Sozialismus bringen sollten. Nach den autoritären Auswüchsen und den enttäuschten Hoffnungen des »Staatssozialismus« (Horkheimer 1987), war es Ernst Bloch, der die Utopiefeindlichkeit und Wissenschaftshörigkeit vieler Sozialist*innen kritisierte. Er griff die Denkfigur der Utopie in seinen Werken wieder auf und hob die politische Bedeutung Funktion von Utopien hervor.

Mit dem Begriff der »konkreten Utopie« (Bloch 1985a) nimmt Bloch eine Betrachtung ein, in der Utopien reale Möglichkeiten zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigen und so »Utopiebewusstsein« und eine »motivierende Hoffnung« in den Menschen erschafft (Neupert-Doppler 2015: 62f.). »Konkrete Utopien« ergänzen den Marxismus um eben genannte subjektive Faktoren (ebd.: 63) und beziehen die Vielfalt utopischer Entwürfe auf allen kulturellen und gesellschaftlichen Ebenen mit ein (Schiller 2017: 54). Bloch geht davon aus, dass mit Hilfe marxistischer Analyseinstrumente, Prozesse hin zu Alternativen, basierend auf den realen gesellschaftlichen Verhältnissen, angestoßen werden können. Schlüssel dazu ist die »Einheit von Hoffnung und Prozesskenntnis« (Bloch 1985a: 727). Ähnlich fasst dies auch Neupert-Doppler (2015) am Ende seiner Ausführungen zur Bedeutung von Utopien in sozialen Bewegungen zusammen:

»Als Negation des Bestehenden, Intention auf Besseres, Konkretion von Möglichkeiten, Motivation von Aktivitäten, Artikulation von Bedürfnissen und Option auf Orientierung steht utopisches Bewusstsein nicht nur neben kritischem Bewusstsein und politischem Bewusstsein, sondern bildet mit diesen eine Konstellation.«
(Neupert-Doppler 2015: 179f.)

Ausgehend von Bloch ist utopisches Denken von kritischer Haltung gegenüber der Gegenwart gekennzeichnet, die mit der Intention der Herbeiführung einer besseren Zukunft einhergeht. Gegenüber dem detaillierten »Ausmalen« von Utopien, wie es bei den früh-sozialistischen Siedlungsmodellen der Fall war, hat Bloch ein zwiespältiges

Verhältnis. Er begreift »[d]ie wesentliche Funktion, die dann Utopie hat, [...] [als, MH & SSP] eine Kritik am Vorhandenen«, diese jedoch sollte im Sinne utopischen Bewusstsein immer über eine reine Negation hinausgehen (Bloch 1985b: 362). In einem Radiointerview zwischen Ernst Bloch und Theodor W. Adorno weichen beide im Verlauf ihres Gesprächs das sogenannte »Bilderverbot« für Utopien auf. Dabei erneuern sie ihre Kritik an der »konsequent utopiefeindlichen Theorie des Sozialismus« (ebd.: 363). Adorno fasst die Funktion von Utopien wie folgt zusammen:

»Wenn es wahr ist, dass ein Leben in Freiheit und Glück heute möglich wäre, dann wäre die eine der theoretischen Gestalten der Utopie [...], dass man konkret sagen würde, was bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte der Menschheit möglich wäre – das lässt sich konkret und das lässt sich ohne Ausmalen und das lässt sich ohne Willkür sagen« (ebd.: 363f.).

Adorno verweist darauf, dass Utopien zeigen, was alles »möglich wäre« (ebd.) – genau diesen Aspekt möchten wir aufgreifen und das »anti-utopische Bilderverbot verwerfen« (Adamczak 2018: 25). Wir möchten uns ausmalen, was alles möglich wäre und uns auf »Beziehungsweisen« – neue Formen, wie sich Menschen aufeinander und auf die Gesellschaft beziehen – als Quelle gesellschaftlicher Transformation konzentrieren (Adamczak 2017). Das Utopische bzw. die Utopie verstehen wir »[a]ls ein Ensemble solidarischer Beziehungsweisen« (ebd.: 54, 266). Dieses Ensemble wird in der vorliegenden Arbeit in Bezug auf drängende Fragen der Stadtforschung sichtbar gemacht. In diesem Sinne begeben wir uns auf die Suche nach »utopischer Praxis« und »praktisch-utopischen Forderungen«, die »eine bedürfnisorientierte, [...] solidarische Beziehungsweise gegen die tauschwertorientierte, kapitalistische« setzen (Adamczak 2018: 32f.).

Spaces of Hope – Räume für Utopien

Da wir die Denkfigur der Utopie im Verlaufe dieser Arbeit in Verbindung zum Raum, bzw. städtischen Räumen setzen, werden wir uns an dieser Stelle dem Verhältnis zwischen Raum und Utopie annähern. Der räumliche Bezug literarischer und (früh-) sozialistischer Utopien geht historisch weit zurück, sei es auf fiktiven Inseln oder in den Skizzen einer idealen Siedlung in ferner Zukunft. Die Grundlage für eine Synthese zwischen Raum und Utopie bildet das im Jahr 2000 erschienene Werk von David Harvey »Spaces of Hope«.

In »Spaces of Hope« verdeutlicht Harvey, wie eine andere Welt möglich ist und versucht die Hoffnung auf diese neu zu entflammen. Ausgehend vom Credo *There is no Alternative* des Thatcherismus der 1980er Jahre, führt Harvey aus, dass die Unfähigkeit der politischen Linken einen Optimismus mit Hilfe konkreter Alternativen zu mobilisieren, zur größten Hürde für eine progressive Politik wurde (Harvey 2000: 17). Gegen das Fehlen von Alternativen macht Harvey sich für eine Hoffnung auf Veränderung stark,

die er vor allem aus einer Wiederaneignung des Utopiebegriffs zieht (ebd.: 156). Er schließt damit an Ernst Blochs Thesen zur Erneuerung des utopischen Denkens an.

Als Geograph spielt für Harvey der Raum eine zentrale Rolle für die Auseinandersetzung mit Utopien. In seiner historischen Analyse utopischen Denkens stellt er fest, dass in den meisten Utopien eine problematische Trennung zwischen Raum und Zeit vorgenommen wird, die eine sinnvolle Aneignung von Utopien schwierig macht. Als räumliche Utopien, »utopias of spatial form«, bezeichnet er die Entwürfe von Idealstädten, und Orten wie »Utopia« und »Nova Atalantis«. Harvey kritisiert diese Konzepte insofern, dass es sich um geschlossene, allein räumlich ausgerichtete Utopien handelt, die nicht in einen historisch-gesellschaftlichen Kontext eingeordnet sind (ebd.: 160). Anstatt einen sozialen Prozess in Gang zu setzen, werden in den Entwürfen Vorstellungen über ein ideales Zusammenleben räumlich fixiert, was letztlich immer in eine autoritäre Umsetzung und Herrschaft mündet. Utopie, als rein räumliche Form, kann die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie produziert werden, nicht verändern. Kommt es zu ihrer räumlichen Materialisierung, muss sich die Utopie zwangsläufig an die gesellschaftlichen Bedingungen anpassen, was zu Kompromissen führt. Dadurch verliert der räumliche Entwurf seinen utopischen Charakter und die Utopie zerstört sich selbst (ebd.: 179f.). Den räumlichen Utopien stellt Harvey zeitliche bzw. Utopien eines sozialen Prozesses, »utopias of social process«, entgegen (ebd.: 173). Damit bezieht er sich vor allem auf Annahmen über einen historischen Ablauf gesellschaftlicher Veränderungsprozesse in Richtung eines utopischen Ziels. Anhand von historischen Kontinuitäten in den Theorien von Hegel und Marx zeigt Harvey, dass in dieser Form des Nachdenkens über soziale Prozesse eine Reflexion dafür notwendiger Räume fehlt:

»Idealized versions of social processes [...] usually get expressed in purely temporal terms. They are literally bound to no place whatsoever and are typically specified outside of the constraints of spatiality altogether. The qualities of space and place are totally ignored.» (ebd.: 174)

Wenn sich »utopias of social process« materialisieren, müssen sie sich ihren geographischen Gegebenheiten anpassen und verlieren so einen Teil ihrer Dynamik (ebd.: 179f.). Als Lösung räumliche und zeitliche Utopien zu vereinigen macht Harvey den Vorschlag eines dialektischen Utopismus:

»Given the defects and difficulties of utopias of both spatial form and social process, the most obvious alternative (other than total abandonment of any pretense at utopianism whatsoever) is to build a utopianism that is explicitly spatiotemporal.» (ebd.: 182)

Dementsprechend können keine gesellschaftlichen Prozesse erdacht werden, ohne sie in eine räumliche Praxis umzusetzen. Genauso wenig hilft es, abgeschlossene räumliche

Utopien zu entwerfen, ohne die gesellschaftlichen Mittel, die zu ihrer Realisierung notwendig sind, mitzudenken und zu reflektieren. Entsprechend müssen Utopien immer räumlich-zeitlich gemeinsam gedacht werden. Harvey macht deutlich, dass die Revitalisierung von Utopien als räumlich-zeitliches Konstrukt, *spaces of hope* erschafft, in denen der Optimismus besteht, den kapitalistischen Diskurs umzuschreiben und dabei vor den Möglichkeiten einer anderen Gesellschaft nicht die Augen zu verschließen (ebd.: 17). Damit präsentiert er kein politisches Rezept für den Weg zur Utopie, zeigt aber die Möglichkeit eines Ausbruchs aus der generellen Handlungsunfähigkeit. Auf diese Weise verankert er utopisches Denken in konkreten geographisch-räumlichen Möglichkeiten:

»The task is to pull together a spatiotemporal utopianism – a dialectical utopianism – that is rooted in our present possibilities at the same time as it points towards different trajectories for human uneven geographical developments.»
(ebd.: 196)

Die hier angesprochenen bereits existierenden Möglichkeiten sind der Ausgangspunkt unserer Arbeit. Zusammen mit einer Reflexion des gesellschaftlichen Status quo werden wir versuchen, daraus Alternativen für ein solidarisches Quartier erarbeiten. Welche Bedeutung die gewählten Beispiele für eine gesellschaftliche Transformation haben, wird im folgenden Abschnitt des Konzepts der *Reale Utopien* thematisiert werden.

Reale Utopien – Wege aus dem Kapitalismus

» Eine Art, den Kapitalismus anzufechten, besteht darin, innerhalb dieses komplexen Systems bei jeder Gelegenheit demokratische, egalitäre und partizipative Verhältnisse und Organisationen aufzubauen und politisch um die Erweiterung und Verteidigung solcher Räume zu kämpfen, indem man die Spielregeln der kapitalistischen Gesellschaft verändert. (Wright 2017a: 11f.) «

Diesen Weg, eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen, beschreibt Erik Olin Wright in seinem Werk »Reale Utopien«, das 2010 (dt. Übersetzung 2017) erschien. Der Soziologe beschreibt darin »eine alternative Konzeptionalisierung sowohl des Prozesses der Transformation des Kapitalismus als auch des postkapitalistischen Ziels« (ebd.: 11). Sein Kerngedanke ist, den gesellschaftlichen Status quo dadurch zu verändern, »dass in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden und zugleich um die Verteidigung und Ausweitung dieser Räume« gekämpft wird (ebd.). Denn »weder Revolution noch Reformen waren als Transformationsstrategien bisher erfolgreich« und werden es in der modernen Gesellschaft auch zukünftig nicht mehr sein (ebd. 10f.). Diese Perspektive und der Fokus auf konkrete emanzipatorische Alternativen, die die Welt, so wie sie sein könnte, aufzeigen und sich für deren Ausweitung einsetzen, bieten uns die theoretische Grundlage für die Auseinandersetzung mit den einzelnen Projekten, Initiativen und Ansätzen, die an einer

anderen Art der Stadtentwicklung arbeiten und in unterschiedlichen Felder für eine *Stadt für Alle* kämpfen.

Der Begriff der Utopien ist, wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt, durch eine lange Debatte geprägt. Wright nutzt den Begriff der *Realen Utopien* seit 1991 im Rahmen des *Real Utopia Projects*, welches Modelle und Ansätze für einen radikalen sozialen Wandel wissenschaftlich beleuchtet und eine Diskussion über radikale Alternativen anregt und vorantreibt (Wright 2010). In einer Vielzahl von Konferenzen und Publikationen führen Wissenschaftler*innen eine normative Diskussion über Prinzipien, Gründe und Herausforderungen emanzipatorischer Projekte. Dabei versucht das Projekt nicht nur theoretisch, sondern mit einem Fokus auf konkrete zivilgesellschaftliche Projekte herauszufinden, wie diese Ansätze zu gesellschaftlicher Transformation beitragen. Der inhärente Widerspruch, der in der Bezeichnung *Realer Utopien* steckt, wird dabei von Wright aufgegriffen:

»Real utopias transform the no-where of utopia into the now-here of creating emancipatory alternatives of the world as it could be in the world as it is.« (Wright 2015)

Der Widerspruch – zwischen Realität und Utopie – zeichnet den Weg im Rahmen dieser Arbeit über eine bessere Gesellschaft zu sprechen.

»Die Idee der realen Utopien umfasst diese Spannung zwischen Traum und Praxis. Sie gründet auf dem Glauben, dass das pragmatische Mögliche nicht unabhängig von unserer Vorstellungskraft feststeht, sondern von unseren Visionen selbst gestaltet wird. [...] Ein klares Verständnis dessen zu hegen, was erforderlich wäre, um gesellschaftliche Institutionen zu schaffen, die frei von Unterdrückung sind, gehört zur Bildung eines politischen Willens zu radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, durch die Unterdrückung verringert wird. Der lebendige Glaube an ein utopisches Ideal kann notwendig sein, um Menschen zu motivieren, sich überhaupt auf eine Reise zu begeben, die sie vom Status quo fortführt [...].« (Wright 2017a: 45)

Der politische Wille zur Veränderung und der lebendige Glaube an dessen Umsetzung spiegeln sich in den aufgeführten Beispielen wieder. Durch den Blick auf die gelebte politische Praxis, die *Realen Utopien*, möchten wir anschließend an Wright die Bildung eines politischen Willens stärken, zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen und über den Blick in die Zukunft einen motivierenden Moment schaffen. Dementsprechend sind die einzelnen Initiativen als Teil einer alternativen Wissensproduktion zu sehen, von der für zukünftige politische Projekte gelernt werden kann und die durch ihre inhärente Kritik an den herrschenden Verhältnissen eine utopische Gegenmacht ausüben. Das Bewusstsein für konkrete Alternativen lässt so utopische Ideale real werden.

Um demokratische, egalitäre Ideale voranzubringen, muss das Ausmaß gesellschaftlicher Ermächtigung innerhalb der wirtschaftlichen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften radikal erweitert werden (Wright 2017a: 375). Entscheidend dafür ist gesellschaftliche Macht, die auf der Fähigkeit beruht, »Menschen für kooperative, freiwillige kollektive Aktionen verschiedener Art zu mobilisieren« (Wright 2012: 464). Für diese Aktionen braucht es Freiräume »in denen Individuen selbstbestimmt handeln können, ohne dem Diktat der Systemlogik zu folgen [und, MH & SSP] die von den herrschenden Macht- und Ungleichstrukturen abweichen« (Wright 2017a: 439). Damit wird eine Zivilgesellschaft impliziert, die »nicht nur als Arena von Aktivitäten, Geselligkeit und Kommunikation angesehen werden sollte, sondern auch als reale Macht« (Wright 2012: 465). Die Zivilgesellschaft wird so zum zentralen Ort gesellschaftlicher Transformation, an dem emanzipatorische Projekte und »radikal-demokratische, egalitäre Vision[en]« entworfen werden (ebd. 486). Diese Projekte betitelt Wright als *Reale Utopien*: »utopische Ideale, die im realen Potenzial der Menschheit gründen« und utopische Ziele, die erreichbare Zwischentappen aufzeigen (Wright 2017a: 45). Dabei geht es um konkrete Ansätze, die durch die Aneignung und Ausweitung von Nischen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems, die kapitalistischen Verhältnisse zurückdrängen (ebd. 300). Das langfristige Ziel *Realer Utopien* ist die Überwindung des Kapitalismus. Wright verortet diese Ansätze innerhalb des Staates und schreibt dem Staat eine besondere Bedeutung zu: »[S]taatliche Politik [spielt, MH & SSP] bei der Förderung fortschrittlicher Ideale« eine zentrale Rolle (Wright 2017b: 70). »Im Ergebnis benötigen wir eine reale Utopie, nämlich ein gesellschaftliches und politisches Projekt, das im Kampf um reale Demokratie innerhalb von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verankert ist.« (ebd.)

Entscheidend sind die Machtverhältnisse zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft, die es zu verschieben gilt. Die »Ausweitung gesellschaftlicher Macht über die Wirtschaft« genauso wie gegenüber dem Staat, ist die Voraussetzung, den Kapitalismus zu überwinden (Wright 2017a: 478). Die Zivilgesellschaft, als zentraler Ort gesellschaftlicher Macht – gilt es durch eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche zu stärken. Das heißt unter anderem, dass sich Produktionsmittel »im gesellschaftlichen Besitz befinden und Allokation wie Gebrauch der Ressourcen für unterschiedliche gesellschaftliche Zwecke von der Ausübung ›gesellschaftlicher Macht‹ beeinflusst werden können« (Wright 2012: 464). Zivilgesellschaft, als ein »permanenter Aushandlungsprozess darüber [...], wie die Welt von morgen aussehen soll«, ist der Ort, an dem »Diskussionen und Kooperationen ohne gesetzlichen Zwang oder finanzielle Anreize« stattfinden können (Samochowiec et al. 2018: 12). Emanzipatorische Projekte, die für soziale und politische Gerechtigkeit kämpfen, stärken die Zivilgesellschaft und helfen »radikal-demokratische, egalitäre Vision[en]« zu entwerfen (Wright 2017a: 486). Die Projekte und Initiativen, die Wright in seinem Buch aufzeigt, genauso wie die, die wir

für diese Arbeit heranziehen, arbeiten an Entwürfen, deren Ziel genau dies ist: gesellschaftliche Ermächtigung und das Verschieben kapitalistischer Konfigurationen (ebd.: 275). Die Initiativen und Konzepte basieren alle auf »praktischen Auseinandersetzungen, in die die Erfahrungen und Bedürfnisse der Menschen eingehen« und zeigen, »dass andere Vergesellschaftungsformen nicht nur denkbar, sondern auch möglich sind (Hirsch 2004). Denn nicht mehr nur die »Kritik ist der dominierende Modus der Resonanz auf das, was nicht behagt und das man sich anders wünscht«, stattdessen geht es vor allem um »Ideen zur Behebung [des Problems] und [deren, MH & SSP] praktische Umsetzung – und das alles nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen, mit vielen anderen« (Baier et al. 2016a: 34). Beim Nachdenken über diese Alternativen erarbeitet Wright einen »sozialistischen Kompass« (ebd.: 172):

»Anstatt uns an der Metapher einer Straßenkarte zu orientieren, die uns zu einem bekannten Ziel führt, sollten wir uns vielleicht damit begnügen, das Projekt emanzipatorischen gesellschaftlichen Wandels als eine Entdeckungsreise zu denken. [...] Wir können zwar nicht im Voraus wissen, wie weit wir gehen können, aber wir können wissen, ob wir uns in die richtige Richtung bewegen.« (ebd.: 170f.)

Wright gibt keine definierte Route vor, sondern betont die Bedeutung einer richtungsweisenden Karte. Als »Schlüssel zum Beginn einer Erkundungs- und Entdeckungsreise« dient der Kompass als Navigationssystem (ebd. 171). Angelehnt an die Idee »Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung« aufzuzeigen (ebd.: 195), wird ein Kompass entwickelt, der Möglichkeiten und Prinzipien aufzeigt, die für eine andere Stadtentwicklung benötigt werden: ein Kompass für ein solidarisches Quartier.

Der Glauben an die kumulative Wirkung einzelner Projekte und Initiativen, die Wright beschreibt, wird auf alternative Ansätze in Stadtentwicklungsfragen übertragen, womit die Bedeutung der einzelnen Beispiele betont wird. Wright trägt mit seinem *Real utopias Project* »zur Wiederherstellung eines Eindrucks von der Möglichkeit emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderung« bei (Wright 2017a: 39). Genau diesen Eindruck möchten wir für die städtische Ebene vermitteln: Ansätze einer solidarischen *Stadt für Alle* – sogenannte *Reale Utopien* – werden bereits an unterschiedlichen Orten praktiziert. Diese werden in ihrer Vielfalt aufzeigt, was zu ihrer Ausweitung beitragen soll. Die einzelnen Projekte tragen dazu bei, den Rahmen, »der festlegt, wie die Dinge funktionieren« zu verändern (Žižek 2010: 273), die darin bestehenden Grenzen aufzuzeigen und diese zu verschieben (Gomes de Matos 2013: 124, Rancière 2008: 24). Die städtische Ebene ist in diesem Prozess die Ebene, auf der »neue kreative Prozesse« beginnen können (Vollmer 2017: 150).

2.2 Quartier – ein space of hope Realer Utopien

Zur Annäherung an die Ebene des Quartiers, folgt zuerst eine kritische Auseinandersetzung mit der Aneignung der Ebene des Quartiers von neoliberalen Politiken. Darauf basierend wird dargestellt, warum es an dieser Stelle trotzdem sinnvoll ist, die Quartiersebene heranzuziehen. Abschließend wird beschrieben, welche Handlungsfelder sich daraus, im Hinblick auf das Ziel der Arbeit, den Kompass für ein solidarisches Quartier, ergeben.

Kritische Annäherung an die Ebene Quartier

Je nach Kontext und Region in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) wird ein städtisches Quartier als Kiez, Viertel, Veedel oder Nachbar*innenschaft bezeichnet. Im Gegensatz zu einem administrativ definierten Stadtviertel gibt es keine verwaltungstechnische Definition für diese räumliche Einheit. Auch in der Wissenschaft gibt es keine eindeutige Definition, obwohl die Quartiersebene eine viel diskutierte ist und deren Bedeutung unter Neoliberalisierungstendenzen zugenommen hat. Die Einführung des Städtebauförderprogramms »Soziale Stadt« 1999 trug maßgeblich dazu bei, die Quartiersebene in Soziologie und Geographie zu diskutieren. Dabei wird sich der Ebene des Quartiers aus sozialräumlicher Perspektive (Dangschaff 1997, Vogelpohl 2008, Volkmann 2012) oder als Produkt neoliberaler Stadtentwicklung (Widmer 2009, Heeg 2016) genähert. Auch im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsdebatten wird die Quartiersebene zunehmend diskutiert (Schnur 2008a, Drilling & Schnur 2012a). Trotz dieser unterschiedlichen Perspektiven versucht sich Schnur (2008b) an einer Definition:

»Ein Quartier ist ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden.« (:40)

Diese sozialgeographische Perspektive betont die Bedeutung des Quartiers für das Soziale und die persönliche Alltagswelt. Eine genaue Definition ist jedoch unmöglich, da die räumliche Ausdehnung individuell bleibt (Wille 2005). Konstituiert werden Quartiere einerseits durch ihre Bewohner*innen und deren Wertesysteme, lokale und translokale soziale Vernetzung und Lebenszyklen, -lagen und -stile (Schnur 2008b: 19f.). Andererseits werden Quartiere auch von städtischer Seite bewusst konstruiert um soziale Fragen räumlich zu verorten und damit bestimmte Quartiere besonders in Wert zu setzen und andere zu »sozialen Brennpunkten« zu benennen. Dabei werden »soziale, ökonomische oder politische Verhältnisse« so abstrahiert, dass der »physische Raum ›an sich‹ der Grund für ein soziales Phänomen« wird (Belina & Wehrheim 2011: 209).

Probleme werden häufig nicht mehr gesellschaftlich, als Ergebnis sozialer Auseinandersetzung und Kämpfe verstanden, sondern »außerhalb von Gesellschaft und sozialer Veränderung« stehen (ebd.). Deutlich wird dies an zunehmenden Debatten um sogenannte soziale Brennpunkte ab den 1970er Jahren, in dessen Zusammenhang das Quartier »als spezifisch bevölkerter und bewirtschafteter Teil-Raum der Stadt [und, MH & SSP] als zentrale Planungs- und Steuerungseinheit« neu entdeckt wird (Rinn 2018: 17). In städtebaulichen Förderprogrammen wird »das Soziale in kleinräumigen Formaten neu territorialisiert« und »die bisherige wohlfahrtstaatliche Regierung des Sozialen [...] in eine Regierung über soziale Nahräume überführt« (Kessel & Otto 2007: 9f.). Mit dem Ansatz des Quartiermanagements, einem modernen Governance-Ansatz, sollen seitdem soziale Probleme gemindert und Quartiere aufgewertet werden (Lang 2015: 138). Dabei wird Kriminalität, fehlender Arbeitsethos, Drogenkonsum und Armut in bestimmten Quartieren verräumlicht und die dort lebenden Menschen als homogene Gruppe beschrieben (Wehrheim 2015: 30f.). Damit wird im Raumbezug die Ursache und gleichzeitig die Lösung des Problems präsentiert, das Quartier wird therapiert und gleichzeitig zur Therapie (Wehrheim 2015: 27, Schreiber 2012). Beginnend mit dem Programm »Soziale Stadt« wurden weitere finanzielle Förderprogramme für Kommunen, wie zum Beispiel das »Investitionspaket Soziale Integration im Quartier«, entwickelt. Die dabei definierten »sozialen Brennpunkte« stimmen häufig nicht mit »sozial konstruierten und alltagspraktisch relevanten Quartieren« überein (Wehrheim 2015: 33). Über die Veräumlichung und das Einbeziehen nicht-staatlicher Akteure* wird »die Verantwortung für eine Verbesserung der Situation nicht mehr bei stadtpolitisch bzw. gesellschaftlich Verantwortlichen« gesehen, »sondern bei den Bewohnern und Bewohnerinnen eines Viertels [...] selbst« (Heeg 2016: 19). Diese Verantwortungsübertragung bedeutet auch, den Bewohner*innen die Schuld an der aktuellen Situation im eigenen Viertel zu übertragen (May 2016: 43). Räumliche Differenzen werden damit ausgebaut und es kommt zu sogenannten »Gewinner- und Verliererquartieren«, die eine innerstädtischen Hierarchisierung auf Quartiersebene zu Folge haben (Schnur 2010: 32). Darauf folgt wiederum eine »Diskriminierung der Wohnbevölkerung auf dem sogenannten ersten Arbeitsweg« auf Basis der Meldeadresse (May 2016: 43). Die Konstruktion der »Gewinnerquartiere« wird von der Immobilienwirtschaft weiter vorangetrieben, seitdem die das finanzielle Potential, das in der Vermarktung von Quartieren steckt, für sich entdeckt hat (Schnur 2014: 10). Dies geschieht durch Imagekampagnen auf lokaler Ebene, womit sich Projektentwickler*innen im internationalen Wettbewerb positionieren (Vogelpohl 2008: 69f.). Investor*innen und Bauträger*innen wird durch die großflächige Vergabe ermöglicht, im großen Maßstab homogene und »störungsfreie« Wohnquartiere zu bauen. Denn bei der Planung ganzer Quartiere geht die Entwicklung der Immobilien über die Grenzen einzelner Wohngebäude hinaus, »auf der Basis von Auftragsgutachten werden zielgruppengerechte Umfeldere imagegerecht konstruiert und gezielt in die professionelle Vermarktung der Wohnung miteinbezogen (Niermann et al. 2014: 20). Für die Entwickler*innen gilt »Vielfalt und Kleinteiligkeit [...] als ineffizient,

aufwendig und nicht rentabel« (Scholz 2016: 54). Dadurch wird soziale Segregation verschärft und es werden »Wohn-Enklaven [geschaffen, MH & SSP], die zwar vorgeben, nicht ›gated‹ zu sein, diese aber de facto sind« (ebd.). Prominente Beispiele, wie das Gerling-Quartier in Köln, zeigen, wie mit dem Begriff des Quartiers geworben werden kann: »Gerling-Quartier: New Yorker Flair in der Kölner City« (express 2013), »Köln im Wandel – Das Gerling-Quartier: Platz mit italienischem Flair« (Kölnische Rundschau 2014). Das Quartier ist zu einem »neuen Geschäftsfeld für Projektentwicklungsunternehmen geworden« (Spars 2014: 36), mit dem Vorteil, dass bei der Planung und Entwicklung eine einheitliche Eigentümer*innenstruktur vorliegt und Projektentwickler*innen dadurch homogene Quartiere »aus einem Guss« entwickeln können (ebd.: 38). Die Zahl der Projektentwicklungen, deren Größe als Quartier bezeichnet werden kann, belegen, dass sich daraus ein neues Geschäftsfeld entwickelt hat: etwa ein Fünftel der Projektentwicklungen in Großstädten in der BRD hat eine Fläche von über 50.000 qm (Spars 2014: 35f.). Neben der großflächigen Vergabe kam es zu einer Flexibilisierung des Flächennutzungsplans, die zum sogenannten »property-led development« führen kann. Dieser Planungsansatz, der der Wirtschaftsförderung dient, hat zum Ziel, »externe Investoren [...] mit attraktiven Standorten und Anlagemöglichkeiten insbesondere in Großprojekten zu interessieren« und »günstige Investitionsmöglichkeiten in die gebaute Umwelt zu schaffen« (Heeg 2008: 41). Der großflächigen Vergabe an privatwirtschaftliche Projektentwickler*innen steht der Ansatz der kleinteiligen, an Nutzungsmischung gebundenen Flächenvergabe gegenüber. Funktionsmischung wird als ein Instrument gesehen, das dazu dienen kann, gesellschaftliche Optionen zu eröffnen und der »funktionalen und sozialen Sortierung unserer Städte« sowie dem Auseinanderrücken sozialer Gruppen aufgrund räumlicher Distanz entgegenzuwirken (Scholz 2016: 55f.). Funktionale Mischung bedeutet, gemischte Wohnstrukturen mit entsprechenden Gewerbe- und Versorgungsangeboten zu kombinieren (ebd.: 56).

Der Bedeutungsgewinn der lokalen Ebene und die damit zusammenhängende räumliche Verortung sozialer Fragen, sind im Rahmen von Neoliberalisierungsprozessen zu sehen. *Re-scaling*-Prozesse wirken sich auf den städtischen Raum aus und gehen mit neuen Formen städtischen Regierens einher (Hess & Lebuhn 2014: 23). Darunter zählen neben Standortwettbewerb und der Konkurrenz zwischen den Städten auch Strategien des »weichen Neoliberalismus« (Heeg & Rosol 2007, Hess & Lebuhn 2014: 23). Dabei wird »das Feld eventuellen Handelns der anderen« (Foucault 1994: 255) so strukturiert, dass den Bewohner*innen bestimmte Verhaltensweisen nahegelegt werden, anderen hingegen kein Raum geben wird (Bröckling et al. 2004: 9). Ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement wird so von staatlicher Seite benutzt, um Bürger*innen auf Quartiersebene dazu anzuhalten, ihr Leben ökonomisch effizient zu nutzen und staatliche Aufgaben in der Nachbar*innenschaft zu übernehmen (Holm & Lebuhn 2013). *Governing through community* als eine neue Art des neoliberalen Regierens stärkt lokale Netzwerke, fördert freiwilliges Engagement und gegenseitige Hilfe, die in

der Nachbar*innenschaft zur Identitätsbildung beitragen soll (Rose 2000), ohne dabei Steuerungselemente von höheren Ebenen an die lokale abzugeben (Kamleithner 2009: 33f.). Dabei wird in verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlichen Instrumenten »Gerechtigkeit mit Rechenschaftspflicht und Fairness mit ökonomischer Effizienz verknüpft« (Rosol & Schipper 2014: 285). Die zunehmende Anzahl von Quartiersmanager*innen, die mittlerweile nicht mehr nur von kommunaler Seite eingesetzt werden, sondern auch von Wohnungsbaugesellschaften, Projektentwickler*innen oder Investor*innen finanziert werden, verdeutlicht diese Entwicklung auf der Quartierebene und trägt dazu bei, soziale Differenzen räumlich zu verorten (Lanz 2009).

Quartierebene – ausreichend und unzureichend zugleich

Trotz der kritisch zu sehenden Aneignung des Quartiers im *Unternehmen Stadt*, ziehen wir die Quartierebene heran, um stadtpolitische Fragen zu thematisieren und alternative Entwicklungswege aufzuzeigen.

Da menschliches Handeln »außerhalb der fundamentalen Kategorie des Raumes« nicht denkbar wäre (Hamm 1973: 9), spielt das direkte Umfeld eine wichtige Rolle im täglichen Handeln. Die Interaktion zwischen Raum und Mensch, das heißt deren wechselseitige Wirkung, werden in einer Raumgröße wie dem Quartier besonders deutlich. Der soziale Raum ist der Handlungsrahmen für den Menschen und wird sozial produziert (Lefebvre 2015: 331f.). Dieser Ansatz, das Quartier nach Lefebvre als ein soziales Produkt zu sehen, erlaubt eine erweiterte Perspektive auf städtische Quartiere (Schnur 2008b: 32). Symbole, Diskurse über ein Quartier, Formen der Raumaneignung und alltägliche Praktiken werden in die Analyse über Quartiere miteingeschlossen und das Verständnis des Quartiers als ein geschlossener Container wird aufgegeben. Basierend auf diesem Verständnis bietet die Quartierebene die Möglichkeit, Alternativen zur herrschenden Stadtentwicklung auf einer handhabbaren Ebene aufzuzeigen, die wiederum auf die städtische Ebene abstrahiert werden können. Auch wenn soziale Probleme nicht verräumlicht werden dürfen, können Räume die Möglichkeit geben, diesen Problemen zu begegnen. Städtische Räume, darunter sind auch Quartiere zu fassen, sind »in ihrer Dimension als Räume der Emanzipation und des gesellschaftspolitischen Widerstands zu begreifen« (Doderer 2007: 67) und deshalb ein sinnvoller Ort, an alternativen Konzepten und Ideen zu arbeiten.

Das Quartier, als Betrachtungsebene gesellschaftlicher und urbaner Prozesse, kann als ein Abbild gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen auf der Makro- bzw. Mikroebene interpretiert werden (Schnur 2008b: 30) und dient als lokaler Maßstab zwischen Individuum und Gesellschaft (Vogelpohl 2008: 72). Im Gegensatz zu Nachbar*innenschaften, mit denen vor allem soziale Beziehungen und die Gemeinsamkeit des Wohnorts beschrieben werden (Hamm 1973: 18), finden sich in Quartieren Dienste für das öffentliche Leben. Einrichtungen im Bildungs- und Kulturbereich, der Gesundheits- und

Nahversorgung sowie Gastronomiegewerbe werden Nutzungsgemischten Quartieren zugeschrieben (Neustart Schweiz 2013: 17f.). Ein Quartier ist immer kleiner als ein Stadtteil, der als ein »administrativ definierter Raumausschnitt einer Stadt« gilt (Wehrheim 2015: 24) und größer als das eigene »Wohngebiet, das planungsrechtlich nur dem Wohnzweck dient« (Alisch 2002: 60). In gemischt genutzten Quartieren, in denen »unterschiedliche Gruppen wohnen und arbeiten, mit vielfältigen Angeboten und Möglichkeiten, zum Beispiel kleine Geschäfte aufzumachen und eigene Treffpunkte zu haben«, funktioniert die sozial-räumliche Integration in der Regel einigermaßen friktionslos (Scholz 2016: 55). Inwiefern diese Nutzungsmischung möglich ist, kann von der Kommune durch »städtische Planung, Förderprogramme, Konzeptausschreibungen für Projektentwicklungen, städtebauliche und Architektenwettbewerbe« oder auch die Einbeziehung von städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften beeinflusst werden. »Funktionsmischung ist deshalb kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, das dazu dienen kann, gesellschaftliche Optionen zu eröffnen« (ebd.).

Für die Bewohner*innen nimmt die lokale Ebene unterschiedliche Rollen ein: Eine räumliche Andockstelle, an die viele trotz globalisierter Arbeitswelt und der geforderten Mobilität immer wieder zurückkehren (Schnur 2008b: 31). Gleichzeitig kann das Quartier als ein »alltäglicher Aktionsraum, in dem die notwendigsten, oft eingeschränkten Ressourcen genutzt werden«, wirken (ebd.). Quartiere ermöglichen direkten Austausch und schaffen Begegnung und Kommunikation zwischen den Bewohner*innen (Vogelpohl 2008: 69). Besonders für vulnerable Gruppen, wie ältere Menschen, Kinder oder Personen mit niedrigem ökonomischem Kapital, spielt die direkte räumliche Umgebung eine wichtige Rolle (Wehrheim 2015: 22).

Bei allen Möglichkeiten, die die *scale* Quartier für Ansätze emanzipatorischer Politik und die Umsetzung *Realer Utopien* bietet, sehen wir das Quartier nicht als feste Entität im Raum und wollen jede Art eines »räumlichen Fetischismus« (Belina 2008: 115) vermeiden. Die lokale Fixierung durch die Wahl der Ebene des Quartiers weist Grenzen auf, einerseits weil »private Profitinteressen und die Wahrung von Eigentumsverhältnissen mit staatlichen Institutionen verquickt« sind und andererseits, da Probleme oft »global gemachte [sind, MH & SSP]: weltweite Spekulation mit Boden und Wohnraum, Klimawandel und die ständige Produktion neuer Fluchtursachen« (Vollmer 2017: 153f.). Doch auch wenn sich Globalisierung und globaler Wettbewerb zwischen den Städten auf lokale Stadtentwicklungspolitiken auswirkt, handelt es sich hierbei nicht um eine Art Naturgewalt, der lokale Akteure* leidglich tatenlos zusehen können. Auch ihnen stehen Handlungsoptionen offen, die den hegemonial gewordenen Diskurs der neoliberalen Stadtentwicklung umschreiben können. Genau das zeigen die Initiativen und Projekte, die als *Reale Utopien* für diese Arbeit herangezogen wurden: Sie setzen an der lokalen Ebene an, ohne dabei gesamtgesellschaftliche Strukturen und den Rahmen, in dem sie handeln, aus dem Blick zu verlieren. Globale Auswirkungen von Neoliberalisierungs-

politiken werden von den Projekten auf lokaler Ebene angegriffen und Handlungsspielräume erkämpft, dabei findet immer auch eine Reflexion globaler Zusammenhänge statt (Mayer 2008).

Reale Utopien für die Quartiersebene – Handlungsfelder für den Kompass

Das Quartier als räumlicher Bezugsrahmen soll uns helfen, unser Ziel, die Entwicklung eines Kompass für eine andere Stadtentwicklung, handhabbar zu machen. Die Quartiersebene bietet sich an, da auf dieser *scale* stadtpolitisch relevante Themen verhandelt werden, die daraufhin auf höhere Ebene abstrahiert werden können. In dem Bewusstsein, dass die Fokussierung auf die lokale Ebene Ambivalenzen mit sich bringt, zeichnen wir das Bild eines solidarischen Quartiers als Ausgangspunkt für eine *Stadt für Alle*. Um diesen *space of hope* zu schaffen, muss das Gesellschaftliche und das Räumliche zusammen gedacht werden, nur so können *Reale Utopien* entstehen. Dabei stellt sich die Frage, welche Bereiche berücksichtigt werden müssen, um unser Ziel zu erreichen, um das Bild eines solidarischen Quartiers zu zeichnen, das ökologisch, demokratisch und sozial organisiert und funktional gemischt ist. Dies impliziert die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Bereichen der Stadtentwicklung. Wie im Abschnitt zur Quartiersebene dargestellt, geht die Funktion des Quartiers über das Wohnen hinaus. Damit ein solidarisches Quartier entstehen kann, muss bereits der Planungsprozess entsprechend gestaltet werden. Des Weiteren gilt es, Fragen um Wohnen grundlegend zu diskutieren und Räume einzuplanen und bereitzustellen, die eine Funktionsmischung garantieren. Darüber hinaus müssen auch Infrastrukturen des Quartiers thematisiert werden, denn auch die Bereiche Energie, Mobilität, Ernährung, Bildung und Gesundheit können neu gedacht und demokratisch organisiert werden. Funktionsmischung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, das gesellschaftliche Optionen und die Möglichkeit eröffnet (Scholz 2016: 55), sich mit einer Vielfalt stadtentwicklungspolitisch relevanter Fragen zu beschäftigen. Um diese thematische Diversität bearbeiten zu können, haben wir Bereiche definiert, die einerseits anwendungsorientiert sind und andererseits eine kritische Bearbeitung auf Quartiersebene erlauben: Ausgehend von Fragen bezüglich des kontinuierlichen Prozesses der Planung widmen wir uns dem Bereich des Wohnens. Darauf folgend setzen wir uns mit der Frage öffentlicher Räume und urbaner Grünflächen auseinander und beschäftigen uns abschließend mit technischen und sozialen Infrastrukturen. Diese vier Bereiche – Planen, Wohnen, (Frei-)Räume und urbanes Grün, Infrastrukturen – stellen die Struktur dar, auf der basierend wir den Kompass für ein solidarisches Quartier entwickeln werden.

3 Methoden jenseits von Korsett und Denkblockaden

Den methodischen Rahmen dieser Arbeit bildet der Ansatz der aktivistischen Stadtforschung, dem wir uns im Rahmen einer angewandten kritischen Geographie nähern werden. Als Orientierungsrahmen bietet die aktivistische Forschung die Möglichkeit, etwas zu entwickeln, das in der Praxis nutzbar ist. Sie gibt jedoch kein »Methodenkorsett« vor, sondern bietet die Chance sich an der »gesamten Bandbreite der Methoden der empirischen Sozialforschung« zu bedienen (Schipper 2018: 15f.).

Im Folgenden wird zuerst der Ansatz der aktivistischen Forschung in Bezug auf die Arbeit dargestellt. Danach wird das Vorgehen in den vier Bereichen erklärt. Alle vier Bereiche sind nach demselben Schema aufgebaut: zuerst wird eine Negativanalyse durchgeführt, die zur Herleitung des Handlungsbedarfes dient und den Forschungsstand in den einzelnen Bereichen nachzeichnet. Darauf folgt die Positivanalyse, die wiederum in einen theoretischen Teil und die empirischen Ergebnisse aufgeteilt ist. In diesem Zusammenhang werden die von uns genutzten Methoden der empirischen Sozialforschung aufgezeigt, die interviewten Gruppen genannt und dargestellt welche weiteren Aspekte in die Forschung miteingeflossen sind. Auch unser eigenes politisches Engagement wird offengelegt.

3.1 Raus aus dem Elfenbeinturm – angewandte kritische Geographie und aktivistische Forschung

Akademische Wissensproduktion steht oft in der öffentlichen Kritik in abgeschiedenen Räumen, jenseits von Realität und Praxis zu agieren und den sogenannten Elfenbeinturm nicht zu verlassen. Vor allem im Kontext der Bewegungsforschung wird der Vorwurf laut, sie verfolge lediglich einen erklärenden Ansatz, ohne dabei etwas an den herrschenden Verhältnissen zu verändern (Schipper 2018: 15). Wir stellen uns dieser Kritik und bleiben im Sinne einer aktivistischen Stadtforschung nicht auf einer diskursiven Ebene stehen (Füllner 2016: 87), sondern wollen in städtische Transformationsprozesse eingreifen und versuchen, sie zu verändern. In der Fusion von Aktivismus und Forschung liegt die Möglichkeit, innerhalb akademischer Wissensproduktion klare politische Haltung einzunehmen und einen Beitrag zu gesellschaftlicher Transformation zu leisten (Pain 2003, Halder 2017: 45). Dabei vereinen wir »Praxis und Theorie in einer aktionsorientierten, solidarischen, reflexiven und emanzipatorischen Zusammenarbeit von Forschenden sowie widerständigen Akteuren[*]«, um damit die bestehenden Verhältnisse herauszufordern (Routledge 2009: 7, zit. nach Halder: 2017: 49). Basierend auf dem von der Frankfurter Schule vorangetriebenen Positivismusstreit ab den 1960er Jahren, in dem zunehmend Skepsis gegenüber Wertneutralität in der Forschungspraxis geäußert und die Frage diskutiert wurde, was unter der Logik der Sozialwissenschaften

zu verstehen sei (Adorno 1987), schließen wir uns dem Bruch mit dem »positivistischen Wertneutralitätsgebots« an und legen den »privilegierten, wertfreien Blick auf Gesellschaft« ab (Schipper 2018: 15). Unser emanzipatorisches Erkenntnisinteresse (Habermas 1968), das sich dadurch auszeichnet, dass wir »Veränderungsmöglichkeiten von Macht und Abhängigkeit im sozialen Zusammenhang« aufzeigen möchten (Römpf 2015: 21), legen wir offen und kommunizieren es auch entsprechend an die von uns beforschten Gruppen. Als Teil der Aktionsforschungen sehen wir die Anerkennung der nicht-akademischen Wissensproduktion von Seiten sozialer Bewegungen als Bestandteil von Transformationsprozessen (Schipper 2018: 15), sie bildet die Basis der vorliegenden Forschung. Die Bewegungen selbst sowie ihre Publikationen sind dementsprechend eine wichtige Wissensquelle für unsere Arbeit. Daraus werden wir sie direkt rezipieren und im Anschluss unsere Ergebnisse so aufarbeiten, dass sie von (stadt-)politischen Gruppen im aktivistischen Rahmen nutzbar sind. Dies stellt einen weiteren Aspekt der aktivistischen Forschung dar: Forschungsergebnisse »in den Dienst sozialer Bewegungen und politischer Aktivist*innen« stellen (Halder 2017: 50). Damit ist die Hoffnung verbunden, sie mit unseren Ergebnissen in ihrer Arbeit stärken zu können (Füllner 2016: 91).

Als Verbindung zwischen Aktivismus und Wissenschaft arbeiten wir die Forschungsergebnisse graphisch auf und stellen sie in einem Faltblatt dar. Der dabei entstehende Kompass für ein solidarisches Quartier soll Initiativen, Projekte und soziale Bewegungen in ihrer Arbeit unterstützen, von ihnen als politisches Instrument genutzt werden können (Schipper 2018: 14f.) und einen motivierenden Moment schaffen. Als Aufarbeitung und Zusammenfassung unserer Ergebnisse ist der Kompass explizit als Teil unserer Abschlussarbeit zu verstehen. Den Ansatz der Aktionsforschung sehen wir als einen Orientierungsrahmen, in dessen Fokus der Forschungsstil liegt: Leitender Gedanke ist nicht »andere ›out there‹ zu ändern, sondern vielmehr gemeinsam mit anderen etwas zu verändern« (Reason & Bradbury 2004: 1, zit. nach Halder 2017:38).

3.2 Von bestehenden Beispielen lernen – Wissensproduktion Realer Utopien

Aktivistische Forschung bietet den Rahmen für das methodische Vorgehen und beschreibt den Forschungsstil, lässt jedoch offen, welche Methoden der empirischen Sozialforschung genutzt werden.

Der erste Analyseschritt, eine Negativanalyse im jedem der vier Themenfelder, bildet die Basis für die Auswahl theoretischer und empirischer Beispiele in der Positivanalyse. Dieser zweite Abschnitt, die Positivanalyse, stellt den empirischen Teil der Arbeit dar und basiert auf der Auseinandersetzung mit bereits praktizierten Alternativen. Die einzelnen Projekte, definiert als *Reale Utopien*, helfen auf Basis einer kritischen Analyse Wege hin zu einem städtischen solidarischen Zusammenleben ausfindig zu machen.

Nach dem Verständnis von Wright können diese Beispiele den Weg zum »Bau einer neuen Gesellschaft im Gehäuse der alten« aufzeigen (Wright 2017a: 442). Mögliche Projekte und Ansätze haben wir basierend auf der Definition *Realer Utopien* ausgewählt. Kriterien waren, inwiefern sie »radikaldemokratisch-egalitäre und emanzipatorische Ideale« aufweisen, als »gangbare Alternativen zu bestehenden Arrangements« beschrieben werden können und inwieweit sie »auf die eine oder andere Weise zum Fortschritt entlang jener Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung« beitragen (ebd.: 222). Basierend auf diesen Aspekten haben wir uns mit einer Vielzahl an Projekten und Ansätzen in den vier Feldern beschäftigt. Die einzelnen Beispiele sind in unterschiedlichem Umfang in die Arbeit eingeflossen, teilweise spielen sie eine eher untergeordnete Rolle und werden als ein spezifisches Beispiel unter vielen herangezogen, teilweise dienten sie aber auch für grundlegendere Aspekte. Die Analyse so unterschiedlicher Beispiele ist der Versuch, ein breites Spektrum an Themen und Ansatzpunkten abzudecken und möglichst unterschiedliche Projekte aufzuzeigen. Sie alle tragen dazu bei, das Bild eines solidarischen Quartiers zu zeichnen, innovative Konzepte und Lösungsansätze zu dessen Realisierung zu benennen und nach deren Ausweitung sowie Übertragbarkeit zu fragen (Schipper 2018: 27).

Die ausgewählten Projekte und Initiativen haben wir auf der Basis ihrer eigenen Publikationen, dem Internetauftritt, Flyern, Manifesten, aufgezeichneten Interviews und wissenschaftliche Arbeiten über sie analysiert. Je nachdem welche Rolle die einzelnen Projekte für unsere Arbeit spielen, variierte die Analysemethode. Neben der Analyse der genannten Veröffentlichungen werden mit einzelnen Initiativen Austauschtreffen organisiert. Ziel war dabei immer zu fragen, wie diese Projekte vervielfältigt werden können, was andere von gesammelten Erfahrungen lernen können und wie von ihnen erkämpfte Freiräume ausgeweitet werden können. Die Treffen haben wir darüber hinaus dafür genutzt, um uns mit Menschen mit aktivistischer Perspektive und Hintergrund auszutauschen und gemeinsam zu erarbeiten, welche Aspekte, basierend auf ihren Erfahrungen, für eine solidarische Praxis auf Quartiersebene zu berücksichtigen sind. Wir haben uns dazu entschieden, nur mit einer kleinen Anzahl an Gruppen Gespräche zu führen, da wir einerseits die zeitlichen Kapazitäten der Gruppen nicht überstrapazieren wollten, und andererseits, da bereits über viele der Projekte eine Vielzahl von Texten publiziert wurde und auch die Initiativen selbst weitreichende Informationen über sich und ihre Arbeit bereitstellen. Bei der Auswahl spielte einerseits eine Rolle, inwiefern die Initiativen an Ansätzen arbeiten, die mit der Definition *Realer Utopien* einhergehen. Andererseits haben wir Gruppen ausgewählt, die in mehreren Feldern aktiv sind bzw. an Ansätzen arbeiten die Fragen in mehreren Bereichen abdecken. Neben diesen Kriterien, die zur Auswahl der Gesprächspartner*innen (1.) und (2.) führten, haben wir uns explizit dafür entschieden, mit Gruppen zu sprechen die in Frankfurt am Main aktiv sind. Die vereinfachte Zugänglichkeit, die eigene Involviertheit und der Anspruch, auch bisher weniger bekannten Initiativen eine Stimme zu geben, führten zur Auswahl der Projekte

(3.) und (4.). Basierend auf diesen Überlegungen organisierten wir fünf Treffen mit Vertreter*innen dieser Initiativen, die in der BRD² aktiv sind:

1. Niels Boeing, Initiative *Recht auf Stadt* Hamburg, *Park Fiction*, *Fabulous St. Pauli*, *Solidarity City* Hamburg
2. Lisa Vollmer, Linda Schneider und Hermine Münch-Pholi, *Stadt von Unten*, Berlin
3. Lothar Augustin und Tim Schuster, Initiative *Offenes Haus der Kulturen* und *Solidarity City* Frankfurt am Main
4. Joerg Weber und Bärbel Prätorius, *Ernährungsrat* und *Solidarische Landwirtschaft* Frankfurt am Main

Angelehnt an die Methode der Expert*inneninterviews, wurden Arbeitstreffen organisiert, in denen problemzentriert auf den Kompass zugearbeitet wurde. Das problemzentrierte Interview, durchgeführt auf der Basis eines halbstrukturierten Fragenkatalogs, gab uns die Möglichkeit, die Befragten möglichst frei zu Wort kommen zu lassen, uns auf die Sichtweise der Akteure* zu konzentrieren und gleichzeitig an dem definierten Ziel der Arbeit zentriert zu arbeiten (Witzel 1985, Hölzl 1994). Zu Beginn der Gespräche haben wir den Vertreter*innen unser Interesse, die Entwicklung eines Kompasses, offen darlegt, und unsere eigene Position, nicht nur als Studierende der Human-geographie, sondern als selbst im stadtpolitischen Kontext Aktive, offen kommuniziert. Dadurch konnte die Distanz zwischen Forschenden und Beforschten abgebaut werden und ein »Vertrauensverhältnis aufgebaut [werden, MH & SSP] [...] welches die Grundlage für eine dialogisch ausgerichtete Wissensproduktion sowie wechselseitige Lernprozesse« darstellt (Schipper 2018: 15). Dadurch konnten in den Diskussionen auch Erfahrungen als Aktivist*innen der Gruppe *Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?* eingebracht werden, was wiederum zur Schaffung eines »hybriden Raum[s] kollektiver Wissensproduktion« beiträgt (ebd.). Teilweise kannten wir einige Gesprächspartner*innen aus unterschiedlichen Vernetzungstreffen bereits, was auch dazu beitrug, die »Grenze zwischen Untersuchenden und Untersuchten« zumindest teilweise aufzulösen (Füllner 2016: 87) und den »vermeintlich objektive[n]Blick« der Forschenden zu dekonstruieren (Halder 2017: 41).

Anhand eines erarbeiteten Leitfadens, haben wir in den Gesprächen die Ansätze der einzelnen Initiativen und deren Übertragbarkeit diskutiert. Ausgehend von ihren konkreten Erfahrungen und Visionen, haben wir Auswege aus herrschenden Paradigmen der Stadtentwicklung sowie Maximalvorstellungen für zukünftige Projekte gemeinsam erarbeitet. Im Mittelpunkt stand dabei »innovative Konzepte und Lösungsansätze zur Realisierung« *Realer Utopien* zu identifizieren (Schipper 2018: 27), und zu fragen,

² In der Auswahl der Beispiele haben wir uns auf Initiativen beschränkt, die in der BRD aktiv sind. Ausschlaggebend für diese Einschränkung war der gemeinsame rechtliche Rahmen und sozio-ökonomische Kontext, in dem sie agieren.

wie diese kontextbezogenen Ansätze auf eine allgemeine Ebene abstrahiert werden können. Gemeinsam haben wir diskutiert und analysiert, welche dieser Aspekte für ein solidarisches Quartier von besonderer Bedeutung sein können.

Auf eine Beforschung der Initiativen als solche haben wir dabei verzichtet, da es uns vor allem um ihre Grundidee und deren Übertragbarkeit geht. Auch wenn durch diesen Fokus die Gefahr besteht, die einzelnen Projekte zu romantisieren und ihre Ambivalenzen zu verschleiern, haben wir uns gegen eine tiefere Auseinandersetzung mit internen Strukturen entschieden und möchten stattdessen vor allem den motivierenden Moment und das positive Bild, das von den Projekten ausgeht, aufzeigen.

Neben diesen Gesprächen sind auch Diskussionen, Erkenntnisse und Konzepte aus den folgenden Veranstaltungen in diese Arbeit mit eingeflossen:

1. Mieten und Wohnen Konferenz Bochum, Februar 2018
2. Recht auf Stadt Forum Leipzig, April 2018
3. Forschungswerkstatt Kritische Geographie Frankfurt, Juni 2018

Diese drei Veranstaltungen werden an dieser Stelle explizit aufgezeigt, da sie im Laufe des Forschungsprozesses stattfanden und Initiativen, mit denen wir uns im Rahmen der Arbeit beschäftigt haben, zu Wort kamen. Die Mieten und Wohnen Konferenz fand 2018 unter dem »Boden Recht Wohnen – Ansätze für eine sozialere Mieten- und Wohnungspolitik« in Bochum statt, die dort besprochenen Themen entsprechen vielen hier aufgezeigten Ansätzen. Das Recht auf Stadt Forum stellt die Schnittstelle zwischen Aktivismus und Wissenschaft dar, in der wir auch unsere Abschlussarbeit sehen. Mit dem Fokus auf Soziale Infrastruktur bot uns das Forum die Möglichkeit, einige Initiativen persönlich zu treffen. Auch die Forschungswerkstatt Kritische Geographie bot uns die Möglichkeit unseren Ansatz mit anderen Geographie Studierenden und Lehrenden zu diskutieren. Mehrere Veranstaltungen der Forschungswerkstatt, in denen Ansätze einer angewandten Kritischen Geographie thematisiert wurden, bestärkten uns im Versuch, unsere Abschlussarbeit mit einem Fokus auf aktivistischer Forschung zu schreiben und damit die Distanz zwischen kritischer Wissensproduktion und sozialen Bewegungen zu verringern. Diese Distanz wird auch durch unsere Doppelrolle als Studierende und Aktivist*innen aufgehoben. Unser (stadt-)politisches Engagement in der *Gruppe Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?* in Frankfurt am Main hat zu vielen Aspekten in dieser Arbeit beigetragen, gleichzeitig wird das akademisch erworbene Wissen in die Initiative getragen. Das gegenseitige Einfließen von Erfahrungen und Wissen basiert auf dem Verständnis aktivistischer Forschung, sich als Forschende selbst in Gruppen und Initiativen zu beteiligen. Dabei sind wir uns über die Bedeutung der Reflexion der eigenen Rolle im Forschungsprozess bewusst und blicken deshalb mit einer kritischen Distanz auf eigene Erfahrungen sowie die Inhalte der Gespräche und Publikationen der Initiativen. Eine explizite Reflexion des gesamten Prozesses folgt am Ende der Arbeit.

4 Theorie und Empirie – eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen und der Blick auf utopische Alternativen

Angelehnt an die Entstehung von Utopien, in der stets eine Kritik der herrschenden Verhältnisse sowie die Vorstellung eines Gegenentwurfs präsent sind, erarbeiten wir den Kompass für ein solidarisches Quartier in zwei Analyseschritten: In den vier definierten Bereichen wird zuerst eine Negativ-, dann eine Positivanalyse durchgeführt. Diese Analysen werden in den vier Bereichen separat durchgeführt, ihre Ergebnisse werden in einem gemeinsamen Fazit in Anschluss an die vier Analysen diskutiert.

In der Negativanalyse werden die identifizierten Handlungsfelder in Form einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Status quo analysiert. Für unser Vorhaben wichtige Arbeiten werden dabei identifiziert und kompakt zusammengefasst. Dieser Überblick über den aktuellen Forschungsstand dient der wissenschaftlichen Herleitung des Handlungsbedarfs in den einzelnen Bereichen, der als Ansatzpunkt für mögliche Veränderungen dient. In der darauf folgenden Positivanalyse werden zuerst theoretische Konzepte dargestellt, die als eine Antwort auf den Status quo gelesen werden können. Die in den einzelnen Bereichen herangezogenen Theorien ergänzen sich gegenseitig und bilden die Basis für die Projekte und Initiativen, die im zweiten Teil der Positivanalyse aufgearbeitet werden.

4.1 Planung

» *Erstrebenswert wäre ein Denken von partizipativer Planung im Sinne einer niemals abgeschlossenen transformativen Reform. (Gribat & Lutz 2018: 94)* «

Im Zusammenhang mit urbanen Protestbewegungen gegen Großbauprojekte wie Stuttgart 21, die Neubebauung des Tempelhofer Felds in Berlin oder bei immer wieder stattfindenden Mobilisierungen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, zeigt sich, dass es »ein verstärktes gesellschaftliches Interesse an räumlicher Planung und deren Mitgestaltung« gibt (Gribat et al. 2017: 7). Planungsprozesse und Partizipationsverfahren scheinen in vielen der Auseinandersetzungen keine adäquaten Lösungen für eine umfassende Beteiligung von Bewohner*innen und Stadtgesellschaft zu bieten. Vielmehr entsteht der Eindruck, gängige Partizipationsverfahren kommunaler und privater Akteure* zielen auf eine Vereinnahmung und Befriedung marginalisierter Positionen in

städtischen Räumen ab (Gribat & Lutz 2018: 81). Wie sich solche Normalisierungstendenzen in Planungsprozesse umsetzen, wird in der folgenden Negativanalyse nachvollzogen. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie eine partizipative Planung aussehen kann, welche gesellschaftlichen Prozesse dafür zu beachten sind und welche konkreten Ansätze es für partizipative Planung von Seiten städtischer Bewegungen gibt. Die hierfür gewählten Beispiele unterstreichen die Bedeutung der Handlungsebene des Quartiers für alternative Formen und Methoden der Beteiligung.

4.1.1 Negativanalyse: Post-politische Planungspraxis

» Der postpolitische Konsens ist daher radikal reaktionär. Er verhindert es, für künftige städtische Möglichkeiten und Assemblagen abweichende, konfliktträchtige und alternative Entwicklungslinien zu artikulieren. (Swyngedouw 2013: 148) «

Die Planungspraxis in der BRD war in ihrer Geschichte einem ständigen Wandel unterworfen und gestaltete sich abhängig von sozioökonomischen Voraussetzungen (Dzudzek & Rosol 2016: 212). Unter den Vorzeichen des Fordismus und eines starken Staates wurden in den 1960er und 70er Jahren große Infrastrukturprojekte und Kahlschlagsanierungen in den Städten umgesetzt. Eine Beteiligung der Stadtgesellschaft fand in diesen Prozessen nicht statt. Gegen die vorherrschenden Paradigmen einer rationalen und technokratischen Stadtplanung regte sich in den Folgejahren Widerstand (Gribat et al. 2017: 9). Die von Bürger*inneninitiativen, Anwohner*innen und engagierten Studierenden lautstark geäußerte Kritik und daraus resultierende Proteste markieren eine wichtige Phase in der Entstehung städtischer sozialer Bewegungen (Dzudzek & Rosol 2016: 212). In ihnen wurde die Forderung nach einer partizipativen Stadtplanung laut, die die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung berücksichtigen sollte. Als Reaktion wurden in den 1970er und 80er Jahren durch mehrere Reformen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, um Anwohner*innen besser in Planungsvorhaben einzubinden und partizipative Instrumente zu stärken (ebd.). Neben gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren der »formellen Beteiligung«, entwickelte sich ein umfassendes Repertoire an informellen Partizipationsverfahren, welches bis heute erweitert und diversifiziert wurde (ebd.: 213). In Bürger*innenforen und -versammlungen, Runden Tischen, Zukunftswerkstätten und Mediationsverfahren, werden seitdem die Bewohner*innen mit Aufrufen wie »Die Zukunft mitgestalten« oder »gemeinsam Stadt entwickeln« zu aktiver Teilhabe an Planungsprozessen aufgefordert (Selle 2011: 1). In der planungstheoretischen Debatte werden solche Verfahren und die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als »turn« von einer rationalen, verwissenschaftlichten Planung, hin zu »kommunikativen Planungsmodellen« verstanden (Gribat & Lutz 2018: 82). Den Bezugsrahmen dieser Modelle bildet das Konzept der deliberativen Demokratie, in der davon ausgegangen

wird, dass »antagonistische Positionen in einem idealtypisch machtfreien Raum verhandelt werden« können und innerhalb dieses Verhandlungsprozesses Konsens zwischen den abweichenden Meinungen hergestellt werden kann (ebd.: 82f.). Partizipative Planungsverfahren beschränken sich damit vor allem auf einen Moderationsprozess, an dessen Ende als Ergebnis ein Konsens stehen muss. Bis heute bilden dieses Planungsverständnis und dessen Grundannahmen den Mainstream in aktuellen Debatten über Möglichkeiten einer partizipativen Planung (ebd.: 83).

Doch es regt sich Kritik an diesem Modell. Einige Autor*innen stellen in dem Konzept eine gewissen »Machtblindheit« fest (Gribat et al. 2017: 11), denn den in der kommunikativen Planung angestrebten machtfreien Raum innerhalb eines Planungsprozesses, kann es in der Realität nicht geben. Die Akteure* in einer Planung sind unausweichlich in gesellschaftliche Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit eingebettet (Gribat & Lutz 2018: 83). Davon ausgehend wird konstatiert, dass von solchen Planungsprozessen häufig »durchsetzungsstarke Gesellschaftsgruppen profitieren« (Gribat et al. 2017: 11) und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen selten eine Sprecher*innenposition inne haben, die Gehör findet. Das stärkt sowohl »ökonomisch ohnehin besser aufgestellte Investor_innen« als auch beispielsweise die »gebildeten Mittelschichten, die ihre Interessen besser durchsetzen können« (Dzudzek & Rosol 2016: 214). Planungsverfahren schrumpfen auf einen Baukasten aus Moderationstechniken zur Vermittlung der verschiedenen Interessen und bieten dadurch keinen Raum für gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten (Gribat et al. 2017: 11). Die verschiedenen Beteiligungsverfahren sind höchst institutionalisiert und werden überwiegend an private Büros mit professionellen Mediator*innen externalisiert (Gribat & Lutz 2018: 85, Dzudzek & Rosol 2016: 215). Die sich stetig weiterentwickelnden Partizipationsverfahren werden zunehmend als ein öffentlichkeitswirksames Event inszeniert, wodurch partizipative Planung zu einem »Particitation« degradiert wird und den Charakter einer apathischen »Zuschauerdemokratie« erhält (Selle 2011: 9,11). Aus der Sicht kritischer Stadtforschung dienen die meisten dieser Partizipationsverfahren lediglich als Herrschaftsinstrument »unternehmerischer Stadtpolitik« und sind Ausdruck einer post-politischen Demokratie (Dzudzek 2017: 164f.). Es lässt sich also feststellen: Stadtpolitische Bewegungen konnten ab den 1970er bis Ende der 1980er Jahre, ausgehend von ökonomischen Krisenerscheinungen, dem fordistischen Konsens bestehend aus »Wachstum, Fortschritt, Rationalisierung und Industriegesellschaft« politische Momente und Utopien einer »sozialen Demokratie« entgegensetzen (Mullis & Schipper 2013: 93). Daraus gingen partizipative Planungsmodelle und neue Planungspraxen hervor. Heute finden Planungsprozesse im Rahmen sozioökonomischer Determinanten eines sich ausbreitenden Neoliberalismus statt, der es vollbracht hat, die Kritik am Fordismus zu entpolitisieren und im Sinne einer herrschenden Elite zu vereinnahmen. »Wettbewerb, Ökonomisierung und konkurrenzbasierte Subjektivierungsweisen« bilden den

Grundkonsens für die zukünftige Entwicklung der Städte (ebd.). Gegenwärtige Planungsprozesse agieren ausschließlich im Rahmen dieses Konsenses und werden post-politisch charakterisiert (Gribat & Lutz 2018: 83). Doch wie lässt sich ein post-politischer Zustand definieren und wie ist er charakterisiert?

Der Übergang zum Neoliberalismus zeichnet sich durch eine Neuordnung urbaner Ökonomien und städtischen Regierungshandelns am Konzept der »unternehmerischen Stadt«, aus (Schipper 2013a). Um sich im internationalen Städtewettbewerb zu behaupten, wurden Paradigmen wie Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Kreativität zu den leitenden Elementen einer stadtpolitischen Agenda (Swyngedouw 2013: 142f.). Die Realisierung innerstädtischer Groß(bau)projekte und eine Umstrukturierung des städtischen Raums im Sinne globaler Eliten werden als Basis für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Um die Schaffung dieser »neuen Stadtlandschaften« durchzusetzen, braucht es eine neue Ordnung des städtischen Regierens, die sich in »neuen Technologien, Instrumenten und Taktiken« umgesetzt hat (ebd.: 143f.). An dieser Stelle tritt die post-politische Stadt, in der sich neoliberale Transformationsprozesse materialisieren, auf die Bühne (Michel & Roskamm 2013: 10). Es kommt zu einer Neujustierung von Regierungsregimen, was sich unter anderem durch eine Auslagerung (wohlfahrts-)staatlicher Aufgaben durch Privatisierung und Deregulierung äußert. Regierungshandeln wird verstärkt auf marktbasierende Akteure* und die Zivilgesellschaft verlagert (Swyngedouw 2013: 145). Gegenüber dem staatlichen Handeln, wie es aus der Zeit des Fordismus beschrieben wurde, wirkt die verstärkte Beteiligung der Zivilgesellschaft wie eine vergleichsweise fortschrittliche Entwicklung. Doch meist verfügen zivilgesellschaftliche Akteure*, wie beispielsweise NGO's, Vereine und Initiativen, über zu wenig Ressourcen und Macht um Einflussmöglichkeiten geltend zu machen. Ihr Handlungsrahmen bleibt sehr lokal und Meinungsverschiedenheiten werden ausschließlich im Rahmen eines »Konsens- und Verständigungsmodell[s]« ausgetragen (ebd.: 149). Alle Prozesse sind darauf angelegt, scheinbare Einstimmigkeit herbeizuführen, denn »Postpolitik verweigert eine Politisierung im [...] Sinne der Verallgemeinerung partikularer Forderungen, die ›mehr‹ anvisiert als einen bloßen Interessensausgleich« (ebd.: 147). Die Folge ist »Eliminierung jeglichen Widerspruchs« und politischer Auseinandersetzungen aus dem städtischen Regieren (ebd.: 142). Damit sind grundsätzliche Konflikte jedoch keineswegs gelöst. Allem, was nicht Teil des allgemeinen Konsenses werden kann, d. h. jeglichem Dissens, wird, wenn nötig, mit Gewalt und Aushebelung der Grundrechte begegnet, so dass letztlich keine wirklichen Wahlmöglichkeiten mehr bestehen:

»Das Postpolitische lebt also davon, alle in eine konsensuelle pluralistische Ordnung einzubeziehen und/oder diejenigen, die sich außerhalb des Konsenses stellen, radikal auszuschließen.« (Swyngedouw 2013: 148)

Die Politik des Konsenses verstärkt letztlich die Ideologie einer Alternativlosigkeit zum Primat des Ökonomischen, und einer Welt der sozialen Ungleichheit (Roskamm 2015: 386). Die neoliberale Ordnung städtischen Regierens schafft es durch ihre Instrumente und Praktiken, politische Auseinandersetzungen abzuschalten, wobei in der Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung die Methoden der Planung federführend sind. Sie lassen sich als post-politische Praxis bezeichnen, weil »gesellschaftliche Fragen, die Kritik und die prinzipielle Aushandlung unterschiedlicher Interessen zunehmend aus der Planung ausgeklammert und durch technokratische und konsensorientierte Mechanismen ersetzt« werden (Gribat et al. 2017: 12). Doch wie kann ein Ausweg aus dieser Situation gelingen? Erik Swyngedouw (2013) plädiert dafür:

»andere urbane Zukunftsvisionen namhaft zu machen und in den Vordergrund zu stellen, das Neue und Unmögliche in die Sphäre der Politik und der Demokratie Einzug halten zu lassen sowie Konflikte, Differenzen und Kämpfe um die Benennung und Entwicklungslinien dieser Zukunftsszenarien anzuerkennen.« (: 154)

Es gilt also, die Stadt wieder zu einem Ort der politischen Auseinandersetzungen zu machen, Konflikte und Aushandlungsprozesse zuzulassen, Differenzen anzuerkennen und über unterschiedliche Meinungen zu diskutieren, ohne sie dabei zu vereinheitlichen.

4.1.2 Positivanalyse: Wie kann ein solidarisches Quartier geplant werden?

»Während transnationale Kapitalflüsse der Stadt und dem städtischen Polizei-/Politikwesen ihre totalisierende Logik aufzwingen«, existieren trotz aller Schwierigkeiten »Risse, Sprünge und ›freie‹ Räume« innerhalb der post-politischen Ordnung (Swyngedouw 2013: 154f.), in denen *Reale Utopien* eines solidarischen Zusammenlebens erprobt werden und mit politischen Formen der Auseinandersetzung über die zukünftige Entwicklung der Städte experimentiert wird. Diese Räume wollen wir sichtbar machen und zeigen, wie eine emanzipatorische und politische (Stadt-)Planung aussehen kann. Ein Blick in die Historie der Planung macht deutlich, dass Partizipation in Planungsprozesse als eine Errungenschaft politischer Kämpfe und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verstanden werden kann (Dzudzek & Rosol 2016: 216). In diesem Sinne suchen wir in Zeiten einer post-politischen Demokratie noch Möglichkeiten, für eine andere – politische – Planungspraxis zu streiten. Ein politischer Kampf durch städtische Bewegungen ist für eine Veränderung dieser Prozesse unvermeidlich. Doch wie eine konkrete Intervention aussehen könnte und welches Vorgehen dafür nötig wäre, können viele der kritischen Debatten nicht beantworten. In der folgenden Positivanalyse werden wir versuchen, »Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsfenster für Intervention zwischen Widerstand und Reform zu identifizieren« (Gribat & Lutz 2018: 87).

Als Ausgangspunkt des folgenden Abschnitts wird mit einem theoretischen Zugang begonnen, der die Möglichkeiten und Grenzen von Planungsprozessen als eine politische Praxis beleuchtet. Darauf folgt eine Analyse partizipativer und gemeinwohlorientierter Planungen auf Quartiersebene anhand der Beispiele der Initiative *Stadt von Unten* aus Berlin und *PlanBude* aus Hamburg.

Partizipative Planung als politische Praxis

In gegenwärtigen Planungs- und Bauvorhaben prägen Befriedung, Vereinnahmung und Konsens die, zum Großteil als post-politisch identifizierten, Beteiligungsmechanismen. Gegen diese Tendenz der Ausklammerung gesellschaftlicher Verhältnisse, gilt es das »politische Moment der Planung« zu thematisieren und eine selbstbestimmte Planung durch die Bewohner*innenschaft zu organisieren (Gribat et al. 2017: 7). Um dies hervorzuheben, ist es von Bedeutung, sich von einem Planungsverständnis zu verabschieden, das Planung als einen linearen, technischen Vorgang begreift, in dem mit Hilfe öffentlicher Debatten ein Konsens erreicht wird. Es muss eine Abgrenzung von den Paradigmen der »kommunikativen Planung« und ihrem prozessorientierten Ansatz geben. Im Gegensatz dazu sollte eine neue Form der Planung die »sozialen und politischen Aushandlungsprozesse, die gesellschaftspolitische und kulturelle Einbettung planerischer Entscheidungen sowie die Konflikte, Widersprüche und Bruchlinien im stadt- und raumplanerischen Handlungsfeld« aufzeigen und deren Bedeutung hervorheben (Gribat et al. 2017: 14). Einen Ansatz dafür bietet das Konzept einer agonistischen Planungspraxis, die sich als Gegenentwurf eines post-politischen gesellschaftlichen Status quo versteht (Roskamm 2015: 385). Dieser Ansatz gründet auf der Annahme einer »Notwendigkeit von Konflikten für die Demokratie« (Gribat & Lutz 2018: 83), denn nur im Dissens spiegeln sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und divergierenden Sprechpositionen einzelner Subjekte wieder. Übertragen auf Planung bedeutet dies das Starkmachen antagonistischer Positionen und ein Verständnis von Planung als explizit politischer Aushandlungsprozess. Wie wird eine Planungspraxis zu einer politischen Praxis?

Neben der Suche nach konkreten räumlichen Lösungskonzepten, gibt es eine Reihe politischer Momente innerhalb von Planungsprozessen, die »von der Identifizierung eines ›Problems‹ über Konflikt- und Konsensbildungsprozesse, die Zielfestlegung des Planentwurfs bis zur Umsetzung und Evaluierung« reichen können (Gribat et al. 2017: 7). Nach Schubert (2017) lassen sich drei Bedingungen festmachen, die von einem politischen Charakter der Planung zeugen. Erstens muss in den Planungspraxen die Vision einer universellen gesellschaftlichen Veränderung enthalten sein, die als eine Art »utopischer Horizont [...] dem Handeln als stete politische Orientierung« dient (: 290). Zweitens muss das politische Handeln den gesellschaftspolitischen Rahmen, in dem es stattfindet, so verändern, dass der »utopische Horizont« dauerhaft in diesen Rahmen eingeschrieben bleibt und eine andere gesellschaftliche Praxis verstetigt wird (ebd.).

Drittens sollten künftige Planungspraxen Momente von »Irritation« und »Störung« beinhalten, um immer wieder »die Unzulänglichkeit der gegebenen Verhältnisse« ins Bewusstsein aller handelnden Personen zu rücken (ebd.: 291). Die drei Punkte machen deutlich, dass eine politische Planung Ziele formulieren muss, die über den vorgegebenen Rahmen hinausgehen und durch ihre Visionen Bestandteil einer dauerhaften gesellschaftlichen Transformation werden.

Neben einer generellen gesellschaftlichen Kontextualisierung von Planung innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse muss es gelingen, Beteiligungsformate zu entwickeln, die sowohl einen politischen, als auch partizipativen Anspruch haben. Dabei scheint es wenig sinnvoll, Beteiligung und Partizipation, die vor allem als eine »Organisation von Zustimmung« analysiert wurden, als emanzipatorische Praxis gänzlich über Bord zu werfen (Dzudzek 2017: 166). Es geht vielmehr darum, den »aktiven Mitgestaltungswillen von Einwohner*innen über die Ablehnung hinaus als integrale Kraft in Prozesse von Planung und Gestaltung einzubinden« und so Alternativen zur postpolitischen Planungslandschaft zu schaffen (Gribat & Lutz 2018: 93). Das bedeutet nicht, in eine 100-prozentige »Laienplanung« überzugehen, sondern die Rolle ausgebildeter Expert*innen neu auszuloten und eine differenzierte Zusammenarbeit anzustreben (ebd.). Um innerhalb einer politischen Planungspraxis möglichst auch marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen umfassende Teilhabe zu ermöglichen, wird angeregt, sich dabei an Ansätzen eines *postkolonialen Urbanismus* zu orientieren (Dzudzek 2017: 168f.). Dies bedeutet, anstatt sich die Stadt als ein leeres Blatt vorzustellen, auf das die Planenden ihre Entwürfe und Ideen einfach übertragen können, den Planungsprozess an bereits existierenden Praktiken und Raumnutzungen anzuschließen und diese zum Ausgangspunkt von Zukunftsvisionen zu machen. Durch eine detaillierte Erforschung der gelebten Praxis im Raum und durch einen intensiven Dialog mit den vor Ort lebenden Menschen, kann die Planung deren Wissen und Expertise im Sinne der Bewohner*innen einsetzen. Daraus folgt, dass »Betroffene nicht länger zu ›Beplanten‹, das heißt zu passiven Objekten von Planungsprozessen degradiert« werden (ebd.), sondern in ihrer Rolle als aktive Stadtbewohner*innen gestärkt werden. Der konkrete Bezug zu den Bewohner*innen und Formen einer aufsuchenden Beteiligung können zu einer erhöhten Präsenz der Perspektive von marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen führen. Dies schafft inkludierende Räume, die bisher einzig einer weißen, gebildeten Mittelschicht zugänglich waren (ebd.).

Letztlich gilt es, das Ideal des Konsenses zu überwinden und stattdessen Möglichkeitsräume zu schaffen, in denen gegensätzliche Positionen offen artikuliert werden können. Davon ausgehend können politische Aushandlungsprozesse initiiert werden, um so »bestehende Machtverhältnisse aufzumischen und Mitbestimmung der Beplanten in Form und Substanz zu ermöglichen« (Gribat & Lutz 2018: 94).

Real-utopische Modelle einer emanzipatorischen Planung

» *Wesentliche Arbeit der Politik ist die Konfiguration ihres eigenen Raumes. Sie besteht darin, die Welt ihrer Subjekte und ihrer Tätigkeiten zu Gesicht zu bringen. Das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens, als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen.* (Rancière 2008, zitiert nach « Swynghedouw 2013: 152)

Wie sich die angesprochenen politischen Räume herstellen lassen und wie eine produktive Demonstration von Dissens aussehen kann, wird in den folgenden zwei Abschnitten untersucht. Dafür werden zwei *Reale Utopien* analysiert, die unterschiedliche Ansätze einer emanzipatorischen Planung verfolgen. Die Initiative *Stadt von Unten* wirkt auf Planungsprozesse vor allem durch eine strategische, politische Auseinandersetzung ein und zeigt Formen der Kooperation zwischen Stadt und Zivilgesellschaft auf. Die *PlanBude* dagegen entwickelt einen performativ-ästhetischen Ansatz der Kollaboration zwischen Expert*innen und Bewohner*innen. Dabei geht die Initiative *PlanBude* der Frage nach, wie sich Wünsche und Ideen der Bewohner*innen einer Stadt in Raumgestaltung wiederfinden können und welche Planungsmethoden dafür angewendet werden müssen. Trotz unterschiedlicher Herangehensweisen stellen beiden Initiativen einen transformativen Anspruch an die von Ihnen angestoßenen Prozesse und machen auf die Bedeutung der Quartiersebene für eine emanzipatorische Planung aufmerksam.

Stadt von Unten – politisches Planen auf dem Dragonerareal

Die Initiative *Stadt von Unten*³ macht deutlich, wie eine politische Intervention in Planungsprozesse aussehen kann. Ihr Anliegen ist es, eine »konkrete Utopie« auf dem Dragonerareal in Berlin Kreuzberg zu schaffen: »[e]ine Utopie vom guten Leben in der Stadt und wie wir das erreichen können« (Stadt von Unten 2017a: 1). Ihr »Modellprojekt für eine Stadt von Unten« bezieht sowohl den Prozess einer Beplanung eines innerstädtischen Areals mit ein, als auch konkrete Fragen, wie das dort entstehende Quartier strukturiert werden könnte. Ziel der Intervention ist »eine soziale, ökologische und am städtischen Gemeinwohl orientierte Planung, deren treibende Kraft diejenigen sein sollten, die die Stadt nutzen und bewohnen (wollen), unabhängig von der Einkommenssituation« (Stadt von Unten 2017b: 156). Die Initiative begreift ihre Praxis »als einen Gegenvorschlag für eine kollektive und kooperative Planung und Stadtentwicklung« (Stadt von Unten 2017a: 5). Dabei arbeiten sie nicht allein, sondern zusammen mit einer Vielzahl von stadtpolitischen Initiativen, Nachbar*innen und Gewerbetreibenden (Stadt

³ Die Initiative Stadt von Unten gründete sich im Jahr 2014, um die Privatisierung des Dragonerareals zu verhindern und ein Modellprojekt für eine andere Stadtentwicklung umzusetzen. Mehr Informationen: stadtvonunten.de

von Unten 2018c). Diese Kooperation ermöglicht es, unterschiedliche Ebenen der stadtpolitischen Arbeit in ihrer Pluralität in die Debatte um das Dragonerareal einfließen zu lassen und befähigt *Stadt von Unten*, für eine konstituierte Nachbar*innenschaft zu sprechen. Das Projekt der Initiative ist so angelegt, dass es über seine Umsetzung hinaus wirkt und emanzipatorische Perspektiven aufzeigt, es beschreibt eine »Zukunftsvision der Welt, wie sie sein könnte, die das Handeln heute anleitet« (ebd.). Damit wird das Ziel verfolgt, einen Ausweg aus bloßen Abwehrkämpfen gegen hohe Mieten, Gentrifizierung oder Ausgrenzung zu finden und einen »positiven Gegenentwurf sichtbar« zu machen (ebd.). Dieses Ziel, die Übereinstimmung mit der Definition *Realer Utopien*, sowie der Fokus der Initiative auf ein ganzes Quartier, bilden die Grundlage für die Auseinandersetzung mit *Stadt von Unten* im Rahmen dieser Arbeit.

Das Konzept für ihr Modellprojekt wurde von *Stadt von Unten* mit der Überschrift »Selbstverwaltet & Kommunal« versehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Akteuren* und selbstverwalteten Strukturen wie stadtpolitischen Initiativen, Mieter*innenvertretungen und kooperativen Wohnformen ist maßgeblich für das gesamte Projekt. Die Absicht, das »Kommunale radikal zu verändern«, bezieht sich nicht nur auf das Thema Wohnen (siehe Kapitel 4.2 Wohnen, Abs. Rekommunalisierung), sondern auch auf grundlegende Fragen der Planung der Neubebauung des Dragonerareals, wobei der Anspruch einer Planung »von unten« umgesetzt werden soll (ebd.: 4). »[A]nstelle einer Planung durch Expert_innen, die letztlich nur das profitable Geschäft der Immobilien- und Bauwirtschaft absichert und städtebauliche Ödnis produziert, [...] [wird, MH & SSP] eine Demokratisierung von Planung und Vergesellschaftung von Wohnraum« gefordert (Stadt von Unten 2017a), deren Ziel das Aufbrechen der bestehenden Interessenskoalitionen zwischen Kommunalpolitik und Immobilienwirtschaft ist (Holm 2011a: 16). Um dies zu erreichen, müssen offene Strukturen mit niedrighschwelligigen Angeboten geschaffen werden, die sowohl in der Planungsphase, als auch darüber hinaus, eine Einbindung der Nachbar*innenschaft ermöglichen (ebd.: 5). Mit dem Konzept eines Bodenrats (siehe Kapitel 4.2 Wohnen, Abs. Von Community Landtrust zu Bodenräten) hat *Stadt von Unten* ein Modell für die dauerhafte Beteiligung der Nachbar*innenschaft und der Stadtgesellschaft entworfen. Den Ausgangspunkt für eine Planung von Wohn- und Arbeitsräumen auf dem Dragonerareal bilden die sogenannten 100-Prozent-Forderungen, die für *Stadt von Unten* als nicht verhandelbar gelten:

- »100 % Mieten – keine Eigentumswohnungen und vergleichbare Eigentumsbauprojekte
- 100 % Teilhabe – ohne Eigenkapital, Einlage oder Anteilszeichnung als Voraussetzung
- 100 % wirklich soziale Mieten – die auch für Menschen tragbar sind, die Transferleistungen beziehen

- 100 % dauerhaft abgesichert – Privatisierungen werden durch das gemeinnützige und selbstverwaltete Eigentumsmodell ausgeschlossen« (ebd.: 2)

Ziel dieser Forderungen ist es, Wohn- und Gewerberäume ihres Warencharakters zu entziehen und sich so aktiv gegen die Verdrängung und den Ausschluss marginalisierter Gruppen aus Städten zu stellen. Die 100-Prozent-Forderungen bilden für *Stadt von Unten* die Quintessenz aus jahrelanger stadtpolitischer Arbeit, sie sind eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext und Ergebnis intensiver Auseinandersetzungen. Neben dem Bezug auf die konkrete Planung auf dem Dragonerareal, streben die Forderungen danach, »politische Rahmenbedingungen in staatlichen Institutionen zu Gunsten einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu verschieben« (Stadt von Unten 2017b: 158). Werden diese Forderungen im Prozess einer Neubebauung nicht erfüllt, »bricht alles andere zusammen« (Interview Stadt von Unten 2018). Mit den Forderungen stellt *Stadt von Unten* im Vorfeld der konkreten Planung den politischen Rahmen, in dem eine Bebauung stattfinden muss und bringt kollektive Positionen zum Ausdruck. Durch die gemeinsame Positionierung können die unterschiedlichen Gruppen mit »einer Stimme« sprechen und die Interessen gegenüber städtischen Akteuren* sind deutlich ausformuliert (ebd.). Diese Herangehensweise ist essentiell, um eine politische Planungspraxis umsetzen zu können. Die Initiative *Stadt von Unten* kann durch gemeinsame Forderungen in offiziellen Planungsveranstaltungen mit einer Stimme, die viele lokale Akteure* vertritt, sprechen, was der Logik vieler Beteiligungsformate widerspricht. Denn im Normalfall sind die Verfahren darauf ausgelegt, einzelnen Bürger*innen die Äußerung von Partikularinteressen zu ermöglichen und im Anschluss einen Interessensausgleich erzielen. Durch kollektive Positionen nimmt *Stadt von Unten* für sich in Anspruch, für die gesamte Nachbar*innenschaft zu sprechen (ebd.). Anstatt möglichst viele Individuen in einem Planungsprozess zu beteiligen, wird ein struktureller Anspruch vertreten, indem stadtweite Fehlentwicklungen und Bedarfe adressiert werden. Als Teil einer seit vielen Jahren bestehenden Mieter*innenbewegung in Berlin hat *Stadt von Unten* eine Perspektive, welche die gesamtstädtische Entwicklung einbezieht und Menschen vertritt, die in konventionellen Beteiligungsverfahren keine durchsetzungsstarke Sprecher*innenposition einnehmen können. Um eine Gemeinwohlorientierung zu erreichen und eine Planung von unten zu gewährleisten, ist klare politische Positionierung unverzichtbar, nur so kann der Prozesse kontinuierlich mitgestaltet werden (ebd.).

Einen wichtigen Bezugspunkt der Auseinandersetzungen von *Stadt von Unten* bilden Eigentumsfragen. Die Frage, wem das zu bebauende Grundstück gehört und wer letztlich über die Nutzungen des Geländes entscheidet, stellt den Kern ihre Anliegen dar, denn Planung und »Beteiligung, fängt beim Eigentum an« (Stadt von Unten 2018a). Dies erklärt, warum der erste Schritt in der Arbeit der Initiative eine politische Mobilisierung zur Verhinderung der drohenden Privatisierung des Dragonerareals war. Durch

verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen und Demonstrationen, in einem Zeitraum von über einem Jahr, konnte eine Privatisierung durch die Eigentümerin, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), im Jahr 2015 verhindert werden. Der politische Druck stadtpolitischer Initiativen und Aktivist*innen zwang die BImA, die seit Jahren für ihre unsoziale Privatisierungspolitik kritisiert wird, im Vorfeld einer Bundesratsentscheidung über den Verkauf, zu einer Richtungsänderung. Durch diese frühe Intervention noch vor dem Planungsprozess, konnten frühe Weichenstellungen in Richtung eines Luxusquartiers auf dem Dragonerareal verhindert werden (Interview Stadt von Unten 2018). Das Grundstück blieb in öffentlicher Hand, was den gesellschaftlichen Zugriff auf den Grund und Boden sicherte. Gleichzeitig legitimierte die frühzeitige Mobilisierung gegen die Privatisierung *Stadt von Unten* auch im weiteren Planungsprozess auf dem Areal eine tragende Rolle zu spielen (Interview Stadt von Unten 2018).

Nach diesem Erfolg kam innerhalb der Initiative die Frage auf wie, sich *Stadt von Unten* zu Planungen und Sanierungsbestrebungen seitens der Stadt verhält. Grundsätzlich stand zur Debatte, ob eine eigene »Parallel-Planung« organisiert und sich förmlichen Verfahren komplett verweigert wird. Der andere Weg ist die Kooperation mit den städtischen involvierten Akteuren*. Die Initiative entschied sich, beide Wege zu gehen, vor allem da bereits vor Beginn der städtischen Partizipationsverfahren kontinuierlich Aktionen auf dem Areal stattfanden. Basierend auf dem Verständnis, »wir müssen nicht beteiligt werden, wir planen hier schon konkret« (ebd.), wurden in kollektiver Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren* temporäre Besetzungen, Kinovorstellungen, Spaziergänge und Gartenbautage organisiert. So eignete sich die Nachbar*innenschaft das Gelände an. Ein weiteres Instrument, um vor Ort mit einer Planung zu beginnen, ist die im Sommer 2017 von *Stadt von Unten* eröffnete Plangarage⁴. Als physischer Raum bietet sie einen Ort, der einer dauerhaften Ansprechbarkeit für das Modellprojekt dient. Ein Ort, an dem die Zukunft des Areals diskutiert und gestaltet wird und ein eigener kontinuierlicher Beteiligungsprozess stattfinden kann. Die Plangarage ist Ausstellungs-ort, Raum für Veranstaltungen und Archiv der bisherigen Ideen und Vorstellungen zur Zukunft des Dragonerareals. Durch sie wird ein räumlich verortetes Gegengewicht, das »nicht vom offiziellen Verfahren irgendwie besetzt ist«, geschaffen. Sie ist ein Ort, an dem im kleinen Rahmen mit Formen einer »Planung von Unten« experimentiert wird (ebd.).

Trotz dieses Ortes und der kontinuierlichen Arbeit vor Ort ist es »sehr schwer, von außen« grundlegende Anliegen und Forderungen in einem Planungsprozess zu implementieren (ebd.). Deshalb entschied sich *Stadt von Unten*, zusammen mit vielen anderen aktiven Initiativen im Sommer 2017 dazu, sich in dem offiziellen, von städtischer Seite initiierten, Beteiligungsverfahren einzubringen (Stadt von Unten 2018c). Im Zuge der Ausweisung des Dragonerareals als Sanierungsgebiet findet seit Ende 2017 ein offizielles

⁴ Die Plangarage hat eine eigene Webpräsenz um auf Veranstaltungen und aktuelle Ereignisse aufmerksam zu machen. Mehr Informationen: plangarage.org

Beteiligungsverfahren zwischen städtischen Akteuren* und der Zivilgesellschaft, vertreten durch die stadtpolitischen Initiativen, statt. Ziel dieses Verfahrens ist die Ausarbeitung eines Kooperationsvertrags zwischen dem Berliner Senat, dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und den aktiven Initiativen. Als Vorbild diente die erfolgreiche Umsetzung eines ähnlichen Verfahrens nach der Besetzung des *Gängeviertels* in Hamburg. Hier kooperierte die Stadt Hamburg mit verschiedenen stadtpolitischen Gruppen und der *Gängeviertel eG*⁵. Die in Hamburg geschlossene Kooperationsvereinbarung dient den Initiativen in Berlin als Inspiration für eine ähnliche Festlegung für das Dragonerareal. Grundidee der Kooperationsvereinbarung ist es, auf Augenhöhe bindende Absprachen zwischen Politik und Zivilgesellschaft über das weitere Vorgehen auf dem Planungsgebiet zu treffen. Ziel ist eine Vereinbarung aller Akteure*, keine Entscheidungen außerhalb dieses Verfahrens zu treffen. Es soll eine gemeinsame Vision über den Ablauf und das Verfahren der Neubebauung und Sanierung des Dragonerareals entwickelt werden und dabei eine Klientelpolitik, zu Gunsten kommunaler Wohnungsbaugesellschaften oder kooperativer Wohnformen, vermieden werden. Der Prozess dient vor allem dazu, auf gesellschaftspolitischer Ebene zu entscheiden, wie ein Modellprojekt auf dem Dragonerareal umgesetzt und anschließend verwaltet werden kann (Interview Stadt von Unten 2018). So kann ein Schritt dahin gegangen werden, Planungsprozesse nicht nur auf »vermeintlich unpolitische, technische Umsetzungsfragen und Lösungen [zu, MH & SSP] beschränken, sondern [...] soziale wie kulturelle Prozesse, genauso wie politische Kräfteverhältnisse in ihren Gestaltungshorizont« einzubeziehen (Stadt von Unten 2017b: 159). Ein Kooperationsverfahren ist dabei mehr als bloße Beteiligung von Bürger*innen, was für *Stadt von Unten* wichtig ist, herauszustellen. Im Unterschied zur Beteiligung arbeiten hier Kommunalpolitik und Vertreter*innen »aus der außerparlamentarischen Politik gleichberechtigt zusammen« (Stadt von Unten 2018c). Anstatt von Partikularinteressen werden politische Forderungen großer Bündnisse verhandelt. Damit grenzt sich die Initiative deutlich von bisher praktizierten, auf Konsens zgerichteten Beteiligungsmechanismen ab.

Im konkreten Fall des Dragonerareals vollzieht sich der Weg zu einer Kooperationsvereinbarung als eine Art lernender Prozess von und durch alle Beteiligten. So wurden beispielsweise Lernlabore mit Beteiligung von Vertreter*innen der *Gängeviertel eG* und weiteren Expert*innen organisiert, um einen Wissenstransfer über mögliche Schwierigkeiten und Hindernisse innerhalb der Verhandlungen zu initiieren (Interview Stadt von Unten 2018). Zusätzlich ist geplant, einen sogenannten Kiezraum für alle am

⁵ Das Gängeviertel in Hamburg war von der Stadt bereits an einen privaten Investor verkauft, als es im Jahr 2009 von einer Reihe von Initiativen besetzt wurde. Durch den politischen Druck sah sich die Stadt Hamburg gezwungen, das Gelände zurückzukaufen und handelte im Jahr 2011 mit einer von den Besetzer*innen gegründeten Genossenschaft eine Kooperationsvereinbarung zur Sanierung des Geländes aus. Ziel ist, dass das Gelände zukünftig vollständig von der Gängeviertel eG übernommen und verwaltet wird. Mehr Informationen: das-gaengeviertel.info

Beteiligungsverfahren engagierten Initiativen in einem Gebäude auf dem Gelände einzurichten, und diesen langfristig den Gruppen zu übergeben. Seit Beginn des Prozesses der Erarbeitung eines Kooperationsvertrags zwischen Kommune und Zivilgesellschaft, finden im Wochenrhythmus Treffen mit Vertreter*innen der Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg und dem Senat Berlin statt. Nach einem Jahr Arbeit in den verschiedenen Gremien, ziehen *Stadt von Unten* und die beteiligten Initiativen ein sehr nüchternes Fazit aus dem Prozess. Auch wenn sich die Initiativen in dem Prozess untereinander besser vernetzen konnten und sich deutlicher auf gemeinsame Ziele einigten, fehlt ihnen bisher die ausgehandelte Präsenz von politischen Entscheidungsträger*innen, die in der Lage wären, inhaltliche und politische Setzungen zu machen (Stadt von Unten 2018c). Stattdessen werden inhaltliche Festlegungen »strategisch umgangen, um Konflikte darüber zu vermeiden« (ebd.). Weil keine Zusicherungen seitens politischer Entscheidungsgremien gemacht werden, besteht die Befürchtung, dass viele der Absprachen aus dem Beteiligungsverfahren nicht umgesetzt werden, und ein Großteil der Arbeit folgenlos bleiben könnte. Zudem verlangt der Beteiligungsprozess den Initiativen enorm viele Ressourcen ab und stellt für viele Aktive neben zusätzlichen Verpflichtungen, beispielsweise in Form von Lohnarbeit, eine enorme zeitliche Belastung dar. Aus der, einheitlich seitens der stadtpolitischen Initiativen geäußerten, Kritik am bisherigen Verfahren wurden Konsequenzen gezogen und eine zusätzliche Steuerungsebene auf den Weg gebracht. Der sogenannte Gründungsrat, der aus zwölf Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung besteht, steuert nun die Erarbeitung des Kooperationsvertrags für das Dragonerareal. Entscheidungen sollen möglichst im Konsens getroffen werden (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg 2018). Sechs der zwölf Mitglieder sind Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, womit die Initiativen im Gremium entscheidungs- und handlungsfähig sind. Die Kooperationsverhandlungen zeigen dementsprechend Wirkung, verlangen den beteiligten Initiativen aber viele zeitliche und personelle Ressourcen ab. Das Beispiel zeigt aber auch, eine organisierte Nachbar*innenschaft und handlungsfähige Bündnisse zwischen stadtpolitischen Initiativen, können auf Augenhöhe mit der Kommunalpolitik verhandeln und so ihre politischen Forderungen geltend machen. Diese Kooperation ist ein Weg, real-utopische Modelle einer anderen Stadtentwicklung zu konkretisieren und stadtpolitische Forderungen produktiv in die Verhandlungen über die Neubebauung eines Quartiers einzubringen.

Die Arbeit der Initiative *Stadt von Unten* hat deutlich gemacht, welche Dynamik eine politische Mobilisierung und Positionierung im Vorfeld und innerhalb eines Planungsprozesses entfalten kann. Mit dem Verweis auf die Notwendigkeit der Realisierung von gesamtstädtischen Bedürfnissen (bezahlbarer Wohnraum, günstige Gewerberäume, Demokratisierung von kommunalen Institutionen) innerhalb eines Quartiers und der konkreten Einbeziehung der Nachbar*innenschaft veranschaulicht *Stadt von Unten*, wie

Planung als eine politische Praxis mit gesellschaftlichem Transformationsanspruch aussehen kann. Zusätzlich zu einer Intervention in städtische Planungsprozesse bietet *Stadt von Unten* ein Konzept, das eine umfassende Vergesellschaftung von Wohn- und Gewerberäumen vorsieht und den diversen Nutzungsanforderungen eines Quartiers gerecht wird. Das Ziel der Umsetzung einer Realen Utopie im Möglichkeitsraum scheint hier sehr greifbar. Die konkrete räumliche Gestaltung und Architektur des zukünftigen Dragonerareals spielte im bisherigen Prozess eine eher untergeordnete Rolle. Lediglich während einer Zusammenarbeit zwischen *Stadt von Unten* und Studierenden der Architektur der TU Berlin entstanden einige Entwürfe für eine zukünftige Bebauung. Die Hoffnung von *Stadt von Unten* ist, dass sich ihre Forderungen und der Prozess einer politischen Planung auch in einer alternativen Architektur widerspiegeln (Interview Stadt von Unten 2018).

PlanBude – Partizipative Gestaltung und kooperatives Design

Im Vergleich zum Dragonerareal ist die *PlanBude*⁶ in Hamburg bereits einen Schritt weiter in der Planung und Ausführung einer Neubebauung. Die Beteiligten befinden sich bereits am Ende eines komplexen Planungsprozesses. Den Zielen einer kollektiven Wunschproduktion folgend, initiierte die *PlanBude* eine »gemeinschaftliche, basisdemokratische Planung« für die Neubebauung eines politisch aufgeladenen und für viele Anwohner*innen bedeutsamen Geländes im Hamburger Stadtteil St. Pauli (Tribble & Zander 2018: 152). Auch hier gingen den Ansätzen eines »von Grund auf anderen Planungsprozess« (PlanBude Hamburg 2014), politische Auseinandersetzungen, gegen die seit den 1990er Jahren von »Ökonomisierung« und Verdrängung geprägte Stadtpolitik Hamburgs, voraus (Tribble et al. 2017: 268).

Diese Auseinandersetzungen gipfelten in Protesten gegen den Abriss der sogenannten Esso-Häuser, mitten in dem von Gentrifizierung und Kommerzialisierung besonders betroffenen Stadtteil St. Pauli. Bis zu ihrem Abriss im Jahr 2014 waren die Esso-Häuser ein Gebäudekomplex mit einer Vielzahl von stadtteilrelevanten Nutzungen: von Wohnen zu sehr günstigen Mieten, über Gewerbe, bis hin zu (sub-)kulturellen Institutionen, wie Clubs und Bars. Als einer der »zentralen Anlaufstellen des Kiezes« waren die Esso-Häuser für viele Anwohner*innen und Besucher*innen in St. Pauli ein wichtiger Treffpunkt mit »egalitärem Charme« (Initiative Esso-Häuser 2010). Seit Bekanntwerden der Abrissbestrebungen des privaten Eigentümers organisierte sich ein Großteil der

⁶ Die PlanBude gründete sich im Februar 2014, im Rahmen einer Stadtteilversammlung im Millerntor-Stadion des FC St.Pauli. Mit dem Anspruch eine demokratische Planung von unten selbst zu übernehmen, fanden sich Aktivist*innen und planungserfahrene Künstler*innen und Planer*innen zur Durchführung eigener Teilnehmungsformate zusammen. Um offiziell von der Stadt für die Übernahme der Planung beauftragt und entlohnt zu werden, gründeten sie die Außen-GbR PlanBude und arbeiten seitdem für eine emanzipatorische Planung auf dem Gelände der ehemaligen Esso-Häuser. Mehr Informationen: planbude.de

damaligen Bewohner*innen in der *Initiative Esso Häuser*⁷, um gegen den Abriss zu mobilisieren. Trotz einer stadtweiten Mobilisierung, zusammen mit dem *Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg*⁸, für den Erhalt der Häuser und einer großen Demonstration (Initiative Esso-Häuser 2013), konnten die Räumung und der Abriss nicht verhindert werden. Doch der politische Druck auf die Stadt Hamburg und die Investor*innen blieb hoch und zwang die Verantwortlichen, neue stadtpolitische Wege zu gehen (Tribble & Zander 2018: 152). Auf einer Stadtteilversammlung von Aktivist*innen und Nachbar*innen entschieden sich die Anwesenden, eine emanzipatorische Planung auf dem Gelände zu fordern. Es entstand das Konzept der *PlanBude*, welches vorsieht, »[n]ach Jahren der Realisierung von Großbauprojekten und [damit, MH & SSP] einhergehenden Verdrängungseffekten im Stadtteil St. Pauli«, einen, an den Bedürfnissen des Stadtteils orientierten, »Bottom-Up-Prozess« für eine Neubebauung der Esso Häuser in Gang zu setzen (Tribble et al.: 269). Ein ähnlicher Prozess emanzipatorischer und kollektiver Stadtgestaltung und -aneignung hat in St. Pauli bereits in den 1990er Jahren mit dem Projekt *Park Fiction* stattgefunden (siehe Kapitel 4.3 Freie Räume und urbanes Grün, Abs. Politische Frei- und Grünflächen). Das Team der *PlanBude* war an dem Prozess zur Gestaltung und Umsetzung des *Park Fiction* maßgeblich beteiligt (PlanBude Hamburg 2014). Die Erfahrungen aus *Park Fiction* legten die Grundlage für den Prozess der *PlanBude* und verschafften dem Team die nötige gesellschaftliche Akzeptanz. So wurden sie im Juli 2014 mit der Leitung des Beteiligungsverfahrens für eine Neubebauung der Esso-Häuser von der Stadt Hamburg beauftragt (Bezirk Hamburg-Mitte 2014). Das Ergebnis des Verfahrens sollte in die Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbs, auf Basis von Wünschen der Anwohner*innen, münden. In dem zwischen *PlanBude* und Bezirksamt Hamburg-Mitte geschlossenen Vertrag wurde den Planenden zugesichert, selbstverantwortlich zu arbeiten und allen Seiten Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Prozess eingeräumt (Tribble et al. 2017: 270). Die politischen Rahmenbedingungen für das jetzt Palomaviertel benannte Gelände waren im Vorfeld des Planungsprozesses von der Stadt weitestgehend abgesteckt. Über die Instrumentarien eines neuen Bebauungsplans und die Möglichkeit der Ausarbeitung eines städtebaulichen Vertrags⁹, konnte das Bezirksamt Hamburg-Mitte die Ansprüche einer Planung von

⁷ Die Initiative setzt sich seit Ende 2010 für die Belange der ehemaligen Bewohner*innen der Esso-Häuser ein. Sie forderte den Erhalt der Häuser und deren Sozialstruktur. Zudem machte die Initiative auf den bis zum Abriss herrschenden Sanierungsstau und teilweise untragbaren Wohnumstände aufmerksam. Mehr Informationen: initiative-esso-haeuser.de

⁸ Das im Jahr 2009 gegründete Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg war eines der ersten Bündnisse dieser Art in der BRD. Seit dem engagiert sich das Netzwerk «[g]egen Gentrifizierung, Repression, neoliberale Stadtentwicklung und geschlossene Grenzen.» Mehr Informationen: rechtaufstadt.net/about

⁹ Nach dem Beteiligungsprozess einigten sich, auf Basis der von der PlanBude erarbeiteten Ergebnisse, die Stadt Hamburg und die Bayerische Hausbau (Eigentümer*innengesellschaft) auf Eckpunkte für eine Neubebauung, die nach dem städtebaulichen Wettbewerb in einem städtebaulichen Vertrag verankert werden sollen. Beispielsweise wurde vereinbart, dass keine Eigentumswohnungen und 60 Prozent geförderte Wohnungen entstehen. Die maximale Fläche des Hotelkomplexes auf dem Gelände und ein Rückkehrrecht für die ehemaligen Mieter*innen und Gewerbetreibenden, zu vergleichbaren Bedingungen, wurden ebenfalls festgelegt (St. Pauli selber machen 2018).

unten gegenüber der Eigentümer*innengesellschaft geltend machen. Das Grundstück blieb in privater Hand, jedoch war die Eigentümer*innengesellschaft durch den politischen Druck der stadtpolitischen Bewegung in Hamburg und die Vorgaben der Stadt weitestgehend zu einer Kooperation gezwungen.

Das Kernelement des Planungsprozesses der *PlanBude* bildet das Konzept der kollektiven Wunschproduktion, welches im Rahmen der Arbeit an *Park Fiction* entstanden ist. Anspruch der kollektiven Wunschproduktion ist es, »die Wünsche der AnwohnerInnen aus der Wohnung heraus und auf die Straße zu locken, sie miteinander ins Gespräch zu bringen und eine neue und selbst bestimmte Ordnung des Stadtraums zu entwerfen« (Wieczorek 2005: 38).

Im Zentrum dieses Prozesses stehen die subjektiven Bedürfnisse und Erfahrungen der Anwohner*innen. Sie sind Orientierung und Antrieb für eine Umgestaltung der Stadt (ebd.). Wünschen wird als positives Begehren angesehen, aus dem sich eine »Fluchtlinie aus den realen Verhältnissen« ergeben kann (ebd.: 36f.). So werden Wünsche »als Widerstand gegen die kapitalistische Ordnung des Raumes wirksam« und »das individuelle Begehren in seiner politischen Aussagekraft« kann ernst genommen werden (ebd.: 38). Durch eine Reihe von Aktivierungstechniken soll ein Dialog über die Wünsche der Anwohner*innen angestoßen werden, »in dem die Wünsche der BewohnerInnen in Austausch treten, sich gegenseitig befruchten, Konflikte austragen und schließlich einen Raum der Gegensätze öffnen, in dem letztlich andere als die dominanten Vorstellungen von Stadt erkennbar und realisierbar werden« (Wieczorek 2005: 38). Bezogen auf unseren theoretischen Rahmen von *Realen Utopien* schafft die Wunschproduktion ein »utopisches Moment« (Tribble et al. 2017: 270), das Menschen in die Lage versetzt, sich einen Stadtraum nach den eigenen Wünschen vorzustellen und diese Projektion in einen real existierenden Beteiligungsprozess einzubringen. Im Sinne kollektiver Wunschproduktion bilden das Wissen, die Erfahrungen und die gelebte Praxis der Bewohner*innen in St. Pauli die Grundlage. Mit ihren Planungsmethoden sorgt die *PlanBude* lediglich für die Umsetzung des Wissens in eine planerische Sprache und Praxis. Dies benötigt einen komplexen Prozess, in dem die *PlanBude* »informiert, berät, motiviert, inspiriert, [zu, MH & SSP] hört, sammelt, unterstützt, visualisiert, interpretiert, [aus]stellt und präsentiert« (PlanBude Hamburg 2014). Dafür haben sie eine Reihe von stadtplanerischen und künstlerischen »Tools« entwickelt, die »Gedanken ins Kreative, Spielerische, Utopische« ergebnisoffen lenken sollen (Tribble et al. 2017: 270). Ziel war mit Hilfe der unterschiedlichen *PlanBuden*-Tools, Wünsche für eine zukünftige Gestaltung und Nutzung in verschiedener Form zu sammeln. Diese Werkzeuge einer partizipativen Planung sind übertragbar auf ähnliche Verfahren in anderen Städten und stellen real-utopische Ansätze einer emanzipatorischen Form der Raumgestaltung und -aneignung dar.

Grundvoraussetzung für die Arbeit der *PlanBude* war die öffentlichkeitswirksame Präsenz am Planungsort. Dafür wurde neben dem Gelände der ehemaligen Esso-Häuser der *PlanBuden*-Container aufgestellt. Seit Beginn des Planungsprozesses ist dieser ein Anlaufpunkt für alle Interessierten und Werkstatt für den Planungsprozess. Der Container war sechs Tage in der Woche geöffnet und bot die räumliche Plattform des gesamten Prozesses (Tribble et al. 2017: 271). Dadurch konnte ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen werden, um auch Menschen zu beteiligen, die von den komplexen Beteiligungsverfahren der Vergangenheit ausgeschlossen waren (Tribble & Zander 2018). Das *PlanBuden*-Team wurde am Container noch durch sogenannte Planbuddies verstärkt, die Gespräche auch auf Spanisch, Russisch, Französisch oder Türkisch führen konnten (Tribble et al. 2017: 271). Ergänzend fand aufsuchende Beteiligung in nahegelegenen Kneipen, Kiosken oder bei öffentlichen Informationsveranstaltungen an verschiedenen Orten im Stadtteil statt. Über Ankündigungen in ihren Briefkästen wurden alle Anwohner*innen in St. Pauli über den Planungsprozess informiert und mit Hilfe eines beiliegenden Fragebogens ihre Wünsche für das Palomaviertel abgefragt. Zugleich wurde darum gebeten, zu beschreiben, was den Ort für die Anwohner*innen so bedeutend macht und welche Nutzungen sie für besonders wichtig erachten. So bestand die Möglichkeit, Wünsche und Ideen schriftlich zu äußern und diese mit Hilfe im öffentlichen Raum aufgestellter Boxen wieder zurückzugeben. Durch die Zusammenarbeit mit Schulklassen konnten auch Kinder und Jugendliche Anregungen und Bedürfnisse für eine Neubebauung äußern und dabei mehr über Fragen der Stadtentwicklung lernen. Um die Anwohner*innen direkt zu erreichen und sich ihnen anzunähern, befragte das Team der *PlanBude*, in Kooperation mit der Gemeinwesenarbeit im Stadtteil St. Pauli und Studierenden, die Menschen direkt an der Haustür und besuchte soziale Einrichtungen (ebd.).

Die Bewohner*innen konnten im *PlanBuden*-Container auch selbst kreativ werden und beispielsweise an einem Legomodell im Maßstab 1:150 eigene Ideen für die neuen Esso-Häuser entwerfen. Mit 1,3 Kilo Knete, die dem vorher vereinbarten maximalen Bauvolumen, im Maßstab 1:500, entsprechen, waren die Anwohner*innen dazu aufgefordert, das gewünschte Verhältnis zwischen Freiraum und Gebäuden in einem Knetmodell darzustellen. Auf der sogenannten »Nachtkarte« konnten mit Neonstiften die erwünschten Nutzungen der Neubebauung auf der »Schauseite« hin zur Reeperbahn verewigt werden. Zusätzlich gab es thematische Bögen, auf denen Ideen zur zukünftigen Dachlandschaft, dem Umgang mit den Kellern und Ersatzvorschläge für die ehemalige Tankstelle aufgezeichnet werden konnten (Tribble & Zander 2018: 158f.). Viele dieser Instrumente motivierten die Anwohner*innen, sich Gedanken darüber zu machen, wie ihre Stadt aussehen solle. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit den Planungen für das Palomaviertel schaffte die Möglichkeit über sprachliche Ausdrucksformen der Beteiligung hinaus zu gehen. Zudem standen die Teilnehmenden immer im Austausch über ihre Ideen und entwickelten Entwürfe gemeinsam. Durch das Zeichnen, Modellieren

oder Basteln konnte eine neue Form der Auseinandersetzung mit dem Leben in der Stadt und daraus resultierenden Bedürfnissen entstehen. Mit Hilfe der vielschichtigen Beteiligungswerkzeuge sammelte die Initiative über 2300 Beiträge, was von allen Beteiligten als Erfolg gewertet wurde (Tribble et al. 2017: 272).

»[E]ine dauerhafte physische Präsenz vor Ort und ein breit gefächertes, diverses Angebot an Beteiligungstools, Methoden und Plattformen. Elementar war die Vernetzung und Verbindung im Stadtteil, um Gelegenheiten und vielfältige Orte des Austauschs zu schaffen, sowie Möglichkeiten dafür zu bieten, sich gegenseitig schlauer zu machen. Voneinander zu lernen, den eigenen vertrauten Ort zu verlassen, auszuschwärmen, neue Erfahrungen und Blickwinkel zuzulassen und den ganzen Stadtteil zum Seminarraum zu machen.« (ebd.)

Nachdem vier Monate für Anwohner*innen die Möglichkeit bestand, ihre Wünsche in verschiedener Form an die *PlanBude* heranzutragen, wertete das Team alle gesammelten Beiträge aus. In diesem »Übersetzungsprozess«, von abstrakten Ideen zu planerischen Konsequenzen, wurden »die Aussagen aus den Zeichnungen, Modellen, Fragebögen etc. extrahiert, verdichtet und zugespitzt« (ebd.). Daraus entstand der »St. Pauli Code«, der als »Leit- und Handlungsfaden für eine zukünftige Bebauung« gilt (ebd.). Eine Präsentation und Diskussion der Ergebnisse erfolgte in zwei großen Stadtteilversammlungen. Zusammen mit dem St. Pauli Code bilden die Diskussionsergebnisse die Grundlage für Verhandlungen mit der Stadt und dem Investor. Das aus diesen Verhandlungen entstandene Eckpunktepapier beschreibt die zentralen Aspekte, die sich in den Unterlagen des städtebaulichen Wettbewerbs wiederfinden (ebd.: 273). Damit floss die Essenz der kollektiven Wunschproduktion am Ende des komplexen Beteiligungsprozesses in städtebauliche Vorgaben ein und konnte in einen architektonisch-gestalterischen Wettbewerb übersetzt werden. Fachplaner*innen und Architekt*innen sind an diese umfassenden Vorgaben gebunden und werden befähigt, im Rahmen ihres Expert*innenwissens, an die Bedürfnisse der Bewohner*innen angepasste Entwürfe zu erarbeiten.

Nach einer Auslobungsphase wurde im Mai 2018 der Sieger*innenentwurf für die Neubebauung der Esso-Häuser bekannt gegeben (Planbude Hamburg 2018). Das Ergebnis weicht in seinen Nutzungen und gestalterisch deutlich von herkömmlichen Entwürfen vieler Bauprojekte in Innenstädten ab. Zwar wird es eine Reihe von kommerziellen Nutzungen, wie einem Hotel, Restaurants, Gewerbe und zu 40 Prozent freifinanzierte Wohnungen, geben, allerdings soll ein Großteil der Dachlandschaft öffentlich zugänglich sein, es wird Platz für genossenschaftliches Wohnen geschaffen, 60 Prozent der Wohnungen werden sozial gefördert (25 Jahre Preisbindung) und die ehemaligen Mieter*innen der Esso-Häuser sowie einige der ehemals dort ansässigen Gewerbetreibenden, haben das Recht, wieder zurückzukehren. Alle an der Planung

beteiligten Gruppen sowie das Team der *PlanBude* betrachten die Ergebnisse sowohl gestalterisch als auch unter sozialen Aspekten als einen Erfolg (ebd.).

Das Beispiel der Esso-Häuser und dem von der *PlanBude* durchgeführten Beteiligungsverfahren zeigt, wie durch zivilgesellschaftlichen Druck ein Paradebeispiel der »Hypergentrifizierung« (Planbude Hamburg 2018), zum Modellprojekt für eine demokratische Form der Stadtentwicklung werden kann. Durch den Protest und die stadtweite Aufmerksamkeit für die Esso-Häuser konnte sowohl die Stadt, als auch die Eigentümer*innengesellschaft dazu gebracht werden, sich auf einen ergebnisoffenen Prozess für die Planung einzulassen. Dies verdeutlicht, welche Gestaltungsspielräume eine Kommune durch Instrumentarien des BauGB, insbesondere städtebauliche Verträge, gegenüber privaten Eigentümer*innen hat – vorausgesetzt es besteht ein politischer Wille. Die Schritte zur Erarbeitung eines Entwurfs für das Palomaviertel, von der kollektiven Wunschproduktion, bis zur Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs, sind beispielhaft dafür, welche Prioritäten bei zukünftigen Planungen gesetzt werden müssen. Der Beteiligungsprozess begann bei den Anwohner*innen und deren Bedürfnissen. Durch die öffentliche Sichtbarkeit der *PlanBude* und die vielfach genutzten Instrumente einer inklusiven und aufsuchenden Beteiligung konnte eine große Bandbreite an Vorschlägen gesammelt werden. Anschließend präsentierte die *PlanBude* ihre aus der Wunschproduktion hervorgegangenen Ergebnisse zuerst mit den Anwohner*innen, um die Resultate allen transparent zu machen. Erst danach wurden Eigentümer*innengesellschaft und Stadt in den Prozess eingebunden. Detailfragen lösten Fachplaner*innen zum Schluss in einem städtebaulichen Wettbewerb. Dem Normalvollzug postpolitischer Planungsprozesse konnte so ein Gegenbeispiel gegenübergestellt werden:

»Der Einbezug beziehungsweise die starke Gewichtung des Stadtteilwissens führt dazu, die Asymmetrie im Kräfterdreieck Politik, Investor und Zivilgesellschaft in der Planung aufzubrechen.« (Tribble et al. 2017: 174)

Die *PlanBude* erfüllt dabei die Ansätze eines *postkolonialen Urbanismus* und stellt die Anwohner*innen und ihre Bedürfnisse ins Zentrum der Planung. Der Prozess ist auf ein ganzes Viertel und die umliegenden Quartiere bezogen und ermöglicht eine Interaktion zwischen dem Neubauprojekt und seiner Nachbarn*innenschaften. Das Ergebnis der Planung macht zudem deutlich, welche Bedeutung Funktionsmischung und eine abwechslungsreiche Bebauung für ein Quartier haben. Durch den Planungsprozess konnten eine Reihe von öffentlichen Freiräumen, zum Beispiel ein Quartiersplatz, durchgesetzt werden, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure* auch zukünftig organisieren können. Der aus dem Beteiligungsprozess hervorgegangene Entwurf schafft die Basis für zukünftiges zivilgesellschaftliches Engagement und zeigt die Möglichkeiten einer partizipativen Planung im Sinne der Bewohner*innenschaft auf. Für uns ist der Prozess sowie das Ergebnis der kollektiven Wunschproduktion ein Schaufenster, welches zeigt,

wie auf Basis kollektiver Interessen Stadt produziert werden kann. Indem bereits erfahrene stadtpolitische Akteure* die Planung organisiert haben, konnte aus einem Abwehrkampf – für die Erhaltung der Esso-Häuser – eine positive Erzählung einer anderen Form der Stadtentwicklung geschaffen werden. Die *PlanBude* hat es geschafft, in bestehenden Regimen neoliberaler Stadtpolitik zahlreiche Elemente eines solidarischen städtischen Zusammenlebens zu entwerfen und macht deutlich, wie ein real-utopisches Modell einer partizipativen Planungs- und Gestaltungspraxis aussehen kann.

4.2 Wohnen

Wohnen prägt »als Hauptnutzung städtischen Bodens die räumliche und soziale Struktur der Städte« (Eberhardt-Köster et al. 2018: 11), aktuelle Verdrängungsprozesse unterstreichen dies. Aufgrund dieser Bedeutung wird das Thema Wohnen als gesonderten Punkt behandelt. Die kritische Bearbeitung der Wohnraumfrage muss über die Quartiersebene hinausgehen. Wohnraum, als eine lukrative Ware, wird auf dem nationalen und internationalen Finanzmarkt gehandelt. Diese Prozesse sind zu berücksichtigen, auch wenn sie auf der *scale* des Quartiers nur implizit adressiert werden können. Des Weiteren ist die Schaffung eines nachhaltig, gemeinwohlorientierten Wohnungssektors maßgeblich von Gesetzesinitiativen auf Bundes- und Länderebene abhängig. Um also den gesamtgesellschaftlichen Kontext des Themas Wohnen nicht außer Acht zu lassen, wird die Quartiersebene im folgenden Abschnitte teilweise verlassen und Prozesse und Initiativen weiterer räumlicher Maßstabebenen miteinbezogen. Dennoch bilden Beispiele, die sich explizit auf eine Quartiersebene beziehen, den Schwerpunkt. Viele der vorgestellten *Realen Utopien* begreifen sich als Pilotprojekte, die im »Kleinen« vorwegnehmen, was auf höherer Ebene zum Standard werden könnte. Die Intention einer Expansion und eines *upscalings* der Projekte verweist auf eine wichtige Funktion der konkreten Beispiele. Der folgende Abschnitt, die Negativanalyse, stellt die Auswirkungen eines kapitalistisch organisierten Wohnungssektors dar, um darauf basierend Auswege aus einer warenförmigen Organisation des Wohnens aufzuzeigen.

4.2.1 Negativanalyse: Wohnen als Ware

Wohnen ist innerhalb der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse ein zentrales »ökonomisches Feld der Kapitalakkumulation« und durch seine marktförmige Organisation »mit der Reproduktion sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Machtverhältnisse [...] verwoben« (Schipper 2018: 3). Um einen Überblick über die Folgen einer warenförmigen Wohnraumversorgung zu geben, wird in zwei Schritten vorgegangen. Im ersten Schritt werden die polit-ökonomischen Voraussetzungen des kapitalistischen

Wohnungsmarkts analysiert, im zweiten blicken wir auf die politischen Rahmenbedingungen, die zum gegenwärtig herrschenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum geführt haben.

Nach Marx ist Boden, neben Kapital und Arbeit, eine der drei Quellen gesellschaftlicher Revenuen (MEW 25: 822), was dessen besondere Stellung innerhalb des Kapitalismus unterstreicht. »[D]as Monopol des Grundeigentums [ist, MH & SSP] eine historische Voraussetzung und bleibt fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise« (ebd.: 628). Das aus dem Boden erzielte Einkommen ist die Grundrente, die selbst keinen Mehrwert herstellt, sich aber gesellschaftlich produzierten Mehrwert aneignet (ebd.: 829). Die Grundrente beschreibt Marx als die »Geldsumme, die der[/die, MH & SSP] Grundeigentümer[*in] jährlich aus der Verpachtung eines Stückes des Erdballes bezieht« (MEW 25: 636). Die Voraussetzung dafür ist die gesellschaftliche Institution des Privateigentums, die mit Hilfe der »ursprünglichen Akkumulation« im Übergang vom Feudalismus in den Kapitalismus, auf gewaltvolle Art und Weise geschaffen wurde und seitdem gesellschaftliche Klassen- und Machtverhältnisse reproduziert (MEW 23: 741f.). Es ist also das »Grundeigentum als juristischer Titel auf die private Verfügung über den Grund und Boden [...] die Voraussetzung für den Bezug der Grundrente« bildete, wobei die Grundrente bereits den Beginn einer ökonomischen Verwertung von Boden darstellt (Brede et al. 1976: 28). Boden selbst hat aus marxistischer Perspektive keinen Wert, da er kein Produkt von Arbeit ist. Trotzdem hat Boden einen Preis, zu dem er vermietet, verpachtet oder verkauft werden kann (ebd.). Dabei richtet sich der Verkaufspreis von Grund und Boden nach der zukünftig zu erwartenden Höhe der Grundrente für ein definiertes Stück Land:

»Der Bodenpreis ist [...]der Kaufpreis nicht für den Boden, sondern für die Grundrente, welche aus der Nutzung, der ökonomischen Verwertung gezogen werden kann. Dieser mögliche Kauf und Verkauf des Anrechts auf eine regelmäßige Geldeinnahme, die Grundrente, macht den Grund und Boden zur Ware.« (Brede et al. 1976: 29)

Der Bodenpreis ist somit die kapitalisierte Grundrente (Schipper 2013b: 186). Die Erwartung der Grundrente enthält ein höchst spekulatives Element, denn ihr geht die Annahme eines regelmäßigen Einkommens von Seiten des/der Grundeigentümer*in voraus. Für die damit verbundenen Gewinnerwartungen aus Eigentum bildet, besonders in wachsenden Großstädten, »die Bodenrente, [und, MH & SSP] nicht das Haus, den eigentlichen Grundgegenstand der Bauspekulation« (MEW 25: 782). Während besonders im städtischen Kontext, die Bodenrente aufgrund der hohen Nachfrage und knapper Flächen ständig steigt, fällt der Wert des sich darauf befindlichen Hauses tendenziell durch Abnutzung (Brede et al. 1976: 35). Somit hat die Grundrente einen besonderen Stellenwert in der Mietpreisbildung. In städtischen Wohnlagen besteht Miete zum größten Teil aus der Grundrente und weniger aus den Produktionskosten des

auf dem Boden befindlichen Gebäudes. Je nach Lage steigt oder sinkt der Anteil der Grundrente an der Miete. In (groß-)städtischen Lagen handelt es sich um Monopolrenten, bei denen vor allem die Wohnlage die Höhe der Miete bestimmt:

»Je näher das Baugrundstück der Stadt, je zentraler in der Stadt die Wohnung liegt, desto höher ist die Grundrente, die über die Mietzahlung erwirtschaftet werden kann.« (Brede et al. 1976: 59)

Begrenzt werden die Mietsteigerungen allein durch die »Zahlungsfähigkeit der Nachfrager[*innen]« (ebd.: 60), was zu einer räumlich ungleichen Verteilung der Bewohner*innenschaft einer Stadt führt – wer viel bezahlen kann, lebt in zentralen, stark nachgefragten Gegenden, Menschen mit wenig Einkommen eher am Stadtrand. Die Mechanismen der Grundrente beeinflussen grundlegend das Bild unserer Städte, denn Wohnungen stehen in Konkurrenz zu anderen Bodennutzungen, wie beispielsweise Bürogebäuden, die tendenziell eine höhere Grundrente abwerfen (Brede et al. 1975: 44). In einer kapitalistisch organisierten Wohnungswirtschaft wird Wohnraum als Ware gehandelt und ist wie andere Waren Träger von Gebrauchs- und Tauschwert. Der Gebrauchswert einer Wohnung macht sich beispielsweise an Größe, Abnutzungsgrad und Ausstattung fest. Der Tauschwert wiederum bildet sich durch Miet- und Verkaufspreise, die von einer Reihe äußerer Bewertungsfaktoren, wie der Wohn- und der Angebotslage auf dem Markt, abhängen. »Ökonomisch rational handelnde Eigentümer*innen« einer Wohnung sind daran interessiert, möglichst hohe Gewinne durch Verkauf oder Vermietung zu erzielen, während Mieter*innen Interesse an einer gut ausgestatteten Wohnung und einem Ort zum Leben haben (Holm 2013a: 3f.). Dieser Widerspruch ist ein zentrales Konfliktfeld in marktförmig organisierten Wohnungsversorgungssystemen.

Wie bereits dargestellt, liegen dem Kauf und Verkauf von Grund und Boden, wie allen kapitalistischen Waren, ein Moment der Spekulation inne. Die Grundrente besitzt eine »koordinierende und allokativen Funktion in der kapitalistischen Raumproduktion« (Schipper 2013b: 188). Der Bau und die Vermietung von Wohnungen sind in globale Prozesse der Kapitalzirkulation eingebunden und werden von deren Dynamiken maßgeblich beeinflusst (Belina 2017). Besonders in Überakkumulationskrisen sucht internationales Kapital sichere Anlagelquellen und findet diese im sogenannten »Betongold« – also Investitionen in den Immobiliensektor.

»Each of the global crises of capitalism was in fact preceded by the massive movement of capital into long-term investment in the built environment as a kind of last-ditch hope for finding productive uses for rapidly over accumulating capital.« (Harvey 1978: 120)

Es kommt zum sogenannten »capital switching«, einer Verschiebung von überschüssigem Kapital in den sekundären Kapitalkreislauf und damit in die gebaute Umwelt

(Harvey 1985). Ökonomische Krisen können dadurch zeitlich aufgeschoben und räumlich verlagert werden. Dieser Prozess wurde erstmals von David Harvey (1982) als »spatial fix« beschrieben. Durch den langfristigen Amortisierungszeitraum von Investitionen in die gebaute Umwelt können durch Vermietung und Verpachtung jahrzehntelang Einnahmen erzielt werden. Kapital wird räumlich in Gebäuden und Infrastrukturen gebunden (spatial fix) und die Realisierung von Revenuen sowie der »Rückfluss von investierten Geldkapital« wird zeitlich in die Zukunft verschoben (temporal fix) (Belina 2018: 189f.). Durch die flächendeckende Absorption von überschüssigen Kapital in die gebaute Umwelt kommt es zu einer Urbanisierung von Akkumulationsüberschüssen, die in regelmäßigen Abständen, tendenziell nach ökonomischen Krisen, auftritt. Durch diese Prozesse werden grundlegende Lebensverhältnisse in Städten, vor allem der Wohnungssektor, im Sinne der herrschenden Klassen transformiert (Harvey 2013: 34). Insbesondere seit der Finanzkrise 2007/2008 lässt sich in der BRD ein Anstieg von Kapitalinvestitionen in deutsche Großstädte und deren Wohnungsmarkt verzeichnen (Belina 2018: 201). Das hat zum einen zu enormen Spekulationsgewinnen und einer Steigerung der Bodenpreise geführt (ebd.: 198f.). Zum anderen fokussierte sich der Neubau vor allem auf die Schaffung von gehobenem Wohnraum oder Luxuswohnungsbau. Da Luxuswohnungen »in der Produktion nicht viel teurer als einfache Wohngebäude« sind, lassen sich in diesem Bereich deutlich höhere Renditen erwirtschaften (Belina 2017: 36). Mit dem Fokus auf höchstmögliche Renditen führen aktuelle Bauprojekte am Bedarf vorbei. Der Markt ist nicht im Stande, eine sozial adäquate Wohnraumversorgung zu gewährleisten (Unterzeichnenden 2018: vii). Die Konstituierung von Wohnungen als Ware innerhalb globaler Kapitalkreisläufe hat zur Folge, dass Investitionen in die profitabelsten Anlagemöglichkeiten mit der höchsten Rendite getätigt werden. Dabei teilen alle Finanzmarktakteure* ähnliche Motive für ihre Investitionen: Was sie antreibt, ist die »Aussicht auf eine wachsende Rendite aus Mieteinnahmen« (Unger 2018: 213). Das hat weitreichende Folgen »für Mieter*innen [,die, MH & SSP] regelmäßig mit Verteuerung, Verknappung oder Verlust ihres Wohnraums« rechnen müssen (Belina 2017: 44). Angetrieben durch die spekulative Dynamik der Grundrenten kommt es immer wieder zu Phasen der Ab- und Aufwertung innerstädtischer Bereiche und zu umfassenden städtischen Restrukturierungsprozessen (Smith 1996). Die Inwertsetzung dieser Bereiche führt zu Verdrängungsprozessen der lokalen Wohnbevölkerung. Als Grund für Gentrifizierungsprozesse wird vor allem die erhöhte Nachfrage innenstadtnaher Wohnviertel genannt, dieser verschleiert jedoch die polit-ökonomischen Bedingungen hinter diesen Prozessen: »Gentrification is a back-to-the-city movement all right, but a back-to-the-city movement by capital rather than people.« (ebd.: 70)

Laut Smith (1996) sind es vor allem die hohen Ertragslücken, die sogenannte rent gap, in den von Gentrifizierung betroffenen Gebieten, die nationales und internationales Kapital zu Investitionen motivieren. »Je größer die Ertragslücke (rent gap) zwischen der

aktuellen und potentiell möglichen Nutzung, desto höher [ist, MH & SSP] der immobilienwirtschaftliche Investorenanreiz und das Verdrängungspotential« (Holm 2016: 102f.).

Die angesprochenen Prozesse führen in ihrer Konsequenz zu (lokal-)räumlich ungleich verteilten Verdrängungsmechanismen innerhalb der Städte. Eine warenförmig organisierte Wohnungsversorgung, die den ökonomischen Rationalitäten der Grundrente folgt, erzeugt »einen systematischen Mangel an preiswerten Wohnungsgelegenheiten« (Holm 2013: 4). Es ist jedoch nicht nur die Grundrente, die zur Kommodifizierung des Wohnens beiträgt:

»In welcher Intensität sich diese stadtprägende Relevanz des Grundrentenmechanismus ortsspezifisch durchsetzt, hängt aber wesentlich von der politischen Regulation des Bodenmarktes ab, insofern rechtliche Vorgaben auf nationaler oder städtischer Ebene, etwa in Gestalt von Bebauungsplänen, maximalen Geschosshöhen oder Mietobergrenzen, die Nutzung beeinflussen und damit die potenzielle Grundrente einschränken können.« (Schipper 2018: 5)

Die fehlenden politischen Regulationen, die zum aktuellen Mangel an bezahlbarem Wohnraum beigetragen haben, sind Teil der neoliberalen Stadtpolitik. Ausdruck findet diese Politik in der »Restrukturierung wohlfahrtsstaatlicher Wohnraumversorgung und [den, MH & SSP] veränderten Rahmenbedingungen von Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik auf lokaler, nationaler wie internationaler bzw. supranationaler Ebene« (Schönig 2017: 16). Diese Restrukturierung wird seit Anfang der 1990er Jahre, im Zuge des damals erfolgten Paradigmenwechsels zu Ansätzen der unternehmerischen Stadt, sichtbar (Schipper 2013a). Die Neoliberalisierung des Städtischen zeigte sich in »[a]ngebotsorientierte[n] Politiken, Privatisierung, Deregulierung [und dem, MH & SSP] Abbau des Wohlfahrtsstaates« sowie der Herstellung investor*innenfreundlicher Rahmenbedingungen (Heeg 2016: 16). Einen wichtigen Einschnitt in die wohlfahrtsstaatliche Wohnungspolitik stellte die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit, die Steuererleichterung für gemeinnützig wirtschaftende Unternehmen regelte, dar. Bis zur Abschaffung dieser Regelung im Zuge einer Steuerreform im Jahr 1990 war die Wohngemeinnützigkeit eines der »zentralen Instrument[e] einer wohlfahrtsstaatlich orientierten Wohnungspolitik« (Holm 2017: 145). Durch den Wegfall von Steuererleichterungen mussten sich ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen der gewinnorientierten Marktlogik unterwerfen und wurden teilweise zu umfassenden Privatisierungen gezwungen (ebd.: 142). In den Folgejahren wurde seitens des Bundes die Wohnungsbauförderung sukzessive gekürzt und die Finanzierung konzentrierte sich vor allem auf die sogenannte Subjektförderung, zum Beispiel in Form von Wohngeld. Die Steuerung des Wohnungsmarktes wurde durch den Abbau staatlicher Interventionen vermehrt von marktwirtschaftlichen Akteuren* übernommen (ebd.). Unternehmerische Logiken schreiben sich seitdem in die Geschäftspolitik öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften

ein. Die Gründe dafür sind vielfältig. Mit der Durchsetzung kommunaler Sparmaßnahmen und Austeritätsprogramme wurde die jahrelange Privatisierung städtischer Wohnungsbestände zu einer bedeutenden Kennzahl für die Sanierung städtischer Haushalte (Metzger & Schipper 2017: 181). Ebenfalls als unternehmerische Praxis ist das Geschäftsgebaren der ehemals gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zu verstehen. Viele dieser Unternehmen wirtschaften heute renditeorientiert und sind dadurch, anstatt dass sie preissenkend auf den Wohnungsmarkt einwirken, maßgeblich an steigenden Mietpreisen beteiligt (ebd.: 184f.). Zudem fehlt es in den meisten kommunalen Unternehmen an demokratischen und transparenten Elementen der Mieter*innen-Selbstverwaltung und –Mitbestimmung, die eine bedarfsgerechte und soziale Bewirtschaftung der Wohnungen gewährleisten könnten (ebd.: 194). Im Zuge der Transformation des Wohlfahrtsstaates erfuhr nicht nur die gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, sondern auch der soziale Wohnungsbau weitreichende Restrukturierungen (Schönig 2018: 228). Durch die seit Jahren sinkende Zahl an Sozialwohnungen und weiterhin auslaufende Sozialbindungen sowie die Kürzung von Bundesmitteln für die Förderung des Baus neuer Sozialwohnungen fristet der soziale Wohnungsbau in der Sozialpolitik der BRD ein Nischendasein, gilt als stigmatisiert und wird als reines »Ausnahmesegment« im Wohnungsmarkt behandelt (ebd.: 242f.). Die Versorgung breiter Gesellschaftsschichten mit großen Mengen an bezahlbarem Wohnraum kann der soziale Wohnungsbau derzeit kaum gewährleisten (ebd.).

Im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Finanzmarktlogiken wurden in der BRD schrittweise gesetzliche Erleichterungen wie Finanzmarktförderungsgesetze und die Liberalisierung des Finanzmarktes eingeführt. Dies erleichterte internationalen Immobilien- und Investmentfonds den Zugang zum deutschen Wohnungsmarkt (Heeg 2017: 49f.). Beschrieben als Finanzialisierung des Wohnungsmarktes setzte sich eine vermehrte Privatisierung ehemals gemeinnütziger Wohnungsbestände in Gang (ebd.). Der zunehmende Ausbau des finanzialisierten Wohnungswesens manifestierte sich daraufhin in einer zunehmenden Professionalisierung der Verwaltungsgesellschaften (Unger 2018). Dabei schöpfen die teilweise börsennotierten Unternehmen alle gesetzlichen Rahmenbedingungen aus, um möglichst hohe Mieterhöhungen und damit verbundene Renditesteigerungen zu erzielen. Modernisierung von Wohnungen und daraus erzielte Mietsteigerungen sowie Nachverdichtungen bestehender Siedlungen, in der die Profitrate durch eine höhere Raumausnutzung gesteigert wird, sind die Instrumente und Strategien, die dafür hauptsächlich genutzt werden (ebd.: 213f.).

Aus der Negativanalyse geht hervor, dass in die grundlegenden Mechanismen der Bildung der Grundrente interveniert werden muss. Dafür bedarf es sowohl neuer Formen (zivil-)gesellschaftlicher Regulation als auch staatliche Akteure*, die in Form von Gesetzesinitiativen der Inwertsetzung von Wohnraum entgegenwirken können. Dafür müssen unter anderem Investitionsanreize des globalen Finanzmarktes in den

Wohnungssektor eingeschränkt werden, sodass Wohnraum nicht mehr als Spekulationsobjekt genutzt werden kann, sondern seiner Funktion als sozialer Infrastruktur gerecht werden kann. Letztlich gilt, Wohnraum dem Markt und seiner kapitalistischen Verwertung zu entziehen.

4.2.2 Positivanalyse: bezahlbarer Wohnraum als Grundlage solidarischen Zusammenlebens

Folgt man Engels Schrift zur »Wohnungsfrage«, lässt sich diese nicht von der »sozialen Frage« trennen, denn erst »durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht« (MEW 18: 243). Ausgehend vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, seien es Klassenkämpfe, vor allem in der Sphäre der Produktion, welche die zentrale Triebkraft gesellschaftlicher Transformation darstellen. Andere Organisationsformen, wie beispielsweise die städtischer sozialer Bewegungen, wurden in dieser Erklärung der traditionellen Linken häufig als »sekundär angesehen [...] oder als irrelevant abgetan« (Harvey 2005a: 167). Doch eben diese Bewegungen, die sich gegen kapitalistische Urbanisierungsprozesse und deren Folgen stellen, greifen ein zentrales Feld der Reproduktion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse an (Harvey 2013).

Mit der Suche nach real-utopischen Ansätzen nicht marktbasierter Formen der Wohnraumversorgung, wollen wir uns nicht der »Torheit« verschreiben, »die Wohnungsfrage [...] einzeln lösen zu wollen« (MEW 18: 262). Kämpfe um Wohnraum sind jedoch eine wichtige Basis für gesellschaftliche Veränderungsprozesse, da in ihnen grundlegende Fragen von Eigentum und Kontrolle adressiert werden. So steht die Frage »Wem gehört die Stadt?«, wie sie von vielen Recht auf Stadt Gruppen und Mieter*inneninitiativen immer wieder gestellt wird, im Fokus einer Suche nach real-utopischen Ansätzen für andere Wege der Wohnraumversorgung.

Wohnen als soziale Infrastruktur

Als grundlegendes Element der Daseinsvorsorge ist ein »Recht auf Wohnen« im Artikel 25 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert, auch in der Verfassung der Weimarer Republik war es verankert (Holm 2013a: 2). Versuche, die Bereitstellung von adäquatem Wohnraum ins aktuelle Grundgesetz aufzunehmen, scheiterten bisher am politischen Willen der regierenden Kräfte. Es gibt jedoch Konzepte, die ein gemeinwohlorientiertes Verständnis von Wohnraumversorgung anstreben. Anregungen dazu finden sich in den Ausarbeitungen der AG links-Netz zum Thema soziale Infrastrukturen, die »[s]tatt einer selektiven und gruppenspezifischen Sozialpolitik [...], die Entwicklung einer gesellschaftlichen Infrastruktur [...], die ein vernünftiges gesellschaftliches Leben für alle möglich macht« zum Ziel hat (AG links-Netz 2012: 6). Die ausgewählten Vorschläge für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik haben das

Ziel, »eine ausreichende und bezahlbare Versorgung mit Wohnungen für alle Teile der Bevölkerung sicherzustellen und dabei genügend Raum für individuelle Gestaltung offen zu lassen« (AG links-Netz 2013: 4). Wohnen als soziale Infrastruktur zu begreifen, schließt eine Reflektion darüber ein, dass die Fragen, wie Menschen wohnen, wo sie wohnen und unter welchen Konditionen, einen erheblichen Einfluss auf deren gesellschaftliche Teilhabe hat. Wohnen ist demnach eine existenzielle Reproduktionsbedingung und ist als grundlegender Bestandteil der Daseinsvorsorge anzusehen. Diese gilt es durch gesamtgesellschaftliche Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise in Form von Steuern zu gewährleisten (Holm 2013a: 1). Da Wohnen keine klassische Dienstleistung ist, die allen Menschen in gleicher Form zur Verfügung gestellt werden kann, muss sich die gemeinwohlorientierte Wohnraumversorgung vor allem auf ein Wohnungssegment konzentrieren, welches »warenförmig nicht sichergestellt werden kann« (AG links-Netz 2013: 4). Der Idee einer kollektiven Bereitstellung, als ein allen zugängliches Gut, »steht die ungleiche Verteilung von Wohnqualitäten [...] [und, MH & SSP] die zutiefst individuelle Konsumption des Wohnens entgegen« (Holm 2013a: 3). Demzufolge kann eine Versorgung mit vollkommen gleichwertige Wohnverhältnisse, wie Lage, Ausstattung und Größe der Wohnung, nicht geschaffen werden. Eine Konzentration auf die Versorgung besonders einkommensschwacher Haushalte ist wichtig (AG links-Netz 2013: 4f.), da sich für sie die Lage in den Großstädten aktuell als äußerst prekär darstellt (Holm et al. 2018). Damit ist ausgeschlossen, dass Wohnungen im gehobenen oder Luxussegment Teil einer sozialen Infrastruktur sein können. In der staatlichen Förderung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum sind Fehler der Vergangenheit, in denen Wohnungsbauprogramme eng mit Normalisierungs- und Disziplinierungsabsichten gegenüber großen Teilen der Bevölkerung verbunden waren, zu vermeiden (Ronneberger 2013: 10f.). Des Weiteren gilt es, bestehende Machtverhältnisse und Koalitionen im *Unternehmen Stadt* zu durchbrechen. Für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik müssen sich diese Paradigmen, die sich in einer Vielzahl kommunaler Institutionen festgesetzt haben und Verwertungsprozesse vorantreiben, eingedämmt werden.

»Letztendlich wird jede Form einer anderen Wohnungspolitik nur gelingen, wenn bestehende Interessensblöcke aufgespalten und neue stadtpolitische Koalitionen gebildet werden können. Eine Strategie für eine als Soziale Infrastruktur organisierte Wohnungsversorgung muss neben konzeptionellen Gedanken vor allem Perspektiven für neue Bündnisse entwickeln.« (Holm 2013a: 6)

In vielen Städten ist es Mieter*innenbewegungen gelungen, wohnungspolitische Themen auf die Agenda der Stadtparlamente zu bringen (Vogelpohl et al. 2017). Gelingt eine politische Mobilisierung entlang dieser Themen, können die angesprochenen Interessensblöcke in Ansätzen durchbrochen werden und postneoliberale Alternativen zum Status quo ausprobiert werden (Vollmer & Kadi 2018).

Realutopische Entwürfe – Wohnen von Allen für Alle

Den Kämpfen der Mieter*innenbewegungen und den darin eingeschriebenen Erfahrungen ist es zu verdanken, dass neues Wissen über Auswege aus einer profitorientierten Wohnungspolitik entwickelt werden konnte:

»Diese alternative Wissensproduktion ›von unten‹ bricht dabei nicht nur mit neoliberalen Rationalitäten, sondern geht auch weit über fordistische Praktiken des staatlich gelenkten Massenwohnungsbaus hinaus, indem neben der Dekommodifizierung zugleich ebenso eine Demokratisierung des Wohnens angestrebt wird.«
(Schipper 2018: 127)

Jene Elemente »alternativer Wissensproduktion« stadtpolitischer Initiativen werden für diese Arbeit zur Quelle auf der Suche nach real-utopischen Ansätzen einer nicht-warenförmig organisierten Wohnungsversorgung. Hierfür wird im ersten Abschnitt eine Auswahl staatlicher Instrumente und Verfahren aufgezeigt, die zu einer Dekommodifizierung des Wohnens beitragen können. Diese Beispiele gehen meist über den Handlungsrahmen des Quartiers hinaus und sind eher als Zwischenschritte hin zu *Realen Utopien* zu sehen, als dass wir sie konkret als solche bezeichnen würden. Da die Potentiale dieser Instrumente jedoch von einer Vielzahl wohnungspolitischer Initiativen thematisiert werden (Schipper 2018), halten wir es für notwendig, diese auch in der vorliegenden Arbeit zur Sprache zu bringen. Darauf folgenden wird anhand *Realer Utopien* in den Themenkomplexen Rekommunalisierung, kooperatives Wohnen und Neue Bodenpolitik aufgezeigt, wie eine gemeinwohlorientierte Wohnungsversorgung mit transformativem Anspruch aussehen kann. Zum Schluss wird unter der Überschrift »Kooperation und Kombination *Realer Utopien*« das Beispiel von *ps wedding* als ein breit aufgestellter Entwurf vorgestellt, der eine Vielzahl zuvor dargestellter Ansätze verknüpft.

Staatliche Instrumente einer gemeinwohlorientierten Wohnungsversorgung

In der kritischen Stadtforschung werden drei staatliche Steuerungsebenen beschrieben, die einen Einfluss auf die Art und Weise der Wohnungsversorgung haben: Geld, Recht und Eigentum (Holm 2013a, Metzger & Schipper 2017). Mit Geld sind staatliche Förderinstrumente der Subjektförderung (Wohngeld, Sozialhilfe) und Objektförderung gemeint. Unter Recht werden staatliche Regulationsmöglichkeiten im Bau-, Planungs- und Mietrechtliche Vorgaben zusammengefasst. Im Bereich Eigentum stehen Einflussmöglichkeiten durch öffentliches Eigentum an Grund und Boden und Wohnungsbaugesellschaften im Fokus. Auch wenn sich »neoliberale Rationalitäten in materiell verdichteter Form« in die Staatsapparate (Schipper 2018: 127) und somit auch in die aufgeführten Steuerungsebenen eingeschrieben haben, bieten sie einige Ansatzpunkte

für die Umsetzung einer Wohnungspolitik, die sich gegen Renditeinteressen der Wohnungsmarktakteure* stellt.

In der Ebene Geld wird deutlich, dass es in der Wohnbauförderung umfassender institutioneller Veränderungen auf Bundesebene bedarf, um einen gemeinwohlorientierten Wohnungssektor zu stärken. Neben einer grundsätzlichen Erhöhung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau, wäre es möglich, finanzielle Hilfeleistungen ausschließlich gemeinnützig wirtschaftenden, bzw. nicht profitorientierten Wohnungsbauunternehmen oder Genossenschaften, zukommen zu lassen (Metzger & Schipper 2017). Die bisherige Form der Wohnraumförderung als »soziale Zwischennutzung« (Schönig 2018: 229), mit auslaufenden Belegrechten, könnte in Richtung dauerhafter Sozialbindungen gelenkt werden. Finanzielle Förderungen im Bereich Wohnen könnten so langfristig bezahlbaren Wohnraum sichern. Durch die Einrichtung eines revolvingen Fonds für die Wohnbauförderung bestände die Möglichkeit, Erträge aus kommunalen Wohnungsgesellschaften für die kontinuierliche Erweiterung ihres Bestands zu nutzen (Holm 2013a: 8f.).

Im Bereich Recht muss vor allem auf eine Begrenzung von Profitraten privater Wohnungseigentümer*innen und Investor*innen hingewirkt werden (Schipper 2018: 115). Die Erlassung von Milieuschutzsatzungen mit einem entsprechend Kriterienkatalog wäre eine Möglichkeit. Dieser Katalog müsste ein städtisches Vorkaufsrecht und ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen beinhaltet und Luxussanierungen ausschließen (ebd.: 76, 115). Über städtebauliche Verträge hat die Kommunalpolitik bereits jetzt die Möglichkeit, den Anteil an geförderten oder gemeinschaftlichen Wohnraum rechtlich bindend festzulegen und Einfluss auf privates Baugeschehen zu nehmen (Schipper & Latocha 2018: 70). Auf Bundesebene könnte eine deutliche Verschärfung des Mietsrechts Bestandsmieter*innen vor Profitinteressen schützen. Eine Abschaffung der Modernisierungumlage und die Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen wäre durch entsprechende Gesetzesänderungen ebenfalls möglich (ebd.: 72). Die im Jahr 2015 eingeführte Mietpreisbremse müsste durch Sanktionen gegenüber Eigentümer*innen bei Nichteinhaltung und der Abschaffung von Ausnahmeregelungen verschärft werden (Schipper 2018: 107f.). Die Einführung eines kollektiven Mietrechts würde Bewohner*innen von Wohnungsbeständen großer privater Wohnungsunternehmen die Möglichkeit bieten, sich gegen rechtswidrige Geschäftspraktiken zu wehren und kollektive Ansprüche geltend zu machen (Unger 2018: 224, Schipper & Latocha 2018: 73).

Im Bereich Eigentum ist eine Veränderung der Eigentümer*innenstruktur in Richtung nicht-profit-orientierter Wohnungsmarktakteure* die sinnvollste Strategie, bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten (Schipper 2018: 116). Hier sind es primär kommunale Wohnungsbaugesellschaften (siehe Abs. Rekommunalisierung des Wohnens), die durch ihre Bestände ein wichtiges Steuerungselement darstellen. Den Vorgaben der »Neuen

Wohnungsgemeinnützigkeit« folgend erfordert das auch eine neue Unternehmenskultur der bisher stark von neoliberalen Paradigmen durchzogenen Wohnungsbaugesellschaften (ebd.). Im Zentrum der Initiative, die unter anderem vom Netzwerk *Mieten&Wohnen*¹⁰ ausgeht, steht die Wiedereinführung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen mit neuen Rahmenbedingungen. Ziel ist die Förderung eines Wohnungssektors, der seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird und außerhalb »kapitalistischer Investitionslogik« wirtschaftet (Holm 2017). Gemeinnützige Unternehmen würden sich verpflichten, nach dem Kostendeckungsprinzip zu wirtschaften, ausschließlich bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen bereitzustellen und ihre Unternehmensstruktur durch demokratische Elemente der Mieter*innenmitbestimmung zu ergänzen. Dafür erhalten sie Steuererleichterung, exklusiven Zugang zu Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus und werden auf öffentlichen Bauflächen bevorzugt behandelt (Schipper & Latocha 2018: 72). Die finanziellen Entlastungen und Förderkriterien der neuen Wohnungsgemeinnützigkeit bewirken enorme Einsparungen im Neubau und bei Bestandssanierungen in den gemeinnützig wirtschaftenden Unternehmen, die sich wiederum in niedrigeren Mieten widerspiegeln würden (4,50€/m²-7,50€/m²). Besonders öffentliche und kommunale Wohnungsbaugesellschaften könnten davon profitieren und ihren Einfluss auf den Wohnungsmarkt vergrößern (Holm et al. 2017: 49f.). Zudem kann eine sozial ausgerichtete Liegenschaftspolitik (siehe Abs. Neue Bodenpolitik) weitere Potentiale für bezahlbaren Wohnraum eröffnen (Weißmüller 2018). Generell kann öffentliches Eigentum in Form von Liegenschaften und Wohnungsbauunternehmen genutzt werden, »um Pilotprojekte für eine Wohnungsversorgung als soziale Infrastruktur zu erzwingen« (Holm 2013a: 9).

Rekommunalisierung des Wohnens

Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften haben das Potential, ein demokratisches Gegenmodell zum privaten Wohnungsbau zu werden und flächendeckend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Um das zu leisten, ist eine Rekommunalisierung des Wohnens unter demokratischen Vorzeichen notwendig (Interventionistische Linke Berlin 2018: 28f.). Auch in unserer eigenen politischen Praxis spielt die Auseinandersetzung mit öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Rolle. Zusammen mit anderen Frankfurter Mieter*inneninitiativen stellen wir ebenfalls die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung (mind. 50 Prozent) des städtischen Wohnungsbestands, mehr Sozialwohnungen und demokratischen Beteiligungsmechanismen für Mieter*innen auf (Eine Stadt für Alle. Wem gehört die ABG? 2016). Ein Teil dieser Forderungen soll durch ein im August 2018 gestartetes Bürgerbegehren ihren Weg in die Realpolitik finden (Mietentscheid Frankfurt 2018). Rekommunalisierung wird auch

¹⁰ Das Netzwerk »Mieten&Wohnen« ist eine bundesweite Diskussionsplattform (aus unter anderem Mieter*innenvereinen) für grundlegende Alternativen zum bestehenden Wohnungsmarkt. Mehr Informationen: netzwerk-mieten-wohnen.de

bundesweit in verschiedensten Initiativen diskutiert. Die Ideen der Berliner Mieter*inneninitiative *Kotti & Co*¹¹ und der stadtpolitischen Gruppe *Stadt von Unten* (siehe Kapitel 4.1 Planung) beschreiben Ansätze, wie eine Rekommunalisierung des Wohnens aussehen könnte. Die Kreuzberger Mieter*inneninitiative *Kotti & Co* verlangt nach flächendeckenden Ansätzen für bezahlbares Wohnen:

»Wir wollen keine Insellösungen. Wir wollen eine neue Form von sozialer Wohnungspolitik! Wir wollen nachhaltige Lösungen für die große Gruppe der Verdrängten und Verdrängungsbedrohten!« (Kotti & Co 2014: 53)

Ihre Vorschläge beziehen sich vor allem auf die Stärkung der Rechte von Bestandmieter*innen und deren Schutz durch kommunale Institutionen. Dabei legen sie den Schwerpunkt auf Sozialwohnungen, in denen nach auslaufenden Sozialbindungen die Mieten besonders häufig steigen. Selbst von Verdrängung bedroht und aus eigener Not heraus, wurden die Mieter*innen am Kottbusser Tor zu Expert*innen (Kotti & Co 2016a: 122). Sie erarbeiteten in ihrem Konzept »Rekommunalisierung Plus« Lösungsvorschläge und umreißen ein Modell »für ein neues soziales Wohnen«. Das »Plus« hebt hervor, dass ihr Ansatz über Rekommunalisierung hinausgeht. Ihre Forderungen umfassen »Rekommunalisierung plus Gemeinnützigkeit plus Selbstverwaltung« (Kotti & Co 2014: 53). Rekommunalisierung bedeute für *Kotti & Co* nicht nur, dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften möglichst viele Wohnungsbestände aufkaufen, dies beschreibt lediglich den ersten Schritt. Ziel ist es eine Form zu finden, in der Wohnungen dauerhaft gemeinnützig verwaltet werden. Um das zu erreichen, macht *Kotti & Co* den Vorschlag, die Wohnungsbestände in »eine gemeinnützige Körperschaft öffentlichen Rechts« umzuwandeln (ebd.). Diese Körperschaft soll nicht privatisierbar sein und keine Rendite abwerfen, sondern ausschließlich Geld für notwendige Ausgaben für die Instandhaltung erwirtschaften (ebd.). Damit die Entscheidungsmacht von »Investmentfonds und Wohnungsgesellschaften« über die Zukunft und Ausgestaltung der Wohnhäuser des sozialen Wohnungsbaus »nicht von der Macht der PolitikerInnen und Parteien ersetzt [wird, MH & SSP]«, sollen die Häuser in eine demokratische Selbstverwaltung der Mieter*innen überführt werden (ebd.). Nachdem möglichst viele Häuser durch die Kommune erworben wurden, gilt es, Schritt für Schritt an einer demokratischen und transparenten Verwaltung zu arbeiten (ebd.). Durch einen revolvierenden Fonds für den Wohnungsbau, sollen die von Mieter*innen kontrollierte gemeinnützige Körperschaft öffentlichen Rechts, auf eine sichere finanzielle Basis gestellt werden. Aus Mieten erzielte Erträge fließen dann durch den Fonds zurück in den Bestand und weitere Überschüsse werden in den Ankauf weiterer Immobilien investiert.

¹¹ Kotti & Co ist ein 2011 gegründeter Zusammenschluss von Mieter*innen ehemaliger und aktueller Sozialwohnungen am Kottbusser Tor im Berliner Stadtteil Kreuzberg, der sich gegen steigende Mieten im Sozialen Wohnungsbau einsetzt. 2012 errichtete die Initiative das sogenannte »Gecekondu«, ein Holzhaus in dem sich die Initiative öffentlichkeitswirksam trifft und eine Miet- und Sozialberatung anbietet. Mehr Informationen: kottiundco.net

Um große Mengen an Wohnungen in kommunalen Bestand zurück zu holen, stellt *Kotti & Co* die Forderung nach Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen. Deren Immobilien setzen sich maßgeblich aus dem Ankauf ehemals öffentlicher Wohnungsbestände zusammen, die nun wieder zurück in kommunalen Bestand gelangen sollen. Enteignungen sieht *Kotti & Co* grundsätzlich als möglich und nötig, »[d]enn der Wohnungsnotstand und das übergeordnete soziale Interesse begründen auch Enteignungen von Immobilien, um die soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten« (*Kotti & Co* 2016b). Tatsächlich lässt das Baugesetzbuch (BauGB) § 87 Enteignungen im Einzelfall zu, wenn das »Wohl der Allgemeinheit sie erfordert und der Enteignungszweck auf andere zumutbare Weise nicht erreicht werden kann« (ebd.). Durch Enteignungen können auch die vielen Sozialwohnungen, die sich in privatem Besitz befinden, wieder unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Einmal in öffentlicher Kontrolle können befristete Belegungsbindungen in unbefristete umgewandelt werden und die Wohnungen nach dem Grundsatz: »Einmal öffentlich gefördert – immer öffentlich gebunden!« bewirtschaftet werden.

2017 konnte in dieser Richtung ein Teilerfolg erreicht werden, als das Land Berlin von seinem Vorkaufrecht Gebrauch machte und das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), einen Teil des sozialen Wohnungsbaus am Kottbusser Tor, erwarb. Der mit dem Bekannt werden der Verkaufspläne gegründete Mieter*innenrat des NKZ trat danach in Verhandlungen mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewobag (ihr wurde das NKZ übertragen). Sie forderten Möglichkeiten einer Mieter*innenmitbestimmung in dem Gebäudekomplex. Ende September 2018 unterzeichnen der Mieter*innenrat des NKZ und die Gewobag eine Kooperationsvereinbarung, in der »eine enge Konsultation« zwischen beiden Partnern festgeschrieben wird. In Entscheidungen über Themen wie »Instandhaltung, Investitionen, Sicherheit, Wohnumfeld, Nachbar*innenschaft, Vermietungspolitik und Gewerbeentwicklung« wird seitdem ein Konsens zwischen beiden angestrebt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018). Die Mieter*innen können somit erstmalig essentielle Zukunftsfragen, des von ihnen bewohnten Gebäudes, durch eine gewählte Vertretung mitbestimmen. Vertreter*innen des Landes Berlin bezeichnen die Vereinbarung als ein »Modellprojekt«, das noch intensiviert und auch an anderer Stelle umgesetzt werden soll (ebd.).

Stadt von Unten begreift Rekommunalisierung vor allem als eine »Vergesellschaftungsstrategie« und baut mit dem von ihnen erarbeiteten Konzept »Selbstverwaltet und kommunal« explizit auf dem Vorschlag »Rekommunalisierung Plus« von *Kotti & Co* auf (Interview *Stadt von Unten* 2018). Dabei zeigt *Stadt von Unten* auf, dass viele selbstverwaltete Strukturen, wie Hausprojekte kaum über sich hinauswirken können. Sie sind meist kleine Inseln der Glückseligkeit, betrieben von Menschen, die genug Zeit und soziales Kapital aufbringen können und wollen, um solche Projekte durchzusetzen und zu verteidigen (*Stadt von Unten* 2017a: 2f.). Zugangsbarrieren sind trotz vieler Versuche

hoch und es mangelt weiterhin an flächendeckenden Lösungen. Städtische Wohnungsbau- und Baugesellschaften bieten ihrer Ansicht nach dazu kaum Alternativen. *Stadt von Unten* beschreibt ein Dilemma und bietet gleichzeitig eine Lösung:

»Diese doppelte Sackgasse – fehlende Verbreiterung bei selbstverwalteten Projekten, fehlende Mitbestimmung bei kommunalen – kann nur überwunden werden, wenn das Beste aus beiden Modellen kombiniert wird. Die Verbreiterung der Selbstverwaltung und die Demokratisierung der kommunalen Strukturen: Selbstverwaltet und Kommunal!« (ebd.: 3f.)

Wichtiger Anknüpfungspunkt für selbstverwaltete und kommunale Projekte sind öffentliche Institutionen, die es gilt, sich wieder anzueignen. Schließlich sind sie Ergebnisse sozialer Kämpfe und können durch solche auch wieder zurückerobert werden (ebd.: 5). Das impliziert immer eine umfassende Demokratisierung und soziale Ausrichtung des Unternehmens. Ist das einmal umgesetzt, können die Wohnungsbau- und Baugesellschaften flächendeckend günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen, der demokratisch durch die Mieter*innen verwaltet wird (ebd.). Dazu ist auch eine Kooperation mit selbstverwalteten Projekten wie dem *Mietshäuser Syndikat* (siehe Abs. kooperatives Wohnen) nötig:

»Selbstverwaltungsmodelle und alternative Initiativen sollen aus ihren subkulturellen und/oder Mittelschichtsnischen herausgeholt werden und in einem neuen Modell demokratischer Mitbestimmung verallgemeinert werden können. Ihre Verankerung in kommunalen Institutionen soll perspektivisch auf eine universellere Vergemeinschaftung und Demokratisierung von Stadtplanung und -entwicklung hinwirken.« (Stadt von Unten 2017b: 156)

In dem von *Stadt von Unten* angestoßenen Prozess ist das letztliche Ziel Wohn- und Arbeitsräume »eigentümerlos« zu machen und deren »Besitz und Verwaltung zu vergesellschaften« (Stadt von Unten 2017a). Das Konzept »Selbstverwaltet & Kommunal« soll im Rahmen der Neubebauung des Dragonerareal praktisch umgesetzt werden und sich im Sinne eines Modellprojekts von der Ebene des Quartiers auf die gesamte Stadt ausbreiten. Um eine räumliche Expansion solcher Projekte zu gewährleisten gilt es, ähnlich wie bei den Beispielen des kooperativen Wohnens (siehe nächster Abschnitt), eine Vernetzung von Projekten und unterschiedlichen Modellen zu erreichen und »Formen solidarischer Umverteilung« durch revolvierende Fonds durchzusetzen (Stadt von Unten 2017a: 7). Ziel ist es mit der bisherigen Form des subventionierten sozialen Wohnungsbaus zu brechen, so dass die »steuerfinanzierten Investitionen nicht die Gewinne privater Investor_innen absichern, sondern in einen langfristig aufzubauenen Kreislauf sozialer Immobilienwirtschaft fließen« (Stadt von Unten 2017b: 159).

Kotti & Co hat gezeigt wie »Selbstverwaltung auch [für, MH & SSP] nichtbürgerliche Schichten in einem generationsübergreifenden, solidarischen Prinzip verstetigt werden« kann (Kotti & Co 2014: 53) und dafür kommunale Unternehmen genutzt

werden können. Während *Stadt von Unten* ein Modellprojekt im Rahmen einer kompletten Neubebauung schaffen möchte, setzt *Kotti & Co* seine Ideen in bestehenden Gebäuden um. Die Initiativen agieren mit real-utopischen Forderungen und Handlungsansätzen, in dem sie Potentiale bestehender kommunaler Unternehmen ausnutzen und umfassend umgestalten wollen. Die Quartiersebene ist der räumliche Ausgangspunkt ihrer Modellprojekte, auf der sie »die Rekommunalisierung schon im ›Kleinen‹ vorwegnehmen« (Kotti & Co 2016a). Wie das funktionieren kann, zeigt der Mieter*innenrat im NKZ. »Projektinseln« (Stadt von Unten 2017a) sollen nicht entstehen, im Gegenteil, eine Expansion ihrer Modelle wird immer mit Bedacht und angestrebt, womit ein Ausweiten ihrer *Realen Utopien* über die Quartiersebene angestrebt wird.

Kooperatives Wohnen – kollektive Eigentumsformen

Anschließend an die Debatte um Wohnen als soziale Infrastruktur (AG links-Netz 2013) steht der Gebrauchswert des Wohnens als Gemeinschaftsgut in kollektiver Verwaltung im Zentrum kooperativer und genossenschaftlicher Projekte. Dabei werden Formen der Selbstorganisation und des Aufbaus demokratischer *bottom up* Strukturen in die Praxis umgesetzt (Balmer & Bernet 2017: 260). Die zumeist aus kleinteiligen, zivilgesellschaftlichen Initiativen entstandenen Projekte, funktionieren häufig ohne staatliche Unterstützung und machen sich Rechtsformen zu Eigen, welche die Umsetzung ihrer Interessen unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichen. Nach Balmer und Bernet (2015) können Entwürfe für bezahlbares Wohnen und deren Gemeingutcharakter anhand der Achsen Dekommodifizierung und Selbstverwaltung beurteilt werden. Dementsprechend möchten wir uns auf Konzepte konzentrieren, die in ihrer Verwaltung und Eigentümerstruktur den Warencharakter des Wohnens auf ein Minimum reduzieren (Dekommodifizierung) und dabei ein Maximum an Selbstverwaltung durch die Bewohner*innen zulässt (ebd.: 179f.). Essentiell, um flächendeckend bezahlbares Wohnen zu gewährleisten und eine gesellschaftliche Transformation ausgehend von Projekten des kooperativen Wohnens in Gang zu setzen, ist zudem Solidarität zwischen den Projekten (ebd.: 268). In der Praxis bedeutet dies ein Wirken der Wohnprojekte über die eigenen baulichen Grenzen, wofür notwendige Strukturen der »Vernetzung« und »Expansion« geschaffen werden müssen (ebd.). Neben Wissensaustausch untereinander, gilt es vor allem, über den »Ausbau von (lokalen) Solidartransfer-Mechanismen« eine Ausbreitung von Modellen des demokratischen und nicht profitorientierten Wohnens voranzutreiben (ebd.: 267).

Das *Mietshäuser Syndikat*¹² enthält die drei beschriebenen Elemente Selbstverwaltung, Dekommodifizierung und Solidarität (ebd.: 268). Projekte innerhalb des *Mietshäuser Syndikats* (MHS) haben volle Selbstbestimmung über ihre jeweiligen Hausprojekte. Durch eine Gesellschafterstruktur mit mehreren Teilhaber*innen wird eine Privatisierung dauerhaft verhindert. Zusätzlich schafft das MHS als Projektverbund ein Modell zirkulärer und solidarischer Finanzierung. Wie funktioniert diese Organisation im Einzelnen? Grundidee des MHS ist eine »Gewaltenteilung« in der Besitzform der Immobilien, dessen Kernstück eine »Gesellschaft mit beschränkter Haftung« (GmbH) als Rechtsform bildet (Mietshäuser Syndikat GmbH 2016: 6). Wird eine Initiative Teil des MHS und erwirbt als diese ein Haus, wird im ersten Schritt eine sogenannte Haus-GmbH gegründet, in deren Besitz das Haus übergeht. Gesellschafter dieser GmbH sind dann der jeweilige Hausverein und die Mietshäuser Syndikat GmbH. Im Gesellschaftervertrag der Satzung der Haus-GmbH wird der Zweck der Gesellschaft, der der »sozial gebundenen Vermietung und Verwaltung in Selbstorganisation« festgeschrieben (ebd.: 6f.). Eine Veränderung der Satzung kann nur einstimmig von beiden Gesellschaftern vorgenommen werden. Das MHS fungiert als »eine Art Kontroll- oder Wächterorganisation« und hätte im Falle von Privatisierungsbestrebungen ein Vetorecht (ebd.: 6). Einem Verkauf der Immobilien zum finanziellen Vorteil des Hausvereins wird durch die Gewaltenteilung über das Eigentum ein Riegel vorgeschieben (ebd.: 7). Trotz des Einflusses des MHS behalten die Projekte ihre Autonomie, denn in Detailfragen der Wohn- und Lebensgestaltung mischt sich das MHS nicht ein. Diese Entscheidungen werden allein von Mieter*innen innerhalb ihrer Entscheidungsgremien getroffen (ebd.: 6). Die Mietshäuser Syndikat GmbH ist das verbindende Element aller Hausprojekte und schafft Formen des Solidartransfers auf finanzieller und organisatorischer Ebene. Dass die Realisierung eines Projekts unter dem Dach des *Mietshäuser Syndikats* auch im Neubau möglich ist, zeigt das Hausprojekt M29¹³ im Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg. Das Wohnprojekt stieg noch während der Bau- bzw. Planungsphase des Neubaus im Jahr 2010 in das MHS ein. Im Gegensatz zu einer Baugruppe war es nicht das Ziel Eigentumswohnungen zu schaffen »sondern ein dauerhaft kollektiv selbstverwaltetes Mietshaus« (Hausprojekt M29). 2012 konnte das Haus offiziell von 20 Mieter*innen bezogen werden. Großer Vorteil des Neubaus ist, dass in einem kooperativen Gestaltungsprozess Räume geschaffen werden konnten, die den kollektiven Nutzungsansprüchen gerecht werden. Durch ein eigenes Blockheizkraft und die Bereitstellung von Räumlichkeiten für

¹² Die Ursprünge des Mietshäuser Syndikats liegen in Freiburg i.Br. und der in den 1980er Jahren sehr aktiven Hausbesetzer*innenszene. Das wurde Konzept zum ersten Mal auf dem Grethergelände in Freiburg erprobt. 1996 wurde die Mietshäuser Syndikat GmbH formell gegründet und nahm erste Projekte in den Verbund auf. Nach anfänglich langsamen Wachstum, sind in den letzten Jahren immer mehr Mietshäuser in den Projektverbund eingetreten. Aktuell sind 131 Syndikatsprojekte und 18 Syndikatsinitiativen, noch nicht realisierte Projekte, im Mietshäuser Syndikat organisiert. Mehr Informationen: syndikat.org

¹³ Das Wohnhaus in der Malmöerstraße 29, Berlin, verfügt über einfach geschnittene 16m²-Zimmer die für 300€ warm gemietet werden, hinzukommen zwei Küchen und Gemeinschaftsflächen, die regelmäßig für gemeinnützige Initiativen und politische Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Mehr Informationen: hausprojekt-m29.org

eine *Food Coop* mit angegliederter solidarischer Landwirtschaft leistet das Projekt auch einen ökologischen Beitrag (siehe Kapitel 4.4 Infrastruktur, Abs. Alternative Ernährung und Solare Gesellschaft) M29 steht beispielhaft für viele der Projekte innerhalb des *MHS*, die durch die meist kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Nachbar*innenschaft eine große Strahlkraft in das umliegende Quartier haben und so einen wichtigen Beitrag für ein solidarisches Zusammenleben leisten. Generell sieht sich M29 als Teil einer »sozialen Bewegung für eine Stadt von Unten« und versteht ihr Projekt als Entwurf »gegen die kapitalistische Produktion von Stadt« (Hausprojekt M29).

Ein Modell, welches dem *Mietshäuser Syndikat* ähnlich ist, aber innerhalb der rechtlichen Form von Genossenschaften (eG) funktioniert, sind die sogenannten Dachgenossenschaften. Im Gegensatz zu den traditionellen Wohnungsgenossenschaften bieten Dachgenossenschaften ein hohes Maß an Mitbestimmung der Mitglieder in den einzelnen Häusern, ohne jedoch auf ihr lokales Projekt beschränkt zu bleiben. Im Modell der Dachgenossenschaft liegen die Eigentumsrechte an Häusern, sowie Grund und Boden zentral bei einer Genossenschaft. Die jeweiligen Häuser sind als Vereine konstituiert und mieten ein gesamtes Haus. Über interne Angelegenheiten stimmen sie unabhängig von der Dachgenossenschaft ab. Genossenschaftsmitglieder sind entweder der Hausverein oder die einzelnen Bewohner*innen der Häuser. Ebenfalls in dieser Struktur angelegt ist ein »Sanierungs- und Solidaritätsfonds«. Dadurch wird ein »langfristiger Risikoausgleich unter den spezifischen Bedarfslagen der einzelnen Gebäude und Mitglieder« gewährleistet (Balmer & Bernet 2017: 269).

Nach diesem Prinzip gründen sich gerade in den letzten Jahren immer wieder neue Genossenschaften. Eine dieser Neugründungen ist die Solidarische Wohnungsgenossenschaft *SoWo eG*¹⁴, deren Ziel es ist, »dauerhaft bezahlbare und selbstbestimmte Räume [zu] schaffen und [zu, MH & SSP] erhalten«, sowie »Privateigentum an Grund und Wohnraum [...] dauerhaft zugunsten einer gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung« auszuschließen (SoWo Leipzig eG 2017: 1). Ein positiver Einfluss auf das umliegende Quartier ist in der Zielstellung verankert, denn die Häuser der *SoWo eG* sollen »Orte solidarischen Zusammenlebens« sein und durch öffentliche Nutzungen von Erdgeschossflächen als »emanzipatorische Treffpunkte auch in die Stadt hinein« wirken (SoWo Leipzig eG a). Den Prinzipien einer Dachgenossenschaft folgend hat »Dezentralität und Selbstverwaltung« einen hohen Stellenwert um »Bürokratisierungstendenzen« (SoWo Leipzig eG 2017: 1), wie aus den traditionellen Wohnungsbaugenossenschaften bekannt, entgegenzuwirken. Ein hohes Maß an Solidarität der Projekte und Häuser unter dem Dach der *SoWo eG* spielt eine ebenso wichtige Rolle. Mit der Genossenschaft soll es von Verdrängung bedrohten Mieter*innengemeinschaften, die nicht das Maß an

¹⁴ Die *SoWo Leipzig eG* existiert seit 2017 und hat im letzten Jahr bereits 2 Häuser erwerben können. Eines der Häuser konnte unter anderem durch Hilfe der Stiftung Edith Maryon erworben werden, die als Erbpachtgeberin gegenüber der Genossenschaft auftritt. Im Moment sucht die Genossenschaft nach weiteren Interessierten um ihren Bestand zu vergrößern. Mehr Informationen: sowo-eg.org

Zeit für eine Selbstorganisation aufbringen können, wie es beispielsweise bei Projekten im Rahmen des *MHS* nötig ist, erleichtert werden, ihre Häuser zu erwerben (SoWo Leipzig eG a). Steht ein Haus zum Verkauf und existiert eine zumindest teilweise organisierte Mieter*innengemeinschaft, hilft die *SoWo eG* bei der Erarbeitung eines Selbstverwaltungskonzepts und übernimmt den Kauf der Gebäude. »Das gemeinsame Dach reduziert den Verwaltungsaufwand, stabilisiert die Finanzierung und intensiviert den Austausch zwischen Hausgemeinschaften« (SoWo Leipzig eG b). Die Genossenschaft ist explizit auf ein Mitgliederwachstum angelegt, »um möglichst vielen Leuten sicheres und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen« (SoWo Leipzig eG a).

Das *MHS* zeigt, wie eine vermeintlich kapitalistische Rechtsform, die einer GmbH, zum Zweck der Schaffung von kollektiven Eigentum umgedeutet wurde. Die Struktur macht es möglich, Wohnraum dauerhaft dem Markt zu entziehen und ist darauf angelegt, sich weiter zu vergrößern und über einzelne, lokale Projekte hinauszuwirken. Die *SoWo eG* will es Bestandmieter*innen über eine projektübergreifende Genossenschaftsstruktur erleichtern, selbst ihre Häuser zu erwerben und ebenfalls dauerhaft dem Markt zu entziehen. Die vorgestellten Projekte kooperativen Wohnens zeigen, wie bestehende Rechtsformen im Sinne *Realer Utopien* genutzt werden können, um Wege aus einer warenförmigen Organisation des Wohnens zu beschreiten. Hierbei ermöglichen viele der Projekte mehr als nur die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Durch die Bereitstellung von öffentlich nutzbaren, unkommerziellen Räumen wird eine Basis für ein solidarisches Zusammenleben auf Quartiersebene geschaffen. Noch sind die vorgestellten Projekte vor allem untereinander vernetzt und bieten interne Strukturen solidarischer Transferleistungen an, um aber einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch auf Veränderung der Wohnungsversorgung gerecht zu werden, müssen die Projekte des kooperativen Wohnens noch zugänglicher für breitere Bevölkerungsschichten werden. Dies kann unter anderem durch eine Kooperation mit öffentlichen Wohnungsunternehmen und eine stärkere Anbindung an die Stadtgesellschaft realisiert werden kann. In den folgenden Abschnitten werden Modelle, die in diese Richtung arbeiten thematisiert.

Neue Bodenpolitik – den Boden für Reale Utopien bereiten

Eine zivilgesellschaftliche Transformation im Sinne *Realer Utopien* braucht Boden (und Räume), um Ideen und Ansätze einer solidarischen Stadt umsetzen zu können. Dem entsprechend braucht es eine »Neuausrichtung der Bodenpolitik« (Mieten-Wahnsinn stoppen! Netzwerk 2017). Dafür wollen wir im als erstes einen Blick auf kommunale Instrumente einer neuen Bodenpolitik werfen, die unter anderem die Umsetzung beschriebener Projekte des kooperativen Wohnens ermöglichen. Anschließend möchten wir die Praxis von Bodenstiftungen und deren Handlungsspielräume aufzeigen und Ansätze einer kollektiven und quartiersbasierten Verwaltung von Boden in den Blick nehmen.

Kommunale Instrumente für utopische Ziele nutzen

Aus der Negativanalyse wird deutlich, dass »die Wiedergewinnung der bodenpolitischen Handlungsfähigkeit der Kommunen [...] der zentrale Schlüssel zur Bewältigung der neuen Wohnungsnot« ist (Difu 2017: 9f.). Wie man die Handlungsfähigkeit wiedererlangen soll, ist Gegenstand verschiedenster Debatten, in der die *Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht*¹⁵ und der *Stiftung trias*¹⁶ wichtige Beiträge leisten. Grund und Boden wird als ein »notwendige[s] Fundament für das Gemeinwohl« verstanden und der Aufbau von Strukturen, die Grund und Boden nachhaltig dem Markt entziehen gefordert (Stiftung trias 2017: 1). Um die Umsetzung real-utopischer Konzepte zu ermöglichen, braucht es also »[m]ehr Boden für Projekte der Zivilgesellschaft« (ebd.).

Dies geht mit klaren Forderungen an Kommunen und deren Liegenschaftspolitik einher: So wird eine aktive Liegenschaftspolitik von den Kommunen durch eine Bodenvorratspolitik, die konsequente Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts und die Vergabe von Bodennutzungsrechten allein an gemeinwohlorientierte Projekte gefordert. Eine Vergabe soll nicht renditeorientiert verlaufen, sondern durch Konzeptvergaben an konkrete Nutzungsziele gebunden werden und hauptsächlich in Erbpacht geschehen (Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht 2018: 5f.). Mit der Bildung von städtischen Bodenfonds soll Boden langfristig vor Markteingriffen geschützt werden und einer gemeinwohlorientierten Nutzung zugutekommen (Stiftung trias 2017: 2, Difu 2017: 13). Bodenfonds (a), Konzeptvergabeverfahren (b) und die Nutzung des Erbpachtrechts (c) sehen wir als zentrale Elemente an, um von kommunaler Seite real-utopische Nutzungen zu ermöglichen. Um deren Wirkungsweise nachzuvollziehen, werden diese Instrumente im Folgenden kurz dargestellt:

- a. Mit der Einrichtung gemeinwohlorientierter, revolvingender Bodenfonds durch die Kommune besteht die Möglichkeit, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum langfristig zu fördern. Für Wohnungsbau potentiell geeignete Liegenschaften können von Kommunen in einen solchen Fonds übertragen werden und so langfristig für eine zukünftige Nutzung gesichert werden. Aus dem Boden, durch Verkaufserlös oder Erbpacht erzielte Erträge können zweckgebunden für den Ankauf von neuen Grundstücken in den Fonds zurückgeführt werden, wodurch der Ausbau des Fonds finanziert werden. Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik würde so finanziell auf stabile Füße gestellt werden, denn das »revolvierende Element finanziert die neuen Grundstücke bzw. Projekte« (Klein & Weitkamp 2016: 210).

¹⁵ Die überparteilich arbeitende Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht wurde 2017 gegründet. Sie ist ein Bündnis aus Stiftungen, Mieter*innen und Stadtteilvereinen, Fachgremien aus Architektur und Planung sowie sozialpolitischen Akteuren*. Der Zusammenschluss »setzt sich für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik als Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und lebenswerte Städte ein.« Mehr Informationen: initiative-bodenrecht.de

¹⁶ Die Stiftung trias – gemeinnützige Stiftung für Boden, Ökologie und Wohnen wurde im Jahr 2002 in Hatten gegründet. Mit ihrem Stiftungskapital versucht sie Fragen einer gemeinnützigen Bodennutzung mit ökologischen Themen und der Sicherstellung von bezahlbarem, gemeinschaftlichem Wohnraum aufzugreifen. Mehr Informationen: stiftung-trias.de/die-stiftung

Durch einen antizyklischen Ankauf von Grundstücken in Zeiten niedriger Bodenpreise werden Kommunen unabhängiger vom Grundstücksmarkt und darin auftretenden Bodenpreisspitzen. Des Weiteren wird die Umsetzung städtischer Projekte bzw. gemeinwohlorientierter Träger insbesondere im Bereich des bezahlbaren Wohnens enorm erleichtert (ebd.).

- b. Das Konzeptvergabeverfahren kann sowohl für den Verkauf als auch für die Abgabe in Erbpacht angewendet werden, wobei ein Verkauf im Sinne einer nachhaltigen Bodenpolitik nicht erstrebenswert ist. In der Ausschreibung eines Grundstücks haben Kommunen die Möglichkeit, verschiedene Kriterien auszuwählen, nach denen die Liegenschaft vergeben werden soll. Das können Kriterien wie ökologisches und energieeffizientes Bauen, die Integration von Mobilitätskonzepten oder flächensparsames Bauen sein. Auch architektonisch-städtebauliche Vorgaben, wie beispielsweise eine Funktionsmischung, die Sicherung von quartierrelevanten Frei- und Begegnungsräumen oder eine kleinteilige Nutzer*innen- und Baustruktur können festgelegt werden. Der wohl wichtigste Aspekt sind wohnungspolitische Vorgaben, wie Quoten für sozial geförderten Wohnraum mit langfristiger Preisbindung, die Beschränkung von Eigentumswohnungen sowie die Konzentration auf bestimmte Zielgruppen und integrative Wohnformen (Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen K.d.ö.R. & Hessischer Städtetag e.V 2017: 10f.). Besonders im Hinblick auf den letzten Punkt kann in der Ausschreibung der Liegenschaft darauf geachtet werden, dass die Kriterien auf Akteure* zugeschnitten sind, die dauerhaft günstige Wohnungsmieten für breite Bevölkerungsschichten gewährleisten. So können die Flächen beispielweise auch explizit für Zielgruppen wie Genossenschaften, Baugemeinschaften oder gemeinwohlorientierte Akteure* ausgeschrieben werden (Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht 2018: 6). Neben den baulichen Vorschriften, können Kommunen mit der Förderung von Beratungs- und Koordinierungsstellen zivilgesellschaftliche Akteure* im Bereich des bezahlbaren Wohnens stärken. Beispielhaft für eine solche Unterstützung ist das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen¹⁷, was selbstorganisierten Wohninitiativen beratend zur Seite steht und bei der Erstellung von Wohnkonzepten behilflich ist. Bei der Erschließung eines neuen Quartiers könnte das Konzeptvergabeverfahren dafür sorgen, dass kommunales Bauland an kleinteilige Projekte mit einer gemeinwohlorientierten Zielstellung vergeben wird und dabei eine große Bandbreite an Wohnformen berücksichtigt wird. In einem bestehenden Quartier können durch die Konzeptvergabe quartiersrelevante Funktionen berücksichtigt und eine Nutzungsform gewährleistet werden, welche der umliegenden Nachbar*innenschaft gerecht wird. Außerdem bietet sich die Möglichkeit der stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft,

¹⁷ Das »Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen« hat zurzeit 80 gemeinschaftliche Wohninitiativen als Mitglieder und wird von der Stadt Frankfurt sowie lokalen Sozialverbänden finanziell unterstützt. Mehr Informationen: gemeinschaftliches-wohnen.de

womit der wirtschaftlichen Macht großer Investor*innen entgegen getreten und ein Schritt hin zu *Realen Utopien* gegangen wird.

- c. Wesentliches Merkmal des Erbbaurechts ist die Trennung von Eigentum und Nutzung von Grund und Boden. Durch einen Vertrag, den Erbpachtvertrag, zwischen der Kommune und einer erbbauberechtigten Person werden die Nutzungsrechte für ein Grundstück an die/den Erbbaunehmer*in übertragen. Diese*r leistet im Gegenzug einen jährlichen Erbbauzins, der sich am Bodenwert bemisst. Juristische Grundlage für das Erbbaurecht ist das Erbbaurechtsgesetz (ErbbauRG). Das Besondere am Erbbaurecht ist, dass eine Zweckbestimmung im Erbbaurechtsvertrag detailliert festgelegt werden kann. Die Kommune hat somit vor der Vertragslaufzeit einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Nutzung des Grundstücks. Hält sich der/die Erbpachtnehmer*in nicht an die vertraglich vereinbarte Zweckbestimmung oder werden die Erbbauzinsen nicht bezahlt, kommt es zum sogenannten »Heimfall« und das Erbbaurecht wird an den/die Eigentümer*in zurück übertragen. Erbpachtverträge haben normalerweise eine Laufzeit von 30-99 Jahren, wobei die exakte Laufzeit von den Parteien selbst festgelegt wird. Nach Ablauf des Vertrags wird die Erbpacht meistens verlängert. Sollte das jedoch nicht passieren, muss der/die Grundstückseigentümer*in eine Entschädigung für die auf seinem/ihrem Grundstück befindlichen baulichen Anlagen leisten. Entschädigungen sind ebenfalls vorher vertraglich festgelegt (Stiftung trias 2016: 3). Das Erbbaurecht eröffnet Kommunen entscheidende Steuerungsmöglichkeiten, die über Generationen hinweg erhalten bleiben (Difu 2017: 12). Durch die Zweckbestimmung im Erbpachtvertrag können Kommunen sowohl räumlich-gestalterische Vorgaben als auch soziale Vorgaben in den Verträgen verankern. Die Arbeit von Projekten »mit sozialer, kultureller, mietenpolitischer, also einer am gemeinwohlorientierten Zielsetzung« kann über dieses Instrument langfristig in der Stadt gesichert werden (ExRotaprint gGmbH 2014: 15). Durch einen möglichen Heimfall, der Auflösung des Pachtvertrags und Rückübertragung des Grundstücks besitzt die Kommune einen umfassenden Machthebel, der Erbpachtnehmer*innen zur Einhaltung der Zweckbestimmungen bewegt (Stiftung trias 2016: 5). Zivilgesellschaftlichen Akteuren* ermöglicht es mit niedrigerem Eigenkapital den Zugang zu Eigentum, denn ausgewählte Nutzungen können von städtischer Seite über ermäßigte Erbbauzinsen langfristig gefördert werden. Trotzdem behalten Kommunen, die Grundstücke in Erbpacht vergeben, dauerhaft Gestaltungsspielraum und gut kalkulierbare Erträge aus den Liegenschaften (ExRotaprint gGmbH: 14f.). Besteht also der politische Wille, lassen sich in Erbpachtverträgen eine Vielzahl real-utopischer Nutzungen für verpachtete Grundstücke festlegen. Kommerziell nicht immer relevante, aber für ein Quartier wichtige Nutzungen (z. B. Kultur-, Gesundheits-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen) können vertraglich gesichert werden.

Die drei beschriebenen Elemente Bodenfonds, Konzeptvergabe und Erbpacht müssen für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik möglichst gemeinsam gedacht werden. Erbpachtverträge sollten immer in Zusammenhang mit einem Konzeptvergabeverfahren öffentlich ausgeschrieben werden. Einkünfte wie Erbbauzinsen sollten in den Bodenfonds zurückfließen und so eine Bodenvorratspolitik nachhaltig aufrechtzuerhalten.

Stiftungen als Wegbereiter für kooperatives Wohnen

Neben Kommunen beteiligen sich auch nicht-staatliche Akteure* aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum an der Entwicklung und Umsetzung von nicht-marktbasierten Ansätzen im Umgang mit Grund und Boden. Ein Beispiel dafür sind Bodenstiftungen, die ihr Kapital zum Erwerb von Grundstücken verwenden, um sie einer sozialen Nutzung zuzuführen (Stiftung trias 2018: 8). Beispielhaft dafür steht das Engagement der *Stiftung trias* und der Stiftung Edith Maryon¹⁸. Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung des Bodens streben die Stiftungen an, möglichst viele Grundstücke dauerhaft aus dem »Waren- und Erbstrom herauszulösen« (Stiftung Edith Maryon 2015). Das Prinzip der Stiftungen funktioniert wirkungsvoll.

Sie erwerben Liegenschaften und vergeben die Grundstücke anschließend in Erbpacht mit einer rechtlich fixierten Zweckbestimmung, beispielsweise zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Die Trägerschaften der Projekte können sehr vielfältig sein und umfassen sowohl Baugemeinschaften und Hausvereine als auch Genossenschaften sowie Projekte im Rahmen des Miethäusersyndikats. Die Nutzungsrechte für Grundstücke geben den Initiativen Autonomie, über die Ausgestaltung ihrer Projekte zu entscheiden und im Rahmen ihrer ortsspezifischen Möglichkeiten die im Erbpachtvertrag festgelegten Ziele umzusetzen. Eine Zweckentfremdung gegen die in den Erbpachtverträgen geschlossenen Vereinbarungen ist nicht möglich, da die Stiftung als eine Art »Wächterin« fungiert und die Einhaltung der Ziele kontrolliert (Stiftung trias 2018: 12). Aus Liegenschaften erzielte Erträge fließen in den Ankauf neuer Grundstücke und in die räumlichen Expansion des Modells sowie in die Förderung von gemeinnützigen Projekten in den Bereichen Kultur, Bildung und Umweltschutz (Stiftung Edith Maryon 2015, Stiftung trias 2018: 14). Ermöglicht wird das Engagement der Stiftungen vor allem durch Zustiftungen sowie Schenkungen bzw. Erbschaften von Geld und Liegenschaften (Stiftung trias 2018: 22). Die jeweiligen Satzungen schließen aus, dass Grundstücke aus dem Stiftungsvermögen übereignet oder verkauft werden können. Zudem leisten die Stiftungen eine wichtige Form der Wissensproduktion, die zukünftige gemeinnützige

¹⁸ Die Stiftung Edith Maryon wurde 1990 in der Schweiz gegründet und strebt die langfristige Sicherung von günstigen Wohn- und Gewerberäumen an. Die Stiftung ist in Deutschland mit verschiedenen Tochterunternehmen aktiv und betreut hier zurzeit über 50 Liegenschaften. Mehr Informationen: maryon.ch

Wohnprojekte hinsichtlich Rechtsform, Finanzierung und Konzeption unterstützt und berät (ebd.: 19).

Durch ihre Praxis haben die Stiftungen bereits einer Vielzahl an Projekten für kooperatives Wohnen eine Umsetzung auf ihren Grundstücken ermöglicht. Auch in anderen Bereichen wie Gewerbe, Kultur und Bildung haben sie den Boden für die Realisierung nicht profitorientierter Projekte bereitet. Dabei wurden nicht nur dauerhaft günstige Mieten gesichert, sondern auch der Aufbau von demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen innerhalb der Projekte gefördert. Das Modell der Bodenstiftungen ermöglicht es verschiedensten Projektträger*innen aus der Zivilgesellschaft, Konzepte eines solidarischen Zusammenlebens umzusetzen. Unkommerziellen Nutzungsformen, die auf der Ebene des Quartiers relevant sind, werden die notwendigen (kostengünstigen) Räume zur Verfügung gestellt. Die Ausbreitung und Ausweitung von Projekten, die sich für eine gesellschaftliche Transformation einsetzen, wird im Sinne *Realer Utopien* gefördert. Die folgenden zwei Beispiele illustrieren, wie mit Hilfe der Bodenstiftungen gemeinwohlorientierte Projekte und deren Räume dauerhaft gesichert werden können.

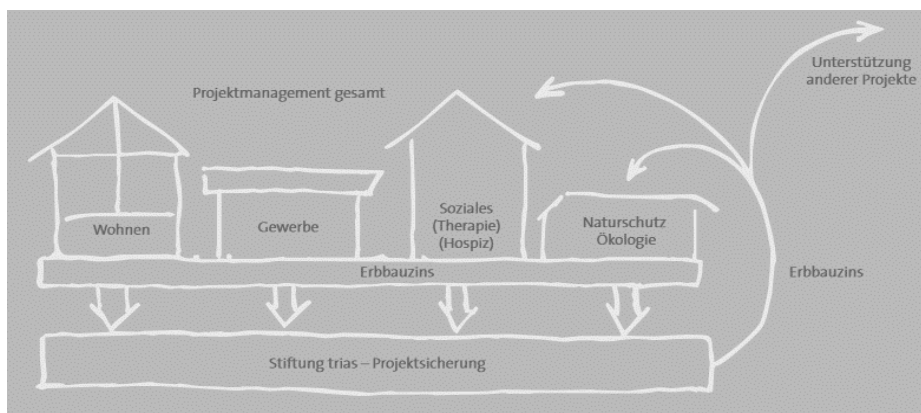


Abb. 2 Funktionsweise der Stiftung trias (2018: 9)

Im Jahr 2012 konnte die *Stiftung Edith Maryon* das von Räumung bedrohte Wohn- und Kulturprojekt *Schokoladen*¹⁹ im Berliner Bezirk Mitte durch ihr Engagement dauerhaft erhalten. Die Stiftung vermittelte in einem Streit zwischen dem *Schokoladen* Trägerverein, der Stadt Berlin, und ehemaligen Eigentümer*innen über die Zukunft des soziokulturell wichtigen Raums. Als Ergebnis der Verhandlungen erwarb die *Stiftung Edith Maryon* die gesamte Liegenschaft vom ehemaligen Eigentümer. Das Gebäude wurde in Erbpacht an den Trägerverein des *Schokoladens* vergeben (Stiftung Edith Maryon

¹⁹ Der Schokoladen e.V. ist ein selbstveraltetes Wohn – und Kulturprojekt. Hier finden regelmäßig Veranstaltungen wie Konzerte, Lesungen und Vorträge in einem unkommerziellen Rahmen statt. Des Weiteren stehen diverse Räume als Ateliers und Proberäume zur Verfügung. Mehr Informationen: schokoladen-mitte.de

2018). Der Erbbauzins und anstehende Sanierungen konnten durch leichte Mieterhöhungen gedeckt werden. Mit Mieten für Wohn- und Gewerberäume, die im Durchschnitt fünf Euro pro Quadratmeter betragen, konnte die unkommerzielle Ausrichtung des *Schokoladens* erhalten werden (Berliner Woche 2013). Die für die umliegende Nachbar*innenschaft so wichtigen Funktionen wurden durch den Verkauf an die Bodenstiftung langfristig gesichert.

Das *ExRotaprint*²⁰ Gelände im Berliner Bezirk Wedding zeigt, wie durch Bodenstiftungen auch großflächige Projekte umgesetzt werden können. Im Jahr 2007 kauften die *Stiftung trias* und die *Stiftung Edith Maryon* gemeinsam und zu gleichen Teilen das *ExRotaprint* Gelände vom Liegenschaftsfonds der Stadt Berlin auf und übertrugen das Grundstück und die Gebäude in Erbpacht an die im selben Jahr gegründete *ExRotaprint gGmbH*. Im Erbbaurechtsvertrag sind »die paritätische Vermietung an ›Arbeit, Kunst, Soziales‹, die sozial integrative Ausrichtung des Projektes und dessen gemeinnütziger Status für die Projektentwicklung festgeschrieben« (*ExRotaprint gGmbH* 2017: 2). Die Idee eines sozialen Gewerbehofs wird durch den Gesellschaftervertrag der gemeinnützigen Gesellschaft *ExRotaprint gGmbH*, langfristig gesichert. Die Vermietung, Instandhaltung und Sanierung wird komplett von der *ExRotaprint gGmbH* übernommen. Die Gesellschafterstruktur soll ein hohes Maß an demokratischer Beteiligung der Mieter*innen in der Verwaltung des Geländes ermöglichen (ebd.). Alle Einnahmen durch Mieten fließen in die Bezahlung des Erbbauzinses und die schrittweise Sanierung der Gebäudesubstanz, sowie die Tilgung dafür notwendiger Kredite (ebd.: 3). Die Mischung aus Erbpachtvertrag und gemeinnütziger Gesellschaft mit demokratischer Selbstverwaltung bewahrt Ideale des Projekts dauerhaft und schließt eine Privatisierung aus. Es entsteht ein »Eigentumsmodell ohne Privatbesitz« (ebd.). Auf dem Gelände finden sich heute eine Reihe von sozialen Einrichtungen, verschiedene Gewerbe- und Handwerksstätten, Atelierräume für Künstler*innen und sogar eine öffentliche Kantine für die Mieter*innen und die umliegende Nachbar*innenschaft. Zukünftig ist auf einer ebenfalls zu dem Gelände gehörenden Brachfläche die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Neubau geplant. Durch »[d]as räumliche Nebeneinander von Produktion, Kreativität und sozialen Einrichtungen« sollen sich die Nutzungen gegenseitig befruchten und durch die Zusammenarbeit mit der umliegenden Nachbar*innenschaft einen positiven Effekt auf das gesamte Quartier haben (ebd.). Das Beispiel zeigt, wie eine gemeinwohlorientierte Initiative Abhängigkeitsverhältnisse eines Mietverhältnisses verlassen und kollektiv verwaltetes Eigentum schaffen konnte, was der Sozial- und Gewerbestruktur des umliegenden Quartiers große Beachtung schenkt.

²⁰ Das Projekt *ExRotaprint* startete 2004 als Mieter*inneninitiative von Menschen, die auf dem Gelände des ehemaligen Druckmaschinenherstellers *Rotaprint* Gewerberäume anmieteten. Mit einem innovativen Konzept einer sozialen und kulturellen Nutzung des Geländes konnte das Gelände 2007 vom Berliner Liegenschaftsfonds erworben werden und ein geplanter Umbau zu Luxuswohnungen verhindert werden. Die Kaltmieten auf dem Gelände liegen heute zwischen drei bis fünf Euro pro Quadratmeter. Mehr Informationen: exrotaprint.de

Von Community Landtrusts zu Bodenräten

Das Modell der *Community Landtrust (CLT)* schafft bereits heute in den USA ein Gegengewicht zu profitgeleiteter Stadtentwicklung und zeigt beispielhaft, welche Elemente nötig sind, um eine Selbstverwaltung von Grund und Boden auf Quartiersebene durchzusetzen. Die *CLTs* »sind nicht gewinnorientierte, selbstverwaltete Gesellschaften, deren vorrangiges Ziel in der treuhänderischen Verwaltung gemeinschaftlichen Landbesitzes besteht« (Horlitz 2017: 281). Deren Nutzungen können von bezahlbarem Wohnraum über Gemeinschaftsgärten und Landwirtschaft bis zu Gewerbe variieren. Das Konzept der *CLTs* fußt auf zwei Grundpfeilern. Erstes Element ist eine zweiteilige Eigentümer*innenstruktur, also die Trennung von Eigentum an Grund und Boden und den darauf befindlichen Gebäuden. Die Gebäude werden von den Nutzer*innen erworben und verbleiben in deren Eigentum. Die Grundstücke werden meist für 99 Jahre mittels eines Erbbaurechtsvertrags an die zukünftigen Nutzer*innen verpachtet. Im Erbbaurechtsvertrag werden, ähnlich wie in den bereits beschriebenen Fällen in der BRD, verschiedene Regularien zur gemeinwohlorientierten Nutzung des Landes und eine langfristige Bezahlbarkeit der darauf gelegenen Wohnungen vereinbart (ebd.: 285). Der zweite Grundpfeiler ist die quartiersbezogene Selbstverwaltung durch die Nachbar*innen, die in dem räumlich eingegrenzten Geltungsbereich der *CLTs* über dessen Ausrichtung mitbestimmen können (Horlitz 2012). Der Vorstand eines *CLTs* besteht »in der Regel zu einem Drittel aus den Pächter*innen bzw. Nutzer*innen, zu einem Drittel aus Menschen aus der Nachbar*innenschaft und zu einem weiteren Drittel aus Personen des öffentlichen Lebens« (Horlitz 2017: 286). Durch die Einbindung der Nachbar*innenschaft in die Verwaltungsstruktur der *CLTs* wird ein dauerhaftes Gegengewicht zu entstehenden Profitinteressen von Pächter*innen in den Vorstand implementiert. Änderungen an den gemeinwohlorientierten Regularien der *CLTs* werden vertraglich unterbunden und ein demokratischer Zugriff auf Grund und Boden durch Teile der Nachbar*innenschaft gewährt (ebd.). *CLTs* sind unter marktwirtschaftlichen Bedingungen funktionsfähig, schaffen es aber individuellen Profit zu vermeiden und Wohnraum dem Markt zu entziehen, was eine langfristige Bezahlbarkeit sichert (ebd.: 293). Aus den Erfahrungen und Prinzipien der *CLTs* können für die Umsetzung ähnlicher Projekte in der BRD folgende Anknüpfungspunkte herausgestellt werden:

»die zweiteilige Eigentumsstruktur, die Regularien des Erbbaurechts sowie die explizite Einbeziehung von Vertreter*innen der Nachbar*innenschaft und der breiteren Öffentlichkeit in die Selbstverwaltungsstruktur alternativer Wohnprojekte.« (Horlitz 2017: 294)

Auch wenn es die Praxis der *CLTs* als solche in der BRD noch nicht gibt, ergeben sich einige Parallelen zu den vorhergehenden Beispielen. Statt einer Bodenstiftung könnte auch ein *CLT* den Ankauf von Grundstücken, die Vergabe von Erbbaurechtsverträgen und die Überwachung darin enthaltener Nutzungsvorgaben übernehmen. Anders als im

Beispiel der Bodenstiftungen würde so die umliegende Nachbar*innenschaft direkt in einen Selbstverwaltungsprozess zur Schaffung von bezahlbaren Wohnraums einbezogen werden. Wohnformen in kollektiven Eigentumsmodellen (siehe Abs. kooperatives Wohnen) könnten dadurch die »Tendenz zu Homogenität und sozio-ökonomischer Exklusivität« innerhalb ihrer Projekte überwinden und ihren bereits gelebten Solidaritätsgedanken in breite Schichten der Bevölkerung tragen (ebd.: 294).

Die Initiative *Stadt von Unten* greift in ihren Auseinandersetzungen rund um das sogenannte Dragonerareal wesentliche Elemente der *Community Landtrusts* auf. Die Initiative schlägt die Bildung eines Bodenrats vor, welcher die zukünftige Entwicklung des Geländes maßgeblich vorgeben soll:

»Im Bodenrat ist die Eigentümerschaft am Boden paritätisch zwischen Mieter*innen, Nachbarschaft und Stadtgesellschaft aufgeteilt, so dass unterschiedliche Interessen gleichermaßen verankert sind. Nur so ist eine echte demokratische Teilhabe in der Frage der Entwicklung, Nutzung und Verwaltung von Boden gegeben.« (Stadt von Unten 2018b)

Die Nachbarschaft wäre im Bodenrat durch ortsansässige Vereine und Initiativen sowie die Bezirksverwaltung vertreten. Für die Stimme der gesamten Stadtgesellschaft würden öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, Mieter*innenvereine und verschiedene Wohlfahrtsverbände sprechen. Zusammen mit einer Interessensvertretung der Mieter*innen im Geltungsbereich des Bodenrats würde ein gesellschaftlicher Zugriff auf die Ressource Boden gewährleistet werden. Herauszustellen ist, dass im Bodenrat »sowohl zivilgesellschaftliche als auch kommunale Akteure[*] vertreten« sind (ebd.). Das Credo »Selbstverwaltet & Kommunal« von *Stadt von Unten* wird so auch in der Idee eines Bodenrates sichtbar. Der Bodenrat als kollektiver Eigentümer würde Grundstücke in Erbpacht vergeben und über die Einhaltung der Zweckbestimmung achten. Eine Privatisierung gegen die Interessen der Nachbar*innenschaft und Mieter*innen könnte durch den Bodenrat ausgeschlossen und bezahlbare, stabile Mieten langfristig gesichert werden (ebd.). Ziel ist es möglichst viele »Checks & Balances«, also Formen der Gewaltenteilung bei der Verwaltung von Boden, zu schaffen, um dadurch »Zweckentfremdung« zu verhindern und eine Aushandlung von Interessen sowie Mitbestimmung zu garantieren (Interview Stadt von Unten 2018). Dieser Vorschlag wurde noch nicht in die Praxis umgesetzt, aber seine Realisierung im Rahmen der laufenden Kooperationsverhandlungen der Initiative *Stadt von Unten* scheint durchaus greifbar.

Bodenrat und *Community Landtrusts* zeigen exemplarisch, wie durch eine kollektive Eigentümerschaft an städtischem Boden, gesellschaftlicher Zugriff auf diese Ressource ermöglicht wird und demokratische Prinzipien dauerhaft verankert werden können. Die Art der demokratischen Selbstverwaltung geht hier weit über die Ebene der Nutzer*innen hinaus und bezieht sowohl Bewohner*innen des umliegenden Quartiers als auch die

gesamte Stadtgesellschaft mit ein. Was im Kleinen zum Beispiel in Hausprojekten und Genossenschaften funktioniert, wird auf ein ganzes Quartier angewendet. So können profitgetriebene bauliche und soziale Veränderungen in einem Quartier durch ein starkes Stimmrecht der Zivilgesellschaft abgewendet werden und die Bewohner*innen aktiv über Raumnutzungen in ihrem Quartier mitbestimmen. Bei ausreichendem politischem Willen der Verantwortlichen, ist das Modell des Bodenrats auch in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen umsetzbar. Es weist im Sinne *Realer Utopien* auf ein gänzlich verändertes gesellschaftliches Verhältnis zu Eigentum hin.

ps wedding – Kooperation und Kombination Realer Utopien

Die Berliner Initiative *ps wedding*²¹ zeigt, wie bezahlbares Wohnen in enger Zusammenarbeit mit Bewohner*innen des umliegenden Brunnenviertels realisiert werden kann. Die Initiative bezeichnet sich als »ein dezidiert lokal verankertes, soziales Vorhaben [...], das aus der Nachbar*innenschaft für die Nachbar*innenschaft entwickelt wird« (*ps wedding* 2018). Viele der bisher vorgestellten Ansätze tauchen hier wieder auf und zeigen, was eine Kombination verschiedener Modelle zur Realisierung bezahlbaren Wohnraums und die Kooperation zwischen selbstverwalteten Projekten und kommunalen Unternehmen leisten kann.

Auf dem Gelände des ehemaligen Diesterweg Gymnasiums möchte *ps wedding* ein soziokulturelles Zentrum und kostengünstigen Wohnraum schaffen. Das Besondere an dem Pilotprojekt ist die enge Zusammenarbeit zwischen der Gruppe und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft *degewo*, mit der das Projekt gemeinsam umgesetzt werden soll. Auch von anderen städtischen Akteuren* und der Lokalpolitik erhält das Projekt die notwendige Unterstützung. Ziel des Konzeptes ist, dass *ps wedding* ca. 150 Wohnungen, »von der Einzimmerwohnung bis hin zu Wohnungen für große Familien, WGs oder betreutes Wohnen« (*ps wedding* 2016: 8) schafft, wovon 70 Prozent Sozialwohnungen werden sollen (*ps wedding* 2018). Um einer vielschichtigen Nutzer*innengruppe gerecht zu werden, liegt das Hauptaugenmerk bei den Wohnungen auf der Bereitstellung einer möglichst großen Bandbreite an verschiedenen Wohnungstypen. Die *degewo* baut auf Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten städtebaulich-architektonischen Konzepts weitere 180 Wohnungen auf dem Gelände. Als zweiter wichtiger Bestandteil des Projekts sollen Räume für soziale und kulturelle Nutzungen, an denen es im umliegende Brunnenviertel mangelt, bereitgestellt werden. Darunter sind Gesundheits- und Bildungseinrichtungen (siehe Kapitel 4.4 Infrastruktur), ein Community-Garten und Räume für

²¹ *ps wedding* ist eine 2012 gegründete Initiative zur Umsetzung eines Pilotprojekts in der ehemaligen Diesterweg Schule im Berliner Brunnenviertel. Nachdem sich das Projekt mehrfach verzögert hat, verhandelt die Initiative seit Sommer 2018 über die Konditionen eines Erbbaurechtsvertrags mit dem Land Berlin. Mehr Informationen: pswedding.de

nachbar*innenschaftliche Aktivitäten geplant (siehe Kapitel 4.3 Freie Räume und urbanes Grün) (ps wedding 2016: 14).

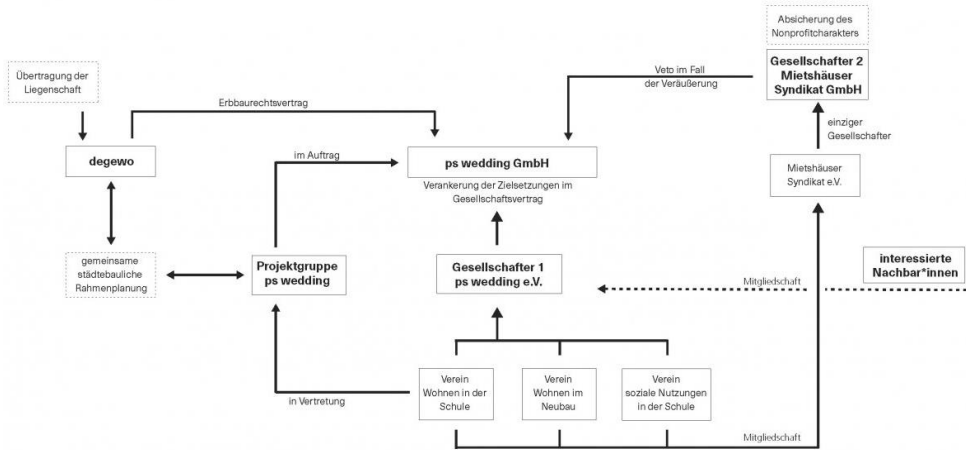


Abb. 3 Organigramm der Initiative ps wedding (2016: 20f.)

Die Organisation des Pilotprojekts vereint verschiedene Elemente bereits beschriebener Ansätze zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Die degewo, die das landeseigene Grundstück der ehemaligen Schule übertragen bekommen hat, verpachtet die von *ps wedding* genutzten Flächen für 99 Jahre in Erbpacht. Im »Erbbaurechtsvertrag wird die soziale und nicht gewinnorientierte Ausrichtung des Vorhabens festgeschrieben und ist somit auch für alle zukünftigen Nutzer*innen bindend« (ebd.: 20). Um die Wohnungen und das sozio-kulturelle Projekt zu errichten und zu verwalten, wird *ps wedding* Teil des *Mietshäuser Syndikats* und übernimmt die bereits beschriebene Syndikatsstruktur (kooperatives Wohnen in diesem Kapitel), was die profitorientierte Verwertung der Räume langfristig ausschließt. Gesellschafter der *ps wedding GmbH* wird der *ps wedding Verein*, der in verschiedene Untereinheiten gegliedert ist, die die Autonomie der einzelnen Nutzungen (soziokulturelles Zentrum, verschiedene Wohngruppen) gewährleisten (ebd.). Eine weitere Besonderheit von *ps wedding* ist die Erweiterung der Projektstruktur um Entscheidungsstrukturen, welche eine verbindliche Beteiligung der Nachbar*innenschaft vorsieht. Inspiriert vom Modell der sogenannten *Community Landtrusts*, sollen »interessierte Nachbar*innen im *ps wedding e.V.* Mitglied werden können sowie Vertreter*innen der Nachbar*innenschaft auch langfristig an der inhaltlichen Ausrichtung und Weiterentwicklung des Projekts stimmberechtigt beteiligt sein« (ebd.: 21). Damit *ps wedding* den Bedürfnissen der Nachbar*innenschaft gerecht werden kann, sollen die umliegenden Bewohner*innen durch Workshops an der laufenden Planung beteiligt werden.

Mit dem Fokus auf eine quartierweite Ausstrahlung ihres Pilotprojekts, illustriert *ps wedding*, welche organisatorischen und inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden

müssen, um sich der Idee eines solidarischen Quartiers zu nähern. Uns erscheint es dabei wichtig, über Konzepte einer ausschließlichen Wohnnutzung hinaus zu gehen und verschiedene Bedürfnisse des Quartiers anzusprechen. Die Bandbreite real-utopischer Ansätze (Erbpacht, *Mietshäuser Syndikat*, Kooperation mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Mitbestimmungsgremien für die Nachbar*innenschaft), die im Konzept von *ps wedding* aufgegriffen werden, macht deutlich, dass eine Kombination verschiedener Modelle die Wirkmächtigkeit des Vorhabens vergrößert. Zudem wird deutlich, welche Chancen die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik bietet. Ohne die Unterstützung von städtischer Seite, wäre das Projekt nicht möglich gewesen.

4.3 (Frei-)Räume und urbanes Grün

Der öffentliche Raum ist ein viel diskutierter und schwer definierbarer Begriff. Die Debatten beziehen sich auf historische Entwicklungen und Fragen der Zugänglichkeit (Habermas 1990), thematisieren Sicherheitsfragen und Kontrollmechanismen (Ronneberger 1998, Wehrheim 2002) und diskutieren vermehrt die Privatisierung und Kommerzialisierung dessen (Siebel 2007). In den raumplanerischen Disziplinen gelten Verkehrswege, Plätze, Parks, Promenaden oder Liegewiesen als öffentliche Räume, die dem Prinzip der demokratischen Legitimation unterstehen, da sie sich im Besitz des Staates befinden und der Allgemeinheit zugänglich sein sollten (Ha 2016: 90). Neben diesen Räumen, steht für diese Arbeit vor allem der sogenannte Freiraum im Fokus. Dabei geht es um »Räume, die frei von Machtverhältnissen sind, Räume, in denen Individuen selbstbestimmt handeln können, ohne dem Diktat der Systemlogik zu folgen« (Wright 2017a: 439). Die folgende Negativanalyse zeigt, wie die kapitalistische Urbanisierung fortwährend dazu neigt, »die Stadt als soziales, politisches und lebenswertes Gemeingut zu zerstören« (Harvey 2013: 148) und wie dabei Freiräume in der Stadt zur Mangelware werden. Dies wirft Fragen auf, wem der öffentliche Raum gehört, wer Zugang zu Freiräumen erhält, welche Nutzungszuweisung ihnen von wem zugeschrieben werden, wer sie (re-)produziert und wer diese Orte verwaltet.

4.3.1 Negativanalyse: Neoliberales Verständnis von Raum und Grün

»Der öffentliche Raum, der uns alle betrifft, verändert sich schleichend von einem Ort der Allgemeinheit zu einem Verwertungsraum« (Brendgens 2005: 1088). Diese Veränderung ist nicht mit einer »Banalität des Wandels« (Selle 2002) zu erklären. Der öffentliche Raum ist ein politisch hoch umkämpfter Ort, dessen Entwicklung auf gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Interessen und Transformationsprozessen basiert. Die »Rückkehr des Kapitals in die Städte« (Smith 1979) wirkt nicht nur auf Wohnimmobilien, sondern lässt sich auch im öffentlichen Raum, das heißt der gebauten

Umwelt, sowie öffentlichen Parks, Plätzen und Grünflächen beobachten. Die gegenwärtige kapitalistische Stadt (Harvey 2012) ist von Privatisierungen auf allen Ebenen betroffen (Heeg & Rosol 2007, Schipper & Belina 2009, Schipper 2013a). Öffentlicher Raum wird aktiv in Wert gesetzt und zu einer weiteren Sphäre von Kapitalakkumulation. In einen reinen Verwertungsraum transformiert, werden Spielräume gesellschaftlichen Handelns, wie zum Beispiel politische Meinungsäußerung in Form von Demonstrationen, eingeschränkt und stattdessen ein konsumfreundliches Klima geschaffen (Brendgens 2005: 1088). Mit dem Ziel, »global agierendes Kapital, Fördermittel, einkommensstarke Haushalte, Konsument*innen und Tourist*innen« anzuziehen (Schipper & Belina 2009: 39) und eine aussichtsreiche Position im globalen Städtewettbewerb dauerhaft abzusichern, wird eine Standortpolitik betrieben, die die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und die »Einbeziehung nicht legitimer« Akteure* (ebd.: 40) mit sich bringt. Dies spiegelt sich zum Beispiel in der wachsenden Anzahl sogenannter *Business Improvement Districts* wieder. Seit einer Novellierung des Baugesetzbuches 2007 ist es in zehn Bundesländern in der BRD gesetzlich möglich, solche Gebiete innerstädtisch auszuweißen. Damit reiht sich das Instrument in eine »unternehmerische Stadtpolitik« (Harvey 1989) ein, »welche Städte und Stadtquartiere auf ökonomische Effizienz ausrichten soll« (Pütz et al. 2013: 84). Das zunehmende Limitieren öffentlicher Räume und die dabei entstehenden exklusiven Räume sind Teil einer Neoliberalisierung des Städtischen (Mayer 2013: 160). Städtischer Raum wird »von allem gesäubert, was seinen Tauschwert mindern oder den exklusiven Kommerz und Konsum [...] stören könnte« (ebd.: 161). Dies führt zu einer starken Ausprägung neuer räumlicher Sicherheitslogiken, Ausschlussmechanismen und -technologien im öffentlichen Raum (Wehrheim 2002), die sich wiederum in ordnungspolitischen Administrationen widerspiegelt und »sich insbesondere gegen die Anwesenheit marginaler Gruppen an zentralen Orten und Plätzen richtet« (Ronneberger 1998). Darüber hinaus sehen sich besonders selbstverwaltete und nicht-kommerzielle Räume verstärkt von Verdrängung bedroht, denn »Elemente, die die Herrichtung des städtischen Raums für Konsum- und touristische Zwecke und als »work-play environments« der Reichen irritieren könnten, werden schonungslos entfernt« (Mayer 2013: 160). Werden sie nicht verdrängt, kommt es nicht selten zu einer Domestizierung bzw. Inwertsetzung dieser Räume, um sie als weiche Faktoren für die Standortpolitik zu nutzen (Holm 2013b: 33f.). Im Zuge einer Festivalisierung städtischer Räume, zum Beispiel durch sportliche und gesellschaftliche Großevents, werden neue Wachstumsmöglichkeiten generiert und weitere Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Wert gesetzt (Mayer 2013: 159).

Dies spiegelt sich auch in den Bemühungen wieder, Städte für die sogenannte *creative Klasse* attraktiv zu machen. Den Theorien von Richard Florida (2002) folgend, herrscht in vielen städtischen Verwaltungen die Meinung vor, dass eine globale *creative Klasse* entscheidend für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Städte sei. Kommunal-

politiker*innen betreiben aktive Standortpolitik, indem einer ausgewählten Kreativszene Räume zur Verfügung gestellt werden, denn »Milieu und Kulturangebot werden [...] für wirtschaftliches Wachstum entscheidend« (Dückers & Landgraf 2010: 98). Dafür nutzen sie »Floridas Buch mittlerweile wie eine Art Gebrauchsanweisung dafür, wie man ein attraktives Unternehmensumfeld schafft« (ebd.: 99). In Frankfurt am Main zum Beispiel wurde im Rahmen des Kreativwirtschaftsberichts eine Definition von Kreativwirtschaft erarbeitet, die ein sehr homogenes Bild dieser vielschichtigen Szene artikuliert (Dzudzek 2016: 173). Durch die klare Klassifikation und Definition wird versucht, »Redundanzen, Missverständnisse und Reibungspunkte« auszuräumen und anderen kreativpolitischen Elementen ihre Legitimierung abzusprechen, sodass nur die eine Kreativwirtschaft als ein Segment der Wirtschaftsförderung in Regierungsprogramme integriert werden kann (ebd.: 175 f.). Diese Maßnahmen der Normierung sind Teil der Konstruktion eines neuen Marktes: den der Kreativwirtschaft. Künstler*innen, Angebote und alternative Zentren, die nicht unter diese Definition fallen, sind dadurch von vielen Förderungen ausgeschlossen und müssen stadtpolitisch verstärkt um ihre Anliegen kämpfen. Das betrifft nicht zuletzt vor allem Räume, die Kreativität in einem stark politischen Sinne verstehen und unkommerzielle, subkulturelle Freiräume schaffen. Unter welchem Druck selbstverwaltete Zentren stehen, haben politische Auseinandersetzungen und bundesweite Demonstration in den letzten Jahren gezeigt (unter anderem Debatten in Folge des G20-Gipfels in Hamburg 2017; Demonstration im Oktober 2017 in Frankfurt am Main unter dem Motto »Finger weg von unseren Strukturen! Unsere Solidarität gegen ihre Repression«). Auch in Bezug auf Räume für jugendpolitische Arbeit weisen Organisationen auf die Bedeutung von Freiräumen für die Selbstentwicklung junger Menschen hin, die zwar anerkannt wird, den Jugendlichen trotzdem wenig Raum für die persönliche Entwicklung zur Verfügung gestellt wird (BDP 2017). Dies zeigt sich auch an den eingeschränkten Möglichkeiten für in Großstädten lebenden Kindern, spontan und unbeaufsichtigt mit Gleichaltrigen im direkten Wohnumfeld zu spielen (Blinkert 2003).

Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine grundsätzliche Orientierung am reinen Tauschwert urbaner Räume, der den Gebrauchswert in den Hintergrund stellt (Holm 2013b: 44). Dies spiegelt sich auch in der zunehmenden Verdrängung von Kleingewerbetreibenden und Handwerker*innen aus dem innerstädtischen Räumen wider (Vollmer 2015: 52). Ähnlich wie auf dem Wohnungsmarkt, sind auch die Bedingungen für kleine Gewerbetreibende, die Flächen anmieten müssen, so schlecht, dass viele »alt-ingesessene Betriebe ohne Nachfolger schließen« müssen (Miethäuser Syndikat 2011). Dies basiert auch auf den Lücken im Gewerbemietrecht. Zum Beispiel ist die Miete frei verhandelbar und allgemeine Mietschutzregeln und Regelungen des Milieuschutzes gelten nicht. Werden Räumlichkeiten als Gewerberaum eingeordnet, besteht weder der Kündigungs- und Bestandsschutz (§§ 573f. BauGB), noch Vorschriften zur Regelung der Miethöhe. Auch »§ 574 Widerspruch des Mieters gegen die Kündigung«

gilt im Gewerbebereich nicht (taz 2018). Diese gesetzliche Schieflage hat eine schrittweise Veränderung der Gewerbestruktur zur Folge, die wiederum Teil einer »indirekten Verdrängung, die eine sozialräumliche Homogenisierung der Nachbarschaft« befördert und sich in innerstädtische Gentrifizierungsprozesse einreihet, ist (Schipper & Latocha 2018: 54). Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die viele Arbeitskräfte in die Selbstständigkeit führt, verstärken diese Entwicklung (Mietshäuser Syndikat 2011).

Die systematische ökonomische Verwertung des urbanen Raums (Schmid 2011: 43) wirkt sich auch auf innerstädtische Grünflächen aus. Der Gebrauchswert von Grünräume und Natur in der Stadt ist für die Stadtbewohner*innen von enormer Bedeutung sowie für Klima- und Umweltaspekte besonders wichtig. Die sozialräumliche Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen Einkommensstruktur, Belastungsgrad und Quantität an Grün- und Erholungsflächen (UBA 2015). Die Gewährleistung eines gerechten Zugangs ist wesentliches Ziel von Umweltgerechtigkeit, deren Umsetzung jedoch nur punktuell in Kommunen in die (Planungs-)Praxis mitaufgenommen wird. Gerade im räumlichen Kontext des Quartiers wird Nachhaltigkeit als eine Marke nach dem Motto »Going Green to be seen« instrumentalisiert« und Stadträume in einer Art Öko-Gentrifizierung aufgewertet (Schubert 2012: 81). Nicht thematisiert wird dabei, dass die imperiale Lebensweise, basierend auf der Externalisierung sozio-ökologischer Folgen, in den kapitalistischen Zentren »wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht« wird (Brand & Wissen 2017: 43). Der scheinbar unbegrenzte Zugriff auf Ressourcen, Raum und Arbeitsvermögen wird »zum Medium der Bearbeitung von Akkumulationsproblemen« (Brand & Wissen 2011: 83f.). Wahrgenommen als ein primäres Umweltproblem, wird die ökologische Krise mit marktförmigen Mustern der Krisenbearbeitung zu lösen versucht und dabei »ihre konstitutive Verbindung mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie ihre sozial und global ungleichen Auswirkungen« unsichtbar gemacht (ebd.: 89). Dabei liegt das Problem in der Definition der Krise als eine ökologische, die auf der Annahme des Dualismus zwischen Natur und Gesellschaft basiert (Görg 2003). Damit einher geht auch der Fehlschluss, die ökologische Krise unabhängig von der kapitalistischen lösen zu können (Backhouse 2018: 60). Und indem die Natur als eine »essentialistische, statische Wesenheit der Gesellschaft gegenübergestellt wird«, wird verkannt, dass »ökologische Krisenerscheinungen [...] vor allem ein gesellschaftliches Problem sind« (ebd.: 64). Die Bewältigung der Krisen basiert jedoch primär auf technischen Lösungen und wird zudem als eine Strategie zur Schaffung neuer Akkumulationsfelder genutzt (Backhouse et al. 2013, Backhouse 2018, Fairhead et al. 2012). Bestrebungen, *Grüne Hauptstadt* zu werden, dienen oftmals eher kommunalen Marketingzwecken und weniger einer grundlegenden Debatte um ökologische Fragen. Darunter leiden auch alternative Projekte wie Gemeinschaftsgärten, die häufig in neoliberale Stadtentwicklungspläne integriert werden (Exner et al. 2017). Seit der Abschlusscharta der Rio-Konferenz für Umwelt und

Entwicklung, der Agenda 21, geht es bei Nachhaltigkeitsfragen auch immer um Städte und Quartiere (Drilling & Schnur 2012b: 12). Quartieren wird in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zugeschrieben, da Nachhaltigkeitsstrategien nicht als ›Top-Down‹-Strategien verordnet werden können. Stattdessen »muss die Bevölkerung als Träger der Entwicklung bereits auf Quartiersebene in die Aushandlungs- und Lernprozesse einbezogen werden« (ebd.: 14f.). Bisher geschieht dies jedoch vor allem im Sinne des Neoliberalismus, der Individuen für den Kampf gegen den Klimawandel in die Verantwortung zu nehmen versucht (The Guardian (2017)). Vor allem auch, da Nachhaltigkeit als politisches Programm einem »nach Gramsci ›populären Programm‹ gleichkommt« (Schubert 2012: 76), das für die Reproduktion hegemonialer Verhältnisse notwendig ist (Brand 2008: 177). Die Grenzen und Ambivalenzen des Quartiers als ein nicht hinreichendes Handlungsfeld werden dabei bewusst ignoriert (Schubert 2012: 82). Nichtsdestotrotz können Quartiere als Interventionsebene, »mehr aber vielleicht noch als Nukleus nachhaltiger Stadtentwicklungsprozesse verstanden werden« (Drilling & Schnur 2012b: 17), da dem Lokalen als lebensweltlich konkreter Raum »eine zentrale Potenzialfunktion emanzipatorischer Strategien« zuzuschreiben ist (Schubert 2012: 82) (zu den Grenzen der *scale* Quartier siehe Kapitel 2.2 Quartier). Im *Unternehmen Stadt* führen die aufgezeigten Sichtweisen zu einer »mehrfachen Neuorientierung lokaler Stadtpolitik« (Heeg & Rosol 2007: 493), die den Raum für selbstverwaltete, alternative und nicht profitorientierte Räume und Angebote immer kleiner werden lässt.

4.3.2 Positivanalyse: Freie Räume und urbanes Grün als Commons

Die Materialisierung des neoliberalen Verständnisses von urbanen Frei- und Grünräumen führt zu unterschiedlichen Protestformen, die ihren Ausdruck in urbanen Werkstätten, einer wachsenden Anzahl von Gemeinschaftsgärten, dem Kampf um autonome Zentren und der Auseinandersetzung mit einem grundsätzlich anderen Verständnis von Eigentumsverhältnissen und Nutzungsstrukturen, findet. Die praktische Erfahrung und politische Erkenntnis, »dass Gemeingüter zum gesellschaftlichen Nutzen produziert, geschützt und verwendet werden können« wird für Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen zu einem wichtigen Bezugsrahmen »für den Widerstand gegen die kapitalistische Herrschaft und für das neue Durchdenken einer Politik eines antikapitalistischen Wandels« (Harvey 2013: 160). Gemeingütern, im deutschsprachigen akademischen Diskurs mittlerweile als *Commons* bezeichnet, kommt bei der Bildung antikapitalistischer Gegenkräfte in der Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Gleichzeitig sind sie ein politisches Handlungsfeld, das unterschiedlich genutzt werden kann – dies wird die folgende Positivanalyse zeigen. Dabei sind *Commons* nicht gleichzusetzen mit dem öffentlichen Raum oder öffentlichen Gütern, die allein von staatlicher Seite bereitgestellt und kontrolliert werden. Stattdessen werden *Commons* in kollektiven Prozessen erschaffen und bringen neue Arten progressiver Organisation hervor (ebd.: 136f.). Das Gemeinschaffen,

die selbstverwaltete Strukturen, die diese verfestigen und die »Suche nach der Alternative eines selbstbestimmten Lebens jenseits von Markt und Staat« (Gruber & Ngo 2018: 4), tragen zur Herausbildung von *Commons* bei. Genau diese Praktiken werden in den auf die Positivanalyse folgenden Beispielen aufgezeigt. Dabei werden politische Parks und Spielplätze, Gemeinschaftsgärten, offene Werkstätten, ein offenes Haus für Kultur und Bildung sowie die Frage der Kiezorganisation als Exemplare *Realer Utopien* herangezogen.

Freie Räume und urbanes Grün als Commons

Das wachsende Interesse an *Commons* wird als eine Antwort auf Neoliberalisierungsprozesse, die mit Liberalisierung, Privatisierung und dem Abbau des Wohlfahrtsstaates einhergehen, interpretiert (Rosol 2017: 21). Vorangetrieben auch durch die Auszeichnung Elinor Ostroms mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2009 nimmt die gesellschaftliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit *Commons* stetig zu (Helfrich 2012, Metzger 2015: 22, Baier et al. 2016c, Angelis 2017: 143). An dieser Stelle bietet sich die Perspektive der *Commons* an, da unter dem Begriff nicht nur Eigentumsfragen diskutiert werden können, sondern auch die Zugänglichkeit von Räumen, Fragen der Nutzung, sowie deren interne Organisation thematisiert werden. Außerdem spielen auch sozio-ökologische Fragen innerhalb der Debatten eine wichtige Rolle. Da jedoch der Bezug auf *Commons* nicht unbedingt bedeutet, eine kapitalismus- und herrschaftskritische Perspektive, die für diese Arbeit aber fundamental ist, einzunehmen (Kiczka 2014: 119), ist eine kritische Annäherung an den Ansatz wichtig.

Ostrom diskutiert unter *Commons* primär Allmenden, das heißt Ressourcen wie Fische, Bäume oder Grundwasserbecken. Der Ressourcenbegriff, den sie verwendet, basiert auf der Annahme, Ressourcen seien unproblematisch, objektiv und natürlich gegeben (Kornberger & Borch 2015: 8). Von dieser Definition möchten wir uns abgrenzen. Wir beziehen uns stattdessen auf einen Begriff der *Commons*, bei dem es sich um vielfältige Ressourcen und Räume handelt: Nahrungsmittel, Werkstätten, Gemeinschaftsgärten oder sogenannte KostNixLäden (Kiczka 2014: 117), das heißt, Ressourcen, die weder natürlich gegeben, noch frei von politischen Kämpfen sind. Eine Wiese kann als eine Allmende gesehen werden; was sie jedoch zu einem *Commons* macht, ist erst eine spezifische Nutzung und Aneignung sowie damit verbundene politische Auseinandersetzungen (Kornberger & Borch 2015: 8). *Commons* eröffnen uns einen »Möglichkeitsraum im Kampf gegen das Kapital« (Habermann 2016: 23) und bieten einen alternativen Blick auf Strukturen, jenseits von Eigen-, Kapital- und Profitinteressen. Dies manifestiert sich oftmals in konkreten Handlungen, zum Beispiel dem »Machen, Reparieren, Umbauen [und, MH & SSP] Wiederverwerten (Baier et al. 2016b: 23). Theoretisch bedeutet das, Gemeingüter als etwas zu verstehen, die fortlaufend von kollektiver Arbeitskraft produziert werden, Teil eines politischen Aushandlungsprozesses

sind und »vollständig in den antikapitalistischen Kampf« integriert sein müssen (Harvey 2013: 144f.). Es werden »auf Dauer angelegte soziale und politische Prozesse« beschrieben, die »nicht über Nacht entstehen« können (Stalder 2014: 20), sondern über einen längeren Zeitraum produziert werden. Urbane Gemeingüter sind nicht etwas, das es »früher gegeben hat und nun verschwunden ist«, sondern als »instabile und formbare soziale Beziehungen zwischen einer bestimmten selbstdefinierten gesellschaftlichen Gruppe und den Aspekten ihrer existierenden oder noch zu erschaffenden sozialen und/oder physischen Umgebung« zu verstehen (Harvey 2013: 137f.). Sie sind Produkt von Urbanisierungsprozessen, und generell gilt: Je hochwertiger sie sind, desto gefährdeter sind sie, durch neoliberale Vereinnahmung und Kommodifizierung zu verschwinden. »Urbanisierung ist die ständige Produktion urbaner Gemeingüter (oder damit verwandter Güter wie öffentliche Plätze und öffentliche Güter) sowie deren ständige Aneignung und Zerstörung durch private Interessen« (ebd.: 149). Damit öffentliche Güter zu urbanen Gemeingütern werden, müssen Menschen politisch aktiv werden und sich die Güter aneignen (ebd. 137). Im Unterschied zu klassischen öffentlichen Räumen und Gütern, die von staatlicher Seite bereitgestellt werden, werden *Commons* genutzt und verwaltet, ohne dass sie jemandem gehören können (Cauter 2013). Damit durchbricht der Begriff der *Commons* die Dichotomie zwischen privat und öffentlich: »the common is what is neither public (state owned) nor private« (ebd.). Dies eröffnet die Möglichkeit, einen neuen Diskurs zu formulieren und die »Kategorien der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung« zu überwinden (Helfrich & Bollier 2012: 18f.). Das Schaffen von *Commons*, das sogenannte *Commoning*, ist deshalb kein dritter Weg, der auf der »Gegenüberstellung von Staat- und/oder Privateigentum« basiert, sondern muss als »ein Hebel zur Aneignung der eigenen Lebens- und Reproduktionsbedingungen verstanden werden«, und stellt damit einen grundlegenden Gegenentwurf zu unternehmerischen Stadtpolitiken dar (Kiczka 2014: 120). Erst durch die Praktiken des *Commonings* werden *common spaces* geschaffen und nicht durch Nutzungszuschreibungen und Regeln der dort herrschenden Autorität (Stavrides 2016: 2). *Commoning* bezeichnet die Erhaltung und Nutzung der Allmenden durch Kollektive und deren Beziehung zur Umwelt. Übersetzt als »gemeinschaffen« wird mit *Commoning* »ein Prozess der Aushandlung von Unterschieden und Konflikten zwischen Individuum, Gemeinschaft und Gesellschaft« beschrieben, ein »Prozess der räumlichen Organisation der Beziehungen zwischen Produktion und Reproduktion, Eigentum und Zugang zu Ressourcen. Ein Prozess, in dem Solidaritätsnetzwerke geknüpft und die individuellen und kollektiven Rechte neu definiert werden« (ARCH+ 2018). Dabei werden herkömmliche soziale und politische Strukturen infrage gestellt und »nach neuen Formen einer kollektiven und dennoch pluralistischen Governance« gesucht (ebd.). Das Verständnis von *Commons* – »there is no commons without commoning« (Linebaugh 2008) – unterstreicht den emanzipatorischen Aspekt des Konzepts. Denn statt um natürliche Gegebenheiten, wie Luft oder Klima, handelt es sich um die Grundlage eines anderen Gesellschaftsmodells (Habermann 2015: 48). Die Übersetzung in Gemeingut ist deshalb

nicht ganz korrekt; *Commons* können »nicht ohne Gemeinschaft sowie demokratisch ausgehandelte Regeln existieren« (Rosol 2017: 21). Sie basieren einerseits auf dem Gebrauchswert, den sie für eine Mehrheit darstellen, andererseits benötigen sie genau diese kritische Maße, die die Kontrolle und den Besitz an *Commons* beansprucht, bewahrt und immer wieder einfordert (Angelis 2017: 30). Das Potential an diesem Verständnis von *Commons* liegt darin, dass sie dabei weder formalisiert werden, noch kommerziell gehandelt werden können. Stattdessen werden sie gemeinschaftlich und nicht kapitalistisch geregelt (Pelger et al. 2016, Harvey 2013, Cauter 2013). Sie entziehen sich sowohl staatlicher Vereinnahmung als auch wirtschaftlicher Verwertung (Cauter 2013). Der Staat wird zwar, wie auch in Bezug auf soziale Infrastruktur (siehe Kapitel 4.4), in die Pflicht genommen, »mehr und mehr öffentliche Güter für öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen«, aber nur da dies die Möglichkeit gibt, *Commons* zu schaffen (Harvey 2013: 161). Bevölkerungsgruppen müssen sich dann »selbst organisieren, um diese Güter auf eine Art und Weise in Besitz zu nehmen, zu nutzen und zu ergänzen, die die Qualität der nicht kommodifizierten und ökologischen Gemeingüter sowie die Gemeingüter der sozialen Reproduktion erweitert und verbessert« (ebd.). Entscheidend dabei ist, dass *Commons* die »Produktion und Reproduktion in einem gemeinsamen Kümern um eine spezifische Ressource« zusammendenken (Kiczka 2014: 122). Dabei soll ein neues spezifisches soziales System entstehen, welches die kapitalistische Produktion ersetzt (Angelis 2017: 32). Die Entstehung solcher *Commons* basiert auf Freiräumen, das heißt auf »verschiedene Arten von Prozessen [...], die sich in den Zwischenräumen und Rissen innerhalb einer herrschenden Machtstruktur abspielen« und in denen Individuen noch »auf relativ selbstbestimmte Weise handeln können« (Wright 2017a: 437). Dafür muss der »Staat [...] zunächst die Vielfalt kollektiver Eigentumsformen anerkennen und es den Menschen tatsächlich ermöglichen, dass sie Mitbesitzer und -verwalter der Gemeinressourcen sind« (Helfrich & Bollier 2012: 22). Um diese Organisationsprozesse zu ermöglichen und neue Regeln und Vereinbarungen ausprobieren zu können (ebd.), »braucht es [...] neue Orte des Zusammenkommens und des Austauschs« (Kiczka 2014: 128). Mit einem notwendigen »kritischen Bezug auf den Staat [...], der nicht mehr als Garant für demokratische Mitbestimmung und sozialen Ausgleich gesehen wird«, werden in der *Commons*-Debatte neue Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation gesucht (ebd.: 125). Die Beispiele der *Realen Utopien* zeigen genau den Zusammendenken staatlicher und selbstverwalteter Strukturen. Sie laufen einen schmalen Grat zwischen Selbstverwaltung und neoliberalen Governance-Strukturen, den es im Zusammenhang mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen zu reflektieren gilt:

»Eine Kritik an patriarchalen Strukturen und ein Wissen um die enge Verknüpfung von Kapitalismus und Patriarchat ist in diesem Kontext unabdingbar. [...] Einen Schutz davor, Herrschaftsstrukturen zu reproduzieren, bieten Commons per se nicht. Jedoch kann die andere Struktur und Logik von Commons hilfreich

und sogar Bedingung dafür sein, sich anders aufeinander zu beziehen.« (Kiczka 2014: 125)

Die Möglichkeit, die uns die *Commons*-Debatte bietet, Eigentumsfrage, Strukturen und Organisationsformen zu diskutieren, macht den Ansatz, trotz aller kritischen Vereinnahmung, für diese Arbeit hilfreich. Vor allem auch da dem konkreten Lebensort und der Nachbar*innenschaft bei diesen Diskussionen eine entscheidende Rolle zugeschrieben wird (ebd.), bietet sich der Ansatz für die Entwicklung des Kompasses für ein solidarisches Quartier an. Das Quartier kann zu einem Ort werden, »an dem [die Gemeingüter, MH & SSP] für die Gemeinschaft zugänglich sind oder zugänglich gemacht werden« (Pelger et al. 2016: 2). Wichtig ist dabei die Frage, wem diese Räume gehören, wer sie verwaltet und über ihre Nutzung entscheidet. Denn das Grundproblem sind individuelle Eigentumsrechte und die Macht, die durch diese verliehen wird (Harvey 2013: 146).

Realutopische Modelle – Wem gehören welche Räume?

Nach unserem Verständnis, geht es bei der Frage des öffentlichen Raums um mehr als die Bereitstellung öffentlicher Flächen, sondern vor allem um die Frage, wer plant diese Orte für wen, wer kontrolliert und verwaltet sie und wo gibt es Räume, die nicht-kommerziell genutzt werden und in denen an anderen Gesellschaftsbildern gearbeitet werden kann? Diese Unterfragen zielen darauf ab, die übergeordnete Frage – welche Strukturen benötigt werden, damit sich ein solidarisches Quartier entwickeln kann – zu beantworten. Dafür werden realutopische Modelle herangezogen, die sowohl für eine sozio-ökologische Transformation kämpfen, als auch Besitz- und Verwaltungsstrukturen verändern wollen. Der *Commons*-Begriff ermöglicht es, den Dualismus zwischen Gesellschaft und Natur aufzuheben. Denn es geht nicht um einen ökologischen Modernisierungsgedanken oder um Umwelt- und Naturschutz der auf Inwertsetzungsgedanken basiert, sondern um eine »emanzipatorische Politisierung der ökologischen Krise« (Brand & Wissen 2011: 92). Der *Prinzessinnengarten* in Berlin, *Park Fiction* in Hamburg, eine Fabrication Laboratory auf St. Pauli und die Initiative *Offenes Haus der Kulturen* in Frankfurt am Main dienen dabei als Modelle realutopischen Handelns. Sie gelten als Beispiele, in denen emanzipatorische Alternativen gelebt werden und damit den gegenwärtigen Paradigmen der Stadtentwicklung etwas entgegensetzen.

Urbanes Grün – politische Parks, Spielplätze und Gemeinschaftsgärten

Die Bedeutung von Grünflächen in der Stadt für Gesundheit, soziales Miteinander, als Erholungsraum und für das Klima wurde bereits mehrfach nachgewiesen (UBA 2016, Brei & Hornberg 2009). Dass es in einem Quartier entsprechende Flächen geben muss, muss an dieser Stelle entsprechend nicht aufgearbeitet werden. Es stellt sich jedoch die Frage, wer diese Parks und Wiesen plant, wie die Flächen genutzt werden und wer über

die Nutzung entscheidet. Vor allem urbane Gemeinschaftsgärten sind vermehrt von Verdrängung betroffen, da sie häufig auf Brachflächen entstanden, auf denen jetzt meistens hochpreisiger Wohnraum entsteht. Dabei können diese Gärten einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität in der Stadt leisten, als Lernort genutzt werden und bieten der Nachbar*innenschaft einen Ort des Zusammenkommens und des Austauschs. Ein Gemeinschaftsgarten und ein durch eine kollektive Wunschproduktion entstandener Park, stehen im Folgenden im Fokus und dienen als Beispiele, wie soziale und ökologische Themen zusammengedacht werden können und wie sich andere Eigentumsverhältnisse auf die Nutzung von Flächen auswirken.

Politische Frei- und Grünflächen – Park Fiction und Abenteuerspielplätze

Entstanden aus einem etwa zehn-jährigen kollektiven Planungsprozess steht *Park Fiction*²² im Stadtteil St. Pauli in Hamburg seit 2005 »für die andauernde Geschichte der praktischen Stadtkritik, für die Rückeroberung des Stadtraums durch seine BewohnerInnen, für die Einforderung des subjektiven Begehrens und für seine Verwirklichung im öffentlichen Raum« (Wieczorek 2006). Heute gehört der Park »zu den beliebtesten Orten der Stadt, wird weiter für informelle Interventionen und als politische Plattform genutzt« und »wenn ihr nach einem Ort sucht, wo ihr etwas ungeplantes erleben möchtet oder tun wollt, dann seid ihr hier ganz richtig« (Park Fiction 2013). *Park Fiction*, »als konkret vorhandene[r] Park und als modellhafte Anordnung eines politischen Organisationsprozesses aus der Zusammenarbeit verschiedener Bereiche«, ist mehr als eine klassische städtische Grünanlage (Wieczorek 2005: 152). »Mit seinen Grundsätzen der Konsumfreiheit und der Nichtausschließung« und dem politischen Ziel der »Aneignung und Gestaltung der Stadt durch ihre BewohnerInnen« (ebd.: 147f.), hat sich der Park zu einer stark genutzten Grünfläche und vor allem zu »einer politischen Plattform und als Ort für ungewöhnliche Protestaktionen entwickelt« (Park Fiction 2013). Die Stellungnahmen im Rahmen der G20-Proteste im Juli 2017, Forderungen zur Freilassung Deniz Yücel, oder die Unterstützung von »Recht auf Stadt Hamburg Erklärungen« über soziale Medien zeigen den politischen Anspruch, den das Projekt nicht nur im Planungsprozess, sondern auch nach der Fertigstellung verfolgt. Der selbstverwaltete Park ist »Kunst im öffentlichen Raum als praktische Kritik an Stadtplanung als Ausdruck und Mittel staatlicher Macht und wirtschaftlicher Interessen aus einer BenutzerInnenperspektive heraus« (Park Fiction 1995). Genau dieses Verständnis macht den Park zu einem *urbanen Common*, denn es geht nicht nur um die Grünfläche, die allen zugänglich ist, sondern auch um die dort herrschende Praxis und das grundlegende Verständnis, den

²² Park Fiction ist seit 1994 aus Forderungen von Anwohner*innen entstanden, die anstelle eines Wohn- und Bürogebäudes für einen öffentlichen Park auf St. Pauli kämpften. Als künstlerisches und gesellschaftliches Projekt entstand ab Mitte der 1990er Jahre in einem kollektiven Planungsprozess ein politischer Ort, der Wünsche und Utopien der Bewohner*innen widerspiegelt. Aus den Erfahrungen mit der kollektiven Wunschproduktion entstand die Planbude (siehe Kapitel 4.1 Planung). Mehr Informationen: park-fiction.net

Park als politischen Raum zu definieren. Auch die seit Beginn dort aktive Gruppe von Anwohner*innen macht den Park zu einem Common (Muhl 2006). Die Pflege der Rasenfläche wird über ein nahegelegenes genossenschaftliches Wohnprojekt organisiert und ein ansässiger Verein organisiert die Vergabe der Mieter*innenbeete – diese Organisationsstruktur unterstreicht die Einordnung des Parks als urbanen *Commons* (ebd.). Niels Boeing, Stadtaktivist, Bewohner St. Paulis und Nutzer des Parks, verweist auf den Park als eine »Antithese zur Inwertsetzung maritimer Stadträume«:

»[...] wenn auf St. Pauli unruhige Zeiten aufziehen oder überhaupt politische Fragen brodeln, verabredet man sich selbstverständlich im Park Fiction. Häufig starten dann spontane Demos [...]. Dazu ist der Park immer wieder Ort öffentlicher «teach-ins«, wie ich es nennen würde [...]. Ich kenne keinen Park in Hamburg, der eine ähnliche Funktion erfüllen würde.« (Boeing 2018)

Des Weiteren betont er die soziale Mischung der Nutzer*innen sowie deren verändertes Verhältnis zum Park, den sie mit einem »gewissen Selbstbewusstsein« als »ihren Park« nutzen (ebd.). Aktuell besteht der Park aus mehreren Inseln, die sich die Bewohner*innen im Planungsprozess wünschten, einer Gartenbibliothek, Mieter*innengärten und einem Container, in dem die Entstehungsgeschichte dargestellt wird. Dabei wird das modellhafte an dem Projekt aufgearbeitet, um »mit der Erfahrung von *Park Fiction* im Rücken, weiter zu schauen nach dem globalisierten urbanistischen Horizont, der das Projekt über Hamburg hinaus interessant macht« (Park Fiction 2006). Die erfolgreiche Umsetzung des kollektiven Planungsprozesses und das dabei gewonnene Erfahrungswissen bilden die Basis für weitere Projekte in St. Pauli, denn »mit dem Verweis auf den Erfolg von *Park Fiction*« wurde die Gruppe »als Verhandlungspartner*in von Seiten des Bezirks wahrgenommen« und akzeptiert (Tribble et al. 2017: 270). Die Mischung aus Kunst, Politik und Sozialarbeit, kreativer Aktionsformen, in Kombination mit der langen Geschichte des Protests in St. Pauli sind einige der Erfolgsfaktoren des Projekts (Stövesand 2005). Der Park steht von Beginn an für einen emanzipatorischen Ort, an dem die Bewohner*innen an eigenen Ideen arbeiten und der heute auch für außerschulische Bildungsaktionen genutzt wird (Interview Boeing 2018). Der kollektive Entstehungsprozess, die politische Nutzung, und der Versuch, an der Übertragung des Projekts zu arbeiten, lassen *Park Fiction* als eine *Reale Utopie* definieren.

Ein weiterer wichtiger Ort für das außerschulische Lernen sind Abenteuerspielplätze: Als ein Raum, der als »Rückzugs-, Erfahrungs-, Entfaltungs-, Aneignungs- und Bildungsgelegenheiten für Kinder und Jugendliche« dienen kann (Deinet 2008: 468), können sie einen wichtigen Beitrag für die persönliche Entwicklung von Kindern spielen. Abenteuerspielplätze basieren auf einem entwicklungsförderlichen Konzept, sie integrieren die Idee des »Abenteurers« aktiv (Deimel 2010) und fördern das »Vertrauen in sich selbst und andere durch Gruppenerlebnisse, Selbst- und Grenzerfahrungen« (Dei-

mel 2013: 750). Des Weiteren tragen sie »entscheidend zum Aggressionsabbau bei, einem Erfordernis, dem in einer offensichtlich gewaltbereiten Lebenswelt ausreichend Platz eingeräumt werden muss« und bieten Raum für eine »kindgemäße Auseinandersetzung mit ökologischen Inhalten« (ebd.). Ihr emanzipatorischer Ansatz, das Bereitstellen eines Freiraumes zur Selbstbestimmung und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindern (Abenteuerspielplatz Riederwald e.V.), machen Abenteuerspielplätze zu einem wichtigen Ort, der in einer kindergerechten Stadtplanung berücksichtigt werden sollte. Sie stellen einen Freiraum dar, der an ihre Bedürfnisse anknüpft und sich an ihrer Lebenswelt orientiert (Thiersch 2017: 45). Dementsprechend können Abenteuerspielplätze als Voraussetzungen für die Ausweitung bestehender *Realer Utopien* gesehen werden, da sie als »hervorragendes Übungsfeld der Emanzipation« fungieren (Deimel 2013: 750) und ein Ort sind, an dem Kinder und Jugendliche die Praxis des *Commonings*, des Gemeinschaftens, ausprobieren und lernen können.

Prinzessinnengarten und das Urban Gardening Manifest

In und über Gemeinschaftsgärten werden vermehrt soziale, ökologische, ökonomische und politische Fragen diskutiert und transportiert. Gleichzeitig können sie als »Resource genutzt werden, mit der die Privatisierung von ehemals staatlich-kommunalen Verantwortungsbereichen abgefedert werden soll« (Rosol 2017: 12). Unter diesem Zwiespalt werden urbane Gärten in der Wissenschaft seit einigen Jahren intensiv diskutiert (Rosol 2006, Müller 2011a, Exner et al. 2017). Eine eindeutige Definition, ob Gemeinschaftsgärten geschlossen oder offen, kommerziell oder nicht-kommerziell, oder ob sie selbstorganisiert oder hierarchisch strukturiert sind, gibt es nicht (Halder 2017: 116). Vor allem in Zeiten multipler Krisen, das heißt im Kontext ökonomischer, ökologischer, sozialer, politischer und kultureller Krisenzustände (Brand 2009), können urbane Gärten »Orte der Hoffnung und Innovation für die (kommenden) globalen Herausforderungen« werden (Halder 2017: 122). Sie können als Transmitter, Medium und Plattform für Themen wie Stadtökologie, Nachbarschaftsgestaltung, lokaler Wissenstransfer oder auch interkulturelle Verständigung fungieren (Müller 2011b: 32). Mit dem Motto »eine andere Welt ist pflanzbar« (Bennholdt-Thomsen 2011: 259) reihen sich viele Gemeinschaftsgärten in die *Commons*-Bewegung ein: Ihr Handeln ist stark politisch motiviert, »die kooperative Erstellung eines gemeinsamen Raumes« wird angestrebt und sie üben sich in der Praxis des *Commonings* (Wuppertal Institut 2012: 36).

An dieser Stelle steht ein Garten im Fokus, der sich als eine solche Plattform sieht, explizit das Ziel einer Dekommodifizierung des öffentlichen Raums verfolgt und den Ort als ein Gemeingut erhalten möchte: der *Prinzessinnengarten*²³ in Berlin. Der urbane

²³ Seit 2009 ist auf dem Moritzplatz in Berlin der Gemeinschaftsgarten Prinzessinnengarten, bzw. die Prinzessinnengärten. Vorerst wurde die Nutzung auf ein Jahr begrenzt, daraufhin begannen Debatten um die Privatisierung der Fläche. 2012 konnten 30.000 Unterstützer*innen dies verhindern. Aktuell haben sich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und die Bezirksverordnetenversammlung für eine langfristige gemeinwohlorientierte Nutzung ausgesprochen. Der Garten wird als Bildungsraum zum

Nutzgarten ist ein Ort des Lernens und ein lebendiger Treffpunkt, an dem Gärtnern mit gesellschaftlichen Fragen verbunden wird (Clausen & Müller-Frank 2012). Entstanden auf einer Brachfläche soll das Projekt zeigen, welches Potential in verlassenen und ungenutzten Orten steckt, »wenn man sie allen zugänglich macht und für gemeinschaftliches Engagement öffnet« (Calderon Lüning et al. 2018: 88). Neben klassischer, ökologischer Gemüseproduktion, werden Workshops sowie Projekte mit Kindergärten, Schulen und Universitäten angeboten, um Themen wie Biodiversität, Ernährungssicherheit oder Kompostierung zu diskutieren und praktisch zu erfahren, wie Lebensmittel hergestellt werden (ebd.). Unter anderem werden diese Projekte durch die Nachbar*innen-schaftsakademie organisiert, die seit 2015 auf dem Gelände des *Prinzessinnengartens* arbeitet. Als »eine offene Plattform des Austauschs und des offenen Lernens«, soll die Gartenlaube durch soziale Praxis zu einem selbstorganisiertem Kultur-, Nachbarschafts- und Bildungsort werden, der als »Gemeingut auch allen anderen interessierten Initiativen für Prozesse kollektiven Lernens offen steht« (Nachbarschaftsakademie). Die Laube dient als Ort, die gemeinsame Nutzung von Räumen und das gemeinsame Sorgetragen von Räumen zu üben (Calderon Lüning et al. 2018: 89). Das dort praktizierte *Commoning* sowie das Grundverständnis, die Laube für nicht-kommerzielle Nutzungen allen zur Verfügung zu stellen, macht sie zu einem urbanen Common.

Der politische Anspruch des Gemeinschaftsgartenprojekts spiegelt sich auch in dem Manifest *Die Stadt ist unser Garten*²⁴ wieder, zu dessen Initiatoren die Prinzessinnengärten gehören. Als Unterzeichner des Manifests setzt sich die Gruppe aktiv mit dem eigenen Zustand der prekären Zwischennutzung auseinander und versucht den Garten als »Teil der sozialen, ökologischen und Bildungsinfrastruktur der Stadt und des Stadtteils« zu etablieren (Prinzessinnengarten 2018). Das Manifest betont die Bedeutung urbaner Gemeinschaftsgärten als Experimentierräume für ein gutes Leben, Begegnung, eine lebenswerte Stadt und Räume der Naturerfahrung und Ernährungssouveränität (Urban Gardening Manifest 2014). Definiert werden sie als »Gemeingüter, die der zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums entgegenwirken« und entsprechend von Politik und Stadtplanung anerkannt und in ihrer Position gestärkt werden müssen (ebd.). Denn Gemeinschaftsgärten können als »Orte der kulturellen, sozialen und generationsübergreifenden Vielfalt« das soziale Miteinander in Städten fördern und »eine gelebte Alternative zu Vereinsamung sowie Gewalt und Anonymität« darstellen (ebd.). Viele urbane Gärten verfolgen dabei eine gemeinsame

Anbau ökologischer Lebensmittel genutzt und dient dem Umweltschutz. Mehr Informationen: prinzessinnengarten.net

²⁴ Initiiert von Aktivist*innen aus dem Allmende-Kontor, vom Prinzessinnengarten, vom Kiezzgarten, von Neuland Köln, sowie von »Eine andere Welt ist pflanzbar« und der Anstiftung, möchte die Gartenbewegung mit dem Manifest auf die Bedeutung von frei zugänglichen öffentlichen Räumen verweisen und sich politisch verorten in den Bewegungen für ein »Recht auf Stadt«, für die Bedeutung von Stadtnatur und gemeinschaftlich genutzten öffentlichen Raum sowie für eine ökologische und inklusive Urbanitas. Mehr Informationen: urbangardeningmanifest.de

politische Agenda, bei der »große Fragen des gesellschaftlichen Wandels, des Postwachstums [und, MH & SSP] der Klimakatastrophe« im Mittelpunkt stehen, für die Auseinandersetzung mit diesen Themen braucht es »diese Räume als Lernorte, und als solche müssen sie auch dauerhaft Bestand haben« (Calderon Lüning et al. 2018: 90). Aus dem Manifest gehen klare Forderungen heraus, die es in der Planung von Quartieren zu berücksichtigen gibt:

»Bewohner*innen Gestaltungsrecht im öffentlichen Raum einzuräumen, wohnungsnahe, öffentliche Räume für nicht-kommerzielle Nutzungen und Aneignungsmöglichkeiten für alle Stadtbewohner*innen zu garantieren, qualitätsvolle Grünflächen und Stadtnatur umzusetzen und dabei die Belange unterschiedlicher Gruppen von Menschen, Tieren und Pflanzen zu berücksichtigen.« (Urban Gardening Manifest 2014)

An dieses Verständnis und Forderungen setzt der *Prinzessinnengarten* mit der Initiierung einer kollektiven Wunschproduktion an und versucht seit Anfang 2018 »in einem offenen und gemeinschaftlichen Prozess ein Konzept für den Erhalt des Prinzessinnengartens als ein Gemeingut« zu erarbeiten und die »Zeit prekärer Zwischennutzung zu beenden« (Prinzessinnengarten 2018). Die Kombination aus kritischer stadtpolitischer Arbeit, dem Erhalt urbaner Grünflächen und der konkreten Produktion ökologischer Lebensmittel sowie der Beitrag zur lokalen Bildungsinfrastruktur zeichnen den Garten als Modell für andere Quartiere und Städte aus und lassen ihn unter dem Ansatz der *Commons* fassen. Gemeinschaftsgärten als *urbane Commons* (Eizenberg 2012, Follmann & Viehoff 2015) können alternative Räume bilden, die die »Logik von Tauschwert und (abstraktem) privatem Eigentum« herausfordern und einen konkreten Ort des Rechts auf Stadt bilden (Rosol 2017: 23). Gleichzeitig wird in ihnen ein Anspruch auf eine grüne *Stadt für Alle* formuliert (Müller 2012: 269). Dabei wirft das Projekt immer wieder Fragen auf, die auf der lokalen Ebene innerhalb eines Gartenprojekts nicht zu lösen sind. Gleichzeitig bietet er aber den Raum, um für Themen zu sensibilisieren, »die man selber oder auch die Stadtgesellschaft bis dahin nicht formulieren konnte. Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um, wie mit den Abfällen und Emissionen, die die Städte produzieren? Wie gestalten wir die Versorgung von Städten?« (Calderon Lüning et al. 2018: 88). Diese Fragen können weder in einem Garten noch auf Quartiersebene geklärt werden, ein Gemeinschaftsort kann jedoch dazu dienen, für die Themen zu sensibilisieren und gemeinsam an Antworten zu arbeiten.

Die Prinzessinnengärten unterstreichen die Bedeutung eines »undefinierten Terrains«, sie »irritieren den Blick und fordern zu einer neuen Lesart von Stadt auf« (Müller 2011b: 37). Dies erfordert einen anderen Umgang mit öffentlichen Flächen und die damit verbundene »Freihaltung öffentlicher Flächen von Partikularinteressen«, denn auch sub-sistenzorientierte Nachhaltigkeitsstrategien, genauso wie andere alternative Projekte,

»benötigen mehr als Anerkennung, nämlich infrastrukturelle und rechtliche Voraussetzungen wie die Bereitstellung von Grund und Boden, damit sich ihre Potentiale für eine zukunftsfähige Entwicklung entfalten können« (ebd. 50). Durch die unterschiedlichen Beteiligungsformen und -möglichkeiten, ist der Garten zu einem gemeinschaftlichem Ort, einem urbanen Common geworden (Calderon Lüning et al. 2018: 88). Entscheidend ist jetzt die dauerhafte Zusicherung der Fläche, denn nur wenn über eine autonome Nutzung über einen langen Zeitraum gesichert werden kann, werden Gruppen nicht nur zu dessen aktuellen Nutznießer*innen, »sondern tragen auch Verantwortung für zukünftige Generationen« (ebd. 90f.). Genau an dieser Stelle treten jedoch die Grenzen des aktuellen Rechtssystems deutlich hervor: »Wie kann so ein Ort wie der *Prinzessinnengarten* mit seiner Programmierung und Offenheit von Seiten der Verwaltung unter der Daseinsvorsorge gefasst werden?« (ebd.: 90). Dafür gilt es, neue »Rechtsformen zu finden, die gewährleisten, dass bestimmte Orte dem Spiel der politischen Machtverhältnisse, der Spekulation des Marktes entzogen werden« (ebd.: 91).

Selbermachen, Reparieren und Tauschen – Die Stadt ist unsere Fabrik

Die Zahl an offenen Werkstätten und sogenannten Repair Cafés wächst seit einigen Jahren stetig an. Neben ökologischen und ökonomischen Begründung für die steigende Anzahl steht auch die Frage der Eigentumsrechte im Fokus (Bertling & Leggewie 2016: 275). »Wenn du es nicht reparieren kannst, dann gehört es dir nicht« – so steht es im Reparaturmanifest (iFixit 2010). Das Reparieren selbst muss als mehr verstanden werden, als die technische Behebung eines Problems, es bringt »auch soziale und ökologische Systeme in einen robusten, resilienten Zustand«, vor allem über die direkte Zusammenarbeit der Akteure* im Prozess des Reparierens (Bertling & Leggewie 2016: 275). Neben dem Reparieren gekaufter Gegenstände sind seit den 2000er Jahren »erste Schemen einer neuen Produktionsweise« zu beobachten: »kleine computergesteuerte Maschinen für alle, die an vielen Orten in der Stadt installiert werden können und Fabrikate hervorbringen, bei denen es zuerst um ihren Gebrauchswert, nicht um ihren Tauschwert geht« (Boeing 2016: 323). Aus dieser Möglichkeit heraus entwickelte sich eine technische Graswurzelbewegung: In sogenannten Fabrication Laboratories (Fab Labs) arbeiten und produzieren Menschen gemeinsam, die Fab Labs selbst verstehen sich dabei als offene Bildungsstätte (ebd.: 324). Die Idee stammt von Niel Greshenfeld, einem Physiker am Massachusetts Institute of Technology, der damit die Produktion demokratisieren will und eine historische Fehlentwicklung zu korrigieren versucht: »[D]ie Teilung in wenige Produzenten und viele Konsumenten sowie die Teilung in wenige produzierende Länder und viele konsumierende Länder. Das Fab-Lab-Konzept ist also auch ein Entwicklungskonzept« (Boeing 2010). Fab Labs sind unterschiedlich organisiert, teilweise können sich Nutzer*innen stundenweise einzelne Maschinen kostenpflichtig mieten, andere sind als gemeinnütziger Verein organisiert und stehen hauptsächlich den Mit-

gliedern zur Verfügung. Auch die politische Ausrichtung variiert je nach Gründungshintergrund. Als realutopisches Modell wird an dieser Stelle *Fabulous St. Pauli*²⁵ in Hamburg herangezogen. Ihr Ziel ist es, »mitten in der Stadt Leben und Arbeiten in einer neuen Weise [zu] verbinden, Wissen [zu] vermitteln und Perspektiven für eine andere Stadt [zu, MH & SSP] schaffen« (Fabulous St. Pauli). Als Ort des gemeinsamen Lernens, sind explizit alle Altersstufen eingeladen, gemeinsam etwas auszuprobieren, selbst zu produzieren und erworbenes Wissen weiterzugeben. Dabei werden neben technischen und gestalterischen auch gesellschaftliche Aspekte thematisiert, das heißt es steht nicht nur der materielle Output der Produkte im Fokus, sondern auch der immaterielle, in Form von Wissensproduktion, Wissenstransfer, Demokratisierung der Produktion und »das gute Gefühl, etwas selber gemacht zu haben« (ebd.). Unterschiedlichste Werkzeuge, 3D-Drucker oder Lasercutter geben den Besucher*innen bzw. Mitgliedern die Möglichkeit, gemeinsam zu arbeiten. Durch die Aneignung von und den Zugang zu Produktionswissen und den entsprechenden Technologien entsteht eine neue Verbindung zu den Produkten sowie zu deren Entstehungsprozess. Langfristig zielt *Fabulous St. Pauli* auf eine Veränderung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse im städtischen Raum ab. Es geht dementsprechend nicht um die »bloße individuelle Aneignung von neuen Produktionsmaschinen« (Boeing 2016: 324), sondern um einen umfassenden Wissenstransfer, der die Bereiche Mensch, Technik und Gesellschaft umfasst (Fabulous St. Pauli). Dies kann nur funktionieren, wenn sich zum »bloßen Herstellen von Dingen« die »Produktion des Gemeinsamen« gesellt und die »Stadtbewohner*innen gemeinsam Dinge herstellen und sich gegenseitig schlauer machen«, dadurch »kann sich ein Feld öffnen, das der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion ihre Hegemonie in der Stadt streitig macht« (Boeing 2016: 324). Fab Labs eröffnen einen Möglichkeitsraum außerhalb des Kontextes von Ausbildung oder Lohnarbeit sich mit Produktion auseinanderzusetzen, eigene Ideen zu entwickeln und gemeinsam mit anderen etwas herzustellen (Interview Boeing 2018). Diese Produktionsweise, bei der Menschen in gemeinsamer Koproduktion Dinge selbst herstellen, ist ein Schritt, der auf Dauer den kapitalistischen Markt überflüssig machen könnte (Siefkes 2012: 352). Die bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema Produktion in der Stadt, das eigene Verständnis als Vernetzungspunkt und die Verbindungen zur Recht auf Stadt Bewegung (Lorenzen 2015: 159) unterstreichen den politischen Anspruch von *Fabulous St. Pauli* und gliedern die Initiative in die *Commons*-Bewegung ein. Die Integration eines solchen Produktionsortes in ein Quartier kann das soziale Miteinander fördern. Einzelne Repair Cafés sehen sich explizit als einen Treffpunkt der Generationen und Kulturen, was wiederum den Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen anregt, der ansonsten im Alltag oft wenig Zeit und Raum findet. Dadurch entstehen Momente des Empowerments und auf lange Sicht

²⁵ Der Fab Lab Fabulous St. Pauli e.V. wurde 2011 gegründet. Als erstes Fab Lab in Hamburg können in der Werkstatt computergesteuerte 3D Drucker und Lasercutter genutzt werden, um die unterschiedlichsten Dinge herzustellen. Der Verein finanziert sich momentan über Mitgliedsbeiträge und Spenden und wird von ehrenamtlich Aktiven getragen. Mehr Informationen: fablab-hamburg.org

können sich diese Orte zu »einer Art Kristallisationspunkt [entwickeln, MH & SSP], wo Leute wieder lernen etwas selber zu machen, dies aber nicht alleine machen müssen und darüber auch keine Prüfung ablegen, sondern Spaß daran haben können« (Interview Boeing 2018).

In der Fab Lab Charta, auf der die Grundsätze *Fabulous St. Paulis* basieren, werden Fab Labs als »ein globales Netzwerk von lokalen Werkstätten« definiert, die »die Erfindungen [fördern, MH & SSP], indem sie Individuen die Werkzeuge für eine digitale Fertigung zugänglich machen« (Fab Foundation 2007). Beschrieben als eine gemeinschaftliche Ressource, reihen sich Fab Labs damit in die Debatte um *Commons* ein: Im Sinne des *Commonings* wird gemeinsam an Produkten gearbeitet, die danach allen frei zur Verfügung stehen. Als Grundvoraussetzung wird ein *common space* benötigt, denn offene, gemeinnützige, solidarisch organisierte Werkstätten, Repair Cafés oder Fab Labs, können dauerhaft nur in nicht-kommerziellen Räume existieren. Das zeigt auch das Beispiel aus Hamburg. Momentan funktioniert die selbstverwaltete Werkstatt, da sie nur sehr geringe Mietkosten zahlen müssen. Dementsprechend trägt der Wille der Kommunalpolitik einen erheblichen Anteil zum Gelingen solcher Projekte bei (Lorenzen 2015: 161). Die Kommune könnte Fab Labs unterstützen, indem sie Räume bereitstellt, Menschen für die dortige Arbeit entlohnt und die Werkstätten zum Beispiel als Lernorte in den Schulunterricht integriert (Interview Boeing 2018). Niels Boeing betont die Bedeutung einer Fab Lab für ein Quartier und beschreibt die sozialen Komponenten einer erweiterten Stadtteilwerkstatt:

»Ein Fab Lab ist eine offene Hightech-Werkstatt für Stadtteile oder Communities, die Dinge produzieren wollen, die zuerst lokale Bedürfnisse erfüllen, oder die Unikate sind. Und die Träume blieben, weil es für sie keinen Markt gibt und eine herkömmliche industrielle Fertigung unbezahlbar wäre. Zugleich wird in einem Fab Lab Knowhow erarbeitet – mittels Laserschneider, CNC-Fräse, Platinen-Fräse und manchmal auch Rapid-Prototyping-Maschine – und mit allen Interessierten geteilt.« (Boeing 2010)

Bisher sind in Fab Labs hauptsächlich Menschen in ihrer Freizeit aktiv; die Produktion, die hier stattfindet, ist (teilweise bewusst) nicht in Lohnarbeitsverhältnisse eingebettet. Für Handwerksbetriebe sind die Werkstätten noch keine Alternative, um sich zum Beispiele Werkzeuge oder Räumlichkeiten zu teilen. Anders hingegen der *Handwerkhof Ottensen*²⁶ in Hamburg, in dem Kleinbetriebe in einem Miethäusersyndikat sich Räumlichkeiten teilen und Wert auf einen solidarischen unternehmerischen Alltag legen.

²⁶ Seit 2014 arbeiten in dem selbstverwalteten Zentrum 16 Handwerks- und Gewerbebetriebe in einem eigenen Haus. Zwei Jahre vorher haben sich die Gründungsmitglieder zusammengeschlossen um etwas gegen den Mangel an bezahlbarem Raum zu unternehmen. Auf vier Etagen wird in einem Glaszentrum, mehreren Werkstätten und Büros für Architekten und Bauwerke in einer Solidargemeinschaft gearbeitet. Der Verein hat sich dem Miethäusersyndikat angeschlossen. Mehr Informationen: handwerkerhof-ottensen.de

Basierend auf den Schwierigkeiten, in stadtnähe Werkstatträume anmieten zu können und der zunehmenden Verdrängung von Kleingewerben, hat sich die Gruppe für eine Solidargemeinschaft in einem eigenen Haus entschieden. Bereits im Planungsprozess waren die meisten der Gewerbetreibenden beteiligt und haben diesen aktiv mitgestaltet. Dieses Vorgehen spiegelt sich heute in der internen Verwaltungsstruktur wieder, in die einzelnen Firmen sich die Organisationsverantwortung teilen (Die Urbanisten e.V. 2017). In Zukunft möchte die Gemeinschaft mehr im Bildungsbereich aktiv werden und plant Schulbesuche und inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem Thema Handwerk (ebd.). Als realutopisches Beispiel zeigt das Projekt, dass alternative Verwaltungs- und Eigentumsstrukturen auch auf den Gewerbe- und Lohnarbeitsbereich übertragbar sind, wichtig ist für die Umsetzung der Zugang zu bezahlbaren Flächen, die den Gewebetreibenden dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Dieser Bedarf konkreter Gesetzesänderungen, die das soziale Schutzbedürfnis von Kleingewerbetreibenden anerkennen und entsprechend im Baugesetzbuch verankern werden. Dafür könnte die »hohe Bedeutung« die der Wohnung zugeschrieben wird auf einen vorher definierten Bereich des Gewerbes ausgeweitet werden (Deutscher Bundestag 2017: 7). Auch Sonderregelungen für Vereine oder soziale und nicht profitorientierte Einrichtungen könnten in die Mietvorschriften des BauGB integriert werden (ebd.: 9). Der Schutz bestehender Gewerbe könnte Teil der sozialen Erhaltungssatzung sein, denn auch sie können dazu beitragen, die »städtebauliche Eigenart des Gebiets« zu erhalten (ebd.: 10). Diese gesetzlichen Reformen sind ein Weg, Kleingewerbetreibende und nicht profitorientierte Einrichtungen im bestehenden System zu schützen. Langfristig gilt es jedoch die Bodenpolitik grundlegend zu transformieren und darüber einen anderen Zugang zu Flächen zu schaffen (siehe Kapitel 4.2 Wohnen, Abs. Bodenrat).

Fab Labs, offene Werkstätten und Solidargemeinschaft wie der *Handwerkshof Ottensen* holen die Produktion zurück in die Stadt, ohne Produktionsprozesse dabei zu romantisieren. Im Unterschied zu Fabrikarbeiten wird hier im Sinne einer postkapitalistischen Praxis eine neue Beziehung zu den hergestellten oder reparierten Dingen aufgebaut und die Produktion wird den Menschen näher gebracht (Baier et al. 2016c). Vor allem der Handwerkshof adressiert dabei konkret das Thema Lohnarbeit und setzt der Individualisierung etwas entgegen. Auch wenn sich die Widersprüche der Lohnarbeit auf Quartiersebene nicht auflösen lassen, kann ein Umfeld geschaffen werden, in dem sich Kleingewerbetreibende auf Augenhöhe begegnen und ihr Arbeitsumfeld solidarisch in einem emanzipatorischen Gemeinschaftsprojekt organisieren.

Selbstverwaltete Räume für Bildung, Kultur und politische Arbeit

Die Stadt, als ein Ort der Auseinandersetzung unterschiedlichster Akteure*, braucht Räume, in denen Debatten geführt, sowie Ansprüche und Forderungen politischer Gruppen formuliert werden können – ein Recht auf Stadt materialisiert sich in Räumen

für politische Organisation (Dikeç 2005: 47f, Beveridge & Naumann 2017: 79). Es werden Räume gebraucht, die sich Bewohner*innen aktiv aneignen können, das heißt die keine Konsumorte sind, sondern auf aktiver Mitgestaltung basieren und von vielfältiger Nutzung leben. Offene Räume, verstanden als *common space*, an dem *Commoning* praktiziert werden kann, die frei zugänglich sind und die Möglichkeit bieten, an emanzipatorischen Ansätzen zu arbeiten, sind essentiell um *Reale Utopien* zu verwirklichen. An einem solchen Ort arbeitet die Initiative *Offenes Haus der Kulturen*²⁷ in Frankfurt am Main seit vielen Jahren. Unter dem Titel »Ein neuer Freiraum« wird die Utopie eines konkreten Ortes beschrieben, die im ehemaligen Studierendenhaus am Campus Bockenheimer entstehen soll bzw. dort durch die aktuelle Nutzung bereits gelebt wird (Offenes Haus der Kulturen 2012: 3). Das Studierendenhaus ist ein vielseitig genutztes, offenes Haus: Wohnen, Kindergarten, Kultureinrichtung, stadtteilübergreifender Treffpunkt und ein Café befinden sich unter einem Dach. Vor allem aber ist es ein politischer Raum:

»[...] die Gesellschaft, wie sie heute ist, ist nicht die, wie wir sie haben wollen, und dieses Haus ist ein Ort, wo man eine konkrete Gegenutopien in ganz vielen verschiedenen Facetten entwickeln kann und soll und muss.« (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018)

Die Offenheit des Hauses geht einher mit einem klaren politischen Programm: »So ein Ort kann [...] die Keimzelle einer anderen Gesellschaft sein und das muss glaube ich der Anspruch sein« (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018). Dieses Selbstverständnis und das darauf basierende Konzept definiert die Initiative *Offenes Haus der Kulturen* als eine *Reale Utopie*, in der an der gesellschaftlichen Ermächtigung bzw. an einer anderen Gesellschaft gearbeitet wird. Der Plural der Kulturen im Namen des Hauses ist bewusst gewählt und ist Teil des Selbstverständnis und Konzepts. Kulturelle Betätigung und Teilhabe an kulturellem Leben wird von der Initiative als ein Menschenrecht definiert, entscheidend dabei ist ihr Verständnis von Kultur, »das neben dem Bereich der Kunst auch die Bildung, die Arbeit und die Gesellschaftspolitik einschließt« (Offenes Haus der Kulturen 2012: 6). Auch die Beschreibung »offen« wurde bewusst gewählt: Es soll ein offenes Haus für verschiedene Generationen entstehen, das der gesamten Stadtgesellschaft offen steht (ebd.).

»Wir stellen uns das Offene Haus der Kulturen als einen solchen Treffpunkt vor, an dem sowohl alle interkulturellen Aktivitäten ihre Anlaufstelle haben als auch die schillernde Vielfalt der unterschiedlichen Kunstszene einen Kristallisationspunkt findet. Eine Plattform für die Entwicklung vielfältiger Ausdrucksformen

²⁷ Als der Abriss des Studierendenhauses in Bockenheimer 2011 bevor stand, gründete sich die Initiative Offenes Haus der Kulturen. Seitdem setzt sich der Verein für den Erhalt des Hauses und die Weiterführung der vielfältigen Nutzung ein und strebt die Übernahme des denkmalgeschützten Hauses nach Auszug des AStAs der Goethe Universität Frankfurt an. Mehr Informationen: offenes-haus-der-kulturen.de

verschiedener Lebenserfahrungen und -geschichten, Generationen, Interessen und Wünsche [...]. Offen soll das Haus für Menschen jeglichen Alters und jeglicher sozialer, wie kultureller Herkunft sein. Menschen mit Behinderung sowie die Kinder der Uni-Kita nehmen selbstverständlich am Gesamtleben des Hauses teil.« (ebd.: 4)

Bereits heute wird das Haus von vielen »Initiativen von aktiven Bürger*innen, Studierenden, Künstler*innen, Kulturschaffenden und Stadtteilgruppen« aktiv genutzt, im Sinne »des demokratischen Geistes, der dieses Haus ins Leben rief und es so lange begleitet hat, [wollen sie, MH & SSP] neue demokratische Bewegungsräume schaffen« (ebd.: 3). Das selbstverwaltete Café KoZ bietet »Raum für Barabende, Lesungen, Diskussionen, Vorträge und Partys« (Hamacher 2014: 187).

Basierend auf der Annahme, dass es an Orten fehlt, »in denen interkulturelle Begegnung, kritisches Denken und Handeln sowie soziales und künstlerisches Experiment losgelöst von unmittelbaren Verwertungszwängen möglich sind« (Offenes Haus der Kulturen 2012:4), arbeitet der Verein seit mehreren Jahren an Ideen und Konzepten, das Studierendenhaus nach dem Auszug des AStAs der Goethe Universität Frankfurt zu übernehmen. Dafür ist der Verein im Austausch mit anderen Häusern, die sich selbstverwaltet und basisdemokratisch organisieren, um sich über mögliche Strukturen für das eigene Haus zu informieren und die für sie passende Struktur zu finden. Da jedes Haus auf einer eigenen Geschichte basiert, ist eine direkte Übertragung von Organisationsformen weder möglich, noch war es das Ziel des solidarischen Austauschs. Stattdessen stand die Frage des voneinander Lernens im Mittelpunkt:

»Es geht darum, eine Struktur zu schaffen, die einmal offen und transparent ist, also wirklich einladend, und jeder kann und soll mitmachen – die aber auch von einzelnen Personen unabhängig ist. [...] Es braucht eine klare Struktur, die jeder von Anfang an versteht, und weiß, wo kann ich mich einbringen, [...] und wie wird das so zurück gebracht, dass immer alle alles wissen.« (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018)

Erste Grundsätze der Struktur wurden bereits definiert: eine Anzahl flexibel nutzbarer Räume, die »kostenlos und ohne bürokratischen Aufwand zur Verfügung stehen« und eine Gruppe fester Nutzer*innen, »die sich für die Belange des Hauses in besonderem Maße verantwortlich fühlen« (Offenes Haus der Kulturen 2012: 6). Grundsätzlich dabei gilt, dass das Haus selbstverwaltet und demokratisch betrieben wird. Bisher scheint das Konzept der Reitschule in Bern für die Frankfurter Gruppe am passendsten zu sein (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018). Das autonome Zentrum in der Schweiz organisiert sich als Verein basisdemokratisch, dabei werden Entscheidungen von den Gruppen gefällt, die in der Reitschule »aktiv und bereit sind, sich auf eine kollektive und solidarische Verbindlichkeit einzulassen, und die neben ihren eignen Interessen auch

diejenigen der gesamten Reitschule vertreten« (Reitschule Bern 2006). Die Treffen mit bestehenden Initiativen helfen dem Offenen Haus für Kulturen selbstverwaltete Strukturen aufzubauen, wirken inspirierend und fördern den Austausch zwischen den Projekten.

Ein solidarischer Ort, an dem an einer anderen Gesellschaft gearbeitet werden kann, leistet Vorarbeit gegen Rassismus und versucht, die Isolation von Menschen zu überwinden (ebd.). Genau deshalb ist ein solcher Raum in einem Quartier wichtig. Als Ort der Organisation und des Treffens von politischen Gruppen, als Unterstützung für Künstler*innen oder Musiker*innen, aber auch als Raum für eine emanzipatorische und offene Jugendarbeit. Genauso wie als Ort des generationsübergreifendem Zusammentreffens. Ein solches Haus kann einen Beitrag leisten, das Recht auf Stadt zu verwirklichen: An diesen Orten, die selbstverwaltet handeln, herrscht *Autogestión* (Lefebvre 1991), Selbstverwaltung und Demokratie, und die ist wiederum »überall dort, wo sich soziale Gruppen der Passivität entledigen, aktiv werden und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen« (Mullis 2014: 77). Dafür wird ein physischer Raum in jedem Stadtteil benötigt, ein Ort an dem sich die Bewohner*innen organisieren, versammeln und beraten können (Interview Boeing 2018) – an dem es Raum für die Praxis der *Commons*, das *Commoning* gibt.

Vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene sind diese Freiräume ein wichtiger Gestaltungsraum, »um den steigenden Aufwand bei der Bewältigung von Herausforderungen des Jugendalters betreiben zu können« – dies betont der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2017: 28). Von Jugendverbänden wird gefordert, dieser zugesagten Wichtigkeit eine politische Praxis folgen zu lassen (BDP 2017). Freiräume werden dabei als ein Ort definiert, »in dem Jugendliche die Möglichkeit zur tatsächlich freien Selbstentwicklung vorfinden. In erster Linie gibt es in einem echten Freiraum kein direktes Eingreifen von außen durch Stadt, Erwachsene oder Institutionen bezüglich der Entscheidungsfindung, inhaltlicher Ausgestaltung oder Organisation« (ebd.). Initiativen wie *Offenes Haus der Kulturen* können Träger solcher Orte in einem Quartier sein. Wichtig ist dabei, dass auch diese Räume selbstverwaltet organisiert werden, denn »das Erlernen (basis-)demokratischer Entscheidungsprozesse in einem geschützten Raum« wird als essentiell gesehen, um aktuelle »Herausforderungen unserer Gesellschaft« begegnen zu können (ebd.). Dabei steht die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, reinen »Konsumorten« gegenüber:

»Räume für freie Freizeitgestaltung – und nicht nur Konsum derer – als auch Platz für Diskurse, die von Jugendlichen selbst entwickelt werden, stellen wichtige Orte der Selbstbestimmung dar [...]. Dazu gehört für uns: das Übernehmen von Verantwortung, die Abkopplung vom Elternhaus, das Schmieden von Zukunftswünschen und -plänen und persönliche Selbstfindungsprozesse.« (ebd.)

Initiativen wie *Offenes Haus der Kulturen* kämpfen für den Erhalt und das Schaffen dieser Orte. Für eine emanzipatorische jugendpolitische Bildungsarbeit sind solche Räume für Jugendliche und junge Erwachsene von besonderer Bedeutung und sollten entsprechend in Quartieren vorhanden sein. Dafür bedarf es auf städtischer Ebene gewisser Voraussetzungen: »aneignungsfähige, verdichtete Baustrukturen, relativ günstige Mieten und eine gewisse Infrastruktur« bilden die Basis für die konkrete Verräumlichung, entscheidend ist »jedoch vor allem das politisch-kulturelle Klima, das den Stadtteil bestimmt« (Doderer 2007: 69). Dieser Moment der Aneignung des Raums ist entscheidend für die »Formierung gesellschaftspolitischer Bewegungen«, denn nur über die Produktion des Raumes »können sich gesellschaftliche Gruppen und Klassen [...] als politische Subjekte konstituieren« (ebd.: 68). Räume und Ressourcen selbstorganisierter Initiativen und Gruppen zu überlassen und die Zulassung und Förderung des selbstständigen Operierens, bilden die Basis der räumlichen Aneignung (ebd.: 70).

Quartiersorganisation – wie organisieren wir uns?

Selbstverwaltete Räume, von unten geplante Parks, Gemeinschaftsgärten und viele weitere *Commons* in Quartieren müssen miteinander vernetzt sein, der Austausch zwischen den Initiativen und Projekten ist ein essentieller Bestandteil für die Transformation von Stadtteilen (Brocchi 2017: 3). Ein Kiezrat oder eine regelmäßig stattfindende Stadtteilversammlung, können Formen sein, dies zu fördern und für die Bewohner*innen Strukturen zu schaffen, in denen Einzelpersonen und organisierte Akteure* ihre Themen gegenüber den bestehenden Kommunalinstitutionen formulieren und vertreten können. Bisher gibt es auf Quartiersebene keine offiziell anerkannten Institutionen, in denen sich Bewohner*innen selbst organisieren können. Der Vorschlag eines Kiezrates ist vom Quartiersmanagement, das entweder von der Stadt selbst oder ausgelagerten Organisationen gestellt wird, und nicht von den Bewohner*innen selbstbestimmt und aktiv mitgestaltet wird, zu unterscheiden. Auch eine Abgrenzung zur unkritischen Einbindung der Nachbar*innenschaftsebene in politische Prozesse, in denen die Bürger*innen zwar zu städtebaulichen Aspekten befragt werden, grundlegende Entwicklungsziele der Stadtpolitik jedoch bewusst ausgeklammert werden (Maruschke 2014.: 74), ist entscheidend. Brocchi (2017) sieht einen Kiezrat als einen wichtigen Bestandteil einer »ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Nachhaltigkeit«, der von der Anwohner*innenschaft »gemeinsam mit den organisierten Akteuren* der urbanen Zivilgesellschaft (Umwelt, lokale Gewerbe, Soziales, Kultur) initiiert und getragen wird, durch ihre Kommunalinstitutionen (Bezirksvertretung, Stadtverwaltung) jedoch unterstützt wird« (ebd.: 3). Als eine dezentrale Organisationsform kann ein Kiezrat zur Demokratisierung städtischer Strukturen beitragen und eine Form des *Community Organizing* darstellen (Maruschke 2014).

4.4 Infrastrukturen

Infrastrukturnetzwerke galten lange Zeit als Technologien, die die Zirkulation von Menschen, Gütern und Ideen erleichtern sollten (Larkin 2013: 328). Als vermeintlich neutrale technische Systeme wurden sie von den Sozialwissenschaften kaum analysiert, galten für Anthropologen als schwieriges Feld (Graham & Marvin 2001: 16; Larkin 2013: 328) und wurden als Blackbox bezeichnet – unproblematisch, selbstverständlich und universell zugänglich. Somit wenig interessant für weitergehende sozialwissenschaftliche Forschung (Graham & Marvin 2001: 21) und eher ein Arbeitsfeld für die Ingenieurwissenschaften (Coutard 1999: 1, Graham & Marvin 2001: 16). Dieses Verständnis hat sich gewandelt, mittlerweile werden Infrastrukturfragen immer mehr zum Ausgang stadtpolitischer Kämpfe. Der Rückzug des Wohlfahrtsstaates und die damit einhergehende Liberalisierung der Märkte und deren Öffnung für private Unternehmen haben unterschiedlich starke Auswirkungen je nach Land und Bereich. In der BRD sind Konsequenzen vor allem im Bereich der Ernährung, Mobilität, Energie, Gesundheit und in Fragen der sozialen Teilhabe zu beobachten. Gleichzeitig sind dies Bereiche, die die Basis städtischen Lebens darstellen. Für diese Arbeit wurden sie außerdem ausgewählt, da sie auf der Ebene des Quartiers adressierbar sind. Technische Infrastrukturbereiche, wie Wasserversorgung und Abfallentsorgung, werden an dieser Stelle nicht thematisiert, da die Versorgung weitestgehend gesamtstädtisch organisiert ist und Konflikte um diese Infrastrukturen auf einer anderen *scale* verhandelt werden. Im Folgenden wird in der Negativanalyse der Ansatz des *Splintering Urbanism* (Graham & Marvin 2001) eingeführt, der den Handlungsbedarf in einzelnen Infrastrukturbereichen begründet.

4.4.1 Negativanalyse: Splintering Urbanism

In der fordistischen Stadt wurden Infrastrukturnetzwerke im Wesentlichen monopolistisch organisiert und als öffentliches Gut zur Daseinsvorsorge vom Staat bereitgestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich ein Verständnis von städtischen Infrastrukturnetzwerken heraus, bei dem davon ausgegangen wird, »dass die zumeist monopolistisch organisierte Straßen-, Energie-, Wasser-, Abfall- und Kommunikationsnetze [als, MH & SSP] die grundlegenden Dienstleistungen flächendeckend und zu gleichen Kosten« angeboten werden (Graham & Marvin 2008: 38). Ihnen wird die Aufgabe zugeschrieben, zu »stärkeren territorialen Kohäsion« beizutragen und öffentlich reguliert zu werden (ebd.). Mit zunehmenden Liberalisierungs- und damit einhergehenden Privatisierungsprozessen von Telekommunikations-, Wasser- und Energienetzwerken ab den 1990er Jahren fragmentierte sich die infrastrukturelle Versorgung und territoriale Kohärenz werden zunehmend aufgehoben (Moss et al. 2008: 17). Urbane Infrastrukturen unterliegen seitdem einem grundlegenden Wandel, weltweit »öffnen sich alle wichtigen Infrastrukturnetzwerke (Wasser und Abfall, Energie, Telekommunikation und große Teile der Verkehrsinfrastruktur) für eine Beteiligung des privaten Sektors am Management und an der Bereitstellung der jeweiligen Dienstleistungen« (Graham & Marvin

2008: 45). Lange Zeit galt dieses Phänomen primär als eine Entwicklung, die in den Städten des Globalen Südens zu beobachten war. Vorangetrieben unter anderem durch die Weltbank, entstanden immer mehr hybride Unternehmensformen zwischen staatlichen und privaten Akteuren*, in deren Versorgungspolitik sich gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegeln (McFarlane 2009: 137). Der Rückbau des Wohlfahrtsstaats und die damit einhergehende Liberalisierung und Privatisierung, beschrieben als Neoliberalisierung, wird als ein Prozess der marktorientierten Restrukturierung mit offenem Ende definiert (Harvey 2005b, Brenner & Theodore 2008). Die zunehmenden Neoliberalisierungsprozesse, sowie die damit einhergehende primäre Orientierung an Profiten, greifen seit dem immer stärker in das Alltagsleben der Menschen ein (Brenner et al.) – nicht mehr nur in Städten des Globalen Südens, sondern auch in Europa (Bakker 2005, Marquardt 2017) oder den USA (Swyngedouw 2007, Monstadt & Wolff 2017). Weltweit öffnen sich grundlegende urbane Infrastrukturen dem privaten Sektor; zunehmend wird die Verwaltung, aber auch die Bereitstellung des Netzes selbst von privaten Unternehmen bereitgestellt und es öffnet sich ein umkämpfter und profitorientierter Markt (Graham & Marvin 2008: 45). Zugespitzt wird diese Entwicklung durch zwei Aspekte, die der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der 1990er Jahre folgen: Finanzialisierung und Austeritätspolitik. Finanzialisierung beschreibt, wie immer mehr Aspekte des Alltags, von Bildung über Gesundheit bis hin zu Ernährung, nicht mehr nur durch die Warenmärkte, sondern vor allem durch die Finanzmärkte vermittelt werden (Tricarico & Löschmann 2012: 186). Nationale Märkte werden von staatlicher Seite für globale Investor*innen geöffnet und durch die Zulassung »von verschiedenen Produkten und Instrumenten wie Immobilienfonds, Verbriefungen, Real Estate Private Equity Fonds etc.« wird die Bandbreite von Akteuren* stetig ausgedehnt (Heeg 2017: 49). Finanzialisierung ist dementsprechend nicht mehr nur auf dem Wohnungsmarkt zu beobachten, auch Rohstoffe, Ackerland und Wasserressourcen werden zunehmend als Investitionsobjekt an der Börse gehandelt und nicht mehr als ein Gemeingut verstanden (Tricarico & Löschmann 2012: 185). Austeritätspolitik, als extreme Sparpolitik nicht nur in sogenannten Krisenländern, sondern als eine Politik von oben, die Städte weltweit zu spüren bekommen (Peck 2012), erklärt die schwarze Null zum notwendigen Sachzwang, basiert auf Kürzungen auf der Ausgabenseite, treibt Privatisierung voran und führt oft zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen (Wiegand et al.: 17). Strukturelle Veränderungen spiegeln sich entsprechend in der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder und machen gesellschaftliche Krisen sichtbar (Höhne & Naumann 2018: 19). In der BRD wird der »massive neoliberale Angriff auf den fordistischen Sozialstaat« spätestens in den 2000er Jahren unübersehbar: »Mit der Regierung Schröder/Fischer hatte die neoliberale Dreifaltigkeit von Deregulierung, Privatisierung, Ökonomisierung [...] ihren eigentlichen Durchbruch in der Bundesrepublik« (Martin & Wissel 2018: 205). Das Verständnis der Aufgaben der Sozialpolitik verschiebt sich grundlegend, »der fordistisch-keynesianische National-Sozialstaat transformierte sich zum nationalen

Wettbewerbsstaat« (ebd.: 206). Damit einher geht ein neoliberales Verständnis von Infrastruktur, das auf der Annahme basiert, dass »marktbasierete und privatwirtschaftliche Lösungen per se [...] preisgünstiger und kundenfreundlicher« sind – dieses Verständnis schien lange Zeit vorzuherrschen (Beveridge & Naumann 2017: 68). Die damit einhergehende Fragmentierung und Umorientierung einer eher kohärenten Stadtplanung hin zu neoliberalen und privaten Infrastrukturnetzwerken wurde lange Zeit in der Wissenschaft nur vereinzelt aufgegriffen (Graham & Marvin 1994, Curry 1998, Coutard 1999, Castells 1999). Obwohl Star (1999: 380) schon Ende der 1990er Jahre betonte, dass Infrastrukturen je nach Perspektive eine Erleichterung oder eben eine neue Barriere, ja sogar Grenze, sein können, blieb eine systematische Forschung zu städtischen Infrastrukturen lange aus (Larkin 2013: 328). Graham und Marvin greifen diese Lücke 2001 auf und betonen in ihrer These des *Splintering Urbanism* die Entwicklung hin zu stärker fragmentierten und räumlich ausdifferenzierten Infrastrukturen (Graham & Marvin 2001). In infrastrukturellen Netzwerken sind gesellschaftliche Machtverhältnisse abzulesen, das Umgehen von weniger lukrativen Orten und sozialen Gruppen um sich primär profitableren Kundenkreisen widmen zu können wird von ihnen als *by-passing* beschrieben. Vor allem durch die zunehmend profitorientierten privaten Infrastrukturanbieter ist *by-passing* zu einer häufigen unternehmerischen Praxis geworden. Auch wenn die Liberalisierung und Privatisierung städtischer Infrastrukturen in der BRD weit weniger kontrovers verlief als in vielen Ländern des Globalen Südens (Bakker 2007), wird der Ruf nach einer Rückeroberung der Infrastrukturen und dem damit verbundenen *Recht auf Infrastruktur* lauter (Brandmeyer 2013, Höffler et al. 2013, Jiménez 2014, Beveridge & Naumann 2017). Denn die herrschenden Verhältnisse im breiten Bereich der Infrastrukturen zeigen deutlich: Neoliberalisierungsprozesse und die damit einhergehende Logik der Profitmaximierung greifen in das Alltagsleben der Menschen ein, infrastrukturelles *by-passing* wird für viele zum Alltag. Vermehrt entstehen sogenannte *Premium-Network-Spaces*, »hochwertige, auf Kundenwünsche zugeschnittene Enklaven«, denen gegenüber sogenannte *Network-Ghettos* stehen (Graham & Marvin 2008: 39; 2001: 289).

Die beschriebenen Entwicklungen zeigen sich in den unterschiedlichen Infrastrukturnetzwerken, teilweise stärker ausgeprägt, teilweise auch nur punktuell. Privatisierungen führen zunehmenden zu Qualitätsverlusten, vor allem für die, die auf eine staatlich bereitgestellte Infrastruktur angewiesen sind, »da auf Grund kurzfristiger Profitstrategien an Instandhaltung- und Erneuerungsinvestitionen gespart wird [und, MH & SSP] nicht-rentable Bereiche eingeschränkt oder ausgelagert werden« (Bader et al. 2011: 20). Es geht nicht mehr nur darum, Privatisierungen zu verhindern oder sie rückgängig zu machen, sondern es stellt sich immer öfter die Frage, für wen Infrastrukturen offen sind und wer der Nutzung berechtigt ist. Nur noch Menschen in bestimmten Gegenden und mit entsprechenden ökonomischen Kapazitäten wird der Zugang zu bestimmten Infrastrukturen gewährt; weniger profitable Gegenden und Personengruppen werden

ausgeschlossen. Gleichzeitig findet eine »Standortkonkurrenz um Humankapital und Investitionen statt«, die sich in »proaktiven städtischen Anwerbe- und weitreichenden kommunalen Anerkennungspolitiken« widerspiegelt (Hess & Lebuhn 2014: 19). Der sogenannte *Racial Neoliberalism* (Lentin & Titley 2011) beschreibt genau diese Tendenz: eine Abstufung und Fragmentierung von Rechten und Aufenthaltsmöglichkeiten basierend auf aktuellen und potentiellen ökonomischen Verhältnissen. Aufenthaltstitel, Herkunft und sozialer Status entscheiden immer mehr über die Möglichkeiten am städtischen Leben teilzunehmen. Konkret bedeutet das für einen immer größer werdenden Teil der Gesellschaft höhere finanzielle Belastungen, da Preise für Basisversorgung wie Wasser und Energie steigen, »Mobilitätsverluste und Einschränkungen bei Bildungsmöglichkeiten, Freizeitgestaltung oder Gesundheitsversorgung« (ebd.). »Die Erfahrungen mit den Wegen und Folgen der (De)Formierung öffentlicher Dienstleistungen sind nach mehr als zwei Jahrzehnten vertiefter Neoliberalisierung zwangsläufig reichhaltig« (Prausmüller & Wagner 2014: 10).

4.4.2 Positivanalyse: Für ein Recht auf Infrastrukturen

Infrastrukturelles *by-passing*, als eine Praxis, die in den unterschiedlichen Feldern zunehmend festzustellen ist, führt in vielen Städten zu einem stärker werdenden Protest, der sich in Kampagnen zur Rekommunalisierung städtischer Werke, dem Entstehen von *Solidarity-City*-Gruppen oder der wachsenden Anzahl an *Ernährungsräten* widerspiegelt.

Sie kämpfen gegen die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die sich »der Effizienz- und Renditelogik des kapitalistischen Marktes untergeordnet« hat (Wichterich 2012: 27), fordern die Abwendung fossiler Energieträger, die der kapitalistischen Produktionsweise »höchst angemessen« sind (Altwater 2005: 85), machen auf Umweltbelastungen aufmerksam, die je nach Einkommen und Bildung stark variieren (UBA 2015) und machen auf Entwicklungen im Gesundheitsbereich aufmerksam, wo zu beobachten ist, wie das »bestehende System durch den Übergang zur Produktionsweise eines globalen neoliberalen Kapitalismus ausgehebelt« wird (Krampe 2013: 95). Dies sind nur einige Felder, in denen sich Kämpfe um städtische Infrastrukturen materialisieren. In ihrer Vielfalt und Diversität haben sie dazu beigetragen, dass Infrastrukturen heute sichtbar und »zu einer Frage stadtpolitischer Auseinandersetzungen geworden sind« (Beveridge & Naumann 2017: 68). Denn die Teilhabe an Infrastrukturen wie Bildung, Gesundheitsvorsorge, die Versorgung mit sauberen Energien und der Zugang zu Mobilitätsangeboten ein Grundrecht sein, das allen gewährleistet wird (Hirsch et al. 2013).

Die folgende Positivanalyse basiert auf der Frage, wie städtische Infrastrukturen neu gedacht und demokratisch organisiert werden können. Um diese beantworten zu können, wird zuerst ein theoretischer Zugang zu der Frage geöffnet. Das Konzept soziale Infrastruktur ist dabei die Basis und wird von dem Ansatz *Recht auf Infrastruktur* und

der Debatte um *Urban Citizenship* ergänzt. Auf dieser Grundlage werden Modelle real-utopischen Handelns präsentiert und analysiert, die das Konzept der sozialen Infrastruktur verfolgen bzw. umsetzen und damit für ein *Recht auf Infrastruktur* kämpfen. Mit diesen Gegenentwürfen zu aktuell herrschenden Paradigmen aus den Bereichen Ernährung, Mobilität, Gesundheit, Teilhabe und Energie werden Wege hin zu einer solidarischen Praxis aufgezeigt. Aspekte wie Bildung, Kultur und Gewerbe sind dem Thema Freie Räume (siehe Kapitel 4.3) zugeordnet und wurden entsprechend dort bereits diskutiert.

Soziale Infrastruktur und das Recht auf Infrastruktur

Klassisch wird in der Stadtplanung zwischen technischer Infrastruktur, das heißt der Verkehrsinfrastruktur, Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung, und sozialer Infrastruktur, also der Bereitstellung von Schulen, Krankenhäusern, Sport- und Freizeitanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellem Angebot unterschieden. Diese Teilung wird für diese Arbeit explizit aufgelöst. Einerseits unterliegen beide Bereiche, wie in der Negativanalyse aufgezeigt, ökonomischen Zwängen und sind marktwirtschaftlich umkämpft. Andererseits sind, wie aufgezeigt und an dieser Stelle von besonderer Relevanz, Infrastrukturen Ausdruck sozialer Teilhabe bzw. ein Weg, diese zu steuern. Nicht nur in sozialen, sondern auch in technischen Infrastrukturen werden soziale Fragen verhandelt. Entgegen der Annahme, die Frage der Zugänglichkeit von Infrastrukturen stelle sich nur in Ländern des Globalen Südens, zeigen einzelne Beispiele, wie bestimmte Gruppen auch in der BRD von grundlegenden – sozialen und technischen – Infrastrukturen ausgeschlossen werden (Speer 2016, Marquardt 2017). Damit wird die Annahme, die in der Wissenschaft lange vertreten wurde, widerlegt, Infrastrukturen seien rein technische Netzwerke. Im Gegenteil, Infrastrukturen sind niemals politisch neutral, meist von Konflikten geprägt, ein wichtiger Teil urbaner Materialität (Beveridge & Naumann 2017: 79) und gelten als stets veränderbar (Höhne & Naumann 2018: 18). Diese Aspekte werden auch in stadtpolitischen Auseinandersetzungen mit infrastrukturellen Fragen deutlich: Gefordert wird die Rekommunalisierung ehemals städtischer Betriebe, die Demokratisierung kommunaler Anbieter*innen und neue Formen der Mitbestimmung (siehe Kapitel 4.2 Wohnen). Der Ruf nach Rekommunalisierung im Bereich der Daseinsvorsorge ist nicht nur eine »Reaktion auf die enttäuschten Erwartungen bezüglich der Wirkungen von Privatisierungen auf Preise und Leistungsqualität, [noch] sind [sie, MH & SSP] allein eine Parteinahme für eine Seite im vermeintlichen Gegensatzpaar ›Staat versus Privatwirtschaft‹«, vielmehr findet sich darin ein »neues Bewusstsein für den Wert des Öffentlichen sowie für eine Suche nach sachlich begründeten besten Lösungen für die Erbringung grundlegender Leistungen der Daseinsvorsorge« wieder (Lederer & Naumann 2011). Ein Hinwenden zu »öffentlichen und sozial wie ökologisch orientierten Modellen kann als Teil einer [...] postneoliberalen Stadtpolitik verstanden werden, die mit zentralen Paradigmen neoliberaler Politik bricht« (Beveridge

& Naumann 2017: 81). Ausdruck findet dieses Bewusstsein und die damit einhergehende Suche nach radikalen Alternativen seit Anfang der 2000er Jahre in der Debatte um das Konzept der sozialen Infrastruktur, die federführend von der AG links-Netz geführt wird. Als deren Ausgangspunkt gelten die massiven Angriffe auf den fordistischen Sozialstaat und die wachsende Zahl sozialer Bewegungen, die diese Angriffe versucht zu stoppen (Martin & Wissel 2018: 207f.).

Die AG links-Netz sieht Infrastrukturen als ein Grundrecht, welches von der Sozialpolitik allen Menschen gewährleistet werden sollte. Soziale Infrastruktur beschreibt keine natürlich vorhandenen Güter, stattdessen handelt es sich »um komplexe organisatorische Einrichtungen« im Bereich der Gesundheitsvorsorge, dem Verkehr, Wohnen, Bildung und Kultur (AG links-Netz 2013a: 57). Damit werden Einrichtungen gefordert, »die gewährleisten, dass wichtige Grundbedürfnisse allen Menschen in rechtsverbindlich abgesicherter Weise kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung stehen« (AG links-Netz 2013b: 12) und kollektive Nutzungsmöglichkeiten eröffnet werden (Martin & Wissel 2018: 210). Dabei geht es um Grundbedürfnisse, die eine infrastrukturelle Voraussetzung erfordern und »die angesichts der erreichten ökonomischen Produktivität allen zur Verfügung gestellt werden könnten« (Hirsch 2018). Damit würde das »Betreiben des eigenen Lebens« sowie »die umfassende Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Zukunft« für alle sichergestellt (ebd.: 58). Ein Ausbau der sozialen Infrastruktur bedeutet »eine der entscheidenden Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse [...], nämlich den Zwang zur Lohnarbeit und die Vermarktlichung der sozialen Beziehungen, d. h. konkurrenzbestimmte Individualisierung« (AG links-Netz 2013b: 13) zu hinterfragen. »Entscheidend ist [...] eine praktische Umwälzung der sozialen Beziehungen, der Wertvorstellungen, der Produktionsweisen und Konsumstile, der Geschlechter- und Naturverhältnisse« (ebd.: 11). Es geht prinzipiell darum, »in die Kämpfe um Hegemonie einzugreifen, die Kräfteverhältnisse zu verschieben, neue Spielräume für emanzipatorische Transformationen zu schaffen und zugleich das Ziel der Abschaffung von Hegemonie als Form bürgerlicher Herrschaft nicht aus den Augen zu verlieren« (Martin & Wissel 2018: 205) – für diesen Kampf sind städtische Infrastrukturen ein wichtiges Feld. Da jedoch auch der existierende Staat ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und die Menschen nicht »als abhängige Klienten des Sozialstaates und seiner Experten behandelt werden« dürfen (Hirsch 2004), kann allein der Ausbau bestehender Strukturen kein Weg für grundlegende Veränderung sein. Stattdessen gilt es um eine dezentral organisierte, bedarfsnahe und »von den Beteiligten unmittelbar beeinfluss- und kontrollierbare« Infrastruktur zu kämpfen (ebd.). Dafür benötigt es eine soziale und politische Praxis, die sich am wirksamsten um konkrete lokale Auseinandersetzungen gruppiert und sie zum Gegenstand ihrer Kämpfe macht, denn »infrastrukturelle Kämpfe erlauben es, konkrete Forderungen (z. B. »Stopp von Privatisierungen!«) mit grundlegenden Utopien von sozial und ökologisch gerechten Städten zu verbinden« (Beveridge & Naumann 2017: 79). Dabei

können öffentliche Unternehmen als »Ort und [...] Instrument für die Aushandlung, aber auch Umsetzung stadtpolitischer Forderungen« gesehen werden (ebd.: 81). Wird die Vergemeinschaftung mit neuen Formen der Organisation und des Eigentums begleitet, kann dies »den ersten Schritt für die Umsetzung eines ›Rechts auf Infrastruktur‹ darstellen« (ebd.: 84). Das »Recht auf Infrastruktur« (Jiménez 2014, Beveridge & Naumann 2017) geht mit dem Konzept der sozialen Infrastruktur einher und gliedert sich in die Recht auf Stadt-Debatte, und das darin formulierte *Recht auf Zentralität* ein (Beveridge & Naumann 2017: 79). Neben Fragen nach der Eigentums-, Rechts- und Organisationsform beinhaltet das *Recht auf Infrastruktur* auch deren Dekommodifizierung sowie die Orientierung an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Höhne und Naumann (2018: 30f.) betonen des Weiteren, dass auch die Perspektive der Verbraucher*innen und der Produzierenden miteinbezogen werden müsse, dass Grenzwerte festgelegt und Fragen nach dem Zugang und Anschluss an bestehende Systeme diskutiert werden sollten. Die Verbindung dieser Elemente mit dem Konzept der sozialen Infrastruktur wird am Beispiel des öffentlichen Nahverkehrs deutlich: Das Konzept der sozialen Infrastruktur plädiert für ein Grundrecht auf Mobilität, das sich unter anderem in der kostenfreien Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ausdrückt. Damit würde allen das Recht auf eine Verkehrsinfrastruktur und den »Zugang zu [...] Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens« (Holm 2011b: 90), im Sinne des Rechts auf Zentralität, gewährleistet.

Wie die Negativanalyse gezeigt hat, wird ein *Recht auf Infrastruktur* vielen Menschen (bewusst) vorenthalten. Dieser Ausschluss könnte, zumindest teilweise, auf städtischer Ebene aufgehoben werden. Denn es sind Kommunen, die sich mit den damit verbundenen Fragen primär beschäftigen müssen (Hess & Lebuhn 2014: 17): Sie müssen Antworten auf Alltagsaspekte, wie dem Zugang zur Gesundheitsvorsorge oder dem Arbeitsmarkt, finden. Gleichzeitig wird die kommunale Ebene von der nationalen Ebene dazu aufgefordert, (inter-)nationale Gesetze und Beschlüsse lokal umzusetzen (Scherr & Hofmann 2018: 870). Eine Antwort auf Fragen nach dem Umgang mit diesem skalaren Gefüge ist in der *Urban Citizenship*-Debatte zu finden (Holston & Appadurai 2003, Baubock 2003). Das *Citizenship*-Konzept geht weit über die Frage nach dem formalen Status (nationalstaatlichen) Bürger*innenschaft hinaus und stellt stattdessen gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt (Marshall & Bottomore 1950). Daran anschließend ermöglicht *Urban Citizenship* städtisches Regieren und Migration »jenseits ethnizierender und kulturalistischer Perspektiven« zu denken (Hess & Lebuhn 2014: 13). Definiert als einen dynamischen, umstrittenen Prozess und als politische Praxis, in dem lokale Rechte eingefordert werden (Isin 2000), rückt das Konzept Fragen der Staatsangehörigkeit in den Hintergrund und räumt stattdessen allen an einem Ort lebenden Menschen die gleichen Rechte ein (Aced 2016: 205). Da soziale, politische, kulturelle und ökonomische Teilhabechancen, der Zugang zu Ressourcen und Öffentlichkeit sowie der Gebrauch von formalen Rechten (Lebuhn 2013: 231) primär auf der lokalen Ebene

verhandelt werden (Holston & Appadurai 2003: 297), ist die städtische Ebene ausschlaggebend, wenn es darum geht, alle als Stadtbürger*innen anzuerkennen und damit allen die gleichen Rechte einzuräumen. *Urban Citizenship* würde »den Zugang zu öffentlichen Gütern, Diensten und Ressourcen, die Prozedere der politischen Teilhabe, die Anerkennung kultureller Identitäten usw.« neu regeln (Lebuhn 2013: 238).

Dieses Zusammenspiel zwischen sozialer Infrastruktur, dem *Recht auf Infrastruktur* sowie *Urban Citizenship* bildet die Grundlage für die Auseinandersetzung mit Projekten und Initiativen, die sich mit der Umsetzung dieser Konzepte auf lokaler Ebene beschäftigen.

Realutopische Modelle und Entwürfe – Wer versorgt wen?

Stadtpolitische Konflikte in den unterschiedlichsten Infrastrukturbereichen tragen, wie die folgenden Beispiele zeigen, »zu einer Konkretisierung und Materialisierung von Alternativen« bei (Höhne & Naumann 2018: 19). In den Bereich Ernährung, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Energieversorgung sowie dem Kampf um eine *Stadt für Alle* haben die Konflikte bereits zu konkreten Alternativen geführt. *Solidarische Landwirtschaft*, die Forderung nach einem Grundrecht auf Mobilität aus Tübingen, die *Poliklinik Veddel* in Hamburg und der *Care Rat* in Freiburg, der bundesweite *Solidarity-City*-Ansatz sowie die Forderung nach einer solaren Gesellschaft werden im Folgenden beleuchtet, denn sie gelten als Modelle realutopischen Handelns.

Alternative Ernährung – neue Produzierende-Konsumierende-Beziehungen

Soziale, ökologische und ökonomische Folgen des herrschenden Ernährungssystems unterstreichen die gesellschaftliche Relevanz einer Auseinandersetzung mit (Geographien) alternativer Ernährung in Wissenschaft und Praxis (Rosol 2018: 8). Eine wachsende Zahl von Initiativen, Bewegungen und Organisationen setzt sich mit den beschriebenen Folgen auseinander und stellen nicht nur politische Forderungen, sondern versuchen das System durch transformative Praktiken infrage zu stellen und zu verändern (Müller & Kropp 2017: 5). Im städtischen Raum finden diese Bewegungen Ausdruck in urbanen Gärten, öffentlichen Kühlschränken, kollektiven Ernteaktionen oder mobilen Küchen. Ein Ziel dabei ist »die Ausblendung von Landwirtschaft und Ernährung im

urbanen Raum« zu hinterfragen und neue Realitäten zu schaffen (ebd.: 6). Andere Ansätze, wie die der *solidarischen Landwirtschaft*²⁸ oder der *Food Coops*²⁹, materialisieren sich zwar weniger sichtbar im öffentlichen Raum, benötigen aber genauso innerstädtische räumliche Voraussetzungen. Nur auf der Basis von konkreten Örtlichkeiten kann ein vom konventionellen System abweichendes Angebot an Nahrungsmitteln, alternative Formen der Beziehung zwischen Produzierenden und Verbrauchenden (Watts et al. 2005) sowie alternative ökonomischen Organisationsformen (Rosol 2018: 4) realisiert werden. Dabei geht es um Alternativen, die »sich vor dem Hintergrund von Umwelt-, Gesundheits- und ethischen Bedenken [...] gegen das konventionelle Nahrungssystem« wenden (ebd.), sich dabei aber nicht nur auf Qualitätsaspekte beziehen, sondern komplette alternative Vertriebswege aufzeigen (Watts et al. 2005: 30) und dem »Nahrungssystem strukturell etwas entgegensetzen« (Rosol 2018: 5). Dies schließt auch den Bereich der Beschäftigten mit ein: Aufgrund der oftmals prekären Arbeitsbedingungen im Agrarsektor gibt es Initiativen, die an alternativen Arbeitsmodellen und kollektiver Eigentümer*innenschaft an Produktionsmitteln arbeiten. Ein weiterer wichtiger Aspekt, zur Definition von alternativen Ansätzen als *Reale Utopie*, ist die eigene Einordnung der Initiative und die Frage, inwiefern sie ihren Lebensmittelanbau als eine politische Praxis sehen, die in einem größeren Zusammenhang gesehen wird, diese Metastrukturen adressiert und versucht, strukturelle Veränderungen voranzutreiben (Müller & Kropp 2017: 7).

Der Ansatz der solidarischen Landwirtschaft vereint diese Aspekte und wird als eine Möglichkeit herangezogen, die Missstände des Ernährungssystems auf lokaler Ebene zu adressieren. *Solidarische Landwirtschaft* versucht die Konfiguration auf dem Markt in einem Teilbereich so zu verändern, dass die Lebensmittel nicht mehr konventionell über den Markt vertrieben werden, sondern in einem eigenen, durchschaubaren und von den Teilnehmenden organisierten und finanzierten Wirtschaftskreislauf fließen (Solidarische Landwirtschaft e.V. 2018). Sie kritisieren die kapitalistische Gewinnmaximierung im Nahrungsbereich und sehen sich als einen »Teilschritt einer gesellschaftlichen Emanzipation von einem neoliberalen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem« (Boddenberg et al. 2017: 135). Der Aufbau einer solidarischen Landwirtschaftsgruppe basiert auf dem Zusammenfinden des Hofes und den Abnehmer*innen sowie

²⁸ In Deutschland gibt es etwa 179 solidarische Landwirtschaftsbetriebe, im Jahr 2011 gründete sich das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft sowie der Trägerverein Solidarische Landwirtschaft e.V. In dem Verein organisieren sich seitdem die in Deutschland wirtschaftenden Solidarhöfe und Gärtnereien sowie interessierte Einzelpersonen, um den Aufbau von weiteren Solidarhöfen aktiv zu unterstützen. Entscheidend ist dabei, dass die Lebensmittel nicht über den Markt fließen, sondern über einen eigenen, durchschaubaren Kreislauf an die Anteilnehmer*innen gelangen. Mehr Informationen: solidarische-landwirtschaft.org

²⁹ Food Coops sind Zusammenschlüsse einzelner Personen bzw. Haushalte, die gemeinsam Lebensmittel in größeren Mengen direkt vom Erzeugenden beziehen und einen Fokus auf ökologisch, regional und fair gehandelte Ware haben. Meistens funktionieren diese Kooperativen auf der Basis kollektiver Verwaltungsstrukturen. Mehr Informationen: foodcoops.de

deren Bereitschaft, eine Gruppe langfristig zu koordinieren. Die enge Kooperation zwischen den Produzierenden, meistens in Form eines landwirtschaftlichen Betriebs, und den Abnehmer*innen der Produkte, ist die Basis für eine langjährige Zusammenarbeit. Das selbst organisierte Tauschsystem basiert auf geschätzten Jahreskosten des Hofes, auf dem basierend ein fester Betrag festgelegt wird, den die Mitglieder monatlich an den Hof überweisen, wodurch sich der landwirtschaftliche Betrieb »unabhängig von Marktzwängen einer guten landwirtschaftlichen Praxis« widmen kann (ebd.). Es werden einzelne Ernteanteile verteilt, womit den Produkten der klassische Preis genommen wird und »nicht-warenförmige ökonomische Zusammenhänge« entstehen (Müller & Kropp 2017: 9). Um eine positive Weiterentwicklung des Ansatzes zu unterstützen, ist es wichtig, handlungsbestimmende Projektstrukturen und deren Auswirkungen intern zu hinterfragen und an deren Weiterentwicklung zu arbeiten (Exner 2014: 21). Die lokale Umsetzung wird durch kostengünstige Lagerräume, im Idealfall ein gekühltes Depot, erleichtert, die sowohl für Mitarbeitende des landwirtschaftlichen Betriebs wie auch die Abnehmer*innen gut erreichbar sind.

Vertreter*innen solidarischer Landwirtschaftsgruppen sind in vielen Städten Deutschlands in lokalen *Ernährungsräten*³⁰ organisiert. Anfang der 1980er Jahre wurden die ersten sogenannte Food Policy Councils in den USA gegründet, wenige Jahre später entstanden sie auch in Kanada. In der BRD gibt es seit 2015 vor allem in den Großstädten wie Berlin, Köln und Frankfurt, aber auch in Städten wie Dresden und Oldenburg erste Ernährungsräte; in vielen weiteren Städten läuft die Diskussion um eine Gründung bereits (Speiseräume 2017). Hauptfunktion dieser Räte ist die Bildung eines Forums für Debatten über das Ernährungssystem, die Initiierung, Förderung und Unterstützung lokaler Ernährungssysteme sowie die Beeinflussung der kommunalen Ernährungspolitik (Stierand 2014: 169f.). Die *solidarische Landwirtschaft* ist ein Ansatz, durch den die *Ernährungsräte* ihr übergeordnetes Ziel, die Rückgewinnung der Ernährungssouveränität durch regionalen und saisonalen Lebensmittelverbrauch sowie deren lokale und ökologische Herstellung (Interview Ernährungsrat FFM 2018), versuchen zu erreichen. Damit steht das Modell der solidarischen Landwirtschaft für einen Entwurf, der versucht, die Marktconfigurationen des Kapitalismus im Sinne von Wright (2017a: 275) hin zu einer von gesellschaftlicher Ermächtigung angetriebenen Wirtschaft zu verschieben. *Ernährungsräte* könnten in Stadtplanungsfragen beratend herangezogen werden, um Möglichkeiten der lokalen Lebensmittelproduktion, der Integration des Ansatzes der *solidarischen Landwirtschaft* in Quartieren und Fragen im Bereich Bildung und Ernährung zu berücksichtigen (Interview Ernährungsrat FFM 2018). Alternativen wie die der

³⁰ Der Ernährungsrat Frankfurt setzt sich aus Vertreter*innen der Transition Town Gruppe Frankfurt, der Slow Food Gruppe, der AG Bürger für regionale Landwirtschaft und Ernährung, der Aktionsgemeinschaft Echt Hessisch und Mitgliedern der Solidarischen Landwirtschaftsgruppe sowie weiteren Einzelpersonen zusammen. Die Gründung des Frankfurter Ernährungsrats im August 2017 stand unter der Schirmherrschaft der Umweltdezernentin der Stadt Frankfurt, Rosemarie Heilig, bei der auch das Energiereferat beteiligt war. Mehr Informationen: ernaehrungsrat-frankfurt.de

solidarischen Landwirtschaft und die Arbeit von Ernährungsräten »statten [...] ihre Protagonisten mit Handlungsmacht aus und setzen urbane Ernährungsarrangements unter Veränderungsdruck« (Müller & Kropp 2017: 2). *Ernährungsräte* übernehmen teilweise die Rolle einer koordinierten Stadternährungsplanung und versuchen »durch räumliche und programmatische Maßnahmen gezielten Einfluss auf das Ernährungssystem« zu nehmen, denn von städtischer Seite ist das Engagement in diesem Bereich bisher wenig ausgeprägt (Stierand 2014: 191). Dieses Ziel wird neben der Versorgung mit alternativen Lebensmitteln durch die Schaffung offener Lern- und Bildungsräume versucht umzusetzen. Selbstorganisierte Anbau- und Kochkurse, Akademien oder das Engagement für Geflüchtete in Kombination mit urbanen Gärten und Ernährungskollektiven, trägt zur Selbstbefähigung bei und fördert den internen Wissensaustausch (ebd.: 11). Diese Funktion ist für ein städtisches Quartier von besonderer Bedeutung, denn so können Gemeinschaftsgärten ein Ort sein, der das soziale Miteinander im Quartier stärkt (Interview Ernährungsrat FFM 2018). Für die Umsetzung sind auch hier räumliche Fragen entscheidend: einerseits zur internen Organisation, andererseits zur Umsetzung einzelner Aktionen. Neben Grün- und Freiflächen für urbane Gärten sind dementsprechend öffentlich nutzbare Küchen und Seminarräume entscheidend, um auf Quartiersebene einen Beitrag zur Wende im Lebensmittelbereich beizutragen.

Grundrecht auf Mobilität

Fragen der Mobilität und der Verkehrsplanung werden in Städten hauptsächlich durch planerischen und verkehrsrechtlichen Instrumente beantwortet. Eine Reihe dieser Instrumente, wie der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Änderung der Stellplatzordnung, die Einrichtung von Fahrrad- und Autoleihsystemen oder die Installation von Ladestationen für Elektroautos, können umweltfreundliches Verhalten fördern und Anreize, den motorisierten Individualverkehr zu senken, setzen. Der Ansatz der sozialen Infrastruktur im Mobilitätsbereich nimmt diese Aspekte auf, geht aber einen Schritt weiter und fordert die Einführung des Nulltarifs im ÖPNV. Ziel ist es, Mobilität nicht mehr als Ware zu handeln, »sondern als ein selbstverständliches Grundrecht [...], »ohne Rücksicht auf sozialen Status, Erwerbstätigkeit und Staatsangehörigkeit« (ZAK³ Tübingen 2013: 144). Die Kosten würden, wie auch in den anderen Bereichen, »grundsätzlich und umfassend aus Steuermitteln finanziert« werden, »allerdings innerhalb bestimmter Grenzen«, denn allein aus »ökologischen Gründen dürfte klar sein, dass es nicht einfach um noch mehr Auto-Mobilität gehen kann [...]. Im Gegenteil: Das private Auto muss zurückgedrängt werden« (ebd.: 144f.).

»Mit unserer Nulltarif-Forderung und der Idee der »sozialen Infrastruktur« versuchten wir dabei, den »öffentlichen« und »allgemeinen« Aspekt der Gemeingüter stark zu machen (anstatt sich nur auf gemeinschaftliche Alternativprojekte zu

beschränken). Ein wirklich öffentlicher (also allgemein zugänglicher) Nahverkehr erfordert auch neue Formen von öffentlicher/demokratischer Planung und Kontrolle durch seine NutzerInnen.« (ZAK³ Tübingen 2010)

Die Idee »Mobilität als Grundrecht« geht über Debatten um nachhaltige Mobilität hinaus, neben ökologischen Aspekten wird die Frage der sozialen Teilhabe und das *Recht auf Zentralität* in den Mittelpunkt gestellt, denn Mobilität »muss für alle erschwinglich sein« (ebd.: 145). Neben ökonomischen Aspekten gilt es auch, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und soziale Beziehungen zu beachten. So ist beispielweise aus feministischer Perspektive der Ausbau und Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln von hoher Bedeutung. Historische Studien zeigen, dass sich die Planung der Straßeninfrastruktur und des ÖPNV an Bedürfnissen männlicher Erwerbstätiger orientierte (Baunhardt 2007: 307) und häufiger Frauen nicht auf einen eigenen Pkw zurückgreifen können. Sie sind damit stärker auf eine ausgebaute ÖPNV, Fahrrad- und Fußinfrastruktur angewiesen (Flade & Limbourg 1999). Um ein Grundrecht auf Mobilität allen zu gewährleisten, müssen drei Formen von Zugangshindernissen adressiert werden: »a) körperliche und mentale Einschränkungen von Personen, b) Geld- und Zeitmangel und c) periphere, mit Infrastrukturen schlecht ausgestattete Wohnstandorte (Orte schlechter Erreichbarkeiten, welche eine Zwangsmobilität erzeugen)« (Dangschat & Segert 2011: 61). Diese Aspekte kann die Quartiersebene nur teilweise beeinflussen. Ein Bürger*innenticket bzw. die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zum Nulltarif ist auf Quartiersebene nicht sinnvoll umsetzbar, es können aber Strukturen geschaffen werden, die ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten fördern, den gesamtstädtischen Diskurs um Mobilität mitbestimmen und damit den Handlungsdruck auf der nächst höheren Ebene erhöhen. Diese Strukturen müssen in der gebauten Umwelt eines Quartiers berücksichtigt werden. So würde die Orientierung am »menschlichen Maß« (Gehl 2015) bedeuten, Bedürfnisse von Radfahrenden und Fußgänger*innen in den Fokus zu stellen (ebd.: 19) und Straßen und Plätze als Treffpunkte für Bewohner*innen zu öffnen (ebd.: 45). Ein weiterer Aspekt, der vor allem nachhaltige Mobilität fördern würde, ist die Umsetzung autofreier bzw. autoreduzierter Quartierskonzepte. Erste Beispiele, in denen planerische Ideen und Modelle basierend auf umfassenden Mobilitätskonzepten umgesetzt wurden, gibt es bereits (unter anderem Weißenburg-Siedlung Münster, Hamburg-Barmbeck/Osterbekkanal, Pläne zum Innovationsquartier/Güntherburger HÖFE Frankfurt am Main). Für die Lincoln-Siedlung in Darmstadt wurde ein Mobilitätskonzept aus mehreren Bausteinen erarbeitet, die beispielhaft auch in anderen Quartieren zur Reduzierung des Verkehrs herangezogen werden können. »Der Ausbau von Rad- und Fußwegen, eine verkehrsberuhigende Gestaltung der Quartiersstraßen, eine gute Anbindung an den ÖPNV durch eine neue Haltestelle, die Bereitstellung verschiedener Mietfahrzeuge durch Car-Sharing-Angebote, Elektro-Mieterfahrzeugpools sowie Call-a-bike-Stationen, Mietlastenräder und E-Bikes« sind Maßnahmen, die über städtebauliche Regelungen zu nachhaltiger Mobilität im Quartier führen (Lincoln-Siedlung 2018). Die Stellplatzordnung

ist ein weiteres Instrument, über welches Einfluss auf die Anzahl vorhandener Pkws genommen werden kann. Studien belegen, dass je mehr Stellplätzen vorhanden sind, desto höher ist der individuelle Pkw-Besitz (Mukhija & Shoup 2006, Christiansen et al. 2017). Diese Ansätze könnten mit den Beispielen aus dem Bereich Wohnen kombiniert werden, bisher findet eine Kombination nachhaltiger Mobilitätskonzepte mit bezahlbarem Wohnraum aber kaum statt (VCD e.V. 2018: 6). Entscheidend dabei ist, dass die Maßnahmen mit dem Verständnis von sozialer Infrastruktur und dem Grundrecht auf Mobilität einhergehen und nicht auf Kosten sozialer Aspekte, wie dem Ausschluss ärmerer Bevölkerungsgruppen, implementiert werden. Mit einer Kombination dieser Instrumente, kann die Quartiersebene einen Beitrag zur Verkehrswende leisten.

Eine solare Gesellschaft – dezentrale erneuerbare Energieversorgung

Auch im Bereich der Energiewende kann die Quartiersebene zur dringend notwendigen Energiewende beitragen: Die notwendigen Technologien zum Ausbau erneuerbarer Energien sind bereits entwickelt und eine Vielzahl an Praxisbeispielen zeigt, dass eine autarke Energieversorgung auf der Ebene von Haushalten, Quartieren und Gemeinden bereits möglich ist (unter anderem Vaubaun-Quartier Freiburg, Gemeinde Morbach). Meist fehlt in diesen Projekten jedoch das Zusammendenken von allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: ökologisch, ökonomisch und sozial (Drilling & Schnur 2012b: 17). Vor allem soziale Fragen geraten bei einem Fokus auf ökologische Höchststandards vermehrt in den Hintergrund. Das Vauban-Quartier in Freiburg zeigt, wie diese in den Bebauungsplan integriert oder über privatrechtliche Kaufverträge geregelt werden können. Extensive Dachbegrünung, der Bau nach Niedrigenergiebauweise und die Planung einer Solarsiedlung (Stadt Freiburg 2014: 33f.) verschafften dem Freiburger Quartier zwar den Titel »Öko-Vorzeigestadtteil« (Badische Zeitung 2012); soziale Fragen, wie die Bezahlbarkeit der Wohnungen oder die Durchmischung des Quartiers, wurden jedoch vollkommen außer Acht gelassen (Sommer & Weichert 2014: 54). Deutlich wird dadurch, gebraucht wird nicht nur eine Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern auf eine solidarisch gestaltete Ökonomie.

Für eine grundlegende Transformation ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisses notwendig (Altvater 2005: 211) und es gilt am Aufbrechen der Verbindung zwischen Kapitalismus und dem fossilen Energiesystem zu arbeiten. Denn das fossile Energieregime hat den Kapitalismus auf Höchstleistung gebracht: Fossile Energieträger ermöglichen Produktivitätssteigerung und entkoppeln die Produktion von Raum und Zeit, wie es für den Kapitalismus wesentlich ist (ebd.: 78f.). Das Ensemble zwischen Energieregime, sozialer Formation und europäischem Rationalismus, einem in sich stimmigen gesellschaftlichen Naturverhältnis, gilt es mit neuen Wegen der Energiegewinnung zu stören, so wie es weltweit viele alternative Energieprojekte bereits praktizieren (ebd.: 84). Zur Störung dieser Kongruenz kann der konsequente Einsatz von erneuerbaren Energien an Stelle von fossilen Energieträgern einen Beitrag leisten (ebd.:

213). Dabei werden erneuerbare Energien zu einem Weg, diese Kongruenz aufzubrechen und »die Erde aus der Zwangsjacke des geschlossenen fossilen Energiesystems zu befreien und wieder zu einem offenen Energiesystem zu machen« (ebd.).

»Ein Regime erneuerbarer Ressourcen mit den dazu passenden sozialen Formen und einer solidarisch gestalteten Ökonomie ist das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Neue soziale Formen können entwickelt werden. Die Geschichte ist nicht am Ende, sie ist offen und geht weiter.« (ebd.: 211)

Erneuerbare Energie, die dezentral produziert und genutzt werden können, verhindern des Weiteren lange Transportwege, die heute teilweise militärisch gesichert werden (Altvater 2004: 28). Es sprechen neben ökologischen Gründen auch friedenspolitische Aspekte für den Ausbau erneuerbarer Energien (ebd.). Außerdem bieten erneuerbare Energien die Möglichkeit, nicht nur die Energiequelle, sondern auch die Anwendungsweise zur Disposition zu stellen (Altvater 2005: 223). Da sich die Forschungs-, Entwicklungs- und Einführungskosten mittlerweile amortisiert haben, sind die Herstellungskosten für erneuerbare Energien extrem gesunken, wodurch sich der Markt für viele kleine Erzeuger*innen geöffnet hat, die so ihren eigenen Strom produzieren können (Habermann 2016: 119). (Bürger*innen-)Energiegenossenschaften sind ein Weg, bestehende Produktionsweisen und Konsummuster in Frage zu stellen und eine soziale Organisation aufzubauen (Altvater 2004: 27f.). Ihr Ziel ist nicht nur ein »Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger, sondern [...] eine dezentrale, ökologische und demokratische Energieversorgung« (Jungjohann 2015). Energiegenossenschaften, in denen die Genossenschaft Besitzerin und Betreiberin der Stromerzeugungsanlage und des Stromnetzes ist und die Verbrauchenden als Mitglieder an der Genossenschaft beteiligt sind, sind ein Beispiel, wie eine solare Gesellschaft auf Basis solidarischer Ökonomie organisiert werden kann. Dies beruht auf einer veränderten Nutzer*innen-Verbraucher*innen-Gemeinschaft, in der neue soziale Formen praktiziert werden und in der Strom als *Commons* verstanden werden kann (Lambing 2012). Energiegenossenschaften basieren auf regionaler Wertschöpfung und unterschiedlichen Formen der Selbstorganisationen und können dadurch ein Gegenpol zu sozial- und klimaschädlicher Energieversorgung sein (Flieger 2011: 315f.). Ihr satzungsbasierter Auftrag besteht in der Förderung der eigenen Mitglieder, entsprechend müssen sie nutzer*innenorientiert statt investor*innengeleitet handeln (ebd.: 316). Als Teil einer solidarischen Ökonomie können Energiegenossenschaften einen Beitrag zu einer postfossilen, ressourcenschonenden Gesellschaftsformation leisten (Bayer 2013: 142). Für die Produktion erneuerbarer und sauberer Energie ist die Kombination aus Stadtwerken, die dauerhaft im kommunalen Besitz sind, und Energiegenossenschaften eine Möglichkeit, eine »gesellschaftliche und politische Neuausrichtung von Energiethemen in den Regionen mitzugestalten« (Debor 2017: 109).

Für die Quartiersebene gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die lokal produzierte Energie vor Ort zu nutzen. Zum Beispiel kann »die genossenschaftliche Grundidee einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft (Prosumer-Idee) [...] in Quartierskonzepten zum Tragen kommen« (Netzwerk Energiewende Jetzt e.V. et al. 2016: 75). Darauf basierend können Quartiersspeicher und eigene Netze, die mehrere Häuser zusammenschließen, eine unabhängige Energieversorgung, gewonnen durch erneuerbare Energie, ermöglichen (ebd.: 8). Das Modell des Mieterstroms bietet einzelnen Gebäuden die Möglichkeit, sich dezentral mit erneuerbarer Energie zu versorgen. In dem Modell wird Strom aus der Solaranlage eines Gebäudes direkt an die Nutzer*innen geliefert, ohne dabei das allgemeine Versorgungsnetz zu nutzen (Bundesnetzagentur 2018). Auch gibt es die Möglichkeit, die Photovoltaikanlagen von Energiegenossenschaften installieren zu lassen und damit ganze Nachbar*innenschaften zu versorgen. Überschüssige Energie könnte zudem zum Beispiel mit Elektromobilitätsprojekten kombiniert werden, sodass gleichzeitig Anreize geschaffen werden, auf Elektrofahrzeuge umzusteigen.

Insgesamt gehen die Herausforderungen einer Energiewende über die hier beschriebenen Ansätze hinaus; notwendig ist ein »langfristiger Transformationsprozess eines komplexen sozio-technischen Systems« (Gawel et al. 2017: 426). Es würde bedeuten, »fossile Rohstoffe im Boden zu lassen, Produktionsmittel zu vergesellschaften und demokratisieren und unsere Einstellung zum Energieverbrauch zu ändern« (Lausitzer Klimacamp 2012). Für den Übergang vom kapitalistischen Markt »zu den kollaborativen Commons« muss sich dies auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen, sodass grüne Energie überall produziert werden kann (Rifkin 2014: 134). Basierend auf dem Verständnis von *Realen Utopien* können die aufgeführten Beispiele dazu beitragen, diesen Prozess voranzubringen und damit die Risse, die erneuerbare Energien in das kapitalistische System reißen können, auszuweiten.

Gesundheit politisch denken

Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2004 ist die Gründung von sogenannten medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wieder möglich. Ihr Vorläufer, die Polikliniken in der DDR, wurden im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands stillgelegt. Mit der Möglichkeit der Gründung von MVZ wurden die Weichen für eine Flexibilisierung und Modernisierung der Rahmenbedingungen für die ambulante ärztliche Versorgung gestellt (Knieps & Amelung 2010: 17). Diese wird vielerorts von profitorientierten Akteuren* und Investmentgesellschaften ausgenutzt (Frankfurter Rundschau 2018), gleichzeitig wird aber auch die Möglichkeit gegeben, Zentren in Trägerschaft der Kommune oder einer Genossenschaft zu führen. Die *Poliklinik Veddel* in Hamburg³¹ nutzt diese

³¹ Die Poliklinik Veddel in Hamburg ist ein stadtteilorientiertes Gesundheitszentrum mit einer Allgemeinanzpraxis, Sozial- und Gesundheitsberatung, psychologischer Beratung und ein Treffpunkt für alle. Seit 2017 arbeitet das Kollektiv an einer zeitgemäßen Gesundheitsversorgung und versteht Gesundheit dabei als eine soziale Frage. Mehr Informationen: poliklinik1.org

Möglichkeit, um ein »Gesundheitssystem von unten« aufbauen zu können und einen »Ort des Treffpunkts und Austausches, der Bildung und kulturellen Aktion für Menschen aus der Nachbarschaft« zu konzipieren (Poliklinik Veddel 2015: 14f.). In diesem Pionierprojekt »werden neue Formen der sozialmedizinischen, interdisziplinären Versorgung erprobt« (Rakowitz 2017: 4). Im Gegensatz zu strengen Hierarchien in klassischen Krankenhausbetrieben bieten sie die Möglichkeit, »Statusunterschiede innerhalb der Gesundheitsberufe« abzubauen, »die Selbstbestimmung und Mitsprache von Patient*innen« zu stärken und damit einen ersten »Schritt einer Demokratisierung des Gesundheitssystems« zu wagen (ebd.: 36f.). Basierend auf dieser Möglichkeit und der Annahme, dass Gesundheit eine soziale Frage ist, die stark an die ökonomische Situation eines Individuums gebunden ist (Poliklinik Veddel), bedeutet soziale Infrastruktur im Gesundheitsbereich ein »demokratisches, soziales und menschwürdiges« System aufzubauen (AG links-Netz 2010). Ein praktischer Ansatz, diese Infrastruktur herzustellen, der auf Quartiersebene konkret umsetzbar wäre, ist die Möglichkeit der medizinischen Versorgungszentren zu nutzen und stadtteilorientierte Gesundheitszentren, in denen Ärzt*innen mit unterschiedlichen Spezialisierungen kooperativ zusammenarbeiten (Krampe 2013: 108), aufzubauen. In der *Poliklinik Veddel* in Hamburg wird an Strategien zur »Verbesserung der Gesundheit und gegen die organisierte Traurigkeit der Verhältnisse« gearbeitet. Gesundheit und Krankheit werden dabei »sowohl individuell als auch gesellschaftlich-kollektiv verhandelbar gemacht«. Mit einem:

»starken Fokus auf gesellschaftlich krankmachende Faktoren wie ungleiche Einkommen, Wohnverhältnisse, Rassismus, Umweltbedingungen und Bildung [...], soll der neoliberalen Erzählung von Eigenverantwortung, individuellen Risikofaktoren, und Verhaltensprävention begegnet werden.« (Poliklinik Veddel)

Mit dem Streben nach einer »gemeinnützige[n] Trägerschaft [...], die im besten Fall und bei Verbreitung der Idee großflächig einer Ökonomisierung des ambulanten Bereichs entgegen wirkt« (ebd.), lässt sich das Gesundheitszentrum in die Definition der *Realen Utopien* einreihen. Basierend auf einer fundamentalen Kritik am »neoliberalen Credo unserer Zeit« wird ein Modellprojekt erarbeitet, das den Anspruch hat, die bestehenden Verhältnisse zu verändern:

»Mit einem Konzept, das sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt, in dem das Postmigrantische als Stärke und nicht als Problem gesehen wird, in dem die krankmachenden Verhältnisse und nicht nur das individuelle Verhalten ins Blickfeld geraten, in dem gemeinsam über Berufsgrenzen und Rollenbilder hinweg nach kollektiven Lösungsstrategien gesucht wird, in dem eine Kultur der Teilhabe und des Willkommens eine Antwort auf Krankheit ist.« (ebd.)

Basis für die Arbeit der Poliklinik ist eine fundierte Sozialraumanalyse und ein enger Kontakt zu relevanten Akteuren* im Viertel sowie dem Verständnis, dass Gesundheit

auch von sozialen Determinanten wie Lohnarbeitsverhältnis, soziökonomischer und sozialer Status und Wohnverhältnissen, beeinflusst wird. Indem nicht nur klassische medizinische Versorgung geleistet wird, sondern auch Rechtsberatung, Bildungsangebot und ein Pflegedienst angeboten wird, sollen die »komplexen Prozesse, durch die sich die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Körper auswirken«, adressiert werden, denn »nicht nur Viren oder Bakterien wirken auf Deinen Körper ein, sondern genauso der Rassismus, dem Du täglich ausgesetzt bist« (Schlegel & Schroeder 2015: 22). Im Austausch mit einem ähnlichen Projekt in Berlin entsteht so seit 2017 eine allgemeinmedizinische Praxis und eine Sozial- und Gesundheitsberatung mit Präventionsmodulen. Primäre Gesundheitsversorgung, Kollektivierung der gesundheitlichen Problemlage im Stadtteil und die Veränderung der Verhältnisse sind Wege, durch die an der Verbesserung der Stadtteilgesundheit gearbeitet wird. Gemeinsam mit den Patient*innen, Stadtteilbewohner*innen und den Mitarbeitenden der Poliklinik wird an der Repolitisierung des Themas Gesundheit gearbeitet (Poliklinik Veddel 2015: 16), dabei sieht die Poliklinik ihre Aufgabe darin, die:

»Nutzer*innen der Poliklinik und die Bewohner*innen des Stadtteils in ihrem Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung der Verhältnisse zu unterstützen und gemeinsam reale Utopien für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu entwerfen, für deren Umsetzung zu kämpfen und sie einfach zu leben.« (Poliklinik Veddel)

Das Beispiel der *Poliklinik Veddel* reiht sich in Debatten um die sogenannte *Care Revolution*³² ein. Ein Beispiel innerhalb dieser Debatten ist der *Care Rat*³³ in Freiburg. Er basiert auf ähnlichen Überlegungen, setzt jedoch an einer anderen Stelle an.

Der Rat »soll Care-Beschäftigten sowie Menschen in familiären und ehrenamtlichen Sorgebeziehungen Raum geben, Missstände und Notlagen zu schildern [und, MH & SSP] Lösungswege, Forderungen und Handlungsoptionen entwickeln. Diese können sich zum Beispiel an den Gemeinderat richten oder die Beteiligten setzen die Ideen gleich selbst um.« (Care Revolution Netzwerk 2017)

³² Das Care Revolution Netzwerk hat sich im Sommer 2012 gegründet. Aus einem Treffen zum Thema Feminismus und Kritik an politischer Ökonomie entstand eine Arbeitsgruppe zum Thema Reproduktionsarbeit. Die Aktionskonferenz Care Revolution im Jahr 2013 brachte ein Jahr der Mobilisierung mit sich. Seitdem besteht das Netzwerk und ruft zu Demos auf, organisiert Diskussionsveranstaltungen und ist Dach für viele Organisationen und Gruppen, die zum Thema arbeiten. Mehr Informationen: care-revolution.org

³³ Seit 2017 arbeitet der Rat Erfahrungen von Menschen im Pflegesektor auf, formuliert politische Forderungen und entwickelt eine sogenannte Care-Agenda. Die Gründer*innen sind der Meinung, dass ein eigenständiges Gremium gebraucht wird, um das Pflege-Problem zu adressieren. Als erstes Thema hat sich der Rat im November 2017 die Altenpflege vorgenommen. Seitdem trifft sich der Rat regelmäßig, beteiligt sich an politischen Veranstaltungen und informiert über die aktuelle Lage im Pflegesektor. Mehr Informationen: care-revolution.org/regionale-vernetzungen/freiburg

Als Teil des Netzwerk *Care Revolution* kämpft sowohl der *Care Rat* Freiburg, als auch die *Poliklinik Veddel* »gegen die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zu Überforderung und Zeitmangel führen«. Damit verfolgen sie langfristig

»neue Modelle von Sorge-Beziehungen und eine Care-Ökonomie an, die nicht Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt, und die Sorgearbeiten und Care-Ressourcen nicht nach rassistischen, geschlechtlichen oder klassenbezogenen Strukturierungen verteilt.« (ebd.)

Die Einrichtung eines lokalen Gesundheitszentrums nach Vorbild der *Poliklinik Veddel* in Hamburg ist ein konkreter Schritt an diesem Ziel auf Quartiersebene zu arbeiten. In Kombination mit einem sogenannten *Care Rat*, der, genauso wie eine Poliklinik, entsprechende räumliche Gegebenheiten benötigt, kann so das Thema Gesundheit auf lokaler Ebene politisch behandelt, an konkreten Alternativen gearbeitet und gleichzeitig für andere Gesamtstrukturen gekämpft werden.

Soziale Teilhabe – Solidarity City

Von zivilgesellschaftlicher Seite wird die Frage des Zugangs zu Infrastrukturen und der damit zusammenhängenden sozialen Teilhabe verstärkt von *Solidarity-City-Gruppen*³⁴ adressiert, deren Ursprung in der Bewegung der *Sanctuary Cities* liegt. Dabei versuchen Städte in den USA und Kanada seit den 1970er Jahren Antworten auf migrationspolitischen Fragen auf kommunaler Ebene Antworten zu finden und ihre kommunalpolitische Hoheit auszuspielen. Indem sie sich als sogenannte *Sanctuary Cities* betiteln, verpflichten sie sich, »ihre kommunalen Dienstleistungen allen Stadtbewohner*innen zugänglich zu machen, solange sie faktisch in der Stadt leben, ohne dass sie aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus Furcht vor Sanktionen (Inhaftierung, Abschiebung) haben müssen« (Scherr & Hofmann 2018: 871). Das *Solidarity-City*-Netzwerk setzt sich für eine Stadt ein, »aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist« (Solidarity City). Der Ansatz ist eine Kombination aus konkreter Alltagsunterstützung primär für geflüchtete Menschen und der ständigen Konfrontation mit bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (Interview Offene Haus der Kulturen 2018). Dabei wird das System vor allem in Bezug auf Flucht und Migration stetig hinterfragt, was den Ansatz zu einem politischen Konzept macht, in dem neben Alltagsfragen an einem Modell für eine andere Gesellschaft gearbeitet wird (ebd.).

³⁴ Mittlerweile haben sich über 300 Städte in den USA als *Sanctuary Cities* ernannt. Seit 2015 nimmt auch die Diskussion in der BRD um *Sanctuary Cities* zu. Soziale Bewegungen setzen sich unter dem Titel *Solidarity City* für Bleiberecht und Wohnraum, Bürgerasyl und z. B. Bildungschancen ein. Bis Anfang 2018 haben sich bereits 18 *Solidarity-City-Gruppen* über das Bundesgebiet verteilt gebildet. Mehr Informationen: solidarity-city.eu

»Solidarity City ist ein Ansatz, wo man sagen kann, wir hinterfragen jetzt das ganze System [...]. Wie müsste man das System grundsätzlicher Infrage stellen? Da wird es dann eben politisch. [...] Politisch wird es in dem Sinn, dass man die bestehenden Verhältnisse hinterfragt. Indem man sagt, die wollen wir nicht, wir wollen eine andere Stadt, in diesem Falle eine solidarische Stadt. Solidarity City als ein Ansatz zu sagen, alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, müssen die gleichen Rechte haben.« (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018)

Eine konkrete Forderung von *Solidarity-City*-Gruppen ist die Einführung einer *Urban Citizenship Card*. Diese Karte hätte eine starke symbolische Charakter, da ihr Prinzip quer zum nationalstaatlichen Verständnis liegt und die Stadt als entscheidenden, realen Bezugsraum in den Fokus stellt und mit der Logik bricht, auf denen momentan das Wahlrecht oder eine Arbeitserlaubnis basiert (Interview Boeing 2018). Gleichzeitig stellt die Karte, sobald sie von allen Stadtbewohner*innen genutzt wird, einen konkreten solidarischen Akt dar: Ob Menschen keine legalen Papiere, einen befristeten Aufenthaltstitel oder die deutsche Staatsangehörigkeit haben, wäre auf städtischer Ebene nicht mehr von Relevanz (ebd.).

»Solidarity City geht über das Wohnen hinaus, es deckt alle Grundbedürfnisse des Daseins ab, ob das Gesundheit ist, ob das Bleibe ist, die Existenz – kannst du hier existieren, darfst du bleiben, wo gehörst du dazu? Deshalb ist diese Citizenship Card eine der interessantesten Dinge [...]. [Die Karte, MH & SSP] stellt für mich die größte Brücke dar, [...] sie ist ein wesentlicher Punkt, weil der einen viel größeren Bereich abdeckt. [...] Einen Pass, der deckt [Personalausweis, Kulturticket, Gesundheitskarte, ÖPNV-Ticket, MH & SSP] alles ab.« (Interview Boeing 2018)

Der Zugang zu den unterschiedlichen Bereichen einer sozialen Infrastruktur würde durch diese neue Form der städtischen Bürger*innenschaft allen in der Stadt lebenden Menschen ermöglicht werden. Die Forderung nach einer *Urban Citizenship Card* reiht sich in realutopische Entwürfe für eine andere Gesellschaft ein, ist aber ein weiteres Beispiel, das nicht auf Quartiersebene umsetzbar ist. Da es aber auch räumliche Strukturen braucht, um das Konzept der *Solidarity City* umzusetzen, kann die Ebene des Quartiers einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung des Ansatzes leisten. Vertreter*innen von *Solidarity City* Frankfurt und Hamburg betonen die Bedeutung von offenen Räumen über den gesamten Stadtraum verteilt, in denen Menschen verschiedener Generationen und Herkunft zusammenkommen können, Alltagsprobleme gemeinsam gelöst werden und Beratung stattfinden kann (Interview Offene Haus der Kulturen 2018; Interview Boeing 2018). Auch die Öffnung von Wohnhäusern und Gemeinschaftsräumen für Bürger*innenasyl ist ein Weg, Ansätze und Forderungen von *Solidarity City* auf Quartiers-ebene umzusetzen. Offene Gemeinschaftsräume leisten neben der Unterstützung im Alltag auch Vorarbeit gegen Rassismus und Insolation (Interview Offenes Haus der Kulturen 2018).

4.5 Fazit der Analysen

» Die Geschichte der Zukunft wird – wenn sie eine Zukunft emanzipatorischer gesellschaftlicher Ermächtigung sein soll – eine Entwicklung der Siege und Niederlagen, Gewinner und Verlierer sein und nicht einfach eine Geschichte der Kompromisse und des Zusammenspiels verschiedener Interessen und Klassen. [...] Es geht um schrittweise Veränderungen der grundlegenden Strukturen eines Gesellschaftssystems und seiner Mechanismen gesellschaftlicher Reproduktion, die in ihrer Gesamtheit das System transformieren, und nicht um eine harsche Diskontinuität in den Machtzentren des Systems als « Ganzem. (Wright 2017a: 435)

Am Anfang unserer Arbeit stand das Ziel, Gegenentwürfe zu aktuell herrschenden Paradigmen der Stadtentwicklung ausfindig zu machen, die in ihrer Vielfalt zu gesellschaftlicher Transformation beitragen. Wir haben uns auf die Suche gemacht nach Grundrissen für ein ökologisches, demokratisches und soziales Quartier, die uns den Weg hin zu einer solidarischen Praxis auf Quartiersebene weisen können und uns eine »Geschichte der Zukunft« erzählen.

Aus der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Begriff der Utopie wurde deutlich, wie uns utopisches Denken helfen kann, die scheinbare Ausweglosigkeit der bestehenden Verhältnisse zu überwinden. Im Sinne des von Harvey (2000) ausgeführten Gedankens zum Zusammenhang von Raum und Utopie wählten wir Beispiele aus, die in einer konkreten, räumlichen Praxis verortet sind und eine prozesshafte gesellschaftliche Veränderung zum Ziel haben. Das Konzept der *Realen Utopien* von Wright (2017) verdeutlicht die Bedeutung real-utopischer Initiativen, »die sich in den Zwischenräumen und Rissen innerhalb einer herrschenden Machtstruktur abspielen« (ebd.: 436f.) und die gleichzeitig kontinuierlich an emanzipatorischen Alternativen arbeiten. Ziel ist die Ausweitung bestehender Nischen und Freiräume jenseits marktförmiger Strukturen. Dies impliziert ein Verständnis von Transformation als eine Metamorphose, »in der relativ geringfügige Veränderungen sich summieren, um einen qualitativen Wandel in der Dynamik und Logik des Gesellschaftssystems herbeizuführen« (ebd.: 435). Wie genau das Ergebnis dieser Transformation aussehen wird, bleibt offen. Was anhand der dargestellten Beispiele – der *Realen Utopien* – dargestellt werden konnte, sind »Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung« (ebd.: 195), die es hoffnungsvoll zu beschreiten gilt. Die räumliche Ebene des Quartiers bietet dafür einen Möglichkeitsraum, der Menschen, die sich zu Initiativen oder Gruppen zusammengeschlossen haben, befähigt, in einem überschaubaren Maßstab *Reale Utopien* zu praktizieren, deren Weiterentwicklung voranzutreiben und die »Räume gesellschaftlicher Ermächtigung schrittweise [zu, MH & SSP] erweitern« (ebd.: 436).

Die kritischen Analysen des Status quo, die Negativanalysen in den Bereichen Planung, Wohnen, (Frei-)Räume und urbanes Grün sowie Infrastruktur, lassen Tendenzen erkennen, die sich unter den Stichworten Kommodifizierung, Privatisierung, Deregulierung und Individualisierung zusammenfassen lassen. Die Negativanalyse belegt zusammengefasst, dass es sich dabei um eine Form der Stadtplanung handelt, die die Interessen der Menschen in städtischen Quartieren, den Interessen der Kapitalverwertung unterordnet und die sich einer politisch-gesellschaftlichen Debatte dadurch tendenziell entzieht. Wohnraum, der als Ware auf dem globalen Finanz- und Anlagemarkt gehandelt wird und ein öffentlicher Wohnungssektor, der durch Privatisierung sowie Deregulierung kaum noch steuerbar ist. Beides führt letztlich zu Ausgrenzung und Verdrängung derjenigen, die sich bei hoher Wohnraumnachfrage die unregulierten Marktpreise nicht leisten können. Dieser von uns als derzeit paradigmatisch und hegemonial beschriebene Modus der Stadtentwicklung zeigt ferner eine Unterwerfung städtischer (Frei-)Räume unter die Zwänge tauschwertbasierter Verwertungsinteressen und gleichsam eine Zerstörung dieser sozio-kulturellen und grünen (Frei-)Räume. Er stellt sich zudem als ökologisch problematisch heraus, da er einen Umgang mit dem Klimawandel nahelegt, der Umweltbelastungen global und lokal räumlich ungleich verteilt und bei dem, anstatt die gesellschaftliche Bedingtheit der Klimakrise zu thematisieren, vor allem individuelle oder marktbasierter Lösungen anbietet. Durch die im Kontext einer solchen Stadtentwicklung vorangetriebene Privatisierung technischer und sozialer Infrastrukturen werden diese einem gesellschaftlichen, politischen Zugriff entzogen. Dies führt zu weiteren Ausschlüssen und Diskriminierungen, wenn der Zugang zu vormals öffentlicher oder sozialer Infrastruktur unter Marktgesichtspunkten reorganisiert wird. Diese Ergebnisse der Negativanalysen unterstreichen die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den kurz-, mittel- und langfristigen sozialen Folgen einer Stadtentwicklung, die getrieben wird vom Primat der Kapitalverwertung und die sich nicht oder nur rudimentär demokratisch an sozialen und ökologischen Erfordernissen orientiert.

Die anschließend in den Positivanalysen dargestellten *Realen Utopien* setzen an den zuvor genannten Kritikpunkten an und stellen ihnen alternative Praktiken, Entwürfe und Modelle entgegen. Sie verdeutlichen, wie der »Bau einer neuen Gesellschaft im Gehäuse der alten« (ebd.: 442) mit Hilfe eines »spatiotemporal utopianism« (Harvey 2000: 196) angegangen werden kann. Die dafür herangezogenen Ansatzpunkte und Strategien sind je nach Themenfeld unterschiedlich, verfolgen aber gemeinsame, übergeordnete Ziele. Diese gemeinsamen Ziele sind aus Positivanalysen hervorgegangen, und lassen sich unter den Begriffen der Solidarität, Dekommodifizierung, Demokratisierung und Vergesellschaftung zusammenfassen. Sie sind die zentralen Bedingungen, die für die Verwirklichung *Realer Utopien* und damit für gesellschaftliche Transformation, entscheidend sind.

Solidarität ist ein Begriff, der in vielen der Beispiele implizit oder explizit aufgegriffen wird. Er beschreibt Beziehungen zwischen Menschen und innerhalb der Gesellschaft,

die, anstatt von Konkurrenz und Individualisierung, von gegenseitiger Hilfe und kollektivem Handeln geprägt sind. In diesem veränderten Verhältnis der Menschen zueinander und zu gesellschaftlichen Gütern, werden gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse sichtbar. Das Knüpfen »solidarischer Beziehungsweisen« innerhalb *Realer Utopien* beschreibt einen kleinteiligen Prozess, dessen einzelne Teile in ihrer Summe den Weg zu einer emanzipatorischen Gesellschaft ebnen können (Adamczak 2017: 265f.).

Unter dem Begriff Dekommodifizierung werden Konzepte zusammengefasst, die die Versorgung mit Gütern, Dienstleistungen und Infrastrukturen »ganz oder teilweise den Marktlogiken entziehen und aus Verwertungs- bzw. Kapitalkreisläufen herausnehmen« (Schipper 2018: 1). Wie sich dieses Ziel in eine konkrete Praxis umsetzen lässt, wird beispielsweise im Verständnis von Wohnen als soziale Infrastruktur deutlich. Durch staatliche Instrumentarien, einem sozialen Engagement kommunaler Institutionen sowie kooperativen Wohnformen, kann der Einfluss privater Akteure* auf dem Wohnungsmarkt langfristig eingeschränkt werden und das Wohnen schrittweise seiner Warenform entledigt werden. Ähnliches gilt im Bereich klassischer sozialer Infrastrukturen. So ist es der *Poliklinik Veddel* gelungen, die warenförmige Organisation von Gesundheitsversorgung durch eine solidarische Praxis zu ersetzen und mit Ansätzen einer Stadtteilarbeit zu ergänzen. Auch *Commoning* zeigt, wie der Aufbau von Gemeingütern und –strukturen gelingen kann und (Grün-)Räume fernab von Marktmechanismen und Profitinteressen produziert werden können. Die Prinzessinnengärten oder das Fab Lab *Fabulous St. Pauli* markieren Beispiele für diese Art der unkommerziellen Nutzung urbaner Räume. Bei allen ausgewählten Beispielen handelt es sich »um bewusst entwickelte Formen gesellschaftlicher Organisierung, die von den herrschenden Macht- und Ungleichstrukturen abweichen« (Wright 2017a: 439) und dabei das Ziel der Dekommodifizierung verfolgen.

Demokratisierung, als »radikal-reformistische Transformationsperspektive« (Martin & Wissel 2018: 213), ist ein weiteres zentrales Ziel der aufgezeigten Beispiele. Anspruch hierbei ist es nicht, dekommodifizierte Bereiche allein dem Staat unterzuordnen, sondern Formen der Verwaltung und Organisierung zu finden, in der öffentliche Güter, von Gesundheit und Energie, über Infrastrukturen, wie Wohnen und Mobilität, von Nutzer*innen und zivilgesellschaftlichen Kräften politisch gesteuert werden können. Im Konzept »Rekommunalisierung Plus« von *Kotti & Co* werden, unter der Prämisse einer umfassenden Demokratisierung, kommunale Wohnungsbauunternehmen und deren Unternehmenspolitik durch Mieter*innenräte mitgesteuert. Dieser durch gesellschaftlichen Druck von unten herbeigeführte Eingriff in die Geschäftspraxis kommunaler Unternehmen zeigt exemplarisch, wie eine demokratische Verwaltung öffentlichen Eigentums funktionieren kann. Eine ähnlich veränderte Praxis fordert die Initiative *Stadt von Unten* in der kommunalen Planungspraxis. Durch die politische Arbeit der Initiative

wurde seit Beginn der Planungen für eine Kooperation mit der Zivilgesellschaft gestritten, wodurch politische Forderungen in den Planungsprozess eingeflossen sind. Das konventionelle Prinzip von Beteiligung und Konsens wurde durchbrochen und demokratische Partizipation stadtpolitischer Initiativen ermöglicht. Das ebenfalls im Rahmen dieses Prozesses entwickelte Modell des Bodenrats zeigt, wie durch kollektives Eigentum ein dauerhafter, politischer Aushandlungsprozess in Fragen von Nutzung und Vergabe städtischer Böden aussehen kann. Kollektive Eigentumsstrukturen in Form von Genossenschaften, Vereinen, gGmbHs, Miethäusersyndikaten, haben in allen Analysebereichen verdeutlicht, welche Möglichkeiten bereits existierende Rechtsformen bieten, um Profitinteressen langfristig zurückzudrängen und demokratische Steuerung zu ermöglichen.

Das Zusammenwirken von Prozessen der Dekommodifizierung und Demokratisierung beschreibt der Begriff der Vergesellschaftung. Eine umfassende Definition von Vergesellschaftung, der wir uns anschließen möchten, bietet die Interventionistische Linke Berlin (2018):

»Vergesellschaftung ist für uns ein Ziel und ein Prozess: die kollektive (Wieder-) Aneignung von Gütern und Infrastrukturen, die im Kapitalismus in privaten Händen liegen und unter dem Zwang der Kapitalverwertung stehen. Dabei geht es nicht (nur) darum, sie in staatliches Eigentum und staatliche Verwaltung zu überführen (das wäre: Verstaatlichung), sondern sie wirklich in den Dienst und unter die Kontrolle der gesamten Gesellschaft zu stellen. Das gelingt nur durch eine Ausweitung von Ansätzen kollektiver Selbstverwaltung und durch die radikale Demokratisierung der bestehenden staatlichen Institutionen.« (ebd.: 8)

Ein verändertes gesellschaftliches Verhältnis zu Eigentum setzt eine Vielzahl weiterer Veränderungsprozesse in Gang. Dabei werden grundlegende Eigentumsfragen adressiert, die sich für die Umsetzung *Realer Utopien* als essentiell erwiesen haben. Verbindendes Element zwischen den einzelnen *Realen Utopien* ist die Wiederaneignung von Räumen und gesellschaftlichen Gütern und die damit einhergehende soziale und ökologische Transformation der Stadt. Das transformative Potential der beschriebenen Ansätze kann sich nur vollständig entfalten, wenn der demokratische, gesellschaftliche Zugriff auf Eigentum, das für individuellen und gesellschaftlichen Erhalt zentral ist, besteht und dessen Verteilung und Nutzungsberechtigungen in kollektiven Entscheidungsprozessen bestimmt werden können. Dementsprechend gilt es, diesen Zugriff auszuweiten und Strukturen für diese Entscheidungsprozesse zu schaffen. Dafür werden Orte des Zusammenkommens benötigt, an denen kollektive Güter produziert und gegen kapitalistische Vereinnahmung geschützt werden. Sie sind für einen kontinuierlichen, antikapitalistischen Wandel wesentlich (Harvey 2013: 160).

Die real-utopischen Beispiele haben die abstrakten Begriffe Solidarität, Dekommodifizierung, Demokratisierung und Vergesellschaftung durch ihre emanzipatorischen Praktiken mit Leben gefüllt. Sie zeigen auf wie eine andere, eine *Stadt für Alle*, die zukünftig von allen Bewohner*innen produziert, gestaltet und genutzt werden kann. Gleichzeitig beschreiben sie, wie wir in solidarischen Beziehungsweisen andere gesellschaftliche Verhältnisse zueinander und zu staatlichen Akteuren* eingehen können – und so Prozesse einer schrittweisen Transformation der kapitalistischen Urbanisierung in Gang setzen. Die *Realen Utopien* zeichnen die Grundrisse eines ökologischen, sozialen und demokratischen Zusammenlebens auf Quartiersebene. Doch die Entfaltung ihrer transformativen Kraft ist ein politisches Aushandlungsfeld und abhängig von einer Vielzahl sich gegenseitig bedingender Kräfte. Eine entscheidende Frage dabei ist, inwiefern sich die Zivilgesellschaft ermächtigend gegenüber Staat und Markt erheben kann. Zivilgesellschaft, als ein »Schauplatz einer Machtform mit emanzipatorischem Potential«, basiert auf der »Fähigkeit der Menschen [...] Vereinigungen zu bilden, um ihre kollektiven Ziele zu erreichen« (Wright 2017a: 215). Eine ermächtigte Zivilgesellschaft ist der Ausgangspunkt für eine Transformation der herrschenden Verhältnisse sowie der damit verbundenen Entstehung und Ausweitung *Realer Utopien*. Daran schließt sich die Frage an, wie eine solche Zivilgesellschaft entstehen kann.

Eine Antwort auf diese Frage bietet der Blick auf das gegenwärtige herrschende Verständnis von Zivilgesellschaft. Geprägt vom Neoliberalismus wird Zivilgesellschaft als eine Ansammlung von Partikularinteressen definiert, in der sich Individuen im Wettbewerb konkurrierend gegenüberstehen. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, ist die Leistungsfähigkeit und Optimierung ihres neoliberalen Ichs maßgeblich für ihr gesellschaftliches Handeln. Diesem Verständnis stellen wir das Bild einer ermächtigten und organisierten Zivilgesellschaft entgegen. Eine Zivilgesellschaft, die ihre im neoliberalen Regieren zugeschriebene Rolle des Partners im Konsens verlässt und zu einem politisch-gesellschaftlichem Akteur* wird (Swyngedouw 2013). Dafür muss sich die Zivilgesellschaft als politisches Subjekt zur Vertretung kollektiver Interessen begreifen und gemeinsam Staat und Markt ermächtigend mitgestalten und kontrollieren können. Individuen würden nicht mehr in individuellen Konkurrenzverhältnissen zueinanderstehen, sondern in solidarischen Beziehungsweisen agieren. Wie es zur Konstituierung einer solchen Zivilgesellschaft kommen kann und sich derartige Prozesse befördern lassen, ist eine Frage, welche über die Auseinandersetzung mit *Realen Utopien* einer solidarischen Raumproduktion hinaus gehen und wir im Rahmen dieser Arbeit nicht klären konnten. Was jedoch deutlich wurde: *Reale Utopien* unterstützen die Bildung einer politisch ermächtigten Zivilgesellschaft maßgeblich. Nur wenn sich Menschen in die Gestaltung der Stadt einbringen können, Wohnraum zu guten Konditionen zur Verfügung steht, Freiräume für eigene Ideen vorhanden sind und der Zugang zu Bildungseinrichtungen und umfassender Gesundheitsversorgung für alle garantiert ist, nur dann kann eine ermächtigte Zivilgesellschaft entstehen. *Reale Utopien* öffnen durch ihre Existenz und die in

ihnen erschaffene Praxis einer emanzipatorischen Vergesellschaftung, Räume für Emanzipation und erzeugen politisches Bewusstsein dafür, dass ein anderes, ein gutes Leben Aller möglich ist. Gleichzeitig kann nur eine emanzipatorische Zivilgesellschaft zur Ausweitung und Verstetigung *Realen Utopien* beitragen. Sie ist es, welche die Umsetzung *Realer Utopien* innerhalb bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse erst möglich macht. Entsprechend stehen *Reale Utopien* und eine ermächtigte, emanzipatorisch handelnde Zivilgesellschaft in einem dialektischen Verhältnis, das es weiterhin durch den Aufbau kontinuierlich arbeitender Strukturen auf Stadt- und Quartiersebene zu befördern gilt.

5 Kompass für ein solidarisches Quartier – Leseanleitung

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die in schriftlicher Form ausgearbeiteten Ergebnisse ebenfalls für den außeruniversitären Kontext aufzuarbeiten. Dafür haben wir ein Faltblatt erarbeitet, das Prinzipien aufzeigt, »anhand derer wir ermitteln können, ob wir uns in die richtige Richtung bewegen« (Wright 2017a: 196) – weg von einer Stadt für wenige, hin zu einer *Stadt für Alle*.

»Wir verlassen die vertraute Welt mit einem Kompass, der uns die Richtung anzeigt, in die wir uns zu begeben haben, sowie mit einem Kilometerzähler, der uns anzeigt, wie weit wir uns von unserem Ausgangspunkt fortbewegt haben, aber ohne eine Karte, die uns die gesamte Route vom Ausgangspunkt bis zum Ziel zeigt« (ebd.: 171).

Einen solchen Kompass, der Ideen, Ansätze und Projekte für ein solidarisches Miteinander auf Quartiersebene aufzeigt, miteinander in Verbindung setzt und Wege darstellt, wie die einzelnen *Realen Utopien* verstetigt und ausgeweitet werden können, haben wir erarbeitet. Die Erkenntnisse der Negativ- und Positivanalyse im Bereich Planen, Wohnen, (Frei-)Räume und urbanes Grün und Infrastrukturen werden in einer grafischen Darstellung aufgearbeitet, sodass sie im Sinne der aktivistischen Stadtforschung auch sozialen Bewegungen und Aktivist*innen zugänglich sind und für (stadt-)politische Auseinandersetzungen genutzt werden können. Der Kompass für ein solidarisches Quartier ist ein doppelseitiges Faltposter, das auf der Vorderseite ein solidarisches Quartier und den dafür notwendigen Unterbau, dargestellt als ein Rohrsystem, zeigt. Die Rückseite bildet das *ABC Realer Utopien*, in dem erzählt wird, wie ein solidarisches Quartier organisiert sein könnte.

Die Abbildung des Quartiers auf der Vorderseite ist in drei Teile gegliedert. Im oberen Drittel werden die identifizierten *Realen Utopien* dargestellt. In einem Ausschnitt einer Stadt werden die unterschiedlichen Ansätze und Projekte in Form kleiner Zeichnungen gezeigt. Dargestellt wird ein Möglichkeitsraum, ein *space of hope*, in dem *Reale Utopien* gelebt werden. Als ein Ausschnitt aus der Stadt soll die Abbildung nicht wie eine »Insel der Glückseligen«, abgeschottet vom Rest der Stadt, wirken. Stattdessen steht das Quartier exemplarisch für eine *Stadt für Alle* und soll dementsprechend über die eigenen räumlichen Grenzen hinaus wirken. Dies zeigt sich in der Grafik über die offenen Grenzen und die Transportmittel, wie Straßenbahn oder Fahrrad, die sich aus dem Bild heraus bewegen. Einzelne *Reale Utopien* werden durch Beschriftungen klar benannt, andere abstrakt über Symbole dargestellt. Dadurch entsteht ein verspieltes Bild, das Raum

für eigene Ideen lässt und gleichzeitig über das Aufzeigen bestehender Projekte einen motivierenden Moment schafft.

Unter dem Ausschnitt der Stadt befindet sich ein Rohrsystem, das Strukturen, Instrumente und Forderungen aufzeigt, die benötigt werden, um die darauf gewachsenen *Realen Utopien* zu realisieren, sie auszuweiten und sie langfristig zu verstetigen. Dieser zweite Teil der Grafik bietet die Möglichkeit, vielfältige Verbindungen aufzuzeigen, weite Verzweigungen einzuzichnen und Stellschrauben darzustellen.

Die Hauptrohre spiegeln die Struktur unserer Arbeit wieder: jedem der vier Felder wird eine Hauptleitung gewidmet. Untereinander sind sie durch viele Neben- und Querleitungen miteinander verbunden. Diese Verbindungen verdeutlichen, dass sich die einzelnen Bereiche gegenseitig beeinflussen und die angestrebte Transformation nur möglich ist, wenn an mehreren Schrauben gedreht wird. Die Aufteilung in Haupt- und Nebenleitungen macht es möglich, die einzelnen Instrumente und Forderungen spezifischen Themen zuzuordnen und sie gleichzeitig miteinander zu verbinden. Die grau hinterlegten Kreuzungen sind Forderungen und Annahmen, die für die Realisierung eines solidarischen Quartiers entscheidend sind. Sie bilden teilweise Knotenpunkte zwischen den Hauptfeldern oder stellen übergeordnete Aspekte dar, die in den vielen kleinen Nebenrohren spezifiziert werden. Die Rohre, die aus der Grafik herausführen, zeigen, dass das System offen für Einflüsse aus anderen gesellschaftlichen Prozessen ist, die die abgebildeten Ideen beeinflussen, in dieser Darstellung jedoch keinen Platz gefunden haben.

An einigen Stellen tropft es aus einzelnen Rohren, diese Wassertropfen sammeln sich im dritten Teil der Grafik zu einer Pfütze – der Essenz: Dekommodifizierung, Demokratisierung und Vergesellschaftung. Dementsprechend stehen die Tropfen nicht für zu stopfende Löcher, sondern zeigen, welche größeren Strukturen und Prozesse adressiert werden, wenn an vielen Schrauben gedreht wird.

Die Rückseite des Posters bildet das *ABC Realer Utopien*. Die Einleitung beschreibt das Bild des solidarischen Quartiers, wie es in Zukunft sein könnte. Der darauf folgende Überblick, ein unvollständiges ABC, erklärt zentrale Begriffe und Konzepte, die auf der Vorderseite genannt wurden. Diese Erklärungen sind in Form einer Erzählung, wie ein Quartier organisiert sein könnte, wenn die einzelnen Forderungen umgesetzt wären, verfasst. Die Texte verdeutlichen außerdem die Verbindung zwischen den *Realen Utopien* und den dafür notwendigen Strukturen (Rohrsystem). Abschließend werden die Begriffe Demokratisierung, Dekommodifizierung und Vergesellschaftung, die die Essenz der Analysen bilden, erklärt.

Als praktisches Werkzeug soll der Kompass primär die Arbeit von Initiativen unterstützen. Indem eine Vielzahl an *Realen Utopien*, Instrumente für deren Ausweitung und Strategien zum Erkämpfen weiterer Utopien dargestellt werden, soll ein motivierender

Moment für politisch Aktive geschaffen werden. Darüber hinaus möchten wir auch städtischen Akteuren* aufzeigen, dass es Wege gibt, gemeinsam mit einer ermächtigten Zivilgesellschaft an einer solidarischen *Stadt für Alle* zu arbeiten. Dass es dafür weder eine genaue Landkarte mit Start- und Zielpunkt, noch eine eindeutige Wegbeschreibungen geben kann, zeigt die abstrakte und spielerische Darstellung des Kompass. Das Bild des solidarischen Quartiers und die darin enthaltene Gegenerzählung zu einer kapitalistischen Stadt sollen anregen, über mögliche Transformationswege zu diskutieren, gefestigte Denkstrukturen aufzubrechen und einladen, gemeinsam an einem *guten Leben für Alle* zu arbeiten.

Der Kompass für ein solidarisches Quartier ist als Anhang (siehe Seite 137) verfügbar, kann online heruntergeladen werden (<https://hessen.rosalux.de/publikation/id/39908/kompass-fuer-ein-solidarisches-quartier/>) oder unter solidarischerkompass@systemli.org als Faltposter bezogen werden.

6 Reflexion und Ausblick

Der Einladung, Erfahrungen mit Aktionsforschung in der angewandten kritischen Geographie zu sammeln, sind wir gefolgt. Das Ergebnis sind eine Abschlussarbeit und ein Faltblatt, das es nun gilt, im Sinne der aktivistischen Stadtforschung, in Initiativen und die Stadt hineinzutragen. Der Balanceakt zwischen wissenschaftlicher Arbeit und dem Vertreten aktivistischer Positionen war nicht immer einfach. Wie weit lassen sich komplexe Verhältnisse vereinfachen, aber möglichst ganzheitlich darstellen, und lässt sich mit diesen Aufzeichnungen etwas in einer aktivistischen Praxis anfangen? Diese Fragen haben uns bei der Erstellung des Faltblattes bis zum Ende nicht losgelassen. Trotzdem sind wir der Meinung, einen ersten Überblick über die verschiedenen, ausgewählte *Reale Utopien*, zu geben und Menschen damit für (stadt-)politische Arbeit begeistern zu können. Inwiefern es gelingt, den Kompass für ein solidarisches Quartier als aktivistisches Werkzeug zu nutzen, muss sich in der Praxis zeigen.

Durch die Beschreibung eines positiven Bildes für die Zukunft unserer Städte wollen wir dazu motivieren, die vermeintliche Alternativlosigkeit der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse zu durchbrechen. Dafür sind wir mit einer anwendungsorientierten und teilweise auch pragmatischen Position auf die Suche nach Beispielen gegangen, die Wege und Alternativen hin zu einem solidarischen Quartier zeigen. Auf Basis der Definition *Realer Utopien* haben wir unterschiedliche Projekte ausgewählt und deren Ansätze auf die Möglichkeiten einer solidarischen Raumproduktion hin untersucht. Bei der Analyse der einzelnen Beispiele öffnete sich ein Spannungsfeld zwischen der ergebnisorientierten Suche nach übertragbaren Ansätzen einer emanzipatorischen Stadtentwicklung und einer kritiklosen Idealisierung der Projekte und Initiativen als *best practice* Beispiele. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem lokalen Kontext, der Entstehungsgeschichte oder internen Strukturen war in unserer Forschungsfrage nicht intendiert. Trotzdem haben wir uns immer wieder dabei erwischt, die Initiativen auf diese Aspekte hin zu beforschen. Der Spagat zwischen einer gründlichen Analyse ihrer Arbeit und der Konzentration auf wesentliche Punkte für den Kompass verlief nicht immer reibungslos.

Mit unserer Arbeit möchten wir einen Beitrag zu den Debatten im Feld der angewandten kritischen Geographie leisten. Die Umstellung unserer Position als kritische Analytiker*innen der kapitalistischen Raumproduktion hin zu kritischen Pionier*innen eines solidarischen Quartiers fiel uns nicht leicht. Bis zum Anfertigen dieser Abschlussarbeit spielten mögliche Methoden und Arbeitsweisen einer angewandten kritischen Geographie eine untergeordnete Rolle in unserem Studium. Der Mangel an Erfahrungen warf einige Fragen auf: Inwiefern dürfen wir von klassischen Strukturen wissenschaftlicher Abschlussarbeiten abweichen, ohne dabei akademische Standards zu missachten? Wie

gehen wir mit den teilweise gegensätzlichen Ansätzen anwendungsorientierter und kritischer Geographie um? Ist das Wissenschaft oder kann das weg? Teilweise konnten uns unsere Betreuer bei diesen Fragen helfen, doch einige Aspekte blieben unaufgelöst. Trotz dieser Schwierigkeiten halten wir den Ansatz der angewandten kritischen Geographie, gerade wegen seiner intendierten gesellschaftspolitischen Relevanz, für sehr bedeutsam in den vielschichtigen Perspektiven einer herrschaftskritischen Geographie. Um auch zukünftigen Generationen von Nachwuchsforscher*innen zu ähnlichen Forschungsarbeiten zu motivieren und bei ähnlichen Fragestellungen zur Seite zu stehen, plädieren wir dafür, den Ansatz der angewandten kritischen Geographie und der aktivistischen (Stadt-)Forschung stärker in die Lehre einfließen zu lassen.

Die eigens von einzelnen Initiativen und stadtpolitischen Gruppen veröffentlichte Literatur hat unsere Untersuchung erleichtert. Die von den stadtpolitischen Initiativen selbsterbeigeführte Wissensproduktion, auf Webseiten, in Blogbeiträgen, eigenen Publikationen, Veranstaltungsmitschnitten oder bei selbstorganisierten Konferenzen, hat es ermöglicht, die Bandbreite an aktivistischen Ansätze aufzuarbeiten und für unsere Forschung nutzbar zu machen. Dies unterstreicht die Bedeutung der Aufarbeitung der eigenen politischen Arbeit und des Austauschs untereinander. Eine Erkenntnis, die wir auch in unsere eigene politische Arbeit zurücktragen werden.

In dieser Praxis besteht jedoch auch die Gefahr, weniger öffentlichkeitswirksame sprechfähige Gruppen in Untersuchungen nicht zu berücksichtigen und ihr Erfahrungswissen außer Acht lassen. Zudem sehen wir, sowohl bei uns selbst als aktivistische Forscher*innen, als auch in der Vernetzung von stadtpolitischen Gruppen untereinander, die Tendenz, Gruppen auszuwählen, zu denen bereits Kontakte bestehen oder die der eignen Sprecher*innenposition sehr nahe kommen. Diese ausschließenden Faktoren gilt es zu reflektieren. Soweit möglich, sollten im Rahmen einer Forschungspraxis der angewandten kritischen Geographie, politische Gruppen und Praktiken sichtbar gemacht werden, die bisher wenig beachtet werden. Dies sollten sich auch aktivistische Forscher*innen innerhalb ihrer politischen Arbeit zur Aufgabe machen. Basierend auf diesen Überlegungen haben wir uns bewusst entschieden, mit dem *Ernährungsrat* Frankfurt zu sprechen und das Beispiel der Initiative *Offenes Haus der Kulturen* heranzuziehen. Beide zählen bisher nicht zu Projekten, die von Studierenden bundesweit für Interviews angefragt werden.

Neben der offenen Kommunikation der Auswahlkriterien der Initiativen halten wir es für bedeutsam, aufzuzeigen, warum einzelne Projekte und Positionen nicht in die Forschung eingeflossen sind. Der Blick über den Kontext der BRD hinaus wäre für ein Weiterarbeiten an unserer Arbeit lohnenswert. Im Sinne einer postkolonialen, angewandten kritischen Geographie könnten emanzipatorische Ansätze eines solidarischen Zusammenlebens, die im globalen Süden entwickelt und praktiziert werden, aufgegriffen werden.

Nach unserer Erfahrung der vorliegenden Arbeit sehen wir es als sinnvoll, wissenschaftliche Arbeiten im Kollektiv zu bearbeiten. Der kollektive Arbeitsprozess hat uns vor neue Herausforderungen gestellt, aber gleichzeitig auch dabei geholfen, mit Schwierigkeiten produktiv umzugehen. Aus der engen kontinuierlichen Zusammenarbeit und dem kollektiven Schreibprozess ist eine Arbeit entstanden, die als eine zu sehen ist. Einzelne Textabschnitte können deshalb nicht allein eine*r der beiden Autor*innen zugeschrieben werden. Nur ein ständiger Austausch, die Diskussionen und das gemeinsame Arbeiten an einem Konzept haben zu diesem Ergebnis geführt.

Anhang

Anhang 1: Kompass für ein solidarisches Quartier

ABC REALER UTOPIEN

„Es geht um das Knüpfen und Stärken nicht hierarchischer, egalitärer, solidarischer Beziehungsweisen, die die indifferenten und konkurrenzen oder familistischen ersetzen und so auch das Verhältnis von Privat und Öffentlich ganz anders justieren.“ Bini Adamczak

Während nach wie vor neue Rohrleitungen gelegt, Werkzeuge entwickelt und kreative Verbindungen geschaffen werden, stellt das ABC als Momentaufnahme einige Konzepte vor, die in ihrer Verbindung zentral für die Organisation eines Quartiers für Alle sind. Ideen und Konzepte für weitere realutopische Ansätze gibt es noch viele. Die hier aufgezeigten Texte des ABC's beschreiben in Umrissen, wie eine Stadt funktionieren könnte, würden die ersten Realen Utopien in ihrer vollen Kraft umgesetzt werden. Deutlich wird dabei: Auch wenn Utopien real werden, bleibt noch genug zu tun, dann geht es erst richtig los! Neue institutionelle Formen müssen entwickelt und Modelle der Selbstverwaltung gefunden, die Produktion von Lebensmitteln müsste neu gedacht und gemacht, Fragen der Mobilität grundlegend diskutiert und Wohnen dürfte endgültig nicht mehr als Ware gehandelt werden. Vor allem muss mit gebündelten Kräften daran gearbeitet werden, dass der Neoliberalismus, als negativ konnotierte Utopie, keine zweite Chance bekommt - die hat er nicht verdient!

BAUGESETZBUCH ALS WERKZEUG

Die Stadt ist sich ihrer politischen Verantwortung bewusst, Interessen des Kapitalmarktes an einer profitablen Verwertung von Immobilien und Wohnräumen zurückzudrängen. Bereits vorhandene gesetzliche Regelungen aus dem Baugesetzbuch (BauGB) werden dafür konsequent umgesetzt. Sollten private Akteure* bauen, wird durch städtebauliche Verträge ein hoher Anteil an bezahlbarem Wohnen realisiert. Im ganzen Stadtgebiet werden großräumig Milieuschutzgebiete festgelegt. Luxusmodernisierungen und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen werden unterbunden. Zusätzlich nutzt die Stadt ihr Vorkaufsrecht in diesen Gebieten aus und vergrößert so ihren kommunalen Wohnungsbestand im Sinne einer Rekommunalisierung des Wohnens. Aufgrund des gesamtgesellschaftlichen Interesses an günstigen Wohnungen führt die Stadt Enteignungen privater Wohnungsmarktakteure durch. Um diese Vorhaben durchzuführen, sind die städtischen Verwaltungen mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Interkommunale Netzwerke ermöglichen die Weitergabe von Wissen, wie diese Modelle konsequent durchgesetzt und deren Einhaltung richtig kontrolliert wird.

ENERGIE MIT ZUKUNFT

Erneuerbare und dezentral produzierte Energie versorgt das Quartier mit Strom. Organisiert in kleinen Energiegenossenschaften wird die produzierte Energie im Quartiersnetz verteilt, überschüssige Energie landet im Quartierspeicher (Bau) rechtlich sind ökologische Standards so verankert, dass sie nicht auf Kosten sozialer Aspekte gehen. Durch die Rekommunalisierung der Energieversorgung und der Förderung des genossenschaftlichen Ansatzes arbeiten Stadt und Initiativen eng zusammen und können so über Mietstrom einzelne Häuser komplett durch Strom aus erneuerbaren Energien versorgen, der lokal produziert wurde.

GESUNDHEIT POLITISCH DENKEN

Die Poliklinik verbindet Stadteitarbeit mit Gesundheitsaspekten und versucht, Wissenshierarchien zwischen Patient*innen und Fachkräften abzubauen. Die Reformierung des Gesetzes zur Gründung sogenannter Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) macht es nun noch gemeinnützig ausgerichteten Einrichtungen möglich, ambulante medizinische Versorgungszentren zu gründen. Spekulationen über Investmentgesellschaften werden damit unterbunden. In den kollektiv organisierten Polikliniken werden Statusunterschiede innerhalb der Teams u. a. über ein Solidaritätssystem abgebaut. In der täglichen Arbeit werden soziale Determinanten von Gesundheit stets mitgedacht, deshalb steht nicht nur die medizinische Versorgung im Vordergrund, sondern auch Rechtsberatung, Bildungsangebote und Pflegedienste. Eingebettet ist die Poliklinik in einen lokalen Care Rat, der die Pflegearbeit auf kommunaler Ebene koordiniert und bundespolitisch in Fragen rund um das Gesundheits- und Pflegesystem einbezogen ist.

KOLLEKTIVE EIGENTUMSMODELLE

Immer mehr Menschen eignen sich gemeinsam Räume an und schützen diese mit Hilfe kollektiver Eigentumsmodelle dauerhaft vor Privatisierung. Das Miethäusersyndikat und neue (Dach-)Genossenschaften schaffen Wohn-, Arbeits- und Freiräume in denen die Nutzer*innen in Selbstverwaltung über alle Aspekte eines Zusammenlebens selbst bestimmen können. Durch in den Gesellschaftsformen verankerte Mechanismen und die demokratische Kontrolle der Nutzer*innen bleiben Häuser und Boden dauerhaft in kollektivem Besitz. Städtische Akteure* übertragen interessierten Gruppen und Initiativen Häuser und Grundstücke in Erbpacht. Durch eine neue Bodenpolitik können Projekte, die Wohnraum dem Markt entziehen, auch im Neubau umgesetzt werden. Um die Zugangsbarrieren selbstverwalteter Wohnprojekte zu verringern, gehen diese Projekte Kooperationen mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ein und öffnen sich so breiteren Bevölkerungsschichten.

KOOPERATION: STADT & ZIVILGESELLSCHAFT

Der Antagonismus zwischen städtischen Akteuren*, in Form von Stadtpolitik und -verwaltung, und der Zivilgesellschaft wurde aufgebrochen. Bei Neuplanungen binden städtische Institutionen die Zivilgesellschaft mit dem Abschluss von Kooperationsverträgen in Aushandlungsprozesse ein. Davon ausgehend kooperiert die Stadt auf vielen Ebenen mit der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure* haben sich zudem Zugang in kommunale Parlamente verschafft und gestalten Stadtplanung direkt mit.

Eine detaillierte Landkarte, die den genauen Weg zu einem solidarischen Zusammenleben weist, gibt es nicht. Was es aber gibt, sind Wegweiser, die uns Orientierung bieten. Benutzen wir dafür einen Kompass, zeigen seine Nadeln auf die Begriffe Dekommodifizierung, Demokratisierung und Vergesellschaftung. Sie sind es, die uns eine grobe Richtung für den Weg zu einer solidarischen Stadt für Alle weisen. Jeder Schritt auf diesem Weg steht für eine Vielzahl von Aushandlungsprozessen, derer es bedarf, um einer solidarischen Gesellschaft stückweise näherzukommen.

DEKOMMODIFIZIERUNG

Für ein solidarisches Zusammenleben haben wir politische Kämpfe geführt und Praxen entwickelt, die imstande sind, Güter und Dienstleistungen, die wir täglich benötigen, einer kapitalistischen Verwertung zu entziehen. Wir haben es geschafft, dass ein Besuch beim Arzt, das Mieten einer Wohnung oder die Teilnahme an Kulturveranstaltungen allen Menschen möglich ist. Mit unseren alltäglichen Gütern lässt sich jetzt kein Geld mehr verdienen.

KONTAKT UND WEITERE INFOS UNTER: solidarischerkompass@systemli.org

MIETRECHT FÜR MIETER*INNEN

Durch Veränderungen im Mietrecht haben Mieter*innen jetzt die Möglichkeit, sich effektiv gegen Mieterhöhungen zu wehren. Mieter*innen können sich mit Hilfe von kollektiven Klagemöglichkeiten gemeinsam gegen die Geschäftspolitik privater Wohnungsbaugesellschaften wehren. Gleichzeitig wurde der Rahmen, in dem Mieterhöhungen stattfinden können, gesetzlich eingeschränkt. Die Kappungsgrenze wurde auf drei Prozent gesenkt. Die Modernisierungsumlage wurde komplett abgeschafft. Gleiche Konditionen gelten auch für Kleingewerbe und gemeinnützige Vereine.

MOBILITÄT NACH MENSCHLICHEM MASS

Die Architektur der Stadt ist nach menschlichem Maß ausgerichtet. Dies zeigt sich vor allem im Mobilitätsbereich: breite Gehwege, Fahrradstreifen und Begegnungsorte prägen den öffentlichen Raum. Autos fahren nicht mehr in den Quartieren und es gibt ein breites Angebot an Leihsystemen für (Lasten-)Fahrräder und Elektroautos, dadurch wird nachhaltige Multimodalität gefördert und der autogerechten Stadt der Kampf angesagt. Die wenigen Autos, die es noch gibt, parken zentral in Quartiersgaragen und können über kooperative Entleihsysteme gemietet werden. Die Stellplatzverordnung sieht vor, dass zu jeder Wohneinheit eine Fahrradgarage und eine Abgabe an den ÖPNV zu leisten ist. Der ÖPNV wird über ein Bürger*inneticket organisiert, dies ermöglicht es allen, das ÖPNV Angebot zu nutzen.

NEUE BODENPOLITIK

Der Boden für eine solidarische Stadt ist bereit. Anstatt öffentliches Eigentum an Höchstbietende zu verkaufen, werden kommunale Grundstücke in sozial ausgerichteten Konzeptvergabeverfahren und in Erbpacht vergeben. Die Stadtgesellschaft hat dauerhaft Einfluss auf die Nutzung von Grundstücken, gemeinwohlorientierte Akteure* sind langfristig gestärkt. Durch die Einrichtung eines revolvierenden Bodenfonds investiert die Stadt aus Grundstücken erzielte Erträge in den Ankauf neuer Flächen. So erhöht sie ihre Steuerungsmöglichkeiten im Baugeschehen und der gesellschaftliche Zugriff auf Eigentum weitet sich stetig aus. Städtischen Akteure* helfen Bodenstiftungen, Projekte zur Schaffung von Räumen in kollektiven Eigentumsmodellen umzusetzen. Nach dem Vorbild der Community Land Trusts in den USA, haben sich sogenannte Bodenräte gebildet, die im Quartier eine soziale Bodennutzung überwachen, Zugriff auf Boden haben und bei Neubauprojekten ein hohes Maß an Mitbestimmung genießen.

OFFENES HAUS FÜR KULTUR & BILDUNG

Ein offenes Haus für Kultur und Bildung wird von allen Bewohner*innen aktiv genutzt. Gesetzlich gesicherte Strukturen geben Raum für außerschulische Bildungsarbeit, Kunst- und Kulturschaffende und bringen unterschiedliche Generationen zusammen. Nicht gewinnorientierte Arbeit findet hier Platz und es werden kollektive Verwaltungsstrukturen gelebt. Auch der Kiezrat nutzt das Haus regelmäßig für die Organisation im Quartier. Das Haus dient durch seine vielfältige Nutzung als lebendiger Treffpunkt und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.

PLANUNG ALS POLITISCHE PRAXIS

Planungsprozesse werden offen mit unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten organisiert. Mit einem Rückbezug auf stadtpolitische Kämpfe haben es verschiedenste Initiativen geschafft, städtische Planung zu politisieren. Einzelne Planungsvorhaben werden nicht mehr isoliert betrachtet, stattdessen wird anhand des gesellschaftlichen und städtischen Gesamtkontexts nachvollzogen, was an dem Ort gebaut werden sollte. Durch die Bildung von Bodenräten haben die Bewohner*innen dauerhaften Einfluss auf die Entwicklung ihrer Stadt und überwachen eine gemeinwohlorientierte Bodennutzung.

PLANUNG ALS WÜNSCHEKONZERT

Alle Bewohner*innen haben die Möglichkeit, über die Nutzung und das Aussehen ihrer Stadt zu bestimmen. Ermöglicht wird dies durch eine kollektive Wunschproduktion der Bewohner*innen. Am Planungsort gibt es eine Anlaufstelle, um direkt in Kontakt mit interessierten Menschen zu kommen. Zusätzlich wird eine aufsuchende, mehrsprachige Beteiligung organisiert, womit auch bisher übergangene Menschen in den Planungsprozess eingebunden werden können. Erkenntnisse daraus werden im weiteren Verlauf für architektonische Wettbewerbe genutzt, womit Architekt*innen bei Entwürfen an die Vorgaben und Bedürfnisse der Bewohner*innen gebunden sind. So entsteht im Zusammenspiel von kollektiver Wunschproduktion und Expert*innen eine Art kooperatives Design. Diese Prozesse werden durch eine enge Kooperation zwischen Stadt und Zivilgesellschaft ermöglicht.



„Zwei mal drei macht vier, widdewiddewitt und drei macht neune, wir machen uns die Welt, widdewidde wie sie uns gefällt“

POLITISCHES VOM TELLER

Der stadtweite Ernährungsrat ist die lokale Lobby einer Ernährungspolitik, die auf solidarischen Beziehungen zwischen Produzierenden und Verbrauchenden basiert. Lokale Produkte werden in kollektiven Organisationsformen, wie der solidarischen Landwirtschaft, produziert und vertrieben. Auch Urban Gardening Projekte tragen zur Versorgung der Stadt bei. Die Lebensmittelproduktion trägt zum Klimaschutz bei und fördert die Biodiversität in der Region. Einkaufsgemeinschaften, wie z.B. Food Coops, organisiert als Kollektive oder Genossenschaften, tragen zu kurzen Vermarktungsketten bei. Dabei spielen ökologische und ethische Werte eine wichtige Rolle eine möglichst weitgreifende Verpackungsvermeidung wird angestrebt.

PRODUKTION IN DER STADT

Produziert wird in vielen selbstorganisierten Kollektivwerkstätten. Hier begegnen sich Kleingewerbetreibende auf Augenhöhe und organisieren ihr Arbeitsumfeld solidarisch. Geschützt werden diese Orte durch einen Milieu- und Mietschutz, der für Kleingewerbe und gemeinnützige Vereine gilt. Mit Werkstätten, Repair Cafés, Fab Labs und anderen Gemeinschaftsräumen stehen Orte für praktisches Handwerk und Bildungsarbeit zur Verfügung. Sie dienen auch als Begegnungsort. Diese unkommerziellen Räume tragen einerseits zu einem ressourcenschonenden Lebensstil bei, dienen andererseits dem Zusammenkommen der Bewohner*innen und fördern den Austausch zwischen unterschiedlichen Generationen. Genau diesen Effekt haben auch die Gemeinschaftsgärten im Quartier. Die fördern nicht nur die lokale Lebensmittelproduktion, sondern dienen vor allem als Ort des Austauschs und der Selbstorganisation.

REKOMMUNALISIERUNG

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften haben ihren Wohnungsbestand, insbesondere durch den Ankauf bestehender Wohnungen (Häusern, Straßenzügen, Blocks), vergrößert und so wieder einen hohen Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Auch durch Neubau konnten bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Das Eigentum soll nicht einfach nur in städtische Hände zurückgeführt werden: durch neu gegründete Mieter*innenräte mit umfassenden Entscheidungsbefugnissen innerhalb der Wohnungsbaugesellschaften können Bewohner*innen direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen. Durch die Kooperation mit selbstverwalteten Projekten, wie dem Mietshäusersyndikat, wurden weitere Elemente der Mieter*innen-Selbstverwaltung für breite Gesellschaftsschichten zugänglich gemacht.

Durch die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit haben die kommunalen Unternehmen ihre Geschäftspraxis geändert. Sie arbeiten jetzt kostendeckend und verpflichten sich zur langfristigen Sicherung bezahlbaren Wohnens, z.B. durch den dauerhaften Erhalt von Sozialwohnungen. Ein revolvierender Fonds für bezahlbares Wohnen führt dazu, dass durch Erträge aus Vermietungen der Ankauf von Wohnungen und die Schaffung neuer finanziert werden kann.

SOLIDARITY CITY

Ein Quartier für Alle ist eines, in dem kein Mensch abgeschoben wird und sich jede*r ohne Angst bewegen kann. Das gelingt u.a. durch ein breites Angebot an Alltagsunterstützung und der Etablierung einer stadtweiten Urban Citizenship Card. Sie dient als lokaler Ausweis und garantiert den Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen sowie zum ÖPNV. Die Karte wird von allen benutzt, der Aufenthaltsstatus spielt keine Rolle. Die Angebote und deren Organisation finden im Stadtteilzentrum statt, sie sind angeknüpft an das breite selbstorganisierte Angebot im Viertel.

SICH DIE STADT ZU EIGEN MACHEN

Orte des Zusammenkommens wurden im Bebauungsplan mitgedacht. Ein offenes Stadtteilhaus dient der Verwirklichung von selbstbestimmtem und solidarischem Leben im Quartier. Hier wird ausprobiert, wie kollektive Eigentumsformen funktionieren können, auch im Zusammenhang mit der Nutzung weiterer Freiflächen, die im Quartier vorhanden sind. Diese Räume werden über den Boden- und Kiezrat vor Partikularinteressen geschützt und der Zugang wird allen gewährleistet.

TRANSFORMATION BEGINNT IM GRÜNEN

Grünflächen, öffentliche Parks und Gemeinschaftsgärten sind in Quartieren großzügig vorhanden. Vor allem wird darauf geachtet, diese Orte als konsum- und diskriminierungsfreie Orte in der Stadt zu etablieren. Dies funktioniert über ein gemeinsam geschriebenes Manifest. Darin wird u.a. definiert, dass diese Orte als Lernräume, Experimentierfeld und Begegnungsraum genutzt werden. All das macht sie zu politischen Orten, an denen diskutiert, gestritten und gefeiert wird. Für Kinder gibt es einen weitläufigen Abenteuerspielplatz, der sich als Übungsfeld für Emanzipation versteht.

DEMOKRATISIERUNG

Wir fühlten uns durch Parteien und Entscheidungen in politischen Gremien nicht mehr repräsentiert. Um dagegen etwas zu tun, haben wir Modelle entwickelt und angewendet, die im Stande sind, wichtige Entscheidungen auf Quartiersebene, in unseren Wohnhäusern, innerhalb öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder bei Fragen der Stadtentwicklung, dauerhaft zu beeinflussen. Der Aufbau demokratischer Strukturen auf verschiedenen Ebenen ist die Voraussetzung gewesen.

VERGESSELLSCHAFTUNG

Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ haben wir beantwortet: uns! Weder dem Finanzmarkt, dem Staat, noch den Parteien oder Politiker*innen. Privateigentum an städtischen Räumen haben wir Schritt für Schritt in kollektiv verwaltetes und gesellschaftlich kontrolliertes Gemeineigentum verwandelt. Wir haben bei einzelnen Häusern, Plätzen und Parks angefangen. Dann haben wir die Verwaltung ganzer Quartiere und großer Infrastrukturnetze übernommen. Inzwischen verwalten eine Vielzahl von Räten und Gremien große Teile der Stadt und kooperieren dabei mit der städtischen Verwaltung.



AUTOR*INNEN: Sara Schmitt Pacifico und Maximilian Hellriegel

Literaturverzeichnis

- Abenteuerspielplatz Riederwald e.V.: Konzeption für einen Abenteuerspielplatz in Frankfurt am Main. <http://abenteuerspielplatz.de/verein/konzept> (Zugriff: 08.07.2018).
- Aced, Miriam (2016): Urban Citizenship – Zugehörigkeiten umdenken. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) *Ideologien der Ungleichwertigkeit*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 204-208.
- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.
- Adamczak, Bini (2018): »Ich halte das anti-utopische Bilderverbot für erledigt«. Gespräch mit Bini Adamczak. In: Alexander Neupert-Doppler (Hrsg.) *Konkrete Utopien*. Stuttgart: Schmetterling Stuttgart, 23-38.
- Adorno, Theodor W. (1987): *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Darmstadt: Luchterhand.
- AG links-Netz (2010): Soziale Infrastruktur im Gesundheitsbereich. http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_gesundheit.html (Zugriff: 12.04.2018).
- AG links-netz (2012): Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur, http://www.links-netz.de/pdf/T_links-netz_sozipol.pdf (Zugriff: 17.04.2018).
- AG links-netz (2013): Wohnen als Infrastruktur und warum es kompliziert ist, das zu denken, http://www.links-netz.de/pdf/T_links-netz_wohnen.pdf (Zugriff: 19.04.2018).
- AG links-Netz (2013a): Sozialpolitik als Bereitstellung einer Sozialen Infrastruktur. In: Joachim Hirsch / Oliver Brüchert / Eva-Maria Krampe (Hrsg.) *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA-Verl., 50-74.
- AG links-Netz (2013b): Um was es geht. In: Joachim Hirsch / Oliver Brüchert / Eva-Maria Krampe (Hrsg.) *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA-Verl., 7-19.
- Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung – Politik mit neuer Qualität. In: Uwe-Jens Walther (Hrsg.) *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 57-69.
- Altwater, Elmar (2004): Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes. Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie, www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/fossil.pdf (Zugriff: 27.04.2018).

- Altwater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.
- Angelis, Massimo de (2017): *Omnia sunt communia. On the commons and the transformation to postcapitalism*. London: Zed Books.
- ARCH+ (2018): Kuratorisches Statement. In: *ARCH+ 232: An Atlas of Commoning: Orte des Gemeinschaftaffens*, <https://www.archplus.net/home/archiv/ausgabe/46,228,1,0.html> (Zugriff: 08.08.2018).
- Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen K.d.ö.R. und Hessischer Städtetag e.V (2017): 1 Orientierungshilfe zur Vergabe öffentlicher Grundstücke nach Konzeptqualität, https://www.akh.de/fileadmin/download/Vergabe_und_Wettbewerb/Vergabe_%C3%B6ffentlicher_Grundst%C3%BCcke_nach_Konzeptquali%C3%A4t/AKH_LF_Konzeptvergabe_20170824_Downloadversion.pdf (Zugriff: 16.08.2018).
- Backhouse, Maria (2018): Umwelt. Die neue Einhegung der Natur. In: Anne Vogelpohl, Boris Michel, Henrik Lebuhn, Johanna Hoerning und Bernd Belina (Hrsg.) *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 60-80.
- Backhouse, Maria, Olaf Gerlach, Stefan Kalmring und Andreas Nowak (Hrsg.) (2013): *Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bader, Pauline, Florian Becker, Alex Demirović und Julia Dück (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.) *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verl., 11-28.
- Badische Zeitung (2012): Vauban: Ein schönes und teures Quartier. (01.05.2012), <https://www.badische-zeitung.de/freiburg-sued/vauban-ein-schoenes-und-teures-quartier--59095778.html> (Zugriff: 09.06.2018).
- Baier, Andrea, Tom Hansing, Christa Müller und Karin Werner (2016a): Die Welt reparieren: Eine Kunst des Zusammenmachens. In: Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner und Tom Hansing (Hrsg.) *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag, 34-62.
- Baier, Andrea, Tom Hansing, Christa Müller und Karin Werner (2016b): Einleitung. In: Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner und Tom Hansing (Hrsg.) *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag, 23-33.

- Baier, Andrea, Christa Müller, Karin Werner und Tom Hansing (Hrsg.) (2016c): *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bakker, Karen (2005): Neoliberalizing Nature? Market Environmentalism in Water Supply in England and Wales. In: *Annals of the Association of American Geographers* 95(3), 542-565.
- Bakker, Karen (2007): The »Commons« Versus the »Commodity«. Alter-globalization, Anti-privatization and the Human Right to Water in the Global South. In: *Antipode* 39(3), 430-455.
- Balmer, Ivo und Tobias Bernet (2015): Housing as a Common Resource? Decommmodification and Self-Organization in Housing – Examples from Germany and Switzerland. In: Mary Dellenbaugh (Hrsg.) *Urban Commons. Moving beyond state and market*. Basel: Birkhäuser, 178-195.
- Balmer, Ivo und Tobias Bernet (2017): Selbstverwaltet bezahlbar wohnen? Potentiale und Herausforderungen genossenschaftlicher Wohnprojekte. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schönig (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Baubock, Rainer (2003): Reinventing Urban Citizenship. In: *Citizenship Studies* 7(2), 139-160.
- Baunhardt, Christine (2007): Feministische Verkehrs- und Raumplanung. In: Oliver Schöller, Weert Canzler und Andreas Knie (Hrsg.) *Handbuch Verkehrspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 301-319.
- Bayer, Kristina (2013): Energiegenossenschaft – Träger der Energiewende? Eine Unternehmensform im Fokus gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. In: Cindy Völler, Dieter Gawora und Kristina Bayer (Hrsg.) *Energie und Demokratie*. Kassel: Lateinamerika-Dokumentationsstelle, 141-154.
- BDP (2017): Stellungnahme zu jugendpolitischen Freiräumen. Jugendliche Freiräume in der Stadt und auf dem Land, <http://bundesverband.bdp.org/content/bdp-bv-stellungnahme-zu-jugendpolitischen-freir%C3%A4umen> (Zugriff: 10.05.2018).
- Beckett, Katherine und Steven Kelly Herbert (2010): *Banished. The New Social Control in Urban American*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Belina, Bernd (2008): Skalare Praxis. In: Markus Wissen (Hrsg.) *Politics of scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 106-123.

- Belina, Bernd (2017): Kapitalistischer Wohnungsbau: Ware Spekulation Finanzialisierung. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schöning (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag, 31-45.
- Belina, Bernd (2018): Wenn Geldkapital eine sichere Bank sucht. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(191), 187-203.
- Belina, Bernd und Jan Wehrheim (2011): »Gefahrengebiete«: durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen. In: *Soziale Probleme* 23(2), 207-229.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2011): Ökonomie des Gebens. Wohlstand durch Subsistenz. In: Christa Müller (Hrsg.) *Urban gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom, 252-265.
- Berliner Woche (2013): Hausprojekt Schokoladen dauerhaft gesichert (03.01.2013), https://www.berliner-woche.de/mitte/c-sonstiges/hausprojekt-schokoladen-dauerhaft-gesichert_a19555 (Zugriff: 10.09.2018).
- Bertling, Jürgen und Claus Leggewie (2016): Die Reperaturgesellschaft. Ein Beitrag zur großen Transformation? In: Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner und Tom Hansing (Hrsg.) *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag, 275-286.
- Beveridge, Ross und Matthias Naumann (2017): Für ein Recht auf Infrastruktur! Stadtpolitische Konflikte um die Energie- und Wasserversorgung in Berlin. In: Michael Flitner, Julia Lossau und Anna-Lisa Müller (Hrsg.) *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 67-87.
- Bezirk Hamburg-Mitte (2014): Bürgerbeteiligung Grundstück Esso-Häuser startet. Ein Stadtteil plant, <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4346988/buergerbeteiligung-esso-haeuser/> (Zugriff: 15.09.2018).
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (2018): Sanierungsgebiet Rathausblock: Gemeinsamer Gründungsrat aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung kommt – Vertreter*innen auf Forum Rathausblock gewählt. Pressemitteilung Nr. 181 (27.09.2018), <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.743732.php> (Zugriff: 28.09.2018).
- Blinkert, Baldo (2003): Die Bedeutung des Wohnumfeldes für das Heranwachsen junger Menschen – Städte brauchen außerhäusliche Aktionsräume. Freiburger Studie, http://www.aba-fachverband.org/index.php?id=176&no_cache=1&sword_list%5B%5D=Freiburger (Zugriff: 29.08.2018).

- Bloch, Ernst (1985a): *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bloch, Ernst (1985b): *Tendenz, Latenz, Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BMFSFJ (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.
- Boddenberg, Moritz, Max Heinrich Frauenlob, Lenard Gunkel, Sarah Schmitz, Franziska Vaessen und Birgit Blättel-Mink (2017): Solidarische Landwirtschaft als innovative Praxis – Potenziale für einen sozial-ökologischen Wandel. In: Melanie Jaeger-Erben, Jana Rückert-John und Martina Schäfer (Hrsg.) *Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 125-148.
- Boeing, Niels (2010): The future is fab. In: *Technology Review* (03.03.2010), <https://www.heise.de/tr/blog/artikel/The-future-is-fab-942575.html> (Zugriff: 08.07.2018).
- Boeing, Niels (2016): Von der industriellen Stadt zur Community Fabrication. In: Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner und Tom Hansing (Hrsg.) *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript Verlag, 319.
- Boeing, Niels (2018): Park Fiction. E-Mail von nbo@bitfaction.com. (02.05.2018).
- Brand, Ulrich (2008): Multiskalare Hegemonie. Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat. In: Markus Wissen, Bernd Roettger und Susanne Heeg (Hrsg.) *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 169-185.
- Brand, Ulrich (2009): Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf (Zugriff: 04.05.2018).
- Brand, Ulrich und Markus Wissen (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.) *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verl., 79-94.
- Brand, Ulrich und Markus Wissen (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- Brandmeyer, Paula (2013): Kommunen unter Strom. Rekommunalisierung in Zeiten der Energiewende. In: *Verwaltung & Management* 19(6), 313-323.

- Brede, Helmut, Hans-Joachim Kujath und Bernhard Kohaupt (1975): *Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Brede, Helmut, Barbara Dietrich, und Bernhard Kohaupt (1976): *Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brei, Björn und Claudia Hornberg (2009): Die Bedeutung von Stadtgrün aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht. In: *Public Health Forum* 17(1), 372.
- Brendgens, Guido (2005): Vom Verlust des öffentlichen Raums. Simulierte Öffentlichkeit in Zeiten des Neoliberalismus. In: *Utopie kreativ* 182, 1088-1097.
- Brenner, Neil, Jaime Peck und Nik Theodore (2010): After Neoliberalization? In: *Globalizations* 7(3), 327-345.
- Brenner, Neil und Nik Theodore (2002): Cities and the Geographies of »Actually Existing Neoliberalism«. In: *Antipode* 34(3), 349-379.
- Brenner, Neil und Nik Theodore (Hrsg.) (2008): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Malden, Mass.: Blackwell.
- Brocchi, Davide (2017): Große Transformation im Kiez. Bildung eines Kiezrates und »Tag des guten Lebens« 2019 im Brüssler-Kiez (Berlin-Wedding), https://davide-brocchi.eu/wp-content/uploads/2018/05/grosse_transformation_im_kiez.pdf (Zugriff 15.07.2018).
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (2004): Einleitung. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.) *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9-16.
- Bundesnetzagentur (2018): Mieterstrom, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Verbraucher/Vertragsarten/Mieterstrom/Mieterstrom_node.html (Zugriff: 16.8.2018).
- Calderon Lüning, Elizabeth, Marco Clausen, Christian Hiller und Anh-Linh Ngo (2018): Die Einübung einer anderen Vision von Stadt. In: *ARCH+* 232, 88-91.
- Care Revolution Netzwerk (2017). <https://care-revolution.org/regionale-vernetzungen/freiburg/> (Zugriff: 13.06.2018).
- Castells, Manuel (1999): *The Informational City. Information Technology, Economic Restructuring, and the Urban-Regional Process*. Oxford: Blackwell.
- Cauter, Lieven de (2013): Common Places: Preliminary Notes on the (Spatial) Commons. <http://community.dewereldmorgen.be/blogs/lievendecauter/2013/10/14/common-places-preliminary-notes-spatial-commons> (Zugriff: 10.11.2017).

- Christiansen, Petter, Øystein Engebretsen, Nils Fearnley und Jan Usterud Hanssen (2017): Parking facilities and the built environment. Impacts on travel behaviour. In: *Transportation Research Part A: Policy and Practice* 95, 198-206.
- Clausen, Marco und Stefanie Müller-Frank (2012): *Prinzessinnengärten. Anders gärtner in der Stadt*. Köln: DuMont.
- Coutard, Olivier (Hrsg.) (1999): *The Governance of Large Technical Systems*. London u. a.: Routledge.
- Curry, Michael R. (1998): *Digital Places. Living with Geographic Information Technologies*. London: Routledge.
- Dangschaf, Jens S. (1997): Sag' mir, wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 27(109), 619-647.
- Dangschaf, Jens S. und Astrid Segert (2011): Nachhaltige Alltagsmobilität – soziale Ungleichheiten und Milieus. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36(2), 55-73.
- Debor, Sarah (2017): Gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten durch die Kooperation von Energiegenossenschaften und Stadtwerken. Erfahrungen aus der Praxis. In: Jana Rückert-John und Martina Schäfer (Hrsg.) *Governance für eine Gesellschaftstransformation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 109-132.
- Deimel, Rainer (2010): Was haben Abenteuerspielplätze mit Abenteuer zu tun? <http://www.aba-fachverband.org/index.php?id=1289> (Zugriff: 29.08.2018).
- Deimel, Rainer (2013): Abenteuerspielplätze. In: Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.) *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 747-752.
- Deinet, Ulrich (2008): Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Thomas Coelen und Hans-Uwe Otto (Hrsg.) *Grundbegriffe Ganztagsbildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 467-475.
- Deutscher Bundestag (2017): Gewerbeschutz im Miet- und Baurecht. Aktenzeichen: WD 7 - 3000 - 149/17, <https://www.bundestag.de/blob/533260/wd-7-149-17-pdf-data.pdf> (Zugriff: 09.08.2018).
- Die Urbanisten e.V. (2017): Solidargemeinschaft im Handwerk. Steckbrief, <https://urbaneproduktion.ruhr/beispiel/handwerkerhof-ottensen/> (Zugriff: 12.05.2018).
- Difu (2017): Bodenpolitische Agenda 2020-2030. Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=U128MYNG> (Zugriff: 13.08.2018).

- Dikeç, Mustafa (2005): (In)justice and the «right to the city»: The case of French National Urban Policy. In: Doris Wastl-Walter, Lynn A. Staeheli und Lorraine Dowler (Hrsg.) *Rights to the city*. Rome: Soc. Geografica Italiana, 45-53.
- Doderer, Yvonne (2007): Die ungelesene Seite von Planung. Widerständische urbane Praktiken, Frauen- und queere Öffentlichkeiten. In: Jesko Fezer (Hrsg.) *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*. Berlin: b-books, 65-72.
- Drilling, Matthias und Olaf Schnur (2012b): Nachhaltigkeit in der Quartiersentwicklung – einführende Anmerkungen. In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.) *Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, 11-45.
- Drilling, Matthias und Olaf Schnur (Hrsg.) (2012a): *Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Dückers, Tanja und Anton Landgraf (2010): Künstlerunternehmer: Von der Kulturindustrie zur Kreativwirtschaft. In: Ludger Heidbrink und Peter Seele (Hrsg.) *Unternehmertum. Vom Nutzen und Nachteil einer riskanten Lebensform*. Frankfurt am Main: Campus-Verl., 98-115.
- Dzudzek, Iris (2016): *Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Dzudzek, Iris (2017): Wem gehört die Planung? Recht auf Stadt jenseits des Kolumbus-Syndroms. Kommentar zu Lucius Burckhardts »Wer plant die Planung?«. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(1/2), 163-172.
- Dzudzek, Iris und Marit Rosol (2016): Partizipative Planung. In: Bernd Belina, Matthias Naumann und Anke Strüver (Hrsg.) *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 212-217.
- Eberhardt-Köster, Thomas, Wolfgang Pohl und Mike Nagler (2018): Wohnen ist ein Menschenrecht. Fortschrittliche Wohnungspolitik und was Kommunen dazu beitragen könnten, <https://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte52-Wohnen-ist-ein-Menschenrecht.pdf> (Zugriff: 10.09.2018).
- Eichstädt, Wulf (1988): Orientierungsprobleme der reformistischen Wohnungspolitik. In: Walter Prigge und Wilfried Kaib (Hrsg.) *Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main: Vervuert Verlagsgesellschaft, 38-45.

- Eine Stadt für Alle. Wem gehört die ABG? (2016): Forderungskatalog der Frankfurter Initiativen von Mieterinnen und Mietern – eine Stadt für Alle!, https://www.autistici.org/abgkampagne/wp-content/uploads/2016/11/Forderungen_MieterI-nis_161106-1.pdf (Zugriff: 04.04.2018).
- Eizenberg, Efrat (2012): Actually Existing Commons. Three Moments of Space of Community Gardens in New York City. In: *Antipode* 44(3), 764-782.
- Exner, Andrea*s (2014): Wem gehört der Acker? Gemeinsame Produktionsmittel als notwendige Erweiterung von CSA: für eine Solidarische Landwirtschaft. In: *grundrisse. Zeitschrift für linke theorie & debatte* 49, 19-26.
- Exner, Andrea*s, Marit Rosol und Sarah Kumnig (Hrsg.) (2017): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript Verlag.
- express (2013): Gerling-Quartier New Yorker Flair in der Kölner City. In: *express* (17.06.2013), <https://www.express.de/gerling-quartier-new-yorker-flair-in-der-koelner-city-4979846> (Zugriff: 10.05.2018).
- ExRotaprint gGmbH (2014): Wie funktioniert das Erbbaurecht? »Die Trennung von Gebäude und Boden« oder »Eigentum auf Zeit«, https://www.exrotaprint.de/wp-content/uploads/2016/11/5-ExRotaprint-Nachrichten_Erbbaurecht.pdf (Zugriff: 21.08.2018).
- ExRotaprint gGmbH (2017): ExRotaprint Projektbeschreibung, <https://www.exrotaprint.de/wp-content/uploads/2017/02/ExRotaprint-Projektbeschreibung-deutsch.pdf> (Zugriff: 07.09.2018).
- Fab Foundation (2007): The Fab Charter, <http://www.fabfoundation.org/index.php/the-fab-charter/index.html> (Zugriff: 08.05.2018).
- Fabulous St. Pauli: Ein Fab Lab für St. Pauli, <http://www.fablab-hamburg.org/ein-fab-lab-fuer-stpauli/> (Zugriff: 09.08.2018).
- Fairhead, James, Melissa Leach und Ian Scoones (2012): Green Grabbing. A new appropriation of nature? In: *Journal of Peasant Studies* 39(2), 237-261.
- Flade, Antje und Maria Limbourg (1999): *Frauen und Männer in der mobilen Gesellschaft*. Wiesbaden u. a.: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flieger, Burghard (2011): Energiegenossenschaften. In: Susanne Elsen (Hrsg.) *Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze der ökosozialen Transformation von unten*. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher, 315-339.
- Florida, Richard L. (2002): *The rise of the creative class. And how it's transforming work, leisure, community and everyday life*. North Melbourne, Vic.: Pluto Press.

- Follmann, Alexander und Valérie Viehoff (2015): A green garden on red clay. Creating a new urban common as a form of political gardening in Cologne, Germany. In: *Local Environment* 20(10), 1148-1174.
- Foucault, Michel (1994): *Das Subjekt und die Macht*. Weinheim: Beltz Athenäum.
- Frankfurter Rundschau (2018): Heuschrecken beim Zahnarzt (03.09.2018), <http://www.fr.de/wirtschaft/investoren-heuschrecken-beim-zahnarzt-a-1575029> (Zugriff: 10.09.2018).
- Füllner, Jonas (2016): Aktivistische Stadtforschung. In: Bernd Belina, Matthias Naumann und Anke Strüver (Hrsg.) *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 86-91.
- Gawel, Erik, Paul Lehmann, Klaas Korte, Sebastian Strunz, Sven Heim, Andreas Löschel, Phillip Massier, Matthias Reeg, Dominik Schober und Sandra Wassermann (2017): Die Zukunft der Energiewende in Deutschland. In: Jens Schippl, Armin Grunwald und Ortwin Renn (Hrsg.) *Die Energiewende verstehen – orientieren – gestalten: Erkenntnisse aus der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 425-446.
- Gehl, Jan (2015): *Städte für Menschen*. Berlin: Jovis.
- Gomes de Matos, Catarina (2013): Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik. In: *sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2, 121-140.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Graham, Stephen und Simon Marvin (1994): Cherry picking and social dumping. In: *Utilities Policy* 4(2), 113-119.
- Graham, Stephen und Simon Marvin (2001): *Splintering Urbanism. Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition*. London: Routledge.
- Graham, Stephen und Simon Marvin (2008): Splintering Urbanism. Infrastrukturnetze, technologische Mobilität und die Bedingung des Städtischen. In: Timothy Moss, Matthias Naumann und Markus Wissen (Hrsg.) *Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung*. München: oekom-Verlag, 37-62.
- Gribat, Nina, Justin Kadi, Jan Lange, Yuca Meubrink und Jonas Müller (2017): Planung als politische Praxis. Zur Einleitung in den Themenschwerpunkt. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(1/2), 7-20.
- Gribat, Nina und Manuel Lutz (2018): Planung und Partizipation. Zwischen Emanzipation, Kollaboration und Vereinnahmung. In: Anne Vogelpohl, Boris Michel / Henrik

- Lebuhn, Johanna Hoerning und Bernd Belina (Hrsg.) *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 81-99.
- Gruber, Stefan und Anh-Linh Ngo (2018): Die umkämpften Felder des Gemeinschaftens. In: *ARCH+* 51, 4-5.
- Ha, Noa K. (2016): *Straßenhandel in Berlin. Öffentlicher Raum, Informalität und Rassismus in der neoliberalen Stadt*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Habermann, Frederike (2015): Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35-37, 46-52.
- Habermann, Friederike (2016): *Ecommony. UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermas, Jürgen (1968): *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Halder, Severin (2017): *Gemeinsam die Hände dreckig machen. Aktionsforschungen im aktivistischen Kontext urbaner Gärten und kollektiver Kartierungen*. Berlin.
- Hamacher, Jörn (2014): Kritische Wissenschaft lernen!? Erfahrungsbericht von der Sommerschule »Geographische Stadtforschung. Neoliberalisierung. Exklusionen. Widerstände« in Frankfurt am Main. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2(1), 185-189.
- Hamm, Bernd (1973): *Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs*. Düsseldorf: Bertelsmann.
- Harvey, David (1978): The urban process under capitalism. A framework for analysis. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2(1-3), 101-131.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*. Oxford: Basil Blackwell.
- Harvey, David (1985): *The urbanization of capital*. Oxford Basil Blackwell.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 71(1), 3-17.
- Harvey, David (2000): *Spaces of hope*. Edinburgh: Edinburgh Univ. Press.
- Harvey, David (2005a): *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA-Verl.
- Harvey, David (2005b): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford Univ. Press.

- Harvey, David (2012): *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Hausprojekt M29: Selbstverständnis, https://hausprojekt-m29.org/?page_id=7 (Zugriff: 12.08.2018).
- Heeg, Susanne (2008): Property-led development als neuer Ansatz in der Stadtentwicklung? Das Beispiel der South Boston Waterfront in Boston. In: *Erdkunde* 62(1), 41-57.
- Heeg, Susanne (2016): Zur Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter. In: Patrick Oehler, Nicola Thomas und Matthias Drilling (Hrsg.) *Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 11-22.
- Heeg, Susanne (2017): Finanzialisierung und Responsibilisierung – Zur Vermarktlichung der Stadtentwicklung. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schöning (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Heeg, Susanne und Marit Rosol (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37(149), 491-509.
- Helbrecht, Ilse und Francesca Weber-Newth (2017): Die Abschöpfung des Planungsmehrwerts als Repolitisierung der Planung? Eine neue Perspektive auf die aktuelle Wohnungsfrage. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1(2), 61-86.
- Helfrich, Silke (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Helfrich, Silke und David Bollier (2012): Commons als transformative Kraft. In: Silke Helfrich (Hrsg.) *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag, 15-24.
- Hess, Sabine und Henrik Lebuhn (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 3, 11-34.
- Hirsch, Joachim (2004): Eine soziale Infrastruktur ist notwendig, http://www.linksnetz.de/K_texte/K_hirsch_infrastruktur.html (Zugriff: 06.04.2018).
- Hirsch, Joachim (2018): Kostenloser öffentlicher Personennahverkehr. Hat die Bundesregierung die soziale Infrastruktur entdeckt? , http://www.linksnetz.de/K_texte/K_hirsch_oePNV.html (Zugriff: 27.03.2018).

- Hirsch, Joachim, Oliver Brüchert und Eva-Maria Krampe (Hrsg.) (2013): *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA-Verl.
- Höffler, Felix, Christina Schaefer, Ulf Papenfuß, Martin T. W. Rosenfeld und Gerd Landsberg (2013): Rekommunalisierung: Renaissance öffentlicher Unternehmen? In: *Wirtschaftsdienst* 93(2), 71-86.
- Höhne, Stefan und Matthias Naumann (2018): Infrastruktur. Zur Analyse sozio-technischer Netzwerke zwischen altem und neuem Materialismus. In: Anne Vogelpohl, Boris Michel, Henrik Lebuhn, Johanna Hoernig und Bernd Belina (Hrsg.) *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 16-37.
- Holm, Andrej (2011a): Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. In: *Widersprüche* 121, 9-20.
- Holm, Andrej (2011b): Das Recht auf die Stadt. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8, 89-97.
- Holm, Andrej (2013a): Wohnen als Soziale Infrastruktur, http://www.links-netz.de/pdf/T_holm_wohnen.pdf (Zugriff: 10.04.2018).
- Holm, Andrej (2013b): *Wir bleiben alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Münster: Unrast-Verlag.
- Holm, Andrej (2017): »Neue Gemeinnützigkeit« und soziale Wohnungsversorgung. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schönig (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Holm, Andrej, Sabine Horlitz und Inga Jensen (2017): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwartete Effekte, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5-17_Neue_Wohnungsgemeinnuetzigkeit.pdf (Zugriff: 25.07.2018).
- Holm, Andrej und Henrik Lebuhn (2013): Die Stadt politisieren: Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der »Sozialen Stadt«. In: Martin Kronauer und Walter Siebel (Hrsg.) *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Campus, 194-215.
- Holm, Andrej, Henrik Lebuhn, Stephan Junker und Kevin Neitzel (2018): Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten?, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf (Zugriff: 19.04.2018).
- Holston, James und Arjun Appadurai (2003): Cities and Citizenship. In: Neil Brenner, Bob Jessop, Martin Jones und Gordon MacLeod (Hrsg.) *State/Space*. Malden, MA, USA: Blackwell Publishing, 296-308.

- Hözl, Erik (1994): Qualitatives Interview. In: Otmar Chorherr (Hrsg.) *Verführung zum qualitativen Forschen. Eine Methodenauswahl*. Wien: WUV-Univ.-Verl., 61-68.
- Horkheimer, Max (1987): *Gesammelte Schriften*. Frankfurt: Fischer Taschenbuch-Verlag.
- Horlitz, Sabine (2012): Housing Beyond Profit: A Comparison of U.S. and German Alternative Ownership Models, <https://www.aicgs.org/publication/housing-beyond-profit-a-comparison-of-u-s-and-german-alternative-ownership-models/> (Zugriff: 14.08.2018).
- Horlitz, Sabine (2017): Community Land Trusts in den USA: Strukturen und aktuelle Tendenzen. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schöning (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- iFixit (2010): Reperaturmanifest. Diese Fakten sind für uns selbstverständlich, <https://de.ifixit.com/Manifesto> (Zugriff: 08.05.2018).
- Initiative Esso-Häuser (2010): Worum geht es hier genau?, <http://www.initiative-esso-haeuser.de/ueberuns.html> (Zugriff: 15.09.2018).
- Initiative Esso-Häuser (2013): Stellungnahme der Initiative ESSO Häuser zur Demonstration Rote Flora verteidigen – Esso-Häuser durchsetzen! Gegen rassistische Zustände – Bleiberecht für alle! am 21.12.2013, Hamburg, http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_23_12_13.htm (Zugriff: 15.09.2018).
- Interventionistische Linke Berlin (2018): Das rote Berlin. Strategien für eine sozialistische Stadt, http://interventionistische-linke.org/sites/default/files/attachements/das_rote_berlin.pdf (Zugriff: 26.09.2018).
- Inin, Engin F. (Hrsg.) (2000): *Democracy, Citizenship and the Global City*. London: Routledge.
- Jiménez, Alberto Corsín (2014): The Right to Infrastructure. A Prototype for Open Source Urbanism. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 32(2), 342-362.
- Jungjohann, Arne (2015): Energiewende: Erneuerbare unter Strom, <https://www.boell.de/de/2015/06/02/energiewende-erneuerbare-unter-strom> (Zugriff: 27.04.2018).
- Kamleithner, Christa (2009): »Regieren durch Community«: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.) *Governance der Quartiersentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29-47.

- Kiczka, Raphael (2014): Leerstand zu Commons machen! Die Commons Perspektive als Kritikfolie und Hebel für eine emanzipatorische Stadtgestaltung. In: Willi Hejda (Hrsg.) *Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik*. Wien: ed. mono/monochrom, 116-133.
- Klein, Dieter (2018): Doppelte Transformation. Eine Konsultation Ernst Blochs, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/07-18_Online-Publ_doppelteTransformation.pdf (Zugriff: 11.05.2018).
- Klein, Isabelle und Alexandra Weitkamp (2016): Wohnungswirtschaftliche Herausforderungen und das Mietrechtsnovellierungsgesetz. In: *zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement* 141(3), 206-214.
- Knieps, Franz und Volker Amelung (2010): Medizinische Versorgungszentren – Eine innovative und attraktive Antwort auf die Herausforderungen an die ambulante Versorgung. In: *Gesundheits- und Sozialpolitik* 64(5), 17-21.
- Kölnische Rundschau (2014): Köln im Wandel – Das Gerling-Quartier Platz mit italienischem Flair (13.10.2013), <https://www.rundschau-online.de/region/koeln/-gerling-quartier-platz-mit-italienischem-flair-339330> (Zugriff: 08.05.2018).
- Kornberger, Martin und Christian Borch (2015): Introduction: Urban commons. In: Christian Borch und Martin Kornberger (Hrsg.) *Urban commons. Rethinking the city*. London u. a.: Routledge, 1-21.
- Kotti & Co (2014): Nichts läuft hier richtig. Informationen zum sozialen Wohnungsbau in Berlin, https://kottiundco.files.wordpress.com/2014/03/konferenz_heft_2_2014_web.pdf (Zugriff: 29.03.2018).
- Kotti & Co (2016a): Alles muss man selber machen. Multi-Layer-Organizing für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4(2/3), 121–126.
- Kotti & Co (2016b): Wir wollen unsere Häuser zurück, https://kottiundco.files.wordpress.com/2016/02/kottico_rekomm_ag_2-2016__a4_web.pdf (Zugriff: 18.09.2018).
- Krampe, Eva-Maria (2013): Gesundheitswesen: für alle gleich, dezentral und steuerfinanziert. In: Joachim Hirsch, Oliver Brüchert und Eva-Maria Krampe (Hrsg.) *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA-Verl., 95-117.
- Lambing, Julio (2012): Stromallmende: Wege in eine neue Industriegesellschaft. In: Silke Helfrich (Hrsg.) *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag, 479-486.

- Lang, Susanne (2015): Einordnung von Stadtentwicklungskonzepten. In: Judith Knabe, Anne van Rießen und Rolf Blandow (Hrsg.) *Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat*. Bielefeld: transcript Verlag, 131-147.
- Lanz, Stephan (2009): Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im »Problemkiez«. In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.) *Governance der Quartiersentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 219-225.
- Larkin, Brian (2013): The Politics and Poetics of Infrastructure. In: *Annual Review of Anthropology* 42(1), 327-343.
- Lausitzer Klimacamp (2012), <http://energie-demokratie.de/energiedemokratie/> (Zugriff: 09.04.2018).
- Lebuhn, Henrik (2013): Migration – Recht – Citizenship Potentiale und Grenzen eines kritischen Diskurses. In: Paul Mecheril, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens und Elisabeth Romaner (Hrsg.) *Migrationsforschung als Kritik?* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 231-244.
- Lederer, Klaus und Matthias Naumann (2011): Öffentlich, weil es besser ist? Politische Gemeinwohlbestimmung als Voraussetzung einer erfolgreichen Kommunalwirtschaft. In: *Berliner Debatte INITIAL* 4(21), 105-116.
- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (2015). In: Jörg Dünne und Stephan Günzel (Hrsg.) *Raumtheorie. Grundagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 330-342.
- Lentin, Alana und Gavan Titley (2011): *The Crises of Multiculturalism. Racism in a Neoliberal Age*. London u. a.: Zed Books.
- Lincoln-Siedlung (2018): Mobilitätskonzept, <https://www.lincoln-siedlung.de/mobilitaet/mobilitaetskonzept> (Zugriff: 08.06.2018).
- Linebaugh, Peter (2008): *The Magna Carta manifesto. Liberties and commons for all*. Berkeley, Calif. u. a.: University of California Press.
- Lorenzen, Astrid (2015): Ein Fab Lab für St.Pauli. In: Silke Helfrich und David Bollier (Hrsg.) *Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns*. Bielefeld: transcript Verlag, 158-161.
- Marquardt, Nadine (2017): Zonen infrastruktureller Entkopplung. Urbane Prekarität und soziotechnische Verknüpfungen im öffentlichen Raum. In: Michael Flitner, Julia Lossau und Anna-Lisa Müller (Hrsg.) *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 89-104.

- Marshall, Thomas Humphrey und T. B. Bottomore (1950): *Citizenship and Social Class*. London: Pluto Press.
- Martin, Dirk und Jens Wissel (2018): Soziale Infrastruktur als sozialpolitisches Transformationskonzept. In: Ulrich Brand und Christoph Görg (Hrsg.) *Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 201-218.
- Maruschke, Robert (2014): *Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung ; eine kritische Einführung*. Münster: ed. assemblage.
- May, Michael (2016): Kritische quartiersbezogene Arbeitsansätze Sozialer Arbeit im Schatten der unternehmerischen Stadt. In: Patrick Oehler, Nicola Thomas und Matthias Drilling (Hrsg.) *Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 41–50.
- Mayer, Margit (2008): Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen. In: Markus Wissen (Hrsg.) *Politics of scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 268-289.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1, 155-168.
- McFarlane, Colin (2009): Infrastructure, Interruption, and Inequality: Urban Life in the Global South. In: Stephen Graham (Hrsg.) *Disrupted cities. When infrastructure fails*. New York, NY: Routledge, 131-145.
- Metzger, Jonathan (2015): The city is not a Menschenpark. Rethinking the tragedy of the urban commons beyond the human/non-human divide. In: Christian Borch und Martin Kornberger (Hrsg.) *Urban commons. Rethinking the city*. London u. a.: Routledge, 22-46.
- Metzger, Joscha und Sebastian Schipper (2017): Postneoliberale Strategien für bezahlbaren Wohnraum? Aktuelle wohnungspolitische Ansätze in Frankfurt am Main und Hamburg. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schöning (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- MEW 18: Engels, Friedrich. Zur Wohnungsfrage. In: *Karl Marx / Friedrich Engels – Werke*, Band 18. Berlin: Dietz Verlag, 1973, 209-287.
- MEW 19: Engels, Friedrich. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke*, Band 19. Berlin: Dietz Verlag, 1973.

- MEW 23: Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: *Karl Marx / Friedrich Engels – Werke*, Band 23. Berlin: Dietz Verlag, 1988.
- MEW 25: Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. In: *Karl Marx / Friedrich Engels – Werke*, Band 25. Berlin: Dietz Verlag, 1983.
- MEW 3: Marx, Karl. Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten, Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: *Karl Marx / Friedrich Engels – Werke*, Band 3. Berlin: Dietz Verlag, 1978.
- Michel, Boris und Nikolai Roskamm (2013): Einführung. Die ›postpolitische Stadt‹. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1(2), 9-16.
- Mietentscheid Frankfurt (2018): Forderungen, <https://mietentscheid-frankfurt.de/> (Zugriff: 15.09.2018).
- Mieten-Wahnsinn stoppen! Netzwerk (2017): Mieten-Wahnsinn stoppen! Bezahlbare gute Wohnungen für Alle!, <https://mietenwahnsinn-stoppen.de/wp-content/uploads/2017/05/mw2017-flyer.pdf> (Zugriff: 13.04.2018).
- Mietshäuser Syndikat (2011): Handwerkerhof Ottensen, https://www.syndikat.org/de/projekte/handwerkerhof_ottensen/ (Zugriff: 08.06.2018).
- Mietshäuser Syndikat GmbH (2016): Die Häuser denen, Die Häuser denen, die drin wohnen die drin wohnen, https://www.syndikat.org/wp-content/uploads/2017/02/broschuere_nr7.pdf (Zugriff: 12.08.2018).
- Monstadt, Jochen und Annika Wolff (2017): Infrastrukturegime und inkrementeller Wandel: Das Beispiel der Energie- und Wasserversorgung in Los Angeles. In: Michael Flitner, Julia Lossau und Anna-Lisa Müller (Hrsg.) *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer VS, 205-225.
- Moss, Timothy, Matthias Naumann und Markus Wissen (Hrsg.) (2008): *Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung*. München: oekom-Verlag.
- Muhl, Florian (2006): 3. Fallstudie: ›Park Fiction‹ als urbanes Commons und die Gemeinwesenarbeit, http://www.floating-flo.de/?page_id=579 (Zugriff: 12.08.2018).
- Mukhija, Vinit und Donald Shoup (2006): Quantity versus Quality in Off-Street Parking Requirements. In: *Journal of the American Planning Association* 72(3), 296-308.

- Müller, Christa (2011a): *Urban gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom-Verlag.
- Müller, Christa (2011b): Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisation. In: Christa Müller (Hrsg.) *Urban gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom-Verlag, 22-53.
- Müller, Christa (2012): Reiche Ernte in Gemeinschaftsgärten. Beim Urban Gardening findet der Homo oeconomicus sein Korrektiv. In: Silke Helfrich (Hrsg.) *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag, 267-272.
- Müller, Christa und Cordula Kropp (2017): Transformatives Wirtschaften in der urbanen Ernährungsbewegung. Zwei Fallbeispiele aus Leipzig und München. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*.
- Mullis, Daniel (2014): *Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie*. Münster: Unrast.
- Mullis, Daniel und Sebastian Schipper (2013): Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1(2), 79-100.
- Münchener Initiative für ein soziales Bodenrecht (2018): Kommunalen Impuls zu einer gemeinwohl-orientierten Bodenpolitik, http://www.stattbau-muenchen.de/files/stattbau/bodenrecht/M%C3%BCnchner_Ratschlag_Bodenrecht_Ergebnispapier.pdf (Zugriff: 13.08.2018).
- Nachbarschaftsakademie: Offene Plattform für Wissensaustausch, kulturelle Praxis und Aktivismus zwischen Stadt und Land, <http://www.nachbarschaftsakademie.org/about/> (Zugriff: 02.05.2018).
- Netzwerk Energiewende Jetzt e.V., 100 Prozent erneuerbare stiftung und StoRegio Energiespeichersysteme e.V. (2016): *Geschäftsmodelle für Bürgerenergiegenossenschaften. Markterfassung und Zukunftsperspektiven*.
- Neupert-Doppler, Alexander (2015): *Utopie. Vom Roman zur Denkfigur*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Neupert-Doppler, Alexander (Hrsg.) (2017): *Konkrete Utopien*. Stuttgart: Schmetterling Stuttgart.
- Neustart Schweiz (2013): *Nachbarschaften entwickeln!* Zürich.
- Niermann, Oliver, Olaf Schnur und Matthias Drilling (2014): Das Quartier im Kontext von Lebenswelt und Wohnungswirtschaft – eine Einführung. In: Olaf Schnur,

- Matthias Drilling und Oliver Niermann (Hrsg.) *Zwischen Lebenswelt und Renditeobjekt. Quartiere als Wohn- und Investitionsorte*. Wiesbaden: Springer, 11-32.
- Offenes Haus der Kulturen (2012): Ein Offenes Haus der Kulturen in Frankfurt am Main. Konzept, http://offenes-haus-der-kulturen.de/images/OHK_Konzept.pdf (Zugriff: 09.05.2018).
- Pain, Rachel (2003): Social geography. On action orientated research. In: *Progress in Human Geography* 27(5), 649-657.
- Park Fiction (1995): Park Fiction: Aufruhr auf Ebene p, <http://park-fiction.net/park-fiction-aufruhr-auf-ebene-p/> (Zugriff: 29.04.2018).
- Park Fiction (2006): Park Fiction Archiv für Unabhängigen Urbanismus / Park Fiction Archive of Independent Urbanism A.O., <http://park-fiction.net/park-fiction-archiv-fuer-unabhaengigen-urbanismus-park-fiction-archive-of-independent-urbanism-a-o/> (Zugriff: 29.04.2018).
- Park Fiction (2013): Willkommen bei Gezi Park Fiction, <http://park-fiction.net/gezi-park-fiction-hamburg/> (Zugriff: 29.04.2018).
- Peck, Jamie (2012): Austerity urbanism. American cities under extreme economy. In: *City* 16(6), 626-655.
- Pelger, Dagmar, Anita Kaspar, Jörg Stollmann, Paul Klever, Steffen Klotz, Lukas Papert und Jens Schulze (Hrsg.) (2016): *Spatial Commons - Städtische Freiräume als Ressource*. Berlin: Universitätsverlag der TU.
- PlanBude Hamburg (2014): Wir nennen es PlanBude. Konzept, <http://planbude.de/planbude-konzept/> (Zugriff: 15.09.2018).
- PlanBude Hamburg (2018): Ezzo-Häuser: Verhandlungspaket Mai 2018, <http://planbude.de/esso-haeuser-verhandlungspaket-mai-2018/> (Zugriff: 15.09.2018).
- Poliklinik Veddel (2015): Poliklinik - eine Konzeptstreitschrift. Eine kontroverse aus der Vergangenheit. In: *Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte. Gesundheit braucht Politik. Soziale Determinanten von Gesundheit*, 14-16.
- Poliklinik Veddel: Stadtteil-Gesundheits-Zentrum, <http://poliklinik1.org/> (Zugriff: 10.04.2018).
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verl.
- Prausmüller, Oliver und Alice Wagner (2014): Reclaim Public Services. Zur Auseinandersetzung um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. In: Oliver Prausmüller

- und Alice Wagner (Hrsg.) *Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik*. Hamburg: VSA-Verl., 7-25.
- Prinzessinnengarten (2018): Wunschproduktion Prinzessinnengarten als Gemeingut, <http://prinzessinnengarten.net/gemeingut-prinzessinnengarten/> (Zugriff: 02.05.2018).
- ps wedding (2016): ps wedding. Umnutzung und Neuplanung Gelände ehemaliges Diesterweg-Gymnasium Berlin Wedding, http://pswedding.de/media/psw_broschuere.pdf (Zugriff: 18.04.2018).
- ps wedding (2018): Neues/ Chronologie, <https://pswedding.de/neues-chronologie/> (Zugriff: 15.09.2018).
- Pütz, Robert, Christian Stein, Boris Michel und Georg Glasze (2013): Business Improvement Districts in Deutschland – Kontextualisierung einer »mobile policy«. In: *Geographische Zeitschrift* 2(101), 82-100.
- Rakowitz, Nadja (2017): Gesundheit ist eine Ware. Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens. In: *luxemburg argumente*.
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Zürich: Diaphanes.
- Reason, Peter und Hillary Bradbury (Hrsg.) (2004): *Handbook of Action Research. Participative Inquiry and Practice*. London: SAGE.
- Reitschule Bern (2006): Manifest, <http://www.reitschule.ch/reitschule/?manifest> (Zugriff: 09.05.2018).
- Rifkin, Jeremy (2014): *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, Kollaboratives gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt am Main Germany: Campus Verlag GmbH.
- Rinn, Moritz (2018): Ein Urbanismus der Ungleichheit. »Neue soziale Stadtpolitik« in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6(1), 9-28.
- Römpp, Georg (2015): *Habermas leicht gemacht. Eine Einführung in sein Denken*. Köln u. a.: Böhlau Verlag.
- Ronneberger, Klaus (1998): Die revanchistische Stadt. Von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft: Macht und Raum im Neoliberalismus. In: *Jungle World* (03.06.1998), <https://jungle.world/artikel/1998/23/die-revanchistische-stadt> (Zugriff 21.04.2018).
- Ronneberger, Klaus (2013): Fordistisches Wohnen: Ideologie und Materialität. http://www.links-netz.de/pdf/T_ronneberger_wohnen.pdf (Zugriff: 19.04.2018).

- Rose, Nikolas (2000): Community, Citizenship, and the third Way. In: *American Behavioral Scientist* 43(9), 1395-1411.
- Roskamm, Nikolai (2015): On the other side of «agonism». «The enemy,» the «outside,» and the role of antagonism. In: *Planning Theory* 14(4), 384-403.
- Rosol, Marit (2006): *Gemeinschaftsgärten in Berlin: Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung*. Dissertation, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Rosol, Marit (2017): Gemeinschaftlich gärtner in der neoliberalen Stadt? In: Andrea*s Exner, Marit Rosol und Sarah Kumnig (Hrsg.) *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript Verlag, 11-33.
- Rosol, Marit (2018): Alternative Ernährungsnetzwerke als Alternative Ökonomien. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 62(3-4).
- Rosol, Marit und Sebastian Schipper (2014): Das foucaultsche Konzept der Gouvernamentalität. In: Jürgen Oßenbrügge und Anne Vogelpohl (Hrsg.) *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 271-289.
- Routledge, Paul (2009): Activist Geographies. In: Rob Kitchin und Nigel J. Thrift (Hrsg.) *International encyclopedia of human geography*. Amsterdam: Elsevier, 7-14.
- Samochowicz, Jakub, Leonie Thalmann und Andreas Müller (2018): *Die neuen Freiwilligen. Die Zukunft gesellschaftlicher Partizipation*. Zürich.
- Scherr, Albert und Rebecca Hofmann (2018): Sanctuary Cities – Zufluchts-Städte. In: Frank Gesemann und Roland Roth (Hrsg.) *Handbuch Lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 869-882.
- Schiller, Hans-Ernst (2017): Reich der Freiheit und Seinsmächtigkeit – Ernst Bloch und die Utopie des 20. Jahrhunderts. In: Alexander Neupert-Doppler (Hrsg.) *Konkrete Utopien*. Stuttgart: Schmetterling Stuttgart, 39-56.
- Schipper, Sebastian (2013a): *Genealogie und Gegenwart der »unternehmerischen« Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960-2010*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schipper, Sebastian (2013b): Global-City-Formierung, Gentrifizierung und Grundrentenbildung in Frankfurt am Main. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 57(1-2), 1960.

- Schipper, Sebastian (2018): *Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schipper, Sebastian und Bernd Belina (2009): Die neoliberale Stadt in der Krise? Anmerkungen zum 35. Deutschen Städtetag unter dem Motto »Städtisches Handeln in Zeiten der Krise«. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 80, 38-51.
- Schipper, Sebastian und Tabea Latocha (2018): Wie lässt sich Verdrängung verhindern?. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6(1), 51-76.
- Schlegel, Katja und Mili Schroeder (2015): Von rotierendem Gardarobpersonal, kostenlosen Bussen und einer Softeismaschine. Ein Interview aus der Zukunft zum zehnjährigen Geburtstag der Poliklinik Nr.1. In: *Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Gesundheit braucht Politik. Soziale Determinanten von Gesundheit*, 17-24.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm und Dirk Gebhardt (Hrsg.) *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA-Verl., 25-52.
- Schnur, Olaf (2008b): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Olaf Schnur (Hrsg.) *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 19-55.
- Schnur, Olaf (2010): Neighborhood Trek. Konzepte der Quartiersforschung im Überblick. ILS Kolloquium »Multiperspektive Quartiersforschung«. Institut für Geographie, Universität Potsdam, https://www.ils-forschung.de/download/Neighborhood_Trek.pdf (Zugriff: 30.10.2017).
- Schnur, Olaf (2014): Einführung zur zweiten Auflage und Zusammenfassung der Beiträge. In: Olaf Schnur (Hrsg.) *Quartiersforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-17.
- Schnur, Olaf (Hrsg.) (2008a): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Scholz, Carola (2016): Urbane Mischung braucht mehr Mut! Nutzungsvielfalt im Quartier. In: *AKP - Alternative Kommunalpolitik* 3, 54-56.
- Schönig, Barbara (2017): Sechs Thesen zur wieder mal »neuen« Wohnungsfrage – Plädoyer für ein interdisziplinäres Gespräch. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schönig (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag, 11-30.

- Schönig, Barbara (2018): Ausnahmesegment. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(191), 227-245.
- Schreiber, Verena (2012): Das Quartier als Therapie: Die Kommunale Kriminalprävention und ihre Vervielfältigung städtischer Räume. In: *Geographische Zeitschrift* 100(4), 228-246.
- Schubert, Axel (2012): Von den Verengungsgefahren nachhaltigen Mainstreamings zum planungstheoretischen Erfordernis der Emanzipation. In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.) *Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, 69-92.
- Schubert, Axel (2017): Planung als politische Praxis? Zum emotionalen Risikomanagement praktischen Verhaltens. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(1/2), 287-294.
- Selle, Klaus (2002): *Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Selle, Klaus (2011): »Particitainment« oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird. In: *pnd | online*, 1-19.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2018): Pressemitteilung. Mieter*innen-Mitbestimmung auf Augenhöhe: Vorstellung und Unterzeichnung einer neuartigen Kooperation, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1810/nachricht6624.html (Zugriff: 07.09.2018).
- Siebel, Walter (2007): Vom Wandel des öffentlichen Raumes. In: Jan Wehrheim (Hrsg.) *Shopping Malls*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 77-94.
- Siefkes, Christian (2012): Peer-Produktion. der unerwartete Aufstieg der commonbasierten Produktionsweise. In: Silke Helfrich (Hrsg.) *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag, 348-353.
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification. A Back to the City Movement by Capital, not People. In: *Journal of the American Planning Association* 45(4), 538-548.
- Smith, Neil (1996): *New Urban Frontier, The. Gentrification and the revanchist city*. Hoboken: Taylor & Francis Ltd.
- Solidarische Landwirtschaft e.V. (2018): Was ist Solidarische Landwirtschaft?, <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept/> (Zugriff: 04.04.2018).

- Solidarity City: Selbstverständnis, <https://solidarity-city.eu/de/selbstverstaendnis/> (Zugriff: 28.03.2018).
- Sommer, Ulrike und Caroline Weichert (2014): *Lernen von Vauban*. Ein Studienprojekt und mehr. RWTH Aachen.
- SoWo Leipzig eG (2017): Satzung der SoWo Leipzig eG, <https://sowo-eg.org/wp-content/uploads/sites/70/2017/11/2017-04-27-Satzung-der-SoWo-Leipzig-eG-.pdf> (Zugriff: 25.09.2018).
- SoWo Leipzig eG a: Hintergründe, <https://sowo-eg.org/hintergruende/> (Zugriff: 25.09.2018).
- SoWo Leipzig eG b: Organisationsmodell, <https://sowo-eg.org/organisationsmodell/> (Zugriff: 25.09.2018).
- Spars, Guido (2014): Quartiere als Investitionsobjekte. In: Olaf Schnur, Matthias Drilling und Oliver Niermann (Hrsg.) *Zwischen Lebenswelt und Renditeobjekt. Quartiere als Wohn- und Investitionsorte*. Wiesbaden: Springer.
- Speer, Jessie (2016): The right to infrastructure. A struggle for sanitation in Fresno, California homeless encampments. In: *Urban Geography* 37(7), 1049-1069.
- Speiseräume (2017): Der Ernährungsrat – Geschichte & Updates, <http://ernaehrungsraete.de/ernaehrungsrat-geschichte-entwicklungen/> (Zugriff: 04.04.2018).
- St. Pauli selber machen (2018): Das Esso-Häuser-Gelände für die Menschen auf St. Pauli!, <http://www.st-pauli-selber-machen.de/?downloads=24415> (Zugriff: 18.09.2018).
- Stadt Freiburg (2014): *Quartier Vauban. Von der Kaserne zum Stadtteil*.
- Stadt von Unten (2017a): Selbstverwaltet & Kommunal. Mit einem Modellprojekt für eine Stadt von unten, <https://stadtvonunten.de/wp-content/uploads/2014/07/Modellprojekt-Selbstverwaltet-Kommunal-f%C3%BCr-Stadt-von-Unten.pdf> (Zugriff: 24.01.2018).
- Stadt von Unten (2017b): Wer plant die Planung? Ein Vorschlag. Kommentar zu Lucius Burekhardts »Wer plant die Planung?«. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(1/2), 153-162.
- Stadt von Unten (2018a): Bodenfrage ungelöst, <https://stadtvonunten.de/wp-content/uploads/2018/01/2018-01-29-FINAL-Bodenaktion.pdf> (Zugriff: 06.04.2018).
- Stadt von Unten (2018b): Dragonerareal, https://stadtvonunten.de/wp-content/uploads/2018/05/180404_Flyer_Textexport_Druck.pdf (Zugriff: 02.09.2018).

- Stadt von Unten (2018c): Kooperationsverfahren Rathausblock. 1 Jahr »Beteiligung« was bisher geschah..., <https://stadtvonunten.de/wp-content/uploads/2018/08/2018-08-01-Reflektion-Beteiligung-SVU.pdf> (Zugriff: 09.09.2018).
- Stalder, Felix (2014): *Digitale Solidarität*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Star, Susan (1999): The Ethnography of Infrastructure. In: *American Behavioral Scientist* 43(3), 377-391.
- Stavrídes, Stavros (2016): *Common Space. The City as Commons*. London: Zed Books.
- Stierand, Philipp (2014): *Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt*. München: oekom-Verlag.
- Stiftung Edith Maryon (2015): Raum zu leben – über Generationen, https://maryon.ch/v2/wp-content/uploads/Prospekt_2015-1.pdf (Zugriff: 15.08.2018).
- Stiftung Edith Maryon (2018): Schokoladen, <https://maryon.ch/liegenschaft/schokoladen/> (Zugriff: 15.08.2018).
- Stiftung trias (2016): Das Erbbaurecht. Ein anderer Umgang mit Grund und Boden, https://stiftung-trias.de/fileadmin/media/publikationen/2016_trias_Erbbaurecht_Extrakt.pdf (Zugriff: 18.08.2018).
- Stiftung trias (2017): Schwerter Erklärung, https://www.stiftung-trias.de/fileadmin/media/downloads/trias_Schwerter_Erklaerung.pdf (Zugriff: 15.08.2018).
- Stiftung trias (2018): Was uns bewegt. Was wir bewegen, https://www.stiftung-trias.de/fileadmin/media/publikationen/2018_trias_Stiftungsbroschuere.pdf (Zugriff: 15.08.2018).
- Stövesand, Sabine (2005): Aneignung städtischer Räume: Park Fiction – ein persönlicher Bericht, <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/brachen-freiflaechen/49-park-fiction.html> (Zugriff: 30.04.2018).
- Swyngedouw, Erik (2007): Water, money and power. In: *Socialist Register* 43.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1(2), 141-158.
- taz (2018): Schutz für Bäcker und Kinderläden. Mietrecht für Gewerbe (08.01.2018), <http://www.taz.de/!5472516/> (Zugriff: 10.06.2018).
- The Guardian (2017): Neoliberalism has conned us into fighting climate change as individuals (17.07.2017), <https://www.theguardian.com/environment/true-north/2017/jul/17/neoliberalism-has-conned-us-into-fighting-climate-change-as-individuals> (Zugriff: 13.06.2018).

- Thiersch, Hans (2017): Emanzipation und Lebensweltorientierte Soziale Arbeit im städtischen Raum. In: Patrick Oehler, Nadine Käser, Matthias Drilling, Jutta Guhl und Nicola Thomas (Hrsg.) *Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Eine programmatische und methodische Herausforderung*. Opladen u. a.: Budrich UniPress Ltd, 35-50.
- Tribble, Reneé, Patricia Wedler und Volker Katthagen (2017): PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(1/2), 267-276.
- Tribble, Renée und Lisa-Marie Zander (2018): PlanBude Hamburg – Der Prozess und die Tools. Von der Wunschproduktion zum Raum. In: *ARCH+* 51(232), 152-161.
- Tricarico, Antonio und Heike Löschmann (2012): Finanzialisierung – ein Hebel zur Einhegung der Commons. In: Silke Helfrich (Hrsg.) *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript Verlag, 184-195.
- UBA (2015): Umweltgerechtigkeit. Umwelt, Gesundheit und soziale Lage, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheits/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/umweltgerechtigkeit-umwelt-gesundheit-soziale-lage> (Zugriff: 30.05.2018).
- UBA (2016): Die grüne Lunge schützen, <https://www.umweltbundesamt.de/service/green-radio/die-gruene-lunge-schuetzen> (Zugriff: 07.08.2018).
- Unger, Knut (2018): Mieterhöhungsmaschinen. Zur Finanzialisierung und Industrialisierung der unternehmerischen Wohnungswirtschaft. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(191), 205-225.
- Unterzeichnenden, Die (2018): Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6(2/3), 205-222.
- Urban Gardening Manifest (2014): Die Stadt ist unser Garten, www.urbangardening-manifest.de/pulsepro/data/files/Text%20Urban-Gardening-Manifest.pdf (Zugriff: 02.05.2018).
- VCD e.V. (2018): *Intelligent mobil im Wohnquartier. Themenkompass für Wohnungsunternehmen*. Berlin.
- Vogelpohl, Anne (2008): Stadt der Quartiere? Das Place-Konzept und die Idee von urbanen Dörfern. In: Olaf Schnur (Hrsg.) *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV. Wiesbaden, 69-87.
- Vogelpohl, Anne, Lisa Vollmer, Elodie Vittu und Norma Brecht (2017): Die Repolitisierung des Wohnens. Städtische soziale Bewegungen für ein Recht auf Wohnen und

- auf Stadt im Hamburg, Berlin, Jena und Leipzig. In: Justin Kadi, Sebastian Schipper und Barbara Schöning (Hrsg.) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: transcript Verlag, 102-131.
- Vollmann, Anne (2012): *Quartierseffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik. Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit*. Berlin: Univ.-Verl. der TU Univ.-Bibliothek.
- Vollmer, Lisa (2015): Die Berliner Mieter_innenbewegung zwischen lokalen Konflikten und globalen Widersprüchen. In: *Sozial. Geschichte Online* 17, 51-82.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress »Fearless Cities«, Barcelona 10./11. Juni 2017. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5(3), 147-156.
- Vollmer, Lisa und Justin Kadi (2018): Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien. Postneoliberaler Paradigmenwechsel oder punktuelle staatliche Beruhigungspolitik? In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 2(191), 247-264.
- Vollmer, Lisa und Justin Kadi (2018): Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(191), 247-264.
- Watts, D. C. H., B. Ilbery und D. Maye (2005): Making reconnections in agro-food geography. Alternative systems of food provision. In: *Progress in Human Geography* 29(1), 22-40.
- Wehrheim, Jan (2002): *Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. Opladen Germany: Leske + Budrich.
- Wehrheim, Jan (2015): Quartier - Stadt - Gesellschaft. In: Judith Knabe, Anne van Rieben und Rolf Blandow (Hrsg.) *Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat*. Bielefeld: transcript Verlag, 21-41.
- Weißmüller, Laura (2018): Die Bodenfrage. In: *Bauwelt* 06.2018, 16-21.
- Wichterich, Christa (2012): *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Widmer, Céline (2009): Aufwertung benachteiligter Quartiere im Kontext wettbewerbsorientierter Stadtentwicklungspolitik am Beispiel Zürich. In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.) *Governance der Quartiersentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 49-67.

- Wieczorek, Wanda (2005): *Park Fiction. Analyse eines selbstorganisierten Planungsprozesses zwischen Kunst, Gemeinwesenarbeit und Urbanismuskritik in Hamburg-St.Pauli*. Magisterarbeit. Universität Lüneburg.
- Wieczorek, Wanda (2006): Park Fiction. Eine andauernde Geschichte der praktischen Stadtkritik, <http://park-fiction.net/park-fiction-eine-andauernde-geschichte-der-praktischen-stadtkritik/> (Zugriff: 03.08.2018).
- Wiegand, Felix, Tino Petzold und Bernd Belina (2015): Austerität: ein politisches Projekt. Zu Logik, Geschichte, Geographie und politischen Perspektiven. In: *Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen. Kommunale Kürzungspolitik in der Region Frankfurt/Rhein-Main. Tagungsdokumentation*, 16-21.
- Wille, Luise (2005): Annäherung ans Quartier, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Aktuell/Veranstaltungen/Dokumentation/2005_Projektwerkstatt_Halle.html?nn=396022 (Zugriff: 11.10.2017).
- Witzel, Andreas (1985): Das problemzentrierte Interview. In: Gerd Jüttemann (Hrsg.) *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim: Beltz, 227-255.
- Wright, Erik Olin (2010): The Real Utopias Project, <https://www.ssc.wisc.edu/~wright/OVERVIEW.html> (Zugriff: 21.09.2018).
- Wright, Erik Olin (2012): Transformation des Kapitalismus. In: Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke (Hrsg.) *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 462-487.
- Wright, Erik Olin (2015): Real Utopias as Destination, Process and Strategy, <http://futureswewant.net/erik-olin-wright-real-utopias/> (Zugriff: 06.07.2018).
- Wright, Erik Olin (2017a): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Wright, Erik Olin (2017b): Untergraben wir den Kapitalismus! Wie die Linke utopisch und realistisch zugleich sein kann. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10, 68-78.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (2012): Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen? In: *Impulse zur Wachstumschwende* 6.
- ZAK³ Tübingen (2010): Realpolitik mit utopischem Überschuss. Unsere Erfahrungen mit der Nulltarif-Forderung in Tübingen. In: *TüBus Umsonst!*.

ZAK³ Tübingen (2013): Ein Grundrecht auf Mobilität. In: Joachim Hirsch, Oliver Brüchert und Eva-Maria Krampe (Hrsg.) *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA-Verl.

Žižek, Slavoj (2010): *Die Tücke des Subjekts*. Berlin: Suhrkamp.



Kompass für ein solidarisches Quartier

Im Rahmen einer angewandten kritischen Geographie beschäftigen wir uns in unserer Masterarbeit mit Realen Utopien auf Quartiersebene und zeigen, dass eine alternative Neuausrichtung der Stadtplanung und -entwicklung nötig und möglich ist. Die Grundlage dafür bildet eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Utopie und der Ebene des Quartiers. Das städtische Quartier bildet einen Möglichkeitsraum, einen *space of hope* (Harvey 2000), in dem Alternativen jenseits kapitalistischer Verwertungsinteressen praktiziert und gelebt werden können. Diesen Möglichkeitsraum gilt es vielfältig zu gestalten und gegenwärtigen, neoliberalen Stadtentwicklungsparadigmen *Reale Utopien* (Wright 2017a) entgegenzustellen. Dabei stellt sich die Frage: Welche Gegenentwürfe zu aktuell herrschenden Paradigmen in der Stadtentwicklung zeigen uns Wege aus der Alternativlosigkeit und hin zu einer solidarischen Praxis auf Quartiersebene?

Für die Beantwortung dieser Frage werden potentielle und bereits existierende Reale Utopien identifiziert und analysiert. In dieser Analyse werden Instrumente, Forderungen und Strategien herausgearbeitet, derer es Bedarf um Risse im kapitalistischem System auszuweiten, zu verteidigen und zu verstetigen. Die Ergebnisse lassen sich unter den Begriffen der Solidarität, Dekommodifizierung, Demokratisierung und Vergesellschaftung zusammenfassen. Sie sind die zentralen Bedingungen, die für die Verwirklichung Realer Utopien und damit für gesellschaftliche Transformation, entscheidend sind. Darauf basierend wird ein Kompass für ein solidarisches Quartier erarbeitet.

